

THÜR. LANDTAG POST
02.12.2022 11:30

29684/2022



Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

An den
Vorsitzenden
des Innen- und Kommunalausschusses
Herrn Sascha Bilay, MdL
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



Parlamentarische
Kontrollkommission

Die Vorsitzende

Datum: 2. Dezember 2022

**Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/5569 – Neufassung –**

**Hier: Stellungnahme der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtages
Brandenburg**

Den Mitgliedern des

Sehr geehrter Herr Kollege Bilay,

..... *Enka*

Ihr Schreiben vom 4. November 2022 habe ich erhalten und an die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtages Brandenburg übermittelt. Die Kommission hat sich im Rahmen ihrer 23. Sitzung am 29. November 2022 mit Ihrem Anliegen befasst und sich auf die folgende Stellungnahme verständigt:

Die Kommission hält eine Äußerung im Rahmen eines förmlichen Gesetzgebungsverfahrens eines anderen Bundeslandes nicht zuletzt angesichts eines derzeit anhängigen verfassungsgerichtlichen Verfahrens, das im Wesentlichen die Regelungen zur Besetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtages Brandenburg zum Gegenstand hat, für nicht geboten. Gleichwohl besteht diesseitig ein großes Interesse am Fortgang des Verfahrens, allerdings bevorzugen die Mitglieder der Kommission hierfür einen anderen, aus Sicht der Kommission geeigneteren, Rahmen des Austausches.

Ich rege an, gemeinsam die Initiative für eine Wiederaufnahme der turnusmäßigen Konferenz der Vorsitzenden der Parlamentarischen Kontrollgremien des Bundestages sowie der Länder zu ergreifen, in der neben der Frage der Besetzung von Kontrollgremien insbesondere auch die Konsequenzen aus den jüngsten Urteilen des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts zum BayVSG sowie zum BVerfSchG und Auswirkungen auf die parlamentarische Kontrolle der Inlandsnachrichtendienste debattiert werden könnten. Darüber hinaus besteht seitens der Kommission ein grundlegendes Interesse an einem informellen Austausch mit Parlamentarischen Kontrollgremien des Bundestages und der Länder. Ich verweise insoweit auf die einschlägige Regelung im § 26 Absatz 8 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes (BbgVerfSchG).



Hinweis der Landtagsverwaltung:

Aufgrund des Umfangs der Anlagen werden diese in Papierform
nur an die Abgeordneten verteilt, die dies ausdrücklich verlangt haben.
Im **AIS können alle Anlagen** eingesehen werden.

Abschließend möchte ich Ihnen gern die Beratungsmaterialien zur Novellierung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes (BbgVerfSchG) im Jahr 2019 sowie der zwischenzeitlich erfolgten Änderungen des BbgVerfSchG zur Verfügung stellen.

Für Rückfragen steht Ihnen das Kommissionssekretariat, insbesondere der Ständige Bevollmächtigte der Parlamentarischen Kontrollkommission sowie der G10-Kommission des Landtages Brandenburg, zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Inka Goss^Vmann-Reetz

Anlagen

- Gesetz vom 19.06.2019 GVBl. I 2019, Nr. 29:
Gesetzentwurf „Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes“ vom 26.03.2019 - Drs. 6/10948
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Kommunales vom 11.06.2019 - Drs. 6/11537
- Gesetz vom 27.02.2020 GVBl. I 2020, Nr. 4:
Gesetzentwurf „Fünftes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften“ vom 29.11.2019 - Drs. 7/247
Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses vom 25.02.2020 - Drs. 7/751
- Gesetz vom 23.06.2021 GVBl. I 2021, Nr. 20:
Gesetzentwurf „Siebentes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften“ vom 07.05.2021 - Drs. 7/3510
Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses vom 11.06.2021 - Drs. 7/3761

Gesetzentwurf

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes

Gesetzentwurf

der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke

Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes

A. Problem

Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre und die zugespitzte Gefährdungssituation zwingen dazu, die Leistungsfähigkeit der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde zu erhöhen und an den heutigen Anforderungen auszurichten.

Gleichermaßen zeigte die Aufarbeitung der deutschlandweiten Mordserie des sog. „Nationalsozialistischen Untergrunds“ durch die verschiedenen Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern und den entsprechenden Expertenkommissionen das Erfordernis, Konsequenzen nicht nur für die polizeiliche Ermittlungsarbeit, sondern nunmehr auch für die im Vorfeld des Gefahrenabwehrrechts angesiedelte Aufklärungsarbeit des Brandenburgischen Verfassungsschutzes zu ziehen. Ausgangspunkt ist dabei, dass ungeachtet der Versäumnisse verschiedener Sicherheitsbehörden bei den Ermittlungen um das NSU-Trio und der von ihnen begangenen Morde der Verfassungsschutz bei der Verteidigung der liberalen Demokratie und des Rechtsstaats nach wie vor eine wichtige Rolle spielt.

Um künftig rechtzeitig die im Geheimen operierenden extremistischen und terroristischen Netzwerke entdecken zu können, bedarf es eines Verfassungsschutzes, der in der Lage ist, im Vorfeld polizeirechtlicher Eingriffsschwellen diejenigen Informationen zu beschaffen und auszuwerten, mit denen die Zivilgesellschaft und die Strafverfolgungsbehörden erst in die Lage versetzt werden, die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie die Sicherheit und den Bestand des Bundes und der Länder verteidigen zu können. Das gilt vor dem Hintergrund zahlreicher dschihadistisch motivierter Anschläge auch für islamistische Bedrohungen.

Auch kommt der engen und effektiven Zusammenarbeit der Nachrichtendienste, Polizei- und sonstigen Sicherheitsbehörden angesichts der hohen Bedrohungs- und Gefährdungslage durch terroristische Straftaten und ihre Folgewirkungen eine hohe Bedeutung zu. Hier ist es erforderlich, einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden zu schaffen.

Gleichzeitig ist es unablässig, zum einen ein effektives und zudem professionales Standards entsprechendes internes Kontrollsystem zu etablieren, um letztlich Verantwortlichkeiten in der Verfassungsschutzbehörde klar zuordnen zu können. Aus den gleichen Gründen bedarf es zum anderen einer stringenteren und damit wirksameren parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes, um dessen enge Bindung an seinen gesetzlichen Auftrag, die hierbei zu beachtenden Beschränkungen und die Sicherheitsinteressen der brandenburgischen Zivilgesellschaft weiter zu gewährleisten.

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Antiterrordateigesetz (BVerfGE 133, 277 ff.) und zum Bundeskriminalamtgesetz (BVerfGE 141, 220 ff.) erfordert ebenfalls eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen.

B. Lösung

Dem vorliegenden Gesetzentwurf liegen insbesondere folgende Optimierungsansätze zugrunde:

- Das Trennungsgebot soll, wie im Abschlussbericht der Bund-Länder-Kommission Rechtsterrorismus (BLKR) vom 30.04.2018 empfohlen, konsequent beibehalten werden.
- Die Regelungen zum Quellenschutz werden neu gefasst, um zu verdeutlichen, dass dieser nicht absolut gelten kann, sondern vielmehr der Schutz von Leib und Leben der menschlichen Quellen einerseits mit den berechtigten Belangen der Strafverfolgung und dem Schutz potenzieller Opfer andererseits in ein angemessenes Verhältnis zueinander zu bringen sind (vgl. Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags vom 22.08.2013, BT-Drs. 17/14600, S. 865 – Empfehlung Nr. 47; Abschlussbericht der BLKR vom 30.04.2018). Dem wird auf gesetzlicher Ebene durch eine Anlehnung der Vorschriften zum Austausch von Informationen an den Verfassungsschutzverbund entsprochen.
- Die verdeckte Informationsgewinnung durch sog. V-Leute soll beibehalten werden (vgl. Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags vom 22.08.2013, BT-Drs. 17/14600, S. 865 – Empfehlung Nr. 44 ff., Abschlussbericht der BLKR vom 30.04.2018, zusammengefasste Empfehlungen Rn. 4.1 f.) Allerdings sollen einheitliche Standards geschaffen werden, zum Beispiel einheitliche Vorgaben hinsichtlich der Auswahl (u.a. Vorstrafen), des Anwerbens und Führens von sog. V-Leuten sowie des Beendigungs der Zusammenarbeit.
- Die Befugnisse der Parlamentarischen Kontrollkommission werden erweitert. Erstmals wird eine sog. Whistleblower-Regelung geschaffen, wonach sich Angehörige der Verfassungsschutzbehörde ohne Einhaltung des Dienstwegs an die Parlamentarische Kontrollkommission wenden können, um aus ihrer Sicht bestehende Missstände ansprechen zu können, ohne deswegen Sanktionen befürchten zu müssen. Darüber hinaus wird die Parlamentarische Kontrollkommission in ihrer Tätigkeit zukünftig durch eine Ständige Beauftragte bzw. einen Ständigen Beauftragten unterstützt, die bzw. der auf Weisung der Kommission Sachverhalte eigenständig zu untersuchen hat und zu diesem Zweck im selben Umfang Zugang zu allen Informationen erhält wie die Kommissionsmitglieder selbst. Zudem erhält die Parlamentarische Kontrollkommission zur Erfüllung ihres Kontrollauftrags das Recht, zusätzlich Sachverständige für die Durchführung von Untersuchungen zu beauftragen. Darüber hinaus wird es den Mitgliedern der Parlamentarischen Kontrollkommission ermöglicht, zur Unterstützung ihrer Arbeit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu benennen. Alle diese Ansätze sind geeignet die Kontrollintensität gegenüber der Verfassungsschutzbehörde maßgeblich zu erhöhen.

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Um eine effektive Arbeit der Verfassungsschutzbehörde angesichts des erhöhten Bedrohungs- und Gefährdungspotentials durch terroristische Straftaten zu gewährleisten, ist es erforderlich, die Verfassungsschutzbehörde mit den Befugnissen auszustatten, die es ihr ermöglicht, die im Geheimen agierenden extremistischen und terroristischen Netzwerke zu entdecken und zu analysieren.

Gleichzeitig ist es erforderlich, zum einen ein effektives internes Kontrollsystem zu etablieren, um Verantwortlichkeiten der Verfassungsschutzbehörde zuzuordnen zu können. Zum anderen bedarf es einer stringenteren und damit wirksameren parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes.

II. Zweckmäßigkeit

Es gibt keine Alternative zu einer gesetzlichen Regelung.

III. Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Keine.

D. Verfahrensbeteiligte im Sinne des Kapitels I Nummer 1 der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung des Landtages nach Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg

entfällt

E. Zuständigkeiten

Zuständig für die Bearbeitung ist die Präsidentin des Landestages und der Minister des Innern und für Kommunales entsprechend der jeweiligen gesetzlichen Regelungen.

Gesetzentwurf für ein

Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes

Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 78), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 8. Mai 2018 (GVBl. I Nr. 8 S. 10) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Nach der Angabe zu § 6 werden folgende Angaben eingefügt:

„§ 6a Verdeckt Ermittelnde

§ 6b Verdeckte Informationsgebende“.

b) Nach der Angabe zu § 7 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 7a Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung“.

c) Nach der Angabe zu § 8 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 8a Verarbeitung personenbezogener Daten von Minderjährigen“.

d) Die Angabe zu § 10 wird wie folgt gefasst:

„§ 10 Observation“.

e) Die Angabe zu § 14a wird wie folgt gefasst:

„§ 14a Besondere Auskunftersuchen“.

f) Die Angabe zu § 18 wird wie folgt gefasst:

„§ 18 (weggefallen)“.

g) Die Angabe zu § 20 wird wie folgt gefasst:

„§ 20 (weggefallen)“.

h) Nach der Angabe zu § 25 werden folgende Angaben eingefügt:

„§ 25a Die oder der Ständige Bevollmächtigte

§ 25b Ernennung und Rechtsstellung der oder des Ständigen Bevollmächtigten“.

2. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die Verfassungsschutzbehörde darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.“

b) Absatz 2 wird durch folgende Absätze 2 und 3 ersetzt:

„(2) Es ist eine der Leiterin oder dem Leiter der Verfassungsschutzabteilung unmittelbar unterstellte Stabsstelle Innenrevision einzurichten, welche in Orientierung an den anerkannten fachlichen Standards für die Interne Revision insbesondere durch Regel-, System- und Nachschauprüfungen die Recht- und Ordnungsmäßigkeit, Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Organisation und Tätigkeit der Verfassungsschutzabteilung zu auditieren und hierüber ihrer Leiterin oder ihrem Leiter zu berichten hat. Die Revisionsprüfungen haben insbesondere zu erfassen:

1. Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten von Auskunftersuchen nach § 14a,
2. den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel auch mit Blick auf die Einhaltung strafrechtlicher Bestimmungen und der Gewährleistung des Kernbereiches privater Lebensgestaltung,
3. Ablehnungen von Anträgen auf Auskunftserteilung nach § 12 und
4. Übermittlungen der Verfassungsschutzbehörde nach §§ 16, 17 und 19.

(3) Die Stabsstelle Innenrevision ist in ihrer fachlichen Arbeit unabhängig und keinen Weisungen unterworfen.“

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

3. § 4 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Nummer 3 wird die Angabe „Absatz 3“ durch die Angabe „Absatz 2“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

c) Die Absätze 3 und 4 werden die Absätze 2 und 3.

d) Absatz 5 wird Absatz 4 und wie folgt gefasst:

„(4) Straftaten von erheblicher Bedeutung im Sinne dieses Gesetzes sind Verbrechen oder Vergehen, die im Mindestmaß mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bedroht sind.“

e) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Verdeckt Ermittelnde sind eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörde unter einer ihnen verliehenen und auf Dauer angelegten Legende.“

4. § 5 wird wie folgt gefasst:

„§ 5

Unterrichtung der Öffentlichkeit

(1) Die Verfassungsschutzbehörde klärt die Öffentlichkeit durch zusammenfassende Berichte und andere Maßnahmen über Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne von § 3 Absatz 1 auf, soweit hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte hierfür vorliegen. Das umfasst auch personenbezogene Daten, wenn dies für das Verständnis des Zusammenhanges oder der Darstellung von Organisationen oder unorganisierten Gruppierungen zwingend erforderlich ist und die Interessen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse der betroffenen Personen überwiegen. Personenbezogene Informationen über Personen der Zeitgeschichte, Inhaber politischer Funktionen oder Amtsträger in Ausübung ihres Amtes dürfen veröffentlicht werden, wenn überwiegende schutzwürdige Interessen dieser Personen nicht beeinträchtigt werden. Die Verfassungsschutzbehörde unterrichtet jährlich die Öffentlichkeit über die Summe ihrer Haushaltsmittel und über die Gesamtzahl ihrer Bediensteten.

(2) Die Verfassungsschutzbehörde tritt verfassungsfeindlichen Bestrebungen und Tätigkeiten auch durch Angebote zur Information und zum Ausstieg entgegen. Dabei hat sie verfassungsrechtlich vorgesehene gesellschaftliche Vielfalt und historische Entwicklungen zu berücksichtigen.“

5. § 6 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 1 wird das Wort „Vertrauensleuten“ durch die Wörter „Verdeckten Informationsgebenden“ und die Wörter „verdeckten Ermittlern“ durch die Wörter „Verdeckt Ermittelnden“ ersetzt.

bbb) In Nummer 10 werden die Wörter „Artikel 10-Gesetzes.“ durch die Wörter „Artikel 10-Gesetzes vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298; 2007 I S. 154), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3202) geändert worden ist;“ ersetzt.

- ccc) Folgende Nummern 11 und 12 werden angefügt:

„11. technische Mittel zur Ermittlung des Standortes eines aktiv geschalteten Mobilfunkendgerätes oder zur Ermittlung der Geräte- oder Kartenummer;

12. Teilnahme an einer Kommunikationsbeziehung im Internet unter einer Legende nach Nummer 8 sowie § 4 Absatz 5 und unter Ausnutzung eines schutzwürdigen Vertrauens der oder des Betroffenen oder Dritten, um ansonsten nicht zugängliche Daten zu erhalten.“

bb) Die Sätze 2 und 3 werden aufgehoben.

cc) Im neuen Satz 2 wird die Angabe „§ 7 Abs. 1 Nr. 5“ durch die Wörter „§ 7 Absatz 1 Nummer 5“ ersetzt.

b) In Absatz 7 Satz 1 werden nach dem Wort „dürfen“ die Wörter „unbeschadet der §§ 6a und 6b“ eingefügt.

6. Nach § 6 werden folgende §§ 6a und 6b eingefügt:

„§ 6a

Verdeckt Ermittlende

Verdeckt Ermittlende dürfen weder zur Gründung von Bestrebungen nach § 3 Absatz 1 noch zur steuernden Einflussnahme auf derartige Bestrebungen eingesetzt werden. Sie dürfen in Personenzusammenschlüssen oder für solche tätig werden, um diese Bestrebungen aufzuklären, auch wenn dadurch ein Straftatbestand verwirklicht wird. Im Übrigen ist im Einsatz eine Beteiligung an Bestrebungen zulässig, wenn sie

1. nicht in Individualrechte eingreifen,
2. von den an den Bestrebungen Beteiligten derart erwartet werden, dass sie zur Gewinnung und Sicherung der Informationszugänge unumgänglich ist, und
3. nicht außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen.

Verdeckt Ermittlende dürfen im Übrigen keine Straftaten begehen. Sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass eine Verdeckt Ermittlende oder ein Verdeckt Ermittlender einen Straftatbestand von erheblicher Bedeutung im Sinne von § 4 Absatz 4 verwirklicht hat, wird ihr oder sein Einsatz unverzüglich beendet und die Strafverfolgungsbehörde unterrichtet. Über Ausnahmen von Satz 5 entscheidet die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, bei Verhinderung die Vertretung. Bei den in § 138 Absatz 1 Strafgesetzbuch genannten Straftaten ist eine solche Ausnahme nicht zulässig. Über Ausnahmen ist die Innenrevision unbeschadet ihres Auftrags nach § 2 Absatz 2 zu informieren. Erhebt die Innenrevision Bedenken, ist die Angelegenheit der G 10-Kommission vorzulegen und die Parlamentarische Kontrollkommission neben der Unterrichtung nach § 25 Absatz 2 Nummer 4 zu informieren.

Verdeckte Informationsgebende

(1) Für den planmäßigen, dauerhaften Einsatz von Verdeckten Informationsgebenden gilt § 6a entsprechend, was auch die Begehung von Straftaten umfasst.

(2) Über die Verpflichtung von Verdeckten Informationsgebenden nach Absatz 1 entscheidet die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, bei Verhinderung die Vertretung. Verdeckte Informationsgebende müssen nach ihren persönlichen und charakterlichen Voraussetzungen für den Einsatz geeignet sein. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit darf nicht durch Täuschung, Drohung mit einem empfindlichen Übel, Versprechen ungesetzlicher Vorteile oder sonstigen die freie Willensausübung beschränkenden Maßnahmen erreicht werden. Verdeckte Informationsgebende sind vor ihrer Verpflichtung und sodann mindestens einmal jährlich hinsichtlich eventueller Absichten zum Ausstieg aus der extremistischen Szene zu befragen und auf entsprechende Beratungs- und Betreuungsangebote hinzuweisen. Über den Einsatz der Verdeckten Informationsgebenden ist ein jährlicher Evaluationsbericht zu fertigen, der der Innenrevision vorzulegen ist. Der Evaluationsbericht ist in die Unterrichtung nach § 25 Absatz 2 Nummer 2 einzubeziehen. Als Verdeckte Informationsgebende dürfen Personen nicht angeworben und eingesetzt werden, die

1. nicht voll geschäftsfähig, insbesondere minderjährig sind,
2. von den Geld- oder Sachzuwendungen für die Tätigkeit auf Dauer als alleinige Lebensgrundlage abhängen würden,
3. an einem Aussteigerprogramm teilnehmen,
4. Mitglied des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages oder eines Landesparlaments oder Mitarbeiterin oder Mitarbeiter eines solchen Mitglieds sind oder
5. im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen eines Verbrechens oder zu einer Freiheitsstrafe, deren Vollstreckung nicht zur Bewährung ausgesetzt worden ist, eingetragen sind.

Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, bei Verhinderung die Vertretung kann eine Ausnahme von Satz 7 Nummer 5 zulassen, wenn die Verurteilung nicht als Täter eines Totschlags (§§ 212, 213 des Strafgesetzbuchs) oder einer allein mit lebenslanger Haft bedrohten Straftat erfolgt ist und der Einsatz zur Aufklärung von Bestrebungen unerlässlich ist, die auf die Begehung von in § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes oder § 100b Absatz 2 der Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), die zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639) geändert worden ist, bezeichneten Straftaten gerichtet sind. Im Falle einer Ausnahme nach Satz 8 ist der Einsatz nach höchstens sechs Monaten zu beenden, wenn er zur Erforschung der in Satz 8 genannten Bestrebungen nicht zureichend gewichtig beigetragen hat. Auch im Weiteren ist die Qualität der gelieferten Informationen fortlaufend zu bewerten.

Über Ausnahmen nach Satz 8 ist die Innenrevision unbeschadet ihres Auftrags nach § 2 Absatz 2 zu informieren. Erhebt die Innenrevision Bedenken, ist die Angelegenheit der G 10-Kommission vorzulegen und die Parlamentarische Kontrollkommission zu informieren.“

7. § 7 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten, die sie für einen bestimmten Zweck erhoben hat, für andere in § 3 Absatz 1 und 2 genannte Zwecke weiterverarbeiten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Daten als konkreter Ansatz zur Erfüllung des geänderten Zwecks geeignet sind. Soweit die Erhebung der Daten nur zum Schutz bestimmter Rechtsgüter zulässig ist, dürfen die erhobenen Daten nur weiterverarbeitet werden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte erkennen lassen, dass die Zweckänderung dem Schutz eines mindestens vergleichbar bedeutsamen Rechtsguts dient. Personenbezogene Daten, die durch Maßnahmen nach § 14a Absatz 2 bis 4 erlangt wurden, dürfen nur unter entsprechender Anwendung des § 4 des Artikel 10-Gesetzes weiterverarbeitet werden.“

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Das Mithören oder Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel oder sonstige Maßnahmen nach § 6 Absatz 3, die in ihrer Art und Schwere einer Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses gleichkommen, sind zulässig, wenn dadurch Erkenntnisse über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht gewonnen werden können. Ein solcher Eingriff bedarf im Einzelfall der vorherigen Zustimmung des für Inneres zuständigen Mitglieds der Landesregierung, im Falle der Verhinderung der jeweiligen Vertretung. Die Parlamentarische Kontrollkommission ist in der jeweils nächsten Sitzung, bei Fortdauer der Maßnahmen jeweils in Abständen von drei Monaten, zu unterrichten. Die durch den Eingriff erhobenen Informationen dürfen nur nach Maßgabe des § 4 Absatz 2 des Artikel 10-Gesetzes, zur Erforschung oder Verfolgung einer Straftat nach § 129a und § 129b des Strafgesetzbuches verarbeitet werden.“

c) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Beim Einsatz von Verdeckten Informationsgebenden und Verdeckt Ermittelnden sowie bei Observationen findet Absatz 3 Satz 3 entsprechende Anwendung, ohne dass die Identität der Verdeckten Informationsgebenden oder Verdeckt Ermittelnden, auch nicht in mittelbarer Form, offenbart werden.“

d) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Die Verfassungsschutzbehörde darf technische Mittel zur Ermittlung des Standorts eines aktiv geschalteten Mobilfunkendgeräts oder zur Ermittlung der Geräte- oder Kartennummer einsetzen, soweit tatsächliche

Anhaltspunkte für eine schwerwiegende Gefahr für die von § 3 umfassten Schutzgüter vorliegen. § 3 Absatz 2 sowie §§ 9 und 10 Absatz 1 bis 3 des Artikel 10-Gesetzes in Verbindung mit § 1 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 14. Dezember 1995 (GVBl. I S. 286), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 8. Mai 2018 (GVBl. I Nr. 8 S. 16) geändert worden ist, gelten entsprechend.“

8. Nach § 7 wird folgender § 7a eingefügt:

„§ 7a

Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung

(1) Eine Datenerhebung darf nicht angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dadurch nicht nur zufällig Daten erhoben werden, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind.

(2) Wenn sich während einer bereits laufenden Datenerhebung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben werden, ist die Datenerhebung unverzüglich und so lange wie erforderlich zu unterbrechen, soweit dies informationstechnisch möglich ist und dadurch die Datenerhebung den Betroffenen nicht bekannt wird. Bereits erhobene Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung dürfen nicht gespeichert, verändert, genutzt oder übermittelt werden; sie sind unverzüglich unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten, mit der Auswertung nicht befassten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Tatsache, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben wurden, und deren Löschung sind zu dokumentieren. Die in der Dokumentation enthaltenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. § 3a Satz 4 bis 7 des Artikel 10-Gesetzes gilt entsprechend.

(3) Ergeben sich erst bei der Speicherung, Veränderung oder Nutzung von Daten tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass Daten dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, so gilt Absatz 2 Sätze 2 bis 5 entsprechend.

(4) Daten aus dem durch das Berufsgeheimnis geschützten Vertrauensverhältnis nach den §§ 53 und 53a der Strafprozessordnung sind dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen.

(5) Bestehen Zweifel, ob Daten dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, so sind diese der Leiterin oder dem Leiter der Verfassungsschutzabteilung zur Entscheidung über die Zurechnung vorzulegen.“

9. § 8 Absatz 1 Satz 2 bis 4 werden aufgehoben.

10. Nach § 8 wird folgender § 8a eingefügt:

Verarbeitung personenbezogener Daten von Minderjährigen

(1) Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten über eine minderjährige Person, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist unzulässig. Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten über eine minderjährige Person, die das 14. Lebensjahr, aber noch nicht das 16. Lebensjahr vollendet hat, ist nur zulässig, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass sie eine Straftat nach § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes plant, begeht oder begangen hat,
2. nach den Umständen des Einzelfalls nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Erhebung zur Abwehr einer Gefahr für Leib oder Leben erforderlich ist, oder
3. tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie eine Tätigkeit nach § 3 Absatz 1 Nummer 2 ausübt.

(2) Die Verarbeitung von Daten über eine minderjährige Person, die das 16. Lebensjahr vollendet hat, ist nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie

1. an einer Bestrebung nach § 3 Absatz 1 beteiligt ist, die auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet ist, und sie diese Ausrichtung fördert,
2. in herausgehobener Funktion in einem Personenzusammenschluss tätig ist oder
3. eine Tätigkeit nach § 3 Absatz 1 Nummer 2 ausübt.

(3) Die Datenverarbeitung darf kein Verhalten einer Person aus der Zeit vor Vollendung ihres 14. Lebensjahres erfassen. Das Verhalten einer Person aus der Zeit zwischen Vollendung ihres 14. und 16. Lebensjahres darf die Datenverarbeitung nur erfassen, wenn zum Zeitpunkt dieses Verhaltens die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 vorlagen. Das Verhalten einer Person aus der Zeit zwischen Vollendung ihres 16. und 18. Lebensjahres darf die Datenverarbeitung nur erfassen, wenn zum Zeitpunkt dieses Verhaltens die Voraussetzungen des Absatzes 2 vorlagen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 sind auf die Übermittlung von Daten entsprechend anzuwenden. Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht, soweit minderjährige Personen von der Datenverarbeitung unvermeidbar als Dritte betroffen werden.“

11. Nach § 9 wird folgender § 10 eingefügt:

Observation

(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf außerhalb des Schutzbereichs von Artikel 13 des Grundgesetzes, Artikel 15 der Verfassung des Landes Brandenburg eine Person durchgehend länger als 48 Stunden oder an mehr als drei Tagen innerhalb einer Woche verdeckt auch mit technischen Mitteln planmäßig beobachten, insbesondere

1. das nicht öffentlich gesprochene Wort abhören und aufzeichnen sowie
2. Lichtbilder und Bildaufzeichnungen herstellen,

wenn dies zur Aufklärung von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne von § 3 Absatz 1 dieses Gesetzes von erheblicher Bedeutung erforderlich ist.

(2) Die Maßnahme darf sich nur gegen eine Person richten, von der aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass

1. sie an der Bestrebung oder Tätigkeit beteiligt ist,
2. sie mit einer Person nach Nummer 1 in Kontakt steht und
 - a) von der Bestrebung oder Tätigkeit Kenntnis hat oder
 - b) die Person nach Nummer 1 sich ihrer zur Förderung der Bestrebung oder Tätigkeit bedient

und eine Maßnahme gegen die Person nach Nummer 1 allein nicht zur Erforschung des Sachverhalts ausreicht.

Die Maßnahme darf auch durchgeführt werden, wenn andere Personen unvermeidbar betroffen werden.

(3) Über die Anordnung entscheidet die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, bei Verhinderung die Vertretung. Bei Gefahr im Verzug kann die zuständige Referatsleitung die Anordnung treffen, bei Verhinderung die Vertretung; die Entscheidung nach Satz 1 ist unverzüglich nachzuholen. § 10 Absatz 2, 3, 5 und 6 sowie § 17 Absatz 3 des Artikel 10-Gesetzes sind entsprechend anzuwenden. Dauert die Maßnahme durchgehend länger als eine Woche oder findet sie an mehr als 14 Tagen innerhalb eines Monats statt, gilt § 12 Absatz 1 und 3 des Artikel 10-Gesetzes entsprechend.“

12. § 14a wird wie folgt gefasst:

Besondere Auskunftersuchen

(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf im Einzelfall, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Absatz 1 erforderlich ist, bei denjenigen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen oder Telemedien anbieten oder daran mitwirken, Auskünfte über Daten, die für die Begründung, inhaltliche

Ausgestaltung, Änderung oder Beendigung eines Vertragsverhältnisses über Postdienstleistungen oder Telemedien gespeichert worden sind, einholen.

(2) Die Verfassungsschutzbehörde darf im Einzelfall zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 vorliegen, bei

1. Verkehrsunternehmen sowie Betreibern von Computerreservierungssystemen und Globalen Distributionssystemen Auskünfte zu Namen und Anschriften von Kunden sowie zu Inanspruchnahme und Umständen von Transportleistungen, insbesondere zum Zeitpunkt von Abfertigung und Abflug und zum Buchungsweg,
2. Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und über Geldbewegungen und Geldanlagen, insbesondere über Kontostand und Zahlungsein- und -ausgänge,

einholen. Im Fall des § 3 Absatz 1 Nummer 1 gilt dies nur für Bestrebungen, die bezwecken oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind,

1. zu Hass- oder Willkürmaßnahmen gegen Teile der Bevölkerung aufzustacheln oder deren Menschenwürde durch Beschimpfen, böswilliges Verächtlichmachen oder Verleumden anzugreifen und dadurch die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt zu fördern und den öffentlichen Frieden zu stören oder
2. Gewalt anzuwenden oder vorzubereiten, einschließlich des Befürwortens, Hervorrufens oder Unterstützens von Gewaltanwendung, auch durch Unterstützen von Vereinigungen, die Anschläge gegen Personen oder Sachen veranlassen, befürworten oder androhen.

(3) Die Verfassungsschutzbehörde darf, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Absatz 1 erforderlich ist, von denjenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringen oder daran mitwirken, Auskünfte über die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. November 2018 (BGBl. I S. 2230) geändert worden ist, erhobenen Daten verlangen (§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes). Dies gilt auch für Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird (§ 113 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes). Die Auskunft darf auch anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse verlangt werden (§ 113 Absatz 1 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes). Die Auskunft darf nur verlangt werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für das Nutzen der Daten vorliegen.

(4) Die Verfassungsschutzbehörde darf im Einzelfall zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Absatz 1 unter den Voraussetzungen des § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig

1. Postdienstleistungen erbringen oder daran mitwirken, Auskünfte zu Namen, Anschriften und Postfächern und sonstigen Umständen des Postverkehrs,
2. Telekommunikationsdienste erbringen oder daran mitwirken, Auskünfte zu Verkehrsdaten nach § 96 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 5 des Telekommunikationsgesetzes,
3. Telemedien anbieten oder daran mitwirken, Auskünfte über
 - a) Merkmale zur Identifikation des Nutzers von Telemedien,
 - b) Beginn und Ende sowie über den Umfang der jeweiligen Nutzung und
 - c) die vom Nutzer in Anspruch genommenen Telemedien

einholen.

(5) Auskünfte nach Absatz 3, soweit Daten nach § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Telekommunikationsgesetzes betroffen sind, und Auskünfte nach Absatz 4 dürfen nur auf Anordnung des für Inneres zuständigen Mitglieds der Landesregierung, bei Verhinderung durch die Vertretung eingeholt werden. Die Anordnung ist durch die Leiterin oder den Leiter der Verfassungsschutzabteilung, bei Verhinderung durch die Vertretung schriftlich zu beantragen. Der Antrag ist zu begründen. Das für Inneres zuständige Ministerium unterrichtet unverzüglich die G 10-Kommission über die Anordnung vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzug kann die Ministerin oder der Minister, bei Verhinderung deren Vertretung, den Vollzug der Anordnung auch bereits vor Unterrichtung der G 10-Kommission anordnen. Die G 10-Kommission prüft von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Einholung von Auskünften. § 15 Absatz 5 des Artikel 10-Gesetzes ist entsprechend anzuwenden. Anordnungen, welche die G 10-Kommission für unzulässig erklärt, hat die Ministerin oder der Minister unverzüglich aufzuheben. Die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission erfolgt gemäß § 25 Absatz 2 Nummer 1.

(6) Bei Maßnahmen nach Absatz 2 bis 4 ist § 4 des Artikel 10-Gesetzes mit der Maßgabe anzuwenden, dass kopierte Daten nach dem Stand der Technik gegen Veränderung, unbefugte Löschung und unbefugte Kenntnisnahme zu schützen sind. § 1 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes sowie § 11 Absatz 1 und 2, § 12 Absatz 1 und 3 sowie § 17 Absatz 3 des Artikel 10-Gesetzes sind entsprechend anzuwenden. Abweichend von § 10 Absatz 3 des Artikel 10-Gesetzes genügt eine räumlich und zeitlich hinreichende Bezeichnung der Telekommunikation, sofern anderenfalls die Erreichung des Zwecks der Maßnahme aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Soweit dem Verpflichteten keine Entschädigung nach besonderen Bestimmungen zusteht, findet § 20 des Artikel 10-Gesetzes entsprechende Anwendung. Im Übrigen hat der Verpflichtete die Auskunft unentgeltlich zu erteilen.

(7) Die zur Erteilung der Auskunft erforderlichen Daten müssen unverzüglich, vollständig und richtig übermittelt werden. Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten dürfen der betroffenen Person oder Dritten vom Verpflichteten nicht mitgeteilt werden.

(8) Das für Inneres zuständige Ministerium unterrichtet das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes jährlich nach § 8b Absatz 10 Satz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2970), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2097) geändert worden ist, über die Durchführung von Maßnahmen nach Absatz 4 Nummer 2 und 3; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der durchgeführten Maßnahmen zu geben. Auf Auskünfte nach Absatz 4 Nummer 2 sind die Vorgaben des § 8b Absatz 8 Satz 4 und 5 des Bundesverfassungsschutzgesetzes anzuwenden. Für die Erteilung von Auskünften nach Absatz 1, 2 und 4 Nummer 3 gilt die Nachrichtendienste-Übermittlungsverordnung vom 11. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2117), die durch Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3346) geändert worden ist.

(9) Die Betreiber einer Videoüberwachung im Sinne des § 4 Absatz 1 des Bundesdatenschutzgesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2097) sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde Aufzeichnungen auszuleiten, wenn dies zur Aufklärung von Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne von § 3 Absatz 1 dieses Gesetzes mit erheblicher Bedeutung erforderlich ist.“

13. In § 16 Absatz 1 Satz 1 werden die Angabe „§ 3 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 3 Absatz 1“ und die Angabe „(§ 4 Abs. 5)“ durch die Angabe „(§ 4 Absatz 4)“ ersetzt.

14. § 18 wird aufgehoben.

15. § 19 wird wie folgt geändert:

a) Der Wortlaut wird Absatz 1 und in Nummer 1 und 2 wird jeweils das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.

b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Ein Überwiegen im Sinne von Absatz 1 Nummer 2 und 3 liegt nicht vor, soweit die Übermittlung von Informationen erforderlich ist zur

1. Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder für Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhaltung im besonderen öffentlichen Interesse geboten ist, oder

2. Verfolgung einer besonders schweren Straftat im Sinne von § 100b Absatz 2 der Strafprozessordnung,

es sei denn, dass durch die Übermittlung eine unmittelbare Gefährdung von Leib oder Leben einer Person zu besorgen ist und diese Gefährdung nicht abgewendet werden kann. Die Entscheidung, ob trotz des Vorliegens der Voraussetzungen nach Satz 1 Nummer 1 oder 2 ausnahmsweise von einer Übermittlung abgesehen wird, trifft die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, bei Verhinderung die Vertretung. Über Ausnahmen sind die Innenrevision unbeschadet ihres Auftrags nach § 2 Absatz 2 sowie die Parlamentarische Kontrollkommission neben der Unterrichtung nach § 25 Absatz 2 Nummer 6 zu informieren.“

16. § 20 wird aufgehoben.

17. § 25 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird durch folgende Absätze 1 und 2 ersetzt:

„(1) Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, das Lagebild und Vorgänge von besonderer Bedeutung und auf Verlangen der Kommission über Einzelfälle. Vorgänge von besonderer Bedeutung sind insbesondere

1. wesentliche Änderungen im Lagebild der äußeren und inneren Sicherheit,
2. behördeninterne Vorgänge mit erheblichen Auswirkungen auf die Aufgabenerfüllung,
3. Einzelvorkommnisse, die Gegenstand bedeutender politischer Diskussionen oder öffentlicher Berichterstattung sind.

Auf Verlangen der Parlamentarischen Kontrollkommission hat das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung auch über sonstige Vorgänge zu berichten. Die Kommission hat Anspruch auf diese Unterrichtung. Sie kann von dem für Inneres zuständigen Mitglied der Landesregierung alle für ihre Kontrollaufgaben erforderlichen Auskünfte, Unterlagen, Akten- und Dateneinsicht, Stellungnahmen und den Zutritt zur Verfassungsschutzbehörde verlangen sowie bei besonderem Aufklärungsbedarf mit Zustimmung des für Inneres zuständigen Mitglieds der Landesregierung Bedienstete zum Sachverhalt befragen, sofern dem nicht überwiegende öffentliche oder private Belange entgegenstehen; das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung hat dies vor der Parlamentarischen Kontrollkommission zu begründen.

(2) Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission

1. im Abstand von höchstens sechs Monaten durch einen Überblick insbesondere zu Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten von Auskunftersuchen nach § 14a,
2. in halbjährlichem Abstand durch einen Lagebericht zu Maßnahmen nach den §§ 6a und 6b,
3. über das Ergebnis der Prüfungen der Innenrevision nach § 2 Absatz 2 sowie die zur Abstellung der Mängel veranlassten Maßnahmen spätestens sechs Monate nach Abschluss der jeweiligen Prüfung,
4. über alle Verdachtsfälle der Begehung von Straftaten bei Maßnahmen nach §§ 6a und 6b,
5. über die Ablehnungen von Anträgen auf Auskunftserteilung nach § 12 und

6. über gemäß § 19 Absatz 2 Satz 2 unterbliebene Übermittlungen an Strafverfolgungsbehörden.“

b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wie folgt gefasst:

„(3) Die für Inneres zuständige Ministerin oder der Minister unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission auch über die Herstellung des Einvernehmens für das Tätigwerden von Verfassungsschutzbehörden anderer Länder im Land Brandenburg gemäß § 2 Absatz 4 sowie in allgemeiner Form über die Herstellung des Benehmens für das Tätigwerden des Bundesamtes für Verfassungsschutz gemäß § 5 Absatz 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.“

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

d) Nach dem neuen Absatz 4 wird folgender Absatz 5 eingefügt:

„(5) Angehörigen der Verfassungsschutzbehörde ist es gestattet, sich in dienstlichen Angelegenheiten sowie bei innerdienstlichen Missständen, jedoch nicht im eigenen oder Interesse anderer Angehöriger dieser Behörden, ohne Einhaltung des Dienstweges unmittelbar an die Parlamentarische Kontrollkommission zu wenden. Wegen der Tatsache der Eingabe dürfen sie nicht dienstlich gemäßregelt oder benachteiligt werden. Die Parlamentarische Kontrollkommission übermittelt die Eingaben dem für Inneres zuständigen Mitglied der Landesregierung zur Stellungnahme. Sie gibt den Namen der mitteilenden Person nur bekannt, soweit dies für eine Aufklärung des Sachverhalts erforderlich und die mitteilende Person damit einverstanden ist.“

e) Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden die Absätze 6 und 7.

18. Nach § 25 werden die folgenden §§ 25a und 25b eingefügt:

„§ 25a

Die oder der Ständige Bevollmächtigte

(1) Die Parlamentarische Kontrollkommission wird durch regelmäßige und einzelfallbezogene Untersuchungen einer oder eines Ständigen Bevollmächtigten der Parlamentarischen Kontrollkommission (die oder der Ständige Bevollmächtigte) unterstützt.

(2) Die oder der Ständige Bevollmächtigte wird auf Weisung der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Prüfung von Sachverhalten tätig. Sie oder er wird zur Erfüllung der Aufträge nach Satz 1 im Rahmen der Vorgaben der Parlamentarischen Kontrollkommission tätig. § 25 Absatz 1 gilt entsprechend.

(3) Die oder der Ständige Bevollmächtigte bereitet die Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission und deren Berichte an das Plenum des Landtages vor. Sie oder er nimmt regelmäßig an den Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission und der G 10-Kommission teil.

- (4) Die oder der Ständige Bevollmächtigte soll der Parlamentarischen Kontrollkommission bei jeder Sitzung über die Ergebnisse ihrer oder seiner Untersuchungen und ihre oder seine sonstige Tätigkeit berichten.
- (5) Die Parlamentarische Kontrollkommission erlässt Richtlinien für die Tätigkeit der oder des Ständigen Bevollmächtigten.

§ 25b

Ernennung und Rechtsstellung der oder des Ständigen Bevollmächtigten

- (1) Die oder der Ständige Bevollmächtigte wird auf Vorschlag der Parlamentarischen Kontrollkommission von der Präsidentin oder dem Präsidenten des Landtages für die Dauer von fünf Jahren ernannt. Einmalig ist eine Wiederernennung zulässig. Der Vorschlag ist beschlossen, wenn die Mehrheit der Mitglieder der Kontrollkommission ihm zustimmt.
- (2) Zur oder zum Ständigen Bevollmächtigten ernannt werden kann nur, wer mindestens das 35. Lebensjahr vollendet hat, die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren allgemeinen Verwaltungsdienst hat sowie zum Umgang mit Verschlussachen ermächtigt und förmlich zur Geheimhaltung verpflichtet wurde. Die oder der Ernannte darf neben ihrem oder seinem Amt kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung oder dem Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens noch einer Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes angehören. Sie oder er darf nicht gegen Entgelt außergerichtliche Gutachten abgeben.
- (3) Die oder der Ständige Bevollmächtigte steht nach Maßgabe dieses Gesetzes in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis. Dieses beginnt mit der Aushändigung der Ernennungsurkunde durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landtages. Die oder der Ständige Bevollmächtigte leistet einen Amtseid; § 52 des Landesbeamtengesetzes vom 3. April 2009 (GVBl. I S. 26), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. I Nr. 35 S. 13) geändert worden ist, gilt entsprechend. Das Amtsverhältnis endet mit Ablauf der Amtszeit oder mit der Entbindung von ihren oder seinen Aufgaben jeweils durch Aushändigung der entsprechenden Urkunde durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landtages. § 4 des Brandenburgischen Ministergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 2014 (GVBl. I Nr. 17), das durch Gesetz vom 11. Januar 2016 (GVBl. I Nr. 1) geändert worden ist, gilt entsprechend.
- (4) Die Präsidentin oder der Präsident des Landtages entbindet die oder den Ständigen Bevollmächtigten von ihren oder seinen Aufgaben, wenn diese oder dieser oder die Parlamentarische Kontrollkommission darum ersuchen; das Ersuchen der Parlamentarischen Kontrollkommission müssen wenigstens drei Viertel von deren Mitgliedern beschließen.
- (5) Die oder der Ständige Bevollmächtigte ist auch nach Beendigung ihres oder seines Amtsverhältnisses verpflichtet, über die ihr oder ihm amtlich bekanntgewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr, insbesondere hinsichtlich ihrer

oder seiner Berichterstattung gegenüber der Parlamentarischen Kontrollkommission oder über Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen. Die oder der Ständige Bevollmächtigte darf, auch wenn sie oder er nicht mehr im Amt ist, über solche Angelegenheiten ohne Genehmigung weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. Unberührt bleibt die gesetzlich begründete Pflicht, Straftaten anzuzeigen und bei Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung für deren Erhaltung einzutreten.

(6) Über die Erteilung einer Genehmigung, als Zeugin oder Zeuge auszusagen, entscheidet die Präsidentin oder der Präsident des Landtages im Einvernehmen mit der Parlamentarischen Kontrollkommission. Die Genehmigung soll nur versagt werden, wenn die Aussage dem Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten oder die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ernstlich gefährden oder erheblich erschweren würde. Die Genehmigung, ein Gutachten zu erstatten, kann versagt werden, wenn die Erstattung den dienstlichen Interessen Nachteile bereiten würde. § 28 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 1993 (BGBl. I S. 1473), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3546) geändert worden ist, und § 24 des Verfassungsgerichtsgesetzes Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. November 1996 (GVBl. I S. 343), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Juni 2018 (GVBl. I Nr. 13) geändert worden ist, bleiben unberührt.

(7) Die oder der Ständige Bevollmächtigte erhält vom Beginn des Kalendermonats an, in dem das Amtsverhältnis beginnt, bis zum Schluss des Kalendermonats, in dem das Amtsverhältnis endet, Amtsbezüge in Höhe der einer Beamtin oder einem Beamten der Besoldungsgruppe B 2 bei einer obersten Landesbehörde zustehenden Besoldung. § 8 Absatz 2, 4 und 5 sowie die §§ 9 bis 17 des Brandenburgischen Ministergesetzes sind mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Besoldungsgruppe B 11 für Ministerinnen und Minister in § 8 Absatz 2 des Brandenburgischen Ministergesetzes die Besoldungsgruppe B 2 tritt.“

19. § 26 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 2 werden die folgenden Absätze 3 und 4 eingefügt:

„(3) Die Parlamentarische Kontrollkommission kann mit der Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder nach Anhörung der Landesregierung im Einzelfall eine oder einen Sachverständigen beauftragen, zur Wahrnehmung ihrer Kontrollaufgaben Untersuchungen durchzuführen. Die oder der Sachverständige hat der Parlamentarischen Kontrollkommission über das Ergebnis der Untersuchungen zu berichten. Absatz 2 Satz 3 und 4 sowie § 25 Absatz 1 gelten entsprechend.

(4) Die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission haben das Recht, nach Anhörung der Landesregierung und mit Zustimmung der Kontrollkommission Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrer Fraktion zur Unterstützung ihrer Arbeit zu benennen. Voraussetzung für diese Tätigkeit ist die Ermächtigung zum Umgang mit Verschlusssachen und die förmliche Verpflichtung zur Geheimhaltung. Die benannten Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter sind befugt, die von der Parlamentarischen Kontrollkommission beigezogenen Akten und Daten einzusehen und die Beratungsgegenstände der Parlamentarischen Kontrollkommission mit den Mitgliedern der Kommission zu erörtern. Sie haben grundsätzlich keinen Zutritt zu den Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission. Die Kommission kann im Einzelfall mit einfacher Mehrheit der Mitglieder beschließen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen an bestimmten Sitzungen teilnehmen können. Absatz 2 Satz 3 bis 6 gilt entsprechend.“

- b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 5.

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin des Landtages Brandenburg

Britta Stark

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Das aus dem Jahr 1993 stammende und bislang nur geringfügig geänderte Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz unterliegt mittlerweile einem umfangreichen Reformbedarf.

Dabei stehen die Änderungen im Vordergrund, welche in Konsequenz aus der deutschlandweiten Mordserie des sog. „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) zu ziehen sind, zumal es auch nach deren Ende zur Bildung weiterer rechtsterroristischer Gruppierungen (sog. „Gruppe Freital“) kam und somit auch weiterhin zumindest Versuche neuerlicher rechtsterroristischer Gewalttaten zu erwarten sind. Hierauf deutet nicht zuletzt auch die nach wie vor deutschlandweit hohe Zahl ausländerfeindlicher und antisemitischer Delikte hin. Daher besteht mittlerweile dringender gesetzgeberischer Handlungsbedarf, um die in den verschiedenen Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen auf Bundes- und Länderebene und den entsprechenden Expertenkommissionen (insbesondere Bund-Länder-Kommission Rechtsterrorismus (BLKR)) geforderten Konsequenzen nicht nur für die polizeiliche Ermittlungsarbeit, sondern nunmehr auch für die im Vorfeld des Gefahrenabwehrrechts angesiedelte Aufklärungsarbeit des Brandenburgischen Verfassungsschutzes zu ziehen.

Ausgangspunkt ist dabei, dass ungeachtet der Versäumnisse verschiedener Sicherheitsbehörden bei den Ermittlungen um die Mordserie des NSU der Verfassungsschutz bei der Verteidigung der liberalen Demokratie und des Rechtsstaats eine unverzichtbare Rolle spielt. Die Erfahrungen aus dem Scheitern der Weimarer Republik zeigen – umso mehr in Zeiten erneuter vielfacher Angriffe auf das Ansehen und die Leistungsfähigkeit einer unabhängigen Justiz sowie gewählter Volksvertretungen und damit des demokratischen Willensbildungsprozesses an sich – dass eine Demokratie wehrhaft sein und ihre Feinde durch deren frühzeitige Identifizierung davon abhalten muss, verbriefte Grundrechte für die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu missbrauchen. Um künftig rechtzeitig die im Geheimen operierenden extremistischen und terroristischen Netzwerke entdecken zu können, bedarf es eines Verfassungsschutzes, der in der Lage ist, im Vorfeld polizeirechtlicher Eingriffsschwellen diejenigen Informationen zu beschaffen und auszuwerten, mit denen die Zivilgesellschaft und die Strafverfolgungsbehörden erst in die Lage versetzt werden, die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie die Sicherheit und den Bestand des Bundes und der Länder zu verteidigen zu können.

Das gilt vor dem Hintergrund zahlreicher dschihadistisch motivierter Anschläge natürlich gleichermaßen für islamistisch-terroristische Bedrohungen; ebenso darf die Abwehr extremistischer Gefahren anderer Phänomenbereiche sowie geheimdienstlicher Aktivitäten für fremde Mächte in der Realwelt wie auch im Cyberraum nicht vernachlässigt werden.

Schließlich soll bei dem Brandenburgischen Verfassungsschutz dessen Selbstverständnis dergestalt weiterentwickelt werden, dass sich dieser über seine sicherheitsbehördlichen Aufgaben hinaus künftig noch stärker als ein aktiver Partner und Dienstleister innerhalb der Zivilgesellschaft versteht, wozu der Dialog mit Bürge-

rinnen und Bürgern, Parteien und politischen Bündnissen, Nichtregierungsorganisationen und nicht zuletzt auch mit der Wissenschaft weiter ausgebaut werden soll (vgl. Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags vom 22.08.2013, BT-Drs. 17/14600, S. 864 – Empfehlung Nr. 38). Dabei muss das Kernanliegen darin bestehen, die Arbeitsweise und –ergebnisse der Verfassungsschutzbehörde noch stärker an den Bedürfnissen von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft auszurichten, was auch einen Qualitätszuwachs bei der Analyse und Beschreibung verdeckt stattfindender gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse mit einer weiter zunehmenden Dynamik beinhalten muss.

Das kann nur gelingen, wenn es die Verfassungsschutzbehörden bundesweit vermögen, verloren gegangenes Vertrauen wieder herzustellen und in der Zukunft zu festigen. Hierfür ist es unablässig, zum einen ein effektives und zudem professionales Standards entsprechendes internes Kontrollsystem zu etablieren (vgl. Abschlussbericht der BLKR vom 30.04.2018, zusammengefasste Empfehlungen Rn. 7), um letztlich Verantwortlichkeiten in der Verfassungsschutzbehörde klar zuordnen zu können. Aus den gleichen Gründen bedarf es zum anderen einer stringenteren und damit wirksameren parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes, um dessen enge Bindung an seinen gesetzlichen Auftrag, die hierbei zu beachtenden Beschränkungen und die Sicherheitsinteressen der brandenburgischen Zivilgesellschaft weiter zu gewährleisten (vgl. Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags vom 22.08.2013, BT-Drs. 17/14600, S. 865 – Empfehlung Nr. 41).

Zur Erreichung dieser Ziele werden mit diesem Gesetzentwurf folgende wesentlichen Optimierungsansätze verfolgt:

1. Konsequente Beibehaltung des Trennungsgebots (vgl. Abschlussbericht der BLKR vom 30.04.2018, zusammengefasste Empfehlungen Rn. 3)

Damit die Verfassungsschutzbehörden ihrer Frühwarnfunktion gerecht werden können, müssen sie im Vorfeld gefahrenabwehrrechtlich relevanter Sachverhalte Informationen sammeln und auswerten können. Insbesondere die in den letzten Jahren vermehrt festzustellenden massiven Gewalttaten islamistischer Einzeltäter, welche sich oftmals binnen kurzer Zeit radikalisiert haben, zwingen zu einer engmaschigen Aufklärung der auf die ideologische Indoktrination und logistische Unterstützung potenzieller Terroristen abzielenden Netzwerke. Damit die Nachrichtendienste diese Aufgabe im Interesse der persönlichen Sicherheit von uns allen adäquat gerecht werden können, bedürfen sie neben einer ausreichenden personellen und sächlichen Ausstattung auch solcher Fähigkeiten und Befugnisse, die zumindest in Teilbereichen über den kompetenziellen Rahmen des Gefahrenabwehr- und Strafprozessrechts hinausgehen. Ausgehend von den in Deutschland innerhalb zweier Diktaturen gesammelten Erfahrungen ist auch in Brandenburg auf verfassungsrechtlicher Ebene das Trennungsgebot verankert, welches nicht nur organisatorisch bzw. personell eine Verbindung von Nachrichtendiensten und Polizeibehörden untersagt, sondern auch eine klare Abgrenzung deren Befugnisse verlangt, so dass dem Verfassungsschutz auch weiterhin keine polizeilichen Zwangsmittel zur Verfügung stehen können. Schließlich ist auch das vom Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 24.04.2013 zum Antiterrordatei-Gesetz (ATDG) (BVerfGE 133, 277 ff.) aus dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung abgeleitete informationelle Trennungsprinzip zu beachten, wonach die Übermittlung von

Informationen der Nachrichtendienste an die Polizei für operative polizeiliche Zwecke vom Vorliegen "eines herausragenden öffentlichen Interesses" abhängig gemacht wird. Die so entfaltete Dogmatik des Verfassungsrechts gibt einerseits weiteren Anlass, die gesetzlichen Regelungen zum Informationsaustausch zwischen Verfassungsschutz und Sicherheitsbehörden zu reformieren, zieht aber andererseits den im Rahmen der Aufarbeitung des NSU-Komplexes entwickelten Vorschlägen, die künftige Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Behörden effektiv auszugestalten (vgl. Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags vom 22.08.2013, BT-Drs. 17/14600, S. 864 – Empfehlung Nr. 32 f.) enge und deutliche Grenzen.

2. Quellenschutz (vgl. Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags vom 22.08.2013, BT-Drs. 17/14600, S. 865 – Empfehlung Nr. 47; Abschlussbericht der BLKR vom 30.04.2018, zusammengefasste Empfehlungen Rn. 4.5).

Wie die Erfahrungen aus der NSU-Mordserie gezeigt haben, ist der Quellenschutz kein Wert an sich, vielmehr sind der Schutz von Leib und Leben der menschlichen Quellen einerseits mit den berechtigten Belangen der Strafverfolgung und dem Schutz potenzieller Opfer andererseits in ein angemessenes Verhältnis zu bringen. Dem wird auf gesetzlicher Ebene durch eine enge Orientierung der Vorschriften zum Austausch von Informationen an den Verfassungsschutzverbund entsprochen.

3. Verdeckte Informationsgewinnung durch sog. V-Leute (vgl. Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags vom 22.08.2013, BT-Drs. 17/14600, S. 865 – Empfehlung Nr. 44 ff., Abschlussbericht der BLKR vom 30.04.2018, zusammengefasste Empfehlungen Rn. 4.1 f.).

Die BLKR kam zu dem Schluss, dass die Befugnis der Sicherheitsbehörden zum Einsatz von sog. V-Leuten beibehalten werden soll. Allerdings seien einheitliche Standards erforderlich, zum Beispiel im Hinblick auf einheitliche Vorgaben hinsichtlich der Auswahl (u. a. Vorstrafen), des Anwerbens und Führens von sog. V-Leuten sowie des Beendigungs der Zusammenarbeit. Ergänzend bestehe gesetzgeberischer Handlungsbedarf, einheitliche Rahmenbedingungen für den Einsatz menschlicher Quellen zur verdeckten Informationsgewinnung zu schaffen. Dem wird hier durch eine Anpassung an bereits auf Bundesebene novellierter gesetzlicher Regelungen Rechnung getragen, wodurch auch bislang lediglich in Dienstvorschriften getroffene Vorgaben für den Einsatz sog. V-Leute eine höhere Verbindlichkeit erlangen. Ausdrücklich gesetzlich festgelegt wird die bislang schon geltende Praxis, dass die Bereitschaft zur Zusammenarbeit dieser Personen mit der Verfassungsschutzbehörde nicht durch Täuschung, Drohung mit einem empfindlichen Übel, Versprechen ungesetzlicher Vorteile oder sonstigen die freie Willensausübung beschränkenden Maßnahmen erreicht werden darf. In diesem Zusammenhang soll künftig auf den derzeit noch gebräuchlichen, aber gleichwohl irreführenden Begriff „Vertrauensperson“ verzichtet werden. Die Sicherheitsbehörden sind zur Gewinnung von Erkenntnissen aus extremistischen Personenzusammenschlüssen auf darin verstrickte Personen angewiesen, da regelmäßig nur diese Zugang zu den benötigten Informationen haben. Zu diesen Personen kann es aber aufgrund ihrer Einstellungen und Aktivitäten kein wie auch immer

geartetes Vertrauen staatlicher Behörden geben. Daher sollen sie künftig als „Verdeckt Informationsgebende“ bezeichnet werden.

Die Notwendigkeit des Einsatzes menschlicher Quellen nimmt dabei in dem Maß zu, wie anderweitige Erkenntnisquellen immer weniger Ertrag bringen. In der rechtsextremistischen Szene war in den vergangenen Jahren wie in allen anderen Phänomenbereichen auch eine zunehmende Professionalisierung festzustellen, die sich vor allem in einer stark gestiegenen Fähigkeit zur Konspiration äußerte, welche bereits den Tätern und Unterstützern des NSU-Netzwerks zu Eigen war. Hierbei gelingt es Extremisten und Terroristen sämtlicher Phänomenbereiche zunehmend besser, Lücken in den rechtlichen und technischen Fähigkeiten der Sicherheitsbehörden zu identifizieren und für die Verschleierung ihrer eigenen Aktivitäten zu nutzen. Zudem bringt der digitale Wandel zunehmende Gefahren mit sich, wie das Beispiel der salafistischen Radikalisierung bis hin zur Vorbereitung von Attentaten über das Internet zeigt.

4. Anpassung der Befugnisse an die technische Entwicklung und geänderte Bedrohungslagen.

Die unter den Voraussetzungen des Artikel 10-Gesetzes angeordneten Beschränkungsmaßnahmen zur Überwachung des Telefonverkehrs erbringen mittlerweile so gut wie keine relevanten Informationen mehr. So sind bereits Extremisten in Brandenburg schon vielfach in Kenntnis des Fehlens der Berechtigung der Verfassungsschutzbehörde zum Einsatz sog. IMSI-Catcher dazu übergegangen, sich SIM-Karten zu beschaffen, die auf andere Personen registriert sind oder im Ausland ohne Identifizierung erworben wurden. Ohne Kenntnis der von den Extremisten aktuell genutzten Telefonanschlüsse ist deren Überwachung aber weitgehend unmöglich.

Des Weiteren stehen Fragen der Verhältnismäßigkeit im Mittelpunkt, an die das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil zum BKA-Gesetz vom 20.04.2016 (BVerfGE 141, 220 ff.) strenge Voraussetzungen gestellt hat. Auch wenn unklar ist, inwieweit diese mit Blick auf das polizeiliche Gefahrenabwehrrecht getroffene Entscheidung unter Berücksichtigung des Trennungsgebots auf die Arbeit der Nachrichtendienste übertragen werden kann (vgl. BayLT-Drs. 17/20763, S. 7 ff.), soll mit diesem Gesetz gleichwohl hierauf Rücksicht genommen werden. Im Einzelnen handelt es sich dabei um folgende Regelungen:

- Mit dem neuen § 7 Absatz 2 wird der allgemeine Grundsatz der Zweckbindung gesetzlich normiert, der prinzipiell bei jeder zweckändernden Weiterverarbeitung von Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnen wurden, durch die Verfassungsschutzbehörde zu beachten ist. Bereits existierende besondere Zweckbindungen hinsichtlich personenbezogener Daten aus den Auskunftersuchen gemäß § 14a werden im Interesse einer normenklaren Systematik in § 7 Absatz 2 an einer zentralen Stelle zusammengezogen.
- Mit § 7a werden allgemein und grundsätzlich für alle nachrichtendienstlichen Mittel geltende Regelungen zum Kernbereichs- und Berufsgeheimnisträgerschutz geschaffen. Dabei werden Rechtsanwältinnen und

Rechtsanwälte und Kammerrechtsbeistände den Strafverteidigerinnen und Strafverteidigern gleichgestellt.

- Es wird ein neuer § 10 eingeführt, der länger andauernde Observationen und den Einsatz technischer Mittel zum Abhören und Aufzeichnen des nichtöffentlich gesprochenen Wortes oder zum Anfertigen von Bildaufnahmen außerhalb des Schutzbereichs von Artikel 13 Grundgesetz und Artikel 15 der Verfassung des Landes Brandenburg nur unter der materiellen Voraussetzung zulässt, dass dies zur Aufklärung von Bestrebungen mit erheblicher Bedeutung erforderlich ist. In formeller Hinsicht ist die vorherige Anordnung durch die Behördenleitung oder ihre Vertretung erforderlich.
 - Die Übermittlungsvorschriften werden dahingehend konkretisiert, dass gesetzlich verankert wird, in welchen Fällen das öffentliche Interesse oder Sicherheitsinteressen gegenüber dem schutzwürdigen Interesse einer betroffenen Person überwiegen.
5. Ausweitung der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörde (vgl. Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags vom 22.08.2013, BT-Drs. 17/14600, S. 865 – Empfehlung Nr. 41).

Neben der Konkretisierung bzw. Ausweitung der inhaltlichen Informationsrechte der Parlamentarischen Kontrollkommission wird erstmals auch eine sog. Whistleblower-Regelung geschaffen, wonach sich Angehörige der Verfassungsschutzbehörde ohne Einhaltung des Dienstwegs an die Parlamentarische Kontrollkommission wenden können, um aus ihrer Sicht bestehende Missstände ansprechen zu können, ohne deswegen Sanktionen befürchten zu müssen. Hierdurch soll in der Verfassungsschutzbehörde selbst ein Klima des offenen und kritischen Dialogs und professionellen Umgangs mit eigenen Fehlern gefördert werden. Darüber hinaus wird die Parlamentarische Kontrollkommission in ihrer Tätigkeit zukünftig durch eine Ständige Beauftragte bzw. einen Ständigen Beauftragten unterstützt, die oder der auf Weisung der Kommission Sachverhalte eigenständig zu untersuchen hat und zu diesem Zweck im selben Umfang Zugang zu allen Informationen erhält wie die Kommissionsmitglieder selbst. Zudem erhält die Parlamentarische Kontrollkommission zur Erfüllung ihres Kontrollauftrags das Recht, zusätzlich Sachverständige für die Durchführung von Untersuchungen zu beauftragen. Ferner wird es den Mitgliedern der Parlamentarischen Kontrollkommission ermöglicht, zur Unterstützung ihrer Arbeit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu benennen. Alle diese Ansätze sind geeignet die Kontrollintensität gegenüber der Verfassungsschutzbehörde maßgeblich zu erhöhen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes):

Zu Nummer 1:

Zu Buchstabe a:

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 6.

Zu Buchstabe b:

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 8.

Zu Buchstabe c:

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 10.

Zu Buchstabe d:

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 11.

Zu Buchstabe e:

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 12.

Zu Buchstabe f:

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Aufhebung des § 18 (Nummer 14).

Zu Buchstabe g:

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Aufhebung des § 20 (Nummer 16).

Zu Buchstabe h:

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 18.

Zu Nummer 2:**Zu Buchstabe a:**

Satz 3 entspricht dem bisherigen Absatz 2 und wird aus gesetzessystematischen Gründen in Absatz 1 integriert.

Mit dem Satz 3 wird die organisatorische Trennung von polizeilichen Dienststellen gesetzlich verankert.

Zu Buchstabe b:

In Umsetzung der Forderungen der Bundestagsuntersuchungsausschüsse (NSU) wird zur verbesserten Kontrolle der Arbeit der Verfassungsschutzbehörde eine Stabstelle Innenrevision eingerichtet, die mittels Regel-, System-, Nachschau- und erforderlichenfalls Sonderprüfungen ein internes Kontrollsystem zur Gewährleistung vor allem von Recht- und Ordnungsmäßigkeit etablieren soll. Die Weiterentwicklung der Qualität der Arbeit der Verfassungsschutzabteilung obliegt in letzter Instanz ihrer Leiterin oder ihrem Leiter, wozu sie bzw. er neben den notwendigen fachlichen Entscheidungen vor allem auch die erforderlichen aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen zu treffen hat, deren Einhaltung und Wirksamkeit wiederum durch die Innenrevision zu überwachen ist. Die Prüfergebnisse der Innenrevision stellen daher in erster Linie eine Führungsgrundlage der Behördenleitung dar, können aber auch Gegenstand der parlamentarischen Kontrolle sein.

Der Zweck der Innenrevision besteht darin, durch möglichst vielfältige Prüfungen aller Aufgabenbereiche der Verfassungsschutzbehörde in erster Linie die Recht-

mäßigkeit ihrer Arbeit, aber auch die Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit festzustellen und auf eine fortlaufende Optimierung hinzuwirken. Das gilt auch für die internen Führungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse. Somit soll auch dolosem Handeln wie z. B. Korruption oder Haushaltsuntreue entgegengewirkt werden. Die Stabstelle Innenrevision trägt selbst keine Verantwortung für das Handeln der Verfassungsschutzbehörde, diese verbleibt vielmehr bei den mit der Führung der Abteilung und Referate betrauten Bediensteten. Mithin verbieten sich interne Vorlagepflichten innerhalb laufender Geschäftsprozesse an die Innenrevision. Diese soll ihre Revisionsrichtlinien zur Sicherstellung einer professionellen Prüfungsarbeit an den anerkannten fachlichen Standards (IIA, DIIR e.V.) ausrichten. Hierzu gehört auch, dass Prüfungsgegenstände und –methoden durch die Innenrevision selbst gewählt und fortlaufend angepasst werden können, auch um möglichen Ansätzen zur Umgehung der Kontrollmechanismen effektiv entgegenwirken zu können. Das gilt insbesondere auch mit Blick auf die notwendigen Systemprüfungen.

In dem neuen Absatz 2 Nummer 1 bis 4 werden beispielhaft einige Bereiche benannt, die eine Revisionsprüfung zwingend umfassen muss, dies sind Angaben zu den besonderen Auskunftersuchen, der Einsatz bestimmter nachrichtendienstlicher Mittel, die Ablehnung von Anträgen auf Auskunftserteilung und die Übermittlungen der Verfassungsschutzbehörde.

Durch die Pflicht zur Vorlage der Prüfungsberichte (§ 25 Absatz 2 Nummer 3) an die Parlamentarische Kontrollkommission wird zusätzlich auf eine effektive Prüftätigkeit der Innenrevision hingewirkt, zumal daneben durch die neu zu schaffende Stelle der bzw. des Ständigen Bevollmächtigten der Parlamentarischen Kontrollkommission (§ 25a) eine erheblich intensivere externe Kontrolle der Verfassungsschutzbehörde möglich sein wird, durch die auch die Arbeit der Innenrevision selbst geprüft werden kann.

Um eine effektive und unabhängige Prüfung der Innenrevision zu gewährleisten, ist eine unabhängige und weisungsfreie Arbeit der Innenrevision zwingend erforderlich. Dies wird mit Absatz 3 gesetzlich verankert.

Zu Buchstabe c:

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung aufgrund der Einführung der neuen Absätze 2 und 3.

Zu Nummer 3:

Zu Buchstabe a:

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung.

Zu Buchstabe b:

Die bisherige Regelung, dass eine Bestrebung insbesondere dann gegeben ist, wenn sie auf Gewaltanwendung gerichtet ist oder sonst ein kämpferisches und aggressives Verhalten erkennen lässt, war missverständlich und wird deshalb gestrichen. Es wird damit der zunehmenden Bedeutung des legalistischen Extremismus, welcher auch als Nährboden des gewaltorientierten Extremismus anzusehen ist, Rechnung getragen.

Zu Buchstabe c:

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung aufgrund der Aufhebung des Absatzes 2.

Zu Buchstabe d:

Bei der Definition der Straftaten von erheblicher Bedeutung wird auf die Aufzählung einzelner Straftaten verzichtet und das Strafmaß abgesenkt, um den gesellschaftlichen und rechtlichen Veränderungen Rechnung zu tragen.

Zu Buchstabe e:

Die Begriffsbestimmungen sollen um eine Definition der Verdeckt Ermittelnden ergänzt werden.

Zu Nummer 4:

Absatz 1 konkretisiert die bislang geltende Regelung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit. Mit dieser Regelung hat die Verfassungsschutzbehörde die Befugnis, die Öffentlichkeit über sog. Verdachtsfälle zu informieren, bei denen also hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne von § 3 Absatz 1 vorliegen, ohne dass feste Gewissheit bestehen muss. Es sind jedoch Sachumstände vonnöten, die zumindest in ihrer Gesamtschau bei vernünftiger Betrachtung die hinreichende Wahrscheinlichkeit verfassungsfeindlicher Bestrebungen oder für eine Spionagetätigkeit begründen, hingegen genügen nicht hypothetische Möglichkeiten oder Spekulationen. Die Einräumung der Befugnis zur Information über Verdachtsfälle ist mit Blick auf extremistische Personenzusammenschlüsse, die nach außen hin einen harmlosen Eindruck vermitteln wollen und zu diesem Zweck im hohen Maße konspirativ vorgehen, von besonderer Bedeutung. Dabei muss aus Verhältnismäßigkeitsgründen bei der Erwähnung im Verfassungsschutzbericht oder auch bei jeder anderen Information der Öffentlichkeit der Umstand, dass es sich um einen Verdachtsfall handelt, deutlich gemacht werden. Das u. a. auch im Bundesverfassungsschutzgesetz geregelte Recht zur Nennung insbesondere des Namens von Einzelpersonen unter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit mit denen der betroffenen Personen ist auch mit Blick auf das zunehmend unstrukturierte extremistische Personenpotenzial erforderlich, um im Einzelfall auf Tätigkeiten herausgehobener Protagonisten wie z. B. islamistische Prediger oder Holocaust-Leugner hinweisen zu können.

Mit Absatz 2 wird der Verfassungsschutzbehörde die Aufgabe übertragen, verfassungsfeindlichen Bestrebungen und Tätigkeiten aktiv entgegenzutreten. Dies soll durch Angebote zur Information und zum Ausstieg geschehen.

Zu Nummer 5:**Zu Buchstabe a:****Zu Doppelbuchstabe aa:****Zu Dreifachbuchstabe aaa:**

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen aufgrund der Ergänzung bzw. Konkretisierung der Begriffsbestimmungen in dem neuen § 4 Absatz 5 i. V. m. dem neuen § 6a und der Einführung des neuen § 6b.

Zu Dreifachbuchstabe bbb:

Bei Nummer 10 handelt es sich um eine redaktionelle Änderung.

Zu Dreifachbuchstabe ccc:

Die abschließende Aufzählung der nachrichtendienstlichen Mittel wird um den Einsatz des IMSI-Catchers (Nummer 11) und der Teilnahme an Kommunikationsbeziehungen im Internet unter Legende (Nummer 12) ergänzt.

Die Ergänzungen sind erforderlich, da es sich um eine abschließende Aufzählung der erlaubten nachrichtendienstlichen Mittel handelt.

Zu Doppelbuchstabe bb:

Satz 2 und 3 sind entbehrlich. Eine Regelung wie in Satz 2, dass Minderjährige nicht als Verdeckte Informationsgebende eingesetzt werden können, ist in § 6b Absatz 2 enthalten. Als Verdeckt Ermittelnde kommen sie aufgrund ihrer Minderjährigkeit ohnehin nicht in Betracht. Die in Satz 3 enthaltenen Regelungen zu Personen, die sich auf ein Zeugnisverweigerungsrecht berufen können, sind in § 7a enthalten.

Zu Doppelbuchstabe cc:

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung.

Zu Buchstabe b:

Die Ergänzung dient der Klarstellung.

Zu Nummer 6:

Es werden folgende §§ 6a und 6b eingefügt, die die in § 6 Absatz 3 Nummer 1 enthaltenen nachrichtendienstlichen Mittel hinsichtlich Anwendung und Verfahren konkretisieren:

- § 6a Verdeckt Ermittelnde und
- § 6b Verdeckte Informationsgebende.

In enger Anlehnung an das Bundesverfassungsschutzgesetz (§§ 9a und 9b) wird der Einsatz von Verdeckt Ermittelnden (§ 6a) sowie Verdeckten Informationsge-

benden (§ 6b) geregelt. Bislang war der Einsatz solcher Personen im Gesetz lediglich abstrakt als nachrichtendienstliches Mittel erwähnt.

§ 6a enthält Bestimmungen zum Einsatz der Verdeckt Ermittelnden. In Abweichung zu der Formulierung in § 9a Absatz 1 Satz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes wird in der vorliegenden Regelung nicht auf den Zweck der „Aufklärung von Bestrebungen“ abgestellt, so dass sich die Tätigkeit der Verdeckt Ermittelnden auf alle Tatbestände des § 3 Absatz 1 bezieht. Daher ist der Einsatz dieser Personen z. B. auch zur Aufklärung sicherheitsgefährdender und geheimdienstlicher Tätigkeiten möglich.

Die Beschränkung im Bundesverfassungsschutzgesetz auf den Zweck der „Aufklärung von Bestrebungen“ wird mit einer stärkeren Fokussierung des Aufgabenbereichs auf gewaltbereite Bestrebungen und einer effizienten Ressourcensteuerung begründet (vgl. BT-Drs. 18/4654, S. 26). Im Rahmen der arbeitsteiligen Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern hat dies zwangsläufig einen erweiterten Beobachtungsauftrag auf Seiten der Landesverfassungsschutzbehörden zur Folge, der auch nicht gewaltorientierte Bestrebungen einbezieht. Nur bei einem Verzicht auf diese Einschränkung im vorliegenden Gesetzentwurf kann sichergestellt werden, dass verfassungsfeindliche Bestrebungen, die sich nicht auf die Ausübung von Gewalt stützen, frühzeitig erkannt und mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden können.

Die Befugnis zum Einsatz Verdeckt Ermittelnder als nachrichtendienstliches Mittel wird gesetzlichen Schranken unterworfen. Insoweit übernimmt der Gesetzentwurf die neu geschaffenen Vorschriften des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

Satz 1 verbietet eine steuernde Einflussnahme auf Bestrebungen i. S. v. § 3 Absatz 1. Dies gilt selbst dann, wenn die Einflussnahme mit dem Ziel erfolgt, die Bestrebungen abzuschwächen (vgl. BT-Drs. 18/4654, S. 26). Erst recht dürfen Verdeckt Ermittelnde nicht zur Gründung von derartigen Bestrebungen eingesetzt werden, auch nicht zum Zwecke der Informationsgewinnung.

Satz 2 erlaubt daher inhaltlich im Wesentlichen übereinstimmend mit § 9a Absatz 2 Satz 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes nur den Einsatz von Verdeckt Ermittelnden in bereits existenten Bestrebungen, die dem Beobachtungsauftrag unterfallen. Auch wenn die Bestrebung einem Vereinigungsverbot unterfällt, steht dies der Aufklärung der Vereinigung von Innen, durch Insider, nicht entgegen. Satz 2 regelt demnach einen strafrechtlichen Rechtfertigungsgrund für durch die Mitwirkung in oder Tätigkeit für eine solche Vereinigung verwirklichte Straftatbestände (insbesondere die §§ 84, 85, 129, 129a, 129b des Strafgesetzbuches und § 20 des Vereinsgesetzes).

Satz 3 enthält einen strafrechtlichen Rechtfertigungsgrund für bestimmte im Einsatz verwirklichte Straftaten.

Eine generalklauselartige Befugnis zu Begleiteingriffen in andere Grundrechte ergibt sich daraus nicht. Solche Begleiteingriffe gehören nicht zum planmäßigen Vorgehen der Verfassungsschutzbehörde bei der Durchführung von verdeckten Ermittlungen. Sonstige bestehende Befugnisse, insbesondere zur Datenerhebung mit anderen nachrichtendienstlichen Mitteln, bleiben unberührt.

Satz 3 Nummer 1 verbietet zunächst den Eingriff in Individualrechte. Mithin dürfen nur solche Straftatbestände verwirklicht werden, die ausschließlich Kollektivrechte bzw. öffentliche Interessen berühren (z. B. das Verwenden von Symbolen verfassungswidriger Organisationen gemäß § 86a des Strafgesetzbuches oder ein Verstoß gegen das versammlungsrechtliche Versammlungsverbot).

Satz 3 Nummer 2 beschränkt die Zulässigkeit der Handlungen weiter auf solche, die für die Durchführung des Aufklärungsauftrags erforderlich sind. Zulässig ist nur, was für die Akzeptanz im aufzuklärenden Umfeld unerlässlich ist. Derartige zugehörigkeitsstiftenden Verhaltensmuster sind subkulturell in den verschiedenen Phänomenbereichen sehr unterschiedlich ausgeprägt und entwicklungssoffen, so dass eine nähere Umschreibung oder katalogmäßige Auflistung durch den Gesetzgeber weder möglich noch sinnvoll ist.

Satz 3 Nummer 3 begrenzt die Erlaubnis zur Verwirklichung von szenetypischen Straftatbeständen ohne Schädigung Einzelner weiter durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Die Handlungen dürfen nicht außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. Damit sind solche tatbestandsmäßigen Handlungen zulässig, die die Enttarnung der Verdeckt Ermittelnden verhindern, da eine Aufdeckung ihrer Tarnidentität die weitere Aufklärung und Informationsübermittlung vereiteln würde. Sollte die Enttarnung mit einer akuten Gefahr für Leib und Leben der Ermittelnden verbunden sein, ist er allerdings nicht auf den von Satz 3 vorgegebenen Rahmen beschränkt, sondern kann wie jedermann von seinen durch das Strafrecht eingeräumten Rechten zu Notwehr- und Notstandshandlungen (§§ 32 ff. des Strafgesetzbuches) Gebrauch machen. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz beschränkt das Handlungsspektrum aber nicht auf Maßnahmen der Eigensicherung. Bezugspunkt der Verhältnismäßigkeitsprüfung ist die Bedeutung der aufzuklärenden Sache. Soll daher ein bedeutender Sachverhalt, etwa ein geplanter terroristischer Anschlag, aufgedeckt werden, dürfen Straftatbestände auch verwirklicht werden, um das Vertrauen der maßgeblichen Akteure und so Informationen zu den Details der Planung zu gewinnen. Umgekehrt sind Handlungen, die weder dem Eigenschutz dienen noch der Aufklärung eines bedeutenden Sachverhalts, unverhältnismäßig und damit unzulässig.

Satz 4 enthält in Übereinstimmung mit dem Bundesrecht Ausnahmen von der Einsatzbeendigung und der Erstattung von Strafanzeigen. Bei Straftaten von erheblicher Bedeutung, die in § 4 Absatz 4 definiert sind, ist der Einsatz grundsätzlich abubrechen (vgl. BT-Drs. 18/5415, S. 9 f.). Der Wortlaut ist insoweit im Vergleich zur bundesgesetzlichen Regelung (dort „soll“) noch deutlicher formuliert.

Die Pflicht zum Abbruch des Einsatzes gilt nicht nur bei einem Einsatzverhalten, das die in den Sätzen 1 bis 3 gezogenen Grenzen übersteigt, sondern für jedes Verhalten, auch wenn es nicht im Zusammenhang mit dem Einsatz steht (vgl. BT-Drs. 18/4654, S. 27).

Für die insoweit zu treffende Ermessensentscheidung liegt nach Satz 6 die Zuständigkeit bei der Leiterin oder dem Leiter der Verfassungsschutzabteilung oder der Vertretung. Das Regel-/Ausnahme-Verhältnis zwischen Satz 4 und 5 gibt eindeutig zu erkennen, dass das in Satz 5 eingeräumte Ermessen bei der Entscheidung über die Fortsetzung des Einsatzes trotz einer Straftat von erheblicher Bedeutung und über Ausnahmen von der Unterrichtung der Strafverfolgungsbehörde bei Anzeigehindernissen restriktiv zu handhaben ist. Eine Ausnahme von der In-

formation der Strafverfolgungsbehörde scheidet in den Fällen des § 17 Absatz 1 dieses Gesetzes aus, der Staatsschutzdelikte im Zusammenhang mit der aufzuklärenden Bestrebung betrifft. Die Übermittlungsverbote nach § 19 sind angesichts der rechtsstaatlichen Sensitivität des Vorgangs restriktiv anzuwenden, was durch die Information der Innenrevision gesichert wird. Als zusätzliche Kontrolle ist vorgesehen, dass bei Bedenken der Innenrevision die Angelegenheit der G 10-Kommission vorzulegen und die Parlamentarische Kontrollkommission zu informieren ist.

Die Staatsanwaltschaft kann nach § 9a Absatz 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, der nach seinem Satz 5 auch für die Landesbehörden für Verfassungsschutz gilt, unter den in § 9a Absatz 3 Satz 1 bis 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes näher geregelten Voraussetzungen von der Verfolgung von im Einsatz begangenen Vergehen absehen oder eine bereits erhobene Klage in jeder Lage des Verfahrens zurücknehmen und das Verfahren einstellen. § 9a Absatz 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes enthält somit eine bereichsspezifische Regelung einer Einstellungsbefugnis. Als Beispiel führt die Gesetzesbegründung den Fall von Sachbeschädigungen im Anschluss an Demonstrationen mit militantem Verlauf an, wenn sich die Quelle unter einem dynamischen Gruppendruck dem nicht entziehen kann (BT-Drs. 18/4654, S. 27). Die Einstellungstatbestände der §§ 153 ff. der Strafprozessordnung bleiben unberührt.

Der vorliegende Gesetzentwurf verzichtet erstmalig auf den bisher verwendeten Begriff der „V-Leute“ bzw. „Vertrauensleute“ und führt den Begriff des Verdeckten Informationsgebenden (§ 6b) ein. Maßgeblich hierfür ist, dass die im Lauf der Zeit erfolgte Umdeutung des Buchstaben „V“ in „Vertrauen“ von jeher unzutreffend war, zumal das „V“ ursprünglich für „Vigilant“ stand, also der mittelalterlichen Bezeichnung für Nachtwächter und so viel wie „wachsam, aufgeweckt“ bedeuten sollte (siehe Droste, Handbuch des Verfassungsrechts, 1. Auflage 2007, Seite 267). Um Informationen aus extremistischen Personenzusammenschlüssen erhalten zu können, bedarf es auch der Abschöpfung des Wissens von den in diese Netzwerke verstrickten Personen, zu denen der Staat aufgrund deutlich unterschiedlicher Wertvorstellungen kein wie auch immer geartetes Nähe- oder eben gar Vertrauensverhältnis aufbauen kann und darf.

In § 6b wird der Einsatzrahmen unter Übernahme der entsprechenden Vorschrift in § 9b des Bundesverfassungsschutzgesetzes gesetzlich festgelegt. Dies dient der Rechtsharmonisierung und soll die Akzeptanz des in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierten Mittels der Informationsbeschaffung stärken. In Satz 1 ist die grundsätzliche Befugnis der Verfassungsschutzbehörde zum Einsatz von Verdeckten Informationsgebenden geregelt. Hierbei handelt es sich in der Regel um Szeneangehörige, die sich aus unterschiedlichen Motiven zur Informationssammlung und Weitergabe an die Verfassungsschutzbehörde bereit erklären. Wesentliches Begriffsmerkmal ist die Auftragssteuerung durch die Verfassungsschutzbehörde und zwar hinsichtlich der Informationsbeschaffung.

Hinsichtlich des Befugnisrahmens bei der Auftragssteuerung verweist Absatz 1 auf die für Verdeckt Ermittelnde geltenden Regelungen in § 6a. Somit ist die Führung von Verdeckten Informationsgebenden nur in den Grenzen des § 6a rechtmäßig. Umgekehrt wird ein Verhalten von Verdeckten Informationsgebenden außerhalb des Auftragsrahmens von vornherein nicht von der Regelung gedeckt (vgl. BT-

Drs. 18/4654, S. 28 zur entsprechenden Vorschrift in § 9b des Bundesverfassungsschutzgesetzes).

Absatz 2 behält die Entscheidung über die Verpflichtung von Verdeckten Informationsgebenden der Leiterin oder dem Leiter der Verfassungsschutzabteilung oder der Vertretung vor. Dadurch wird verfahrensmäßig eine besondere Prüfung und zugleich auch ein einheitlich strenger Maßstab bei der Würdigung von Ausnahmeverhalten gewährleistet. Vorgesehen ist die Prüfung der persönlichen und charakterlichen Voraussetzungen für den Einsatz. Diese unterliegen einer fortlaufenden Prüfung. Um die Freiwilligkeit der Informationsweitergabe zu betonen, wird nun gesetzlich festgeschrieben, dass die Bereitschaft zur Zusammenarbeit nicht durch Täuschung, Drohung mit einem empfindlichen Übel, Versprechen ungesetzlicher Vorteile oder sonstige die freie Willensausübung beschränkenden Maßnahmen erreicht werden darf.

Um Absichten zum Ausstieg aus der extremistischen Szene nicht durch Versuche der Anwerbung als Verdeckte Informationsgebende zu konterkarieren, wird die Verfassungsschutzbehörde verpflichtet sich mit dem Vorliegen dahingehender Überlegungen zwingend regelmäßig auseinanderzusetzen und die anzuwerbende bzw. bereits verpflichtete Person ggf. in dem Ausstiegswillen zu bestärken.

Satz 5 enthält eine gesetzliche Regelung der Anforderungen an die Auswahl von Verdeckten Informationsgebenden. Eine solche ist geboten, da es sich bei diesen Personen im Unterschied zu Verdeckt Ermittelnden nicht um Beschäftigte handelt. Entsprechend den von der IMK in der Sitzung vom 22. bis 24. Mai 2013 beschlossenen gemeinsamen Standards und in Übereinstimmung mit § 9b Absatz 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes werden diese persönlichen Ausschlusskriterien gesetzlich fixiert. Gründe für einen Ausschluss können sich aus entgegenstehenden Interessen und aus grundlegenden Risiken für die Verlässlichkeit der Informationsgewinnung ergeben.

Nummer 1 verbietet den Einsatz von Minderjährigen. Verdeckte Informationsgebende müssen mindestens 18 Jahre alt sein und dürfen in ihrer Geschäftsfähigkeit keinen Einschränkungen unterliegen.

Nummer 2 soll verhindern, dass sich eine finanzielle Abhängigkeit nachteilig auf die Nachrichtenbeschaffung auswirkt. Die Vorschrift dient also der Verlässlichkeit der Informationsbeschaffung. Der persönliche Ausschlussgrund ist nicht einschlägig, wenn im besonders begründeten Sonderfall Verdeckte Informationsgebende legendengerecht eingesetzt werden und keine Aufklärungsalternative besteht. Hier ist der Sachverhalt nicht in der Person, sondern in der Legende angelegt (vgl. BT-Drs. 18/4654, S. 28).

Im Übrigen muss die Verfassungsschutzbehörde darauf bedacht sein, dass finanzielle Leistungen möglichst nicht der aufzuklärenden Organisation zufließen. Wenn allerdings Beiträge, die von jedem Mitglied erwartet werden, aus solchen Leistungen bestritten werden, erscheint dies hinnehmbar, solange die Verdeckten Informationsgebenden nicht von den Zahlungen der Verfassungsschutzbehörde für die Bestreitung ihres Lebensunterhaltes abhängig sind.

Nummer 3 schließt ein Anwerben von Teilnehmern eines Aussteigerprogramms aus. Insoweit steht das vorrangige Interesse entgegen, die Teilnahmeschwelle niedrig zu halten und die Ausstiegsbereitschaft nicht zu gefährden.

Nummer 4 schützt die Unabhängigkeit von Parlamentsabgeordneten. Erfasst werden nicht nur Abgeordnete des Bundes oder eines Landes, sondern auch solche, die auf Ebene der Europäischen Union gewählt wurden. Der Schutz erstreckt sich auch auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten.

Nummer 5 enthält einen Ausschlussgrund wegen vorausgegangener Straftaten, die im Bundeszentralregister eingetragen sind. Die rechtskräftige Verurteilung wegen eines Verbrechens oder eine Verurteilung zu einer nicht zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe lassen auf die mangelnde Eignung der betreffenden Person schließen. Laufende Strafverfahren sind hingegen nicht generell verpflichtungsschädlich. Vielmehr kommt es auf die Eignungsprüfung im Einzelfall an. Hierbei ist auch die Wertung des Satzes 2 einzubeziehen. Je nach Verdachtsgrad und Tatschwere ist daher von einer Anwerbung abzusehen (vgl. BT-Drs. 18/4654, S. 28).

Satz 8 erlaubt in gewissen Grenzen Ausnahmen vom Ausschlussgrund nach Satz 7 Nummer 5. Die Vorschrift orientiert sich an den Wertungen des Strafprozessrechts. Die Strafprozessordnung lässt es selbstverständlich zu, dass auch Straftäter als Zeugen gehört werden. Es kann nicht generell davon ausgegangen werden, dass eine solche Person als Informationsquelle untauglich ist. Trägt eine Zeugin oder ein Zeuge mit ihrer oder seiner Aussage zur Aufklärung einer schweren Straftat i. S. v. § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung bei, kann dies nach § 46b des Strafgesetzbuches bei der Strafzumessung sogar zu ihren oder seinen Gunsten berücksichtigt werden. Ist eine solche Person darüber hinaus zu weiterer Informationsbeschaffung bereit, sollte die Zusammenarbeit daher nicht ausnahmslos gesetzlich untersagt werden (vgl. BT-Drs. 18/5415, S. 11).

In Anlehnung an den in § 46b des Strafgesetzbuches enthaltenen Verweis auf den Katalog schwerer Straftaten in § 100a der Strafprozessordnung enthält der Satz 8 für Ausnahmen vom Ausschlussgrund nach Satz 7 Nummer 5 eine qualifizierte Einsatzschwelle. Die Bestrebung, zu deren Aufklärung der Einsatz erfolgt, muss auf die Begehung von schweren Straftaten, die im Katalog des § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes enthalten sind, oder von besonders schweren Straftaten, die im Katalog des § 100b Absatz 2 der Strafprozessordnung genannt sind, gerichtet sein.

Auch wenn die Voraussetzung, dass der Einsatz der Aufklärung einer Katalogstraftat dienen muss, erfüllt ist, kommt es maßgeblich auf die konkreten Umstände an. In die Abwägung sind vor allem das Ausmaß der Bedrohung durch die zu beobachtende Bestrebung, der Stand der Resozialisierung und die Verfügbarkeit alternativer Informationszugänge einzubeziehen (vgl. BT-Drs. 18/4654 S. 28). Eine absolute Grenze gilt jedoch bei der Verurteilung als Täter eines Totschlags, Mordes oder einer anderen zwingend mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedrohten Straftat. Solche durch die Rechtsordnung durch das Höchstmaß der Strafzumessung belegten Fälle schwerster Kriminalität (Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen nach § 6 Absatz 1, § 7 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 8 Absatz 1 Nummer 1 des Völkerstrafgesetzbuches) schließen in jeder denkbaren Fallkonstellation die Anwerbung als Verdeckte Informationsge-

bende aus. Entsprechendes gilt für den Totschlag, der als Verbrechen gegen das Leben ein absolutes Tabu bricht. Das Anwerbeverbot gilt dabei sowohl während des Haftvollzugs als auch für die Zeit nach dem Freiheitsentzug (Aussetzung der Vollstreckung des Strafrests nach § 57a des Strafgesetzbuches bzw. im Falle des versuchten Delikts oder eines heranwachsenden Täters angesichts der Strafrahmenverschiebung nach § 23 Absatz 2 bzw. § 106 Absatz 1 des Jugendgerichtsgesetzes auch nach § 57 des Strafgesetzbuches, Jugendstrafe gemäß den §§ 18, 105 Absatz 3 des Jugendgerichtsgesetzes).

Als zusätzliche Verfahrensvorkehrung sieht Satz 8 die Entscheidung über Ausnahmen der Leiterin oder des Leiters der Verfassungsschutzabteilung oder der Vertretung vor. Eine Delegation ist insoweit ausgeschlossen, zulässig bleibt aber die Abwesenheitsvertretung.

Satz 8 stellt klar, dass eine grundsätzlich nach Satz 7 Nummer 5 ausgeschlossene Anwerbung nur dann in Betracht kommt, wenn zu erwarten ist, dass die Informationen der Quelle von derartiger Qualität sind, dass das Aufklärungsinteresse das grundsätzliche Anwerbeverbot überwiegt. Neben die abstrakt-phänomenbezogene Bewertung („Bestrebungen, die auf die Begehung von in § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes oder § 100b der Strafprozessordnung bezeichneten Straftaten gerichtet sind“) muss dabei auch eine konkret quellenbezogene Einschätzung treten (vgl. BT-Drs. 18/5415, S. 11).

Als weitere verfahrenstechnische Sicherung schreibt Satz 9 vor, dass nach spätestens sechs Monaten die Ausnahmeentscheidung anhand des Werts der erlangten Informationen zu überprüfen ist. Wenn sich die Erwartung, der Verdeckte Informationsgebende werde wichtige Information zur Aufklärung der Bestrebung liefern, nicht bestätigt, ist der Einsatz zu beenden.

Satz 10 stellt klar, dass unabhängig von der Prüffrist nach Satz 9 Wert und Wahrheitsgehalt der gelieferten Informationen fortlaufend zu prüfen sind. Dies entspricht den bereits derzeit gültigen, untergesetzlich fixierten Qualitätsstandards zur Führung von Verdeckten Informationsgebenden und wird durch die gesetzliche Verankerung unterstrichen.

Zur Gewährleistung der Kontrolle über die Zulassung einer Ausnahme nach Satz 8 ist in Satz 11 die Information der Innenrevision über die Ausnahmen vorgesehen. Als weitere Kontrolle ist in Satz 12 vorgesehen, dass bei Bedenken der Innenrevision die Angelegenheit der G 10-Kommission vorzulegen und die Parlamentarische Kontrollkommission zu informieren ist.

Zu Nummer 7:

Zu Buchstabe a:

Der neue Absatz 2 regelt die grundsätzliche Möglichkeit der Weiterverarbeitung von Daten zu einem anderen als dem Erhebungszweck. Das Bundesverfassungsgericht hat insoweit ausgeführt (vgl. BVerfGE 141, 220 Rn. 281 ff.), dass es nicht von vornherein dem Gebot einer dem ursprünglichen Erhebungszweck entsprechenden Verwendung widerspreche, wenn die weitere Nutzung solcher Daten bei Wahrnehmung derselben Aufgabe auch unabhängig von weiteren gesetzlichen Voraussetzungen als bloßer Spurenansatz erlaubt wird. Es komme demnach darauf an, dass die erhebungsberechtigte Behörde die Daten im selben Aufgaben-

kreis zum Schutz derselben Rechtsgüter und zur Verfolgung oder Verhütung derselben Straftaten nutzt, wie es die jeweilige Datenerhebungsvorschrift erlaubt. Hinsichtlich der Nutzung der Daten zu anderen Zwecken als denen der ursprünglichen Datenerhebung komme es darauf an, ob die entsprechenden Daten nach verfassungsrechtlichen Maßstäben neu auch für den geänderten Zweck mit vergleichbar schwerwiegenden Mitteln erhoben werden dürften (Kriterium der hypothetischen Datenneuerhebung). Dies gelte allerdings nicht schematisch abschließend und schließe die Berücksichtigung weiterer Gesichtspunkte nicht aus. So stehe die Tatsache, dass die Zielbehörde bestimmte Datenerhebungen, zu denen die Ausgangsbehörde berechtigt ist, ihrerseits wegen ihres Aufgabenspektrums nicht vornehmen darf, einem Datenaustausch nicht prinzipiell entgegen. Auch könnten Gesichtspunkte der Vereinfachung und der Praktikabilität bei der Schaffung von Übermittlungsvorschriften es rechtfertigen, dass nicht alle Einzelanforderungen, die für die Datenerhebung erforderlich sind, in gleicher Detailliertheit für die Übermittlung der Daten gelten. Nicht in jedem Fall identisch seien die Voraussetzungen einer Zweckänderung mit denen einer Datenerhebung hinsichtlich des erforderlichen Konkretisierungsgrads der Gefahrenlage oder des Tatverdachts. Verfassungsrechtlich geboten, aber regelmäßig auch ausreichend, sei insoweit, dass sich aus den Daten – sei es aus ihnen selbst, sei es in Verbindung mit weiteren Kenntnissen der Behörde – ein konkreter Ermittlungsansatz ergibt.

Satz 1 und 2 überträgt diese Grundsätze auf den Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes. Sämtliche der in § 3 Absatz 1 genannten Zwecke liegen im selben Aufgabenspektrum und haben verfassungsrechtlich ein vergleichbares Gewicht. Innerhalb der in § 3 Absatz 1 genannten Zwecke sind daher Zweckänderungen ohne Weiteres möglich; für die zweckändernde Weiterverarbeitung genügen tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass die Daten für den neuen Zweck geeignet sind. Auf die in der jeweiligen Erhebungsbefugnis vorausgesetzte Gefahrenlage kommt es nicht an. Demgemäß können gemäß Satz 1 personenbezogene Daten, die für einen bestimmten Erhebungszweck im Sinne von § 3 Absatz 1 erhoben wurden, für jeden anderen der in § 3 Absatz 1 genannten Zwecke als Spurenansatz weiterverarbeitet werden. Beispielsweise dürfen auf dieser Grundlage die im Rahmen der zulässigen Ortung eines Mobilfunkendgeräts nach § 7 Absatz 5 gewonnenen Daten zum Schutz sämtlicher von § 3 Absatz 1 umfassten Rechtsgüter weiterverarbeitet werden.

Im Ergebnis können daher sämtliche Informationen, die zum Schutz der von § 3 Absatz 1 umfassten Rechtsgüter erhoben wurden, für die Aufgabenerfüllung im Rahmen des Verfassungsschutzverbunds weiterverarbeitet werden; Besonderheiten gelten lediglich für personenbezogene Daten, die aufgrund von Befugnisnormen erhoben wurden, die an qualifizierte Eingriffsschwellen anknüpfen. Insoweit ist sicherzustellen, dass der geänderte Verarbeitungszweck mindestens dem Schutz eines vergleichbar gewichtigen Rechtsguts dient. Diesen Grundsatz bringt Satz 2 in allgemeiner Form zum Ausdruck. Für die zweckändernde Übermittlung an andere Stellen gelten die Regelungen des § 16, die insoweit dem allgemeinen Grundsatz des § 7 Absatz 2 als *lex specialis* vorgehen.

Für Maßnahmen im Schutzbereich des Artikels 10 des Grundgesetzes und Artikels 16 der Verfassung des Landes Brandenburg besteht in § 4 Artikel 10-Gesetz eine bundeseinheitliche Spezialvorschrift, die entsprechend für Auskunftersuchen nach § 14a gilt (Satz 3).

Zu Buchstabe b:

Der neue Absatz 3 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen Absatz 3 unter Berücksichtigung redaktioneller Änderungen.

Zu Buchstabe c:

Der neue Absatz 4 entspricht dem bisherigen Absatz 4 unter Berücksichtigung redaktioneller Änderungen.

Zu Buchstabe d:

Der neue Absatz 5 regelt die Verwendung des sogenannten "IMSI-Catchers". Dieser wird zur Ermittlung des Standorts von Mobilfunkgeräten oder zur Ermittlung der Geräte- und Kartennummern eingesetzt. Ein solcher IMSI-Catcher ermöglicht es, die auf der Chipkarte eines Mobilfunkgerätes gespeicherte Internationale Mobilfunk-Teilnehmerkennung (International Mobile Subscriber Identity, kurz IMSI) auszulesen und den Standort des aktiv geschalteten Mobilfunktelefons innerhalb einer Funkzelle näher zu bestimmen.

Wie das Bundesverfassungsgericht klargestellt hat, greift der Einsatz eines IMSI-Catchers nicht in das von Artikel 10 des Grundgesetzes geschützte Telekommunikationsgeheimnis ein, weil mithilfe des IMSI-Catchers der Inhalt der Kommunikation nicht abgehört werden kann und sein Einsatz auch nicht im Zusammenhang mit einem Kommunikationsvorgang steht (BVerfG NJW 2007, 351, 353). Vielmehr dient der Einsatz des IMSI-Catchers neben der ungefähren Ortung erst der Vorbereitung von späteren G 10-Maßnahmen oder von Verkehrsdatenauskünften. Mit Blick darauf werden die Verfahrensregelungen des Artikel 10-Gesetzes für entsprechend anwendbar erklärt.

Zu Nummer 8:

Der neu eingefügte § 7a enthält eine allgemeine Regelung zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung im Rahmen der Datenerhebung durch die Verfassungsschutzbehörde.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts beansprucht der Kernbereich privater Lebensgestaltung gegenüber allen Überwachungsmaßnahmen Beachtung, weshalb der Gesetzgeber Regelungen schaffen müsse, die einen wirksamen Schutz normenklar gewährleisten (BVerfGE 141, 220 Rn. 123 m.w.N.). Auch wenn das Bundesverfassungsgericht im BKAG-Urteil eine eigene gesetzliche Regelung nur für „verletzungsgeneigte Befugnisse“ gefordert hat, die „typischerweise zur Erhebung kernbereichsrelevanter Daten führen“, und die Maßstäbe des BKAG-Urteils nicht unmittelbar auf das Recht der Nachrichtendienste übertragbar sind, soll nun eine allgemeine Regelung für alle nachrichtendienstlichen Mittel geschaffen werden, soweit nicht spezielle Regelungen getroffen sind. Solche vorrangigen Regelungen sind bei der Telekommunikationsüberwachung in § 4 Absatz 4 des Artikel 10-Gesetzes sowie bei Auskunftersuchen nach § 14a Absatz 2 bis 4 durch den Verweis im § 7 Absatz 3 Satz 5 auf § 4 des Artikel 10-Gesetzes vorgesehen.

Nach Absatz 2 ist die Maßnahme zu unterbrechen, wenn eine hinreichende Wahrscheinlichkeit für relevante Inhalte im Sinne des Satzes 1 besteht und für einge-

setzte Mitarbeiter keine Gefährdung oder Enttarnung droht. Eventuell aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhobene Erkenntnisse dürfen nicht verarbeitet werden und sind zu löschen. Bei Zweifeln über das Vorliegen der Voraussetzungen des Satzes 1 ist aufgrund des Verweises in Satz 5 auf § 3a Satz 4 bis 7 des Artikel 10-Gesetzes die vorherige Entscheidung der G 10-Kommission einzuholen. Dabei ergibt sich bereits aus dem Wortlaut, der insoweit keine Einschränkung vornimmt, dass die Daten vollständig vorzulegen sind. Zugleich folgt aus dem Sinn und Zweck der Vorabkontrolle, dass die Daten der G 10-Kommission nach Möglichkeit ohne vorherige Kenntnisnahme durch Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörde vorzulegen sind. Die Pflicht zur sofortigen Löschung der Daten, die wegen ihres Kernbereichsbezugs nicht verarbeitet werden dürfen, ergibt sich aus § 7a Absatz 2 Satz 2.

Absatz 3 stellt klar, dass die strengen Löschungspflichten auch gelten, wenn sich erst später ergibt, dass es sich um Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung handelt.

Absatz 4 enthält eine allgemeine Regelung zum Schutz der Berufsgeheimnisträger im Rahmen des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel. Der harmonisierte Rechtsrahmen der IMK sieht gleichfalls eine allgemein gültige Klausel für den Berufsgeheimnisträgerschutz vor.

Der Gesetzgeber ist nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts nicht verpflichtet, bestimmte Personengruppen von Überwachungsmaßnahmen von vornherein auszunehmen (BVerfGE 141, 220 Rn. 132). Gleichwohl wird nun auch eine allgemeine Regelung zum Schutz von Berufsgeheimnisträgern eingeführt, die bei allen nachrichtendienstlichen Mitteln zu beachten ist. Schon im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Novellierung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes im Jahre 2016 war darauf hingewiesen worden (BayLT-Drs. 17/11609 S. 19), dass die in § 3b des Artikel 10-Gesetzes vorgenommene Differenzierung zwischen Strafverteidigern und sonstigen Rechtsanwälten, die im Wege der dynamischen Verweisung zugrunde gelegt wurde, nicht sachgerecht ist. Angesichts dessen, dass eine bundesgesetzliche Änderung derzeit noch nicht absehbar ist, erfolgt nun auch für Brandenburg eine eigene landesrechtliche Regelung, durch die Rechtsanwälte und Kammerrechtsbeistände den Strafverteidigern gleichgestellt werden.

Bei Zweifelsfällen, ob Daten dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzu-rechnen sind, entscheidet die Leitung der Verfassungsschutzabteilung (Absatz 5).

Zu Nummer 9:

Die in § 8 Absatz 1 Satz 2 bis 4 enthaltenen Regelungen zur Speicherung Minder-jähriger werden im neuen § 8a konkretisiert und sind somit hier obsolet.

Zu Nummer 10:

Mit dem neuen § 8a werden die Vorschriften über die gesetzlichen Voraussetzungen für die Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten von Minderjährigen konkretisiert und die bestehenden Speichermöglichkeiten auf das für die Aufgabenerfüllung erforderliche Maß eingeschränkt.

Bislang war eine Datenverarbeitung bei minderjährigen Personen nach Vollen-dung des 14. Lebensjahres möglich. Es galt lediglich die Regelung, dass die Spei-

cherdauer auf das für die Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken war. Die Einführung der gestaffelten Speicherung von Minderjährigen nach Vollendung des 14., aber vor Vollendung des 16. Lebensjahres und Minderjährigen nach Vollendung des 16. Lebensjahres gewährleistet einen besseren Schutz der Minderjährigen. Die Voraussetzungen für eine Speicherung werden nunmehr ausdrücklich geregelt. Eine darüber hinausgehende Speicherung ist nicht möglich. Mit dieser Differenzierung ist eine deutliche Erhöhung der Eingriffsschwelle der Datenverarbeitung minderjähriger Personen gegenüber den bisherigen Regelungen zu sehen. Die Prüffrist in § 8 Absatz 3 bei der Löschung oder Berichtigung von Daten Minderjähriger bleibt bestehen.

Die bisherige Regelung in § 8 Absatz 1 Satz 2, keine Daten über das Verhalten Minderjähriger vor Vollendung des 14. Lebensjahres in Akten zu speichern, wird beibehalten (Absatz 1 Satz 1).

Eine Speicherung von Personen, die das 14., aber noch nicht das 16. Lebensjahr vollendet haben, ist zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht der Planung oder Begehung einer Straftat nach § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes bestehen. Personen ab dem 14. Lebensjahr sind strafmündig. Besteht der Verdacht der Planung oder Begehung einer Katalogstraftat oder bestehen tatsächliche Anhaltspunkte für eine sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeit ist eine Speicherung erforderlich. Der Minderjährigenschutz muss hier gegenüber dem öffentlichen Interesse an einer Aufklärung und Verfolgung dieser Handlungen zurücktreten. Gleiches muss gelten, wenn es für die Abwehr einer Gefahr für Leib oder Leben erforderlich ist (Satz 2 Nummer 2).

Absatz 2 regelt die Datenverarbeitung minderjähriger Personen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Nach Vollendung des 16. Lebensjahres ist Voraussetzung für eine Datenverarbeitung, dass tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Person an einer Bestrebung nach § 3 Absatz 1 beteiligt ist, die auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet ist, und sie diese Ausrichtung fördert.

Eine zusätzliche Speichermöglichkeit wird in Nummer 2 eingeführt. Danach ist eine Speicherung möglich, wenn eine minderjährige Person in herausgehobener Funktion, z. B. als Vorsitzende oder Vorsitzender oder in einer sonstigen Funktionsposition einer Gruppierung agiert. In einem solchen Fall ist die Speicherung von Daten dieser Person zur Aufgabenerfüllung der Verfassungsschutzbehörde unerlässlich und der Minderjährigenschutz wird dahinter zurückgestellt.

Entsprechend Absatz 2 Nummer 3 muss auch bei einer minderjährigen Person, die das 16. Lebensjahr vollendet hat, eine Speicherung möglich sein, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die minderjährige Person eine sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeit ausübt.

Klarstellend wird in Absatz 3 festgestellt, dass eine rückwirkende Speicherung von Daten über ein Verhalten einer minderjährigen Person nicht zulässig ist.

Klarstellend wird in Absatz 4 geregelt, dass für die Übermittlung von Daten minderjähriger Personen die Vorschriften für die Verarbeitung dieser Daten nach den Absätzen 1 bis 3 anzuwenden sind. Sind minderjährige Personen lediglich als Dritte betroffen, ist eine Speicherung möglich, wenn dies unvermeidbar ist.

Zu Nummer 11:

Der neu eingefügte § 10 regelt Beobachtungsmaßnahmen von erhöhter Grundrechtsintensität außerhalb des Schutzbereichs des Artikels 13 des Grundgesetzes und Artikels 15 der Verfassung des Landes Brandenburg. Auch wenn zwischen nachrichtendienstlichen und polizeilichen Observationen grundlegende Unterschiede bestehen, insbesondere weil Nachrichtendienste aufgrund der befugnisrechtlichen Trennung gegenüber der beobachteten Person nicht mit exekutiv-polizeilichen Maßnahmen (z. B. Festnahme, Durchsuchung) einschreiten können (vgl. Gärditz, EuGRZ 2018, 6, 19 f.), ist der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu entnehmen, dass die mit zunehmender Dauer und dem Einsatz technischer Mittel eintretende Steigerung der Eingriffsintensität im Rahmen der gesetzlichen Befugnisnorm eine erhöhte Eingriffsschwelle zur Folge hat (vgl. BVerfGE 141, 220 Rn. 154 f.).

Dementsprechend erlaubt Absatz 1 eine länger andauernde Beobachtung nur zur Aufklärung von Bestrebungen und Tätigkeiten mit erheblicher Bedeutung. Diese Schwelle steht im Einklang mit dem Regelungsvorschlag des harmonisierten Rechtsrahmens der IMK und korrespondiert wertend dem vom Bundesverfassungsgericht im BKAG-Urteil für die technische Observation mit GPS-Sendern zu Zwecken der Strafverfolgung genannten Erfordernis einer Straftat von erheblicher Bedeutung (vgl. BVerfGE 141, 220 Rn. 107). Der Begriff „Bestrebungen von erheblicher Bedeutung“ entspricht der Terminologie des § 9a Absatz 1 Satz 2 Bundesverfassungsschutzgesetz. Wie dort exemplarisch ausgeführt ist, fallen darunter insbesondere Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, Gewalt anzuwenden oder Gewaltanwendung vorzubereiten. Die Regelung ist nicht abschließend („insbesondere“) und umfasst grundsätzlich auch legalistische Bestrebungen. Über den Anwendungsbereich des § 9a Absatz 1 Satz 2 Bundesverfassungsschutzgesetz hinaus kann die Befugnis nach § 10 auch zur Beobachtung von Tätigkeiten i. S. v. § 3 Absatz 1 eingesetzt werden, etwa bei sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht i. S. v. § 3 Absatz 1 Nummer 2 Bundesverfassungsschutzgesetz i. V. m. § 3 Absatz 1. Unterhalb der Erheblichkeitsschwelle des Absatz 1 liegen Beobachtungsobjekte mit geringer Bedeutung, d. h. unterster Priorisierung, für deren Aufklärung die Ressourcen besonderer nachrichtendienstlicher Mittel fehlgesteuert wären. Bei der Observation von Bestrebungen und Tätigkeiten ohne erhebliche Bedeutung ist der Grundrechtseingriff gering, eine vergleichbar hohe Eingriffsschwelle wie bei Maßnahmen nach Absatz 1 wäre hier nicht angemessen. Für Observationen ohne erhebliche Bedeutung gilt die zeitliche Begrenzung des § 10 Absatz 1 uneingeschränkt.

Die zeitliche Grenze, bei deren Überschreiten die strengereren Anforderungen des § 10 eingreifen, zieht der Absatz 1 für eine durchgehende Beobachtung bei 48 Stunden und für eine zeitweise, mit Unterbrechungen durchgeführte Beobachtung bei drei Tagen innerhalb einer Woche. Durch das Merkmal „planmäßig“ wird klar gestellt, dass es sich insoweit nicht um den allgemeinen nachrichtendienstlichen Beobachtungsauftrag durch „Sammlung und Auswertung von Information“ gemäß § 3 Absatz 1 handelt, sondern um ein spezielles nachrichtendienstliches Mittel (Observation). In den Nummern 1 und 2 werden die technischen Mittel, die zur verdeckten Beobachtung eingesetzt werden, beispielhaft konkretisiert. Zu den technischen Observationen gehört insbesondere nach Nummer 1 das Abhören und Aufzeichnen des nichtöffentlich gesprochenen Wortes sowie nach Nummer 2 das Anfertigen von Lichtbildern und Bildaufzeichnungen.

Absatz 2 regelt maßnahmenspezifisch den Adressatenkreis bei Maßnahmen nach Absatz 1 und verlangt nach Satz 1 Nummer 1 tatsächliche Anhaltspunkte für eine Beteiligung der Personen an den Bestrebungen oder Tätigkeiten. Gegen Dritte darf sich die Maßnahme gemäß Nummer 2 nur unter erhöhten Voraussetzungen richten und ist nur zulässig, wenn eine Maßnahme gegen eine Person nach Nummer 1 allein nicht ausreicht. Nach Satz 2 darf die Maßnahme auch durchgeführt werden, wenn andere Personen unvermeidbar betroffen sind. Hier ist in besonderem Maße der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu beachten.

Absatz 3 enthält die Verfahrensbestimmungen bei langfristiger Observation nach Absatz 1. Satz 1 sieht entsprechend der schon jetzt gegebenen Verwaltungspraxis grundsätzlich eine Anordnung der Leiterin oder des Leiters der Verfassungsschutzabteilung oder ihrer Vertretung vor. Die Observation ist eine originäre Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde und in der Praxis eine der am häufigsten angewandten Befugnisse. Bei der langfristigen Observation nach Absatz 1 wird deshalb ein Vorbehalt nach Satz 1 für erforderlich, aber auch für ausreichend gehalten.

Bei Gefahr im Verzug darf nach Satz 2 die zuständige Referatsleitung oder deren Vertretung eine vorläufige Regelung treffen. Die Entscheidung der Leiterin oder des Leiters der Verfassungsschutzabteilung bzw. der Vertretung ist in diesem Fall unverzüglich nachzuholen.

Durch den in Satz 3 enthaltenen Verweis auf Normen des Artikel 10-Gesetzes werden weitere Anordnungsvoraussetzungen, z. B. die erforderliche Schriftform, geregelt. Auch gelten die Vorschriften über die Mitteilungspflicht entsprechend. Nach Satz 4 gilt zudem über den Verweis auf § 12 Absatz 1 und 3 des Artikel 10-Gesetzes eine grundsätzliche Mitteilungspflicht gegenüber dem Betroffenen. Da Observationen allerdings zum Standard nachrichtendienstlicher Mittel gehören, demgemäß in der Praxis häufig genutzt werden, würde eine Mitteilungspflicht, die bei jeder Maßnahme nach Absatz 1 bestünde, erhebliche Ressourcen der Verfassungsschutzbehörde in Anspruch nehmen, die dann der operativen Aufgabewahrnehmung nicht mehr zur Verfügung stünden. Daher soll eine Mitteilungspflicht erst bestehen, wenn die Maßnahme eine gegenüber den Tatbestandsmerkmalen des Absatz 1 gesteigerte Eingriffsintensität dergestalt erreicht, dass sie durchgehend – 24 Stunden/Tag – länger als eine Woche durchgeführt wird oder an mehr als 14 Tagen innerhalb eines Monats stattfindet. Eine solche erhöhte Eingriffsschwelle für das Entstehen einer Mitteilungspflicht erscheint vor dem Hintergrund, dass die Observationen des § 10 außerhalb des besonders geschützten privaten Rückzugsbereichs der Wohnung erfolgen und als nachrichtendienstliche Maßnahme regelmäßig für den Betroffenen ohne unmittelbare Folgen bleiben, mit dem Recht des Betroffenen auf informationelle Selbstbestimmung vereinbar.

Zu Nummer 12:

Die besonderen Auskunftersuchen, die sich an privatwirtschaftliche Akteure als Auskunftspflichtige richten, gehen auf das Terrorismusbekämpfungsgesetz zurück, welches vom Bundesgesetzgeber in Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 erlassen worden war. § 14a des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes verwies in der weiteren Folge auf die zunächst in § 8 Absatz 5 bis 8 des Bundesverfassungsschutzgesetzes enthaltenen Auskunftspflichten, was aber nach dessen Novellierung infolge des Terrorismusbekämpfungsergän-

zungsgesetzes vom 5. Januar 2007 ins Leere lief und diese Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg nicht mehr zustanden, obwohl das Bundesverfassungsschutzgesetz und die überwiegende Zahl der anderen landesrechtlichen Regelungen dieses Instrument vorsehen, welches für die Aufklärung terroristischer und extremistischer Personenzusammenschlüsse von erheblicher Bedeutung ist.

Die Regelungen des § 14a entsprechen weitgehend den Vorschriften des § 8a des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

Der in Absatz 2 Nummer 1 ausdrücklich weit gefasste Begriff der Verkehrsunternehmen trägt den volatilen Bedingungen eines globalisierten Fernreisemarkts Rechnung, wonach sich binnen kurzer Zeiträume nicht nur Reisewege und Reisedienste, sondern auch die seitens der Reisedienstleister verwendeten Abwicklungsmethoden ändern können. Durch die Regelung erhält die Verfassungsschutzbehörde die Befugnis, künftig u. a. auch bei Fernbus- und Eisenbahntransportunternehmen Auskünfte einzuholen.

Des Weiteren wurde der Verfassungsschutzbehörde in Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 die – beim Bundesamt für Verfassungsschutz ebenfalls bestehende – Befugnis eingeräumt, nun auch bei Betreibern von Computerreservierungssystemen und Globalen Distributionssystemen für Flüge Auskünfte zu Namen, Anschriften und zur Inanspruchnahme von Transportdienstleistungen und sonstigen Umständen des Luftverkehrs einzuholen. Zur Erfüllung des Normziels des § 14a Absatz 2 Satz 1 Nummer 1, durch frühzeitige und umfassend verfügbare Informationen über Reisewege, Ruhe- und Vorbereitungsräume, aber auch Zielgebiete internationaler terroristischer Gruppen oder anderer Personen im Beobachtungsbereich des Verfassungsschutzes zu erschließen, besteht die Notwendigkeit, Auskunft auch bei Computerreservierungssystemen und den mit ihnen sehr eng verwandten Globalen Distributionssystemen einholen zu dürfen. Die in den Fachbereichen der Nachrichtendienste anfallenden Informationen zu Reisebewegungen sind nämlich in aller Regel lediglich fragmentarisch, so dass sich aus ihnen meist keine Rückschlüsse auf die benutzte Fluggesellschaft ergeben. Denn nur wenn zu einer betroffenen Person weitergehende Hintergrundinformationen vorliegen, die eine Konkretisierung des Luftfahrtunternehmens zulassen, kann bislang ein Auskunftsersuchen an nur eben diese Fluggesellschaft gestellt werden.

Die in Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 genannte Befugnis zum Einholen von Auskünften gilt auch für Anfragen im Bereich der virtuellen Währungen (z. B. Bitcoin) sowie FinTech-Anbieter und Internet-Zahldienste wie z. B. PayPal.

Im Falle von Bestrebungen nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 enthält § 14a Absatz 2 Satz 2 die dahin gehende Beschränkung, dass von diesen die in § 14a Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 und 2 genannten schwerwiegenden Zweckrichtungen und Wirkungsweisen ausgehen müssen.

Neu aufgenommen wird in Absatz 3 die Befugnis für die Verfassungsschutzbehörde, Auskünfte über die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes erhobenen Daten zu verlangen. Dies gilt auch für Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird (§ 113 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes). Dieser Bestandsdatenauskunft kommt bei

der Arbeit der Verfassungsschutzbehörde eine hohe Bedeutung zu. So kann eine Bestandsdatenabfrage im Vorfeld einer Maßnahme nach dem Artikel 10-Gesetz die Zielgenauigkeit einer derartigen Maßnahme erhöhen. Darüber hinaus ermöglichen Bestandsdaten Strukturermittlungen zu Personen und Gruppierungen, insbesondere zu deren Vernetzung untereinander.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 24. Januar 2012 (1 BvR 1299/05) festgestellt, dass § 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes allein noch keine Auskunftspflichten der Telekommunikationsunternehmer gegenüber Sicherheitsbehörden begründet. Für die Auskunft an eine Sicherheitsbehörde bedarf es zudem einer fachgesetzlichen Ermächtigungsgrundlage, in der hinreichend klar geregelt werden muss, gegenüber welchen Behörden die Anbieter zur Datenübermittlung verpflichtet sind. Mit der vorliegenden Regelung wird eine solche Ermächtigungsgrundlage in das Verfassungsschutzgesetz aufgenommen.

Die Verfassungsschutzbehörde darf bei Unternehmen, die Post- oder Telekommunikationsdienste oder Telemedien anbieten, in Absatz 4 abschließend aufgezählte Auskünfte einholen. Auch dies unterliegt den strengen Voraussetzungen des § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes.

Absatz 5 regelt das Verfahren der Auskunftsansprüche nach Absatz 3 und 4. Die Regelungen entsprechen den Vorschriften über die Durchführung einer Maßnahme zur Telekommunikationsüberwachung nach dem Artikel 10-Gesetz.

Absatz 6 erklärt Vorschriften des Artikel 10-Gesetzes für Auskunftsbegehren nach den Absätzen 2 bis 4 für anwendbar.

Absatz 7 definiert die Art und Weise, wie die Auskunft zu erteilen ist. Zudem wird eine Verschwiegenheitspflicht normiert.

Absatz 8 erklärt für die Erteilung von Auskünften der Telemediendiensteanbieter, Verkehrsunternehmen, Kreditinstitute u. ä. die Nachrichtendienste-Übermittlungsverordnung (NDÜV) des Bundes für anwendbar.

Absatz 9 verpflichtet Betreiber einer Videoüberwachung zur Ausleitung gespeicherter Daten an die Verfassungsschutzbehörde, sofern dies zur Aufklärung von Bestrebungen von erheblicher Bedeutung erforderlich ist. Gefordert ist nicht die Übergabe der die Aufzeichnungen enthaltenden Datenträger, sondern lediglich die elektronische Übermittlung der Daten über eine geeignete Schnittstelle. Dies entspricht einem Vorschlag der Länderoffenen Arbeitsgruppe (LOAG) zum harmonisierten Rechtsrahmen der IMK. Zur Ausleitung verpflichtet sind die Betreiber einer Videoüberwachung von öffentlich zugänglichen großflächigen Anlagen, insbesondere Sport-, Versammlungs- und Vergnügungsstätten, Einkaufszentren oder Parkplätzen, sowie von Fahrzeugen und öffentlich zugänglichen Einrichtungen des öffentlichen Luft-, Schienen-, Schiffs- und Busverkehrs. Die Ausleitung der Aufzeichnungen kommt nach dem Gesetzestatsbestand nur unter engen Voraussetzungen in Frage, nämlich wenn dies zur Aufklärung von Bestrebungen von erheblicher Bedeutung notwendig ist. Es handelt sich insoweit um dieselbe Eingriffsschwelle wie bei längerfristigen Observationsmaßnahmen. Zu den näheren rechtlichen Konturen des Begriffs „erhebliche Bedeutung“ wird auf die Begründung zu § 10 Absatz 1 Bezug genommen.

Zu Nummer 13:

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen und eine Folgeänderung zu Nummer 3d.

Zu Nummer 14:

Die bisherigen Regelungen in § 18 zur Übermittlung personenbezogener Informationen an die Öffentlichkeit sind im neuen § 5 aufgegangen.

Zu Nummer 15:**Zu Buchstabe a:**

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen.

Zu Buchstabe b:

Der neue Absatz 2 konkretisiert die im Rahmen von Absatz 1 Nummer 2 und 3 zu treffende Abwägungsentscheidung (vgl. hierzu die Empfehlungen der BLKR, Abschlussbericht vom 30. April 2013, Rn. 697 ff.). Durch die in Satz 1 enthaltene Abwägungsregel, die ihrerseits eine Rückausnahme für den Fall enthält, dass eine gegenwärtige Gefahr für hochrangige Rechtsgüter oder die Verfolgung besonders schwerer Straftaten eine Gefahr nur um den Preis einer Gefahr für gleichwertige Rechtsgüter beseitigt werden kann, wird einerseits klargestellt, dass der Quellenschutz nicht absolut gilt, andererseits der Gefahr vorgebeugt, dass eine Informationsübermittlung wegen Überwiegens der Gründe des Quellenschutzes vor schnell unterbleibt. Satz 2 und 3 sichern die Entscheidung darüber, ob die Voraussetzungen von Satz 1 zu bejahen sind und die Informationsübermittlung erfolgt, verfahrensrechtlich ab. Dies geschieht durch einen Entscheidungsvorbehalt der Behördenleitung bzw. ihrer Vertretung sowie der Pflicht zur Information der Innenrevision und der Parlamentarischen Kontrollkommission im Rahmen der Unterrichtung nach § 25 Absatz 2 Nummer 6.

Zu Nummer 16:

Die bisherigen Regelungen über die Voraussetzungen zur Übermittlung von Daten minderjähriger Personen sind in dem neuen § 8a Absatz 4 Satz 1 geregelt. Für die Übermittlung gelten dieselben Voraussetzungen wie für die Verarbeitung personenbezogener Daten minderjähriger Personen in den Absätzen 1 bis 3; damit wird ein höherer Minderjährigenschutz gewährleistet.

Zu Nummer 17:**Zu Buchstabe a:**

Die Unterrichtungspflicht des für Inneres zuständigen Mitglieds der Landesregierung wurde im neuen Absatz 1 konkretisiert. Neben der Berichtspflicht über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde und das Lagebild betrifft die Berichtspflicht Vorgänge von besonderer Bedeutung. Das sind über bloße Veränderungen im Tagesgeschäft hinausgehende, vom Routinegeschäft der Verfassungsschutzbehörde abweichende, herausgehobene atypische und punktuelle Vorgänge. In Satz 2 wird unter den Nummern 1 bis 3 beispielhaft aufgeführt, was

unter Vorgängen von besonderer Bedeutung zu fassen ist. Diese entsprechen im Wesentlichen der Bundesregelung in § 4 Absatz 1 des Kontrollgremiumgesetzes.

Satz 3 regelt weitgehend unverändert die bislang in Absatz 1 enthaltene Befugnis der Parlamentarischen Kontrollkommission, aus eigener Initiative bestimmte Informationen anzufordern. Die Regelung dient der Vermeidung von Kontrolllücken unterhalb der Vorgänge von besonderer Bedeutung.

Mit dem neuen Absatz 2 wird die Berichtspflicht zum Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel um neu hinzukommende nachrichtendienstliche Mittel erweitert. Zudem wird die Verfassungsschutzabteilung verpflichtet die Prüfberichte ihrer Stabsstelle Innenrevision nebst einer Stellungnahme der Leiterin bzw. des Leiters zu übermitteln. Vorzulegen sind auch alle Fälle, in denen Anträge auf Erteilung einer Auskunft Betroffener nach § 12 abgelehnt wurden sowie die Verdachtsfälle der Begehung von Straftaten erheblicher Bedeutung durch Verdeckt Ermittelnde bzw. Verdeckte Informationsgebende und korrespondierend hierzu die Fälle, in denen von Informationsübermittlungen an die Strafverfolgungsbehörden abgesehen werden soll. Ziel ist jeweils die Sicherstellung der Funktionsweise interner Kontrollinstrumente in den genannten Fällen durch eine gleichzeitige engmaschige externe parlamentarische Kontrolle.

Zu Buchstabe b:

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen.

Zu Buchstabe c:

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 17b.

Zu Buchstabe d:

Der neue Absatz 5 führt die sog. „Whistleblower“-Regelung ein. Danach kann sich eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörde ohne Einhaltung des Dienstweges an die Parlamentarische Kontrollkommission wenden, wenn sie oder er dies bei dienstlichen Vorgängen oder innerdienstlichen Missständen für erforderlich hält. Gerade die jüngste Vergangenheit zeigte, dass diese Möglichkeit der Informationsgewinnung nicht nur für die Allgemeinheit von großer Bedeutung war. Um zu gewährleisten, dass diesen Personen keine dienstlichen Nachteile entstehen, soll dies gesetzlich normiert werden. Zum Schutz der mitteilenden Person ist eine Bekanntgabe des Namens nur möglich, wenn dies zur Aufklärung des Sachverhaltes erforderlich und die mitteilende Person einverstanden ist.

Zu Buchstabe e:

Es handelt sich um Folgeänderungen zu Nummer 17d.

Zu Nummer 18:

Neu eingeführt wird mit § 25a die Kontrollinstitution der oder des Ständigen Bevollmächtigten. Die Regelung orientiert sich an den bundesrechtlichen Vorschriften der §§ 5a und 5b des Kontrollgremiumgesetzes. Die oder der Ständige Bevollmächtigte soll als Hilfsorgan die Parlamentarische Kontrollkommission bei der Kontrolle der Verfassungsschutzbehörde effektiv unterstützen. Sie oder er unterscheidet sich von anderen „Beauftragten“ insofern, als ihr oder ihm als reines

Hilfsorgan keine originär eigenen Rechte zustehen, sondern sie oder er die Befugnisse ausschließlich von der Parlamentarischen Kontrollkommission ableitet und nur auf deren Weisung hin tätig wird. Daraus folgt, dass ihr oder ihm keine weitergehenden Rechte als der Parlamentarischen Kontrollkommission selbst zustehen. Die Befugnisse sind rein akzessorisch. Die oder der Ständige Beauftragte wird nur auf Weisung tätig und ist der Parlamentarischen Kontrollkommission gegenüber laufend berichtspflichtig. So wird gewährleistet, dass die Verantwortung für die Kontrolle über die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes in vollem Umfang bei der Parlamentarischen Kontrollkommission verbleibt. Angesichts des Aufgabenspektrums und der Anforderungen, die ein hohes rechtliches, politisches und technisches Verständnis erfordern, kommen für diese Tätigkeit erfahrene Personen in Betracht, die die Befähigung zum Richteramt oder für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst besitzen.

Die oder der Ständige Beauftragte arbeitet ausschließlich für die Parlamentarische Kontrollkommission und muss daher das Vertrauen der Mitglieder dieser Kommission genießen. Daher wird die oder der Ständige Bevollmächtigte auf Vorschlag der Parlamentarischen Kontrollkommission von der Präsidentin oder dem Präsidenten ernannt.

Absatz 1 beschreibt die zentrale Aufgabe der oder des Ständigen Bevollmächtigten als Hilfsorgan der Parlamentarischen Kontrollkommission, nämlich die Unterstützung der Parlamentarischen Kontrollkommission durch regelmäßige und einzelfallbezogene Untersuchungen.

Im Gegensatz zur Funktion der oder des Ständigen Bevollmächtigten des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Deutschen Bundestags – welchem die Kontrolle des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des Bundesamtes für den Militärischen Abschirmdienst und des Bundesnachrichtendienstes obliegt – wird die oder der Ständige Bevollmächtigte der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtages Brandenburg allein mit der vergleichsweise kleinen Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg befasst sein, was wiederum eine erheblich höhere Kontrolldichte ermöglicht.

Absatz 2 stellt klar, dass die oder der Ständige Bevollmächtigte als reines Hilfsorgan der Parlamentarischen Kontrollkommission fungiert und keine originär eigenen Rechte hat. Vielmehr wird sie oder er nur auf Weisungen der Parlamentarischen Kontrollkommission tätig. Die Parlamentarische Kontrollkommission bleibt jedoch stets „Herr des Verfahrens“, kann somit jederzeit Vorgaben in Bezug auf die konkrete Durchführung eines Auftrages treffen.

Daneben werden der oder dem Ständigen Bevollmächtigten durch Absatz 3 organisatorische Aufgaben zur Entlastung der einzelnen Mitglieder der Kommission übertragen. Dies betrifft die Vorbereitung der Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission, die Mitwirkung an deren Berichten an das Plenum sowie die Teilnahme an den Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission und der G 10-Kommission.

Über die Ergebnisse ihrer oder seiner Untersuchungen hat die oder der Ständige Bevollmächtigte nach Absatz 4 die Parlamentarische Kontrollkommission grundsätzlich bei jeder Sitzung zu unterrichten. Es wird nur ausnahmsweise, etwa bei Dringlichkeitssitzungen zu bestimmten Themen, angezeigt sein, auf diese regel-

mäßige Form der Unterrichtung zu verzichten. Die Berichtspflicht der oder des Ständigen Bevollmächtigten kann in den von der Kommission zu erlassenden Richtlinien nach Absatz 5 näher geregelt werden.

Nach Absatz 5 hat die Parlamentarische Kontrollkommission Richtlinien für die Tätigkeit der oder des Ständigen Bevollmächtigten zu erlassen. Die Richtlinien sollen alle Aufgabenfelder der oder des Ständigen Bevollmächtigten abdecken, d. h. nicht nur konkrete Vorgaben für die Prüftätigkeit enthalten, sondern auch Personaleinsatz, Berichterstattung und Sitzungsvorbereitung regeln.

Mit § 25b wird die Ernennung und Rechtsstellung der oder des Ständigen Bevollmächtigten geregelt. Als Hilfsorgan der Parlamentarischen Kontrollkommission ist die oder der Ständige Bevollmächtigte der Legislative zugeordnet. Die Ernennung durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landtages orientiert sich an § 106 des Landesbeamtengesetzes. Das Amtsverhältnis der oder des Ständigen Bevollmächtigten ist nicht an die Wahlperiode des Landtages gebunden, sondern beträgt fünf Jahre. Es kann sich daher über zwei oder ggf. auch mehr parlamentarische Wahlperioden erstrecken. Das Amtsverhältnis kann auch enden, ohne dass ein Nachfolger bestimmt ist. Dies wird in Absatz 3 Satz 4 klargestellt. Damit wird die Dauer des Amtes fest umrissen und die Notwendigkeit einer zeitgerechten Wahl einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers unterstrichen. Eine einmalige Wiederernennung soll möglich sein, um die Kontinuität der Amtsführung auch über fünf Jahre hinaus zu gewährleisten. Gleichwohl ist die Beschränkung auf zwei Amtszeiten sinnvoll, um neue Impulse hinsichtlich der Kontrolltätigkeit zu ermöglichen.

Nach Absatz 2 kann zur oder zum Ständigen Bevollmächtigten nur ernannt werden, wer die in Satz 1 genannten Voraussetzungen erfüllt. Hinzu kommt die unausgesprochene Voraussetzung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter. Neben der auch in anderen Fällen üblichen Altersgrenze (vgl. § 11 Absatz 1 Satz 3 des Bundesdatenschutzgesetzes, § 14 Absatz 1 des Gesetzes zu Artikel 45b des Grundgesetzes - WBeauftrG) ist insbesondere die Wahrnehmung der Amtsgeschäfte durch eine Person mit Befähigung zum Richteramt i. S. v. § 5 Absatz 1 des Deutschen Richtergesetzes oder der Befähigung für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst erforderlich. Durch den Wortlaut wird klargestellt, dass nicht sämtliche Voraussetzungen bereits zum Zeitpunkt des Vorschlages der Parlamentarischen Kontrollkommission vorliegen müssen. Ausreichend ist vielmehr der Zeitpunkt der Ernennung. Dies erklärt sich auch aus der Notwendigkeit einer vorangegangenen Sicherheitsüberprüfung für die Ermächtigung zum Umgang mit Verschlusssachen.

Die durch Satz 2 getroffene Beschränkung entspricht Regelungen für andere öffentliche Amtsträger. Eine effektive Unterstützung der Parlamentarischen Kontrollkommission bei der Ausübung der Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit ist schon aus zeitlichen Gründen mit anderweitigen Aufgaben nicht zu vereinbaren. Hinzu treten Gefahren eines Interessenskonfliktes. Die Vorschrift unterscheidet zwischen der Ausübung eines besoldeten Amtes, Gewerbes oder Berufes und der Mitgliedschaft in einem der aufgeführten beiden Gremien. Beides ist ihr oder ihm untersagt. Soweit die oder der Ständige Bevollmächtigte solche Tätigkeiten wahrgenommen hat, hat sie oder er sie nach der Ernennung unverzüglich zu beenden und Mitgliedschaften niederzulegen.

Das in Satz 3 ausgesprochene Verbot der Erstattung außergerichtlicher Gutachten gegen Entgelt rechtfertigt sich aus den gleichen Gründen.

Absatz 3 regelt, dass die oder der Ständige Bevollmächtigte in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis steht, welches durch Aushändigung einer Urkunde durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landtages begründet wird. Diese oder dieser ist an den Vorschlag der Parlamentarischen Kontrollkommission gebunden und hat kein Ermessen hinsichtlich der Ernennung, jedoch selbstverständlich ein Prüfungsrecht hinsichtlich des Vorliegens der amtsrechtlichen Voraussetzungen.

Nach Absatz 4 kann die oder der Ständige Bevollmächtigte jederzeit ohne Nennung von Gründen die Entbindung von ihren oder seinen Aufgaben verlangen. Ebenso kann die Parlamentarische Kontrollkommission sie oder ihn jederzeit von ihren oder seinen Aufgaben entbinden. Das Gesetz normiert hierfür keine Gründe. Praktisch wird eine Entbindung aber nur dann erfolgen, wenn die oder der Ständige Bevollmächtigte das Vertrauen der Parlamentarischen Kontrollkommission in ihre oder seine Person oder ihre oder seine Amtsführung verloren hat. Hierfür bedarf es eines entsprechenden Beschlusses der Kommission. Das Ersuchen zur Abberufung der oder des Ständigen Bevollmächtigten kommt zustande, wenn drei Viertel der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission zustimmen.

In beiden Fällen hat die Präsidentin oder der Präsident des Landtages dem Ersuchen unverzüglich zu entsprechen. Ein materielles Prüfungsrecht steht ihr oder ihm nicht zu. Die oder der Ständige Bevollmächtigte ist nicht zur Weiterführung der Geschäfte bis zur Ernennung eines Nachfolgers verpflichtet oder berechtigt.

Die Absätze 5 und 6 enthalten weitere Verfahrensregelungen, etwa zur Verschwiegenheitspflicht oder zu Aussagen als Zeugin oder Zeuge. Bereits aus ihrer oder seiner Stellung als Hilfsorgan der Parlamentarischen Kontrollkommission folgt, dass die oder der Ständige Bevollmächtigte über ihre oder seine Tätigkeit keine eigenen Stellungnahmen in der Öffentlichkeit abgeben darf. Darüber hinaus ist eine dienstrechtliche Verschwiegenheitspflicht unabdingbare Voraussetzung zur Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zu allen Beteiligten. Umfang und Grenzen der Verschwiegenheitspflicht entsprechen der bundesrechtlichen Regelung in § 5b Absatz 5 des Kontrollgremiumgesetzes und orientieren sich an § 37 Absatz 1 und 2 des Beamtenstatusgesetzes.

Die Verankerung eines Zeugnisverweigerungsrechts für die oder den Ständigen Bevollmächtigten erscheint nicht geboten. Sie oder er ist ausdrücklich nur mit dienstlichen Vorgängen befasst, höchstpersönliche Angelegenheiten der Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörde, die ein solches Zeugnisverweigerungsrecht rechtfertigen könnten, sind nicht Gegenstand der Tätigkeit der oder des Ständigen Bevollmächtigten.

Die Aussagegenehmigungspflicht entspricht im Wortlaut dem § 5b Absatz 6 des Kontrollgremiumgesetzes und orientiert sich an § 37 Absatz 3 bis 5 des Beamtenstatusgesetzes. Über die Erteilung einer Aussagegenehmigung entscheidet die Präsidentin oder der Präsident des Landtages im Einvernehmen mit der Parlamentarischen Kontrollkommission, da nur diese aus eigener Kenntnis beurteilen kann, ob einer der Versagungsgründe vorliegt. In Eilfällen kommt die Entscheidung der oder des Vorsitzenden in Betracht.

Absatz 7 regelt die Amtsbezüge und die Versorgung der oder des Ständigen Bevollmächtigten. Die Amtsbezüge sowie die Versorgungsbezüge der oder des Ständigen Bevollmächtigten orientieren sich dem Grunde nach an den Amtsbezügen und an der Versorgung der Ministerinnen und Minister. Daher wird auf die entsprechenden Vorschriften des Ministergesetzes verwiesen.

Zu Nummer 19:

Zu Buchstabe a:

In Absatz 3 wurden die Regelungen zur Verfahrensweise der Parlamentarischen Kontrollkommission in Anlehnung an § 7 des Kontrollgremiumgesetzes um die Möglichkeit ergänzt, eine oder einen Sachverständigen beauftragen, zur Wahrnehmung ihrer Kontrollaufgaben Untersuchungen durchzuführen. Im Gegensatz zur oder zum Ständigen Bevollmächtigten in den §§ 25a und 25b wird die oder der Sachverständige nur mit Einzeluntersuchungen beauftragt. Sie oder er steht in keinem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis.

Mit dem neuen Absatz 4 wird zur weiteren Unterstützung der Arbeit der Parlamentarischen Kontrollkommission die Möglichkeit geschaffen, dass die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter benennen können. Voraussetzungen und Kompetenzen dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden gesetzlich verankert.

Zu Buchstabe b:

Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 5.

Zu Artikel 2 (Inkrafttreten):

Gemäß Artikel 81 Absatz 3 der Verfassung des Landes Brandenburg soll in jedem Gesetz der Tag bestimmt werden, an dem es in Kraft tritt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Kommunales

ZU:

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE - Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes - Drucksache 6/10948 vom 26.03.2019

Berichterstatlerin:

Abgeordnete Klara Geywitz (SPD-Fraktion)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss für Inneres und Kommunales beschlossenen Fassung (Anlage 1) annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag überwies den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes (Drucksache 6/10948) in seiner 75. Sitzung am 10. April 2019 zur Beratung an den Ausschuss für Inneres und Kommunales.

Mit dem Gesetzentwurf soll die Leistungsfähigkeit der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde erhöht werden. Gleichzeitig zielt der Gesetzentwurf darauf ab, effektivere interne und stringendere parlamentarische Kontrollmechanismen für die Arbeit des Verfassungsschutzes zu etablieren. Die Fraktionen schreiben in ihrer Begründung zu dem Entwurf, dass das aus dem Jahr 1993 stammende und bislang nur geringfügig geänderte Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz mittlerweile einen umfangreichen Reformbedarf aufweise. Dabei stünden die Änderungen im Vordergrund, welche in Konsequenz aus der deutschlandweiten Mordserie des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) zu ziehen seien. Zu den Regelungsschwerpunkten des Entwurfes gehören eine Überarbeitung der Vorschriften zum Quellenschutz, zur verdeckten Informationsgewinnung durch sogenannte V-Leute und zur Arbeit der Parlamentarischen Kontrollkommission.

B. Beratung

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales verständigte sich in seiner 56. Sitzung am 4. April 2019 vorbehaltlich der Überweisung des Gesetzentwurfes darauf, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Ein gemäß § 48 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages mitüberwiesener und später zurückgezogener und ersetzter Änderungsantrag der CDU-Fraktion wurde in die Anhörung einbezogen.

Die Anhörung fand in der 57. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 6. Mai 2019 statt. Hinsichtlich der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie des Ergebnisses wird auf das in der Parlamentsdokumentation einsehbare Anhörungsprotokoll mit den anliegenden schriftlichen Stellungnahmen der Anzuhörenden verwiesen (P-AIK 6/57).

Zu der abschließenden Beratung des Gesetzentwurfes in der 59. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales lagen rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der Landtagsverwaltung, ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 28. Mai 2019 (Anlage 2), ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE vom 5. Juni 2019 (Anlage 3) sowie ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 6. Juni 2019 (Anlage 4) vor.

Die CDU-Fraktion betonte, ihr umfangreicher Änderungsantrag ziehe die notwendigen Konsequenzen aus den Erkenntnissen des NSU-Untersuchungsausschusses und stelle dem Verfassungsschutz gleichzeitig wesentliche und zeitgemäße nachrichtendienstliche Mittel, insbesondere die Möglichkeit zur Quellentelekommunikationsüberwachung und zur Online-Durchsuchung, zur Verfügung. Mit dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion würden die Minderheitenrechte in der Parlamentarischen Kontrollkommission gestärkt und die parlamentarische Kontrolle insgesamt ausgebaut. Die Stabsstelle Innenrevision werde,

wie in der Anhörung gefordert, unmittelbar der Hausleitung des für Inneres zuständigen Ministeriums unterstellt. Gesetzliche Tatbestände, die in der Anhörung als zu unbestimmt kritisiert worden seien, würden differenzierend, anleitend und grundrechtsabsichernd gefasst. Dies betreffe insbesondere die Voraussetzungen für den Einsatz von Verdeckt Ermittelnden und Verdeckt Informationsgebenden, für Observationsmaßnahmen und für besondere Auskunftersuchen. Der Gesetzentwurf und der Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE seien demgegenüber nicht geeignet, den Verfassungsschutz zeitgemäß und zukunftsfähig auszustatten, und auch die notwendigen Konsequenzen aus den Erkenntnissen des NSU-Untersuchungsausschusses würden nicht gezogen.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE führten aus, dass ihr Änderungsantrag eine Vielzahl von Anregungen aus der Anhörung aufgreife. Durch den Änderungsantrag würde unter anderem klargestellt, dass auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Parlamentsfraktionen und parlamentarischen Gruppen durch den Verfassungsschutz nicht angeworben werden dürften, klargestellt, dass auch bei einer unvermeidbaren Betroffenheit von Minderjährigen als Dritte keine personenbezogenen Daten von diesen gespeichert werden dürften und zudem die Voraussetzungen für besondere Auskunftersuchen verschärft. Außerdem werde der Parlamentarischen Kontrollkommission die Möglichkeit eröffnet, Bedienstete des Verfassungsschutzes gegebenenfalls auch gegen einen Einspruch des Innenministers zu befragen. Ferner regele der Änderungsantrag die Verpflichtung der Gerichte und Behörden zur Amtshilfe sowie klarstellend die Möglichkeit, dass die Parlamentarische Kontrollkommission die Landesdatenschutzbeauftragte ersuchen kann, bestimmten Angelegenheiten und Vorgängen nachzugehen. Die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE hoben hervor, dass bereits nach gegenwärtiger Rechtslage in Brandenburg starke Minderheitenrechte in der Parlamentarischen Kontrollkommission gelten würden und auch die Veröffentlichung bestimmter Informationen aus der Parlamentarischen Kontrollkommission unter bestimmten Voraussetzungen möglich sei. Sie betonten außerdem, dass der Verfassungsschutz in Brandenburg nicht als Landesamt, sondern als Abteilung im Ministerium organisiert sei, was die Kontrollmöglichkeiten verbessere.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezeichnete den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE als enttäuschend. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion sei wegen der vorgesehenen nachrichtendienstlichen Mittel nicht zustimmungsfähig. Im Bereich der Kontrolle des Verfassungsschutzes und der Reglementierung des Einsatzes von sogenannten V-Leuten gehe er aber deutlich über den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE hinaus. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erläuterte zu ihrem Änderungsantrag, dass dieser die Kontrolle des Verfassungsschutzes unter anderem durch eine erweiterte Whistleblower-Regelung, reduzierte Geheimhaltungspflichten, ausführliche Protokollierungen der Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission und die Einführung von Vorschriften zu länderübergreifenden Kontrollmaßnahmen verbessern solle. Der Änderungsantrag sehe darüber hinaus den vollständigen Verzicht auf den Einsatz von V-Leuten, ein uneingeschränktes Verbot der Begehung von Straftaten beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel und eine Anzeigepflicht bei dem Verdacht auf Straftaten von Verdeckt Ermittelnden vor. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen besonderen Auskunftersuchen sollten reduziert und eine Regelung zur Gefahr im Verzug gestrichen werden. Bei Gefahr im Verzug sei nicht der Verfassungsschutz, sondern regelmäßig die Polizei zuständig.

Im Ergebnis der Beratungen lehnte der Ausschusses für Inneres und Kommunales den Änderungsantrag der CDU-Fraktion (Anlage 2) gegen die Stimmen der einbringenden Fraktion bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Iris Schülzke (fraktionslos) mehrheitlich ab. Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE (Anlage 3) wurde mit den Stimmen der einbringenden Fraktionen und der Abgeordneten Iris Schülzke (fraktionslos) gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion mehrheitlich angenommen. Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde gegen die einbringende Fraktion mehrheitlich abgelehnt. Abschließend stimmte der Ausschuss für Inneres und Kommunales mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Abgeordneten Iris Schülzke (fraktionslos) gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion mehrheitlich dafür, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes auf Drucksache 6/10948 in geänderter Fassung zu empfehlen.

Anlagen

- Anlage 1: Synopse
- Anlage 2: Änderungsantrag der CDU-Fraktion
- Anlage 3: Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE
- Anlage 4: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
Gesetzentwurf für ein	Gesetzentwurf für ein
Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes	Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes
Vom ...	Vom ...
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1	Artikel 1
Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes	Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes
Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 78), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 8. Mai 2018 (GVBl. I Nr. 8 S. 10) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 78), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 8. Mai 2018 (GVBl. I Nr. 8 S. 10) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
a) Nach der Angabe zu § 6 werden folgende Angaben eingefügt:	a) Nach der Angabe zu § 6 werden folgende Angaben eingefügt:
„§ 6a Verdeckt Ermittlende	„§ 6a unverändert
§ 6b <u>Verdeckte</u> Informationsgebende“.	§ 6b <u>Verdeckt</u> Informationsgebende“.
b) Nach der Angabe zu § 7 wird folgende Angabe eingefügt:	b) unverändert
„§ 7a Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung“.	
c) Nach der Angabe zu § 8 wird folgende Angabe eingefügt:	c) unverändert

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
„§ 8a Verarbeitung personenbezogener Daten von Minderjährigen“.	
d) Die Angabe zu § 10 wird wie folgt gefasst:	d) unverändert
„§ 10 Observation“.	
e) Die Angabe zu § 14a wird wie folgt gefasst:	e) unverändert
„§ 14a Besondere Auskunftser-suchen“.	
f) Die Angabe zu § 18 wird wie folgt gefasst:	f) unverändert
„§ 18 (weggefallen)“.	
g) Die Angabe zu § 20 wird wie folgt gefasst:	g) unverändert
„§ 20 (weggefallen)“.	
h) Nach der Angabe zu § 25 werden folgende Angaben eingefügt:	h) unverändert
„§ 25a Die oder der Ständige Bevollmächtigte	
§ 25b Ernennung und Rechtsstellung der oder des Ständigen Bevollmächtigten“.	
2. § 2 wird wie folgt geändert:	2. unverändert
a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	
„Die Verfassungsschutzbehörde darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.“	
b) Absatz 2 wird durch folgende Absätze 2 und 3 ersetzt:	

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>„(2) Es ist eine der Leiterin oder dem Leiter der Verfassungsschutzabteilung unmittelbar unterstellte Stabsstelle Innenrevision einzurichten, welche in Orientierung an den anerkannten fachlichen Standards für die Interne Revision insbesondere durch Regel-, System- und Nachschauprüfungen die Recht- und Ordnungsmäßigkeit, Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Organisation und Tätigkeit der Verfassungsschutzabteilung zu auditieren und hierüber ihrer Leiterin oder ihrem Leiter zu berichten hat. Die Revisionsprüfungen haben insbesondere zu erfassen:</p>	
<p>1. Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten von Auskunftersuchen nach § 14a,</p>	
<p>2. den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel auch mit Blick auf die Einhaltung strafrechtlicher Bestimmungen und der Gewährleistung des Kernbereiches privater Lebensgestaltung,</p>	
<p>3. Ablehnungen von Anträgen auf Auskunftserteilung nach § 12 und</p>	
<p>4. Übermittlungen der Verfassungsschutzbehörde nach §§ 16, 17 und 19.</p>	
<p>(3) Die Stabsstelle Innenrevision ist in ihrer fachlichen Arbeit unabhängig und keinen Weisungen unterworfen.“</p>	
<p>c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.</p>	

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
3. § 4 wird wie folgt geändert:	3. unverändert
a) In Absatz 1 Nummer 3 wird die Angabe „Absatz 3“ durch die Angabe „Absatz 2“ ersetzt.	
b) Absatz 2 wird aufgehoben.	
c) Die Absätze 3 und 4 werden die Absätze 2 und 3.	
d) Absatz 5 wird Absatz 4 und wie folgt gefasst:	
„(4) Straftaten von erheblicher Bedeutung im Sinne dieses Gesetzes sind Verbrechen oder Vergehen, die im Mindestmaß mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bedroht sind.“	
e) Folgender Absatz 5 wird angefügt:	
„(5) Verdeckt Ermittelnde sind eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörde unter einer ihnen verliehenen und auf Dauer angelegten Legende.“	
4. § 5 wird wie folgt gefasst:	4. unverändert

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
„§ 5	
Unterrichtung der Öffentlichkeit	
<p>(1) Die Verfassungsschutzbehörde klärt die Öffentlichkeit durch zusammenfassende Berichte und andere Maßnahmen über Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne von § 3 Absatz 1 auf, soweit hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte hierfür vorliegen. Das umfasst auch personenbezogene Daten, wenn dies für das Verständnis des Zusammenhanges oder der Darstellung von Organisationen oder unorganisierten Gruppierungen zwingend erforderlich ist und die Interessen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse der betroffenen Personen überwiegen. Personenbezogene Informationen über Personen der Zeitgeschichte, Inhaber politischer Funktionen oder Amtsträger in Ausübung ihres Amtes dürfen veröffentlicht werden, wenn überwiegende schutzwürdige Interessen dieser Personen nicht beeinträchtigt werden. Die Verfassungsschutzbehörde unterrichtet jährlich die Öffentlichkeit über die Summe ihrer Haushaltsmittel und über die Gesamtzahl ihrer Bediensteten.</p>	
<p>(2) Die Verfassungsschutzbehörde tritt verfassungsfeindlichen Bestrebungen und Tätigkeiten auch durch Angebote zur Information und zum Ausstieg entgegen. Dabei hat sie verfassungsrechtlich vorgesehene gesellschaftliche Vielfalt und historische Entwicklungen zu berücksichtigen.“</p>	
5. § 6 wird wie folgt geändert:	5. § 6 wird wie folgt geändert:

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:	aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
aaa) In Nummer 1 wird das Wort „ Vertrauensleuten “ durch die Wörter „ Verdeckten Informationsgebenden “ und die Wörter „ verdeckten Ermittlern “ durch die Wörter „ Verdeckt Ermittelnden “ ersetzt.	aaa) In Nummer 1 wird das Wort „ Vertrauensleuten “ durch die Wörter „ Verdeckt Informationsgebenden “ und die Wörter „ verdeckten Ermittlern “ durch die Wörter „ Verdeckt Ermittelnden “ ersetzt.
bbb) In Nummer 10 werden die Wörter „ Artikel 10-Gesetzes. “ durch die Wörter „ Artikel 10-Gesetzes vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298; 2007 I S. 154), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3202) geändert worden ist, “ ersetzt.	bbb) unverändert
ccc) Folgende Nummern 11 und 12 werden angefügt:	ccc) unverändert
„11. technische Mittel zur Ermittlung des Standortes eines aktiv geschalteten Mobilfunkendgerätes oder zur Ermittlung der Geräte- oder Kartennummer;	

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>12. Teilnahme an einer Kommunikationsbeziehung im Internet unter einer Legende nach Nummer 8 sowie § 4 Absatz 5 und unter Ausnutzung eines schutzwürdigen Vertrauens der oder des Betroffenen oder Dritten, um ansonsten nicht zugängliche Daten zu erhalten.“</p>	
bb) Die Sätze 2 und 3 werden aufgehoben.	bb) unverändert
cc) Im neuen Satz 2 wird die Angabe „§ 7 Abs. 1 Nr. 5“ durch die Wörter „§ 7 Absatz 1 Nummer 5“ ersetzt.	cc) unverändert
b) In Absatz 7 Satz 1 werden nach dem Wort „dürfen“ die Wörter „unbeschadet der §§ 6a und 6b“ eingefügt.	b) unverändert
6. Nach § 6 werden folgende §§ 6a und 6b eingefügt:	6. Nach § 6 werden folgende §§ 6a und 6b eingefügt:

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
„§ 6a	„§ 6a
Verdeckt Ermittelnde	u n v e r ä n d e r t
<p>Verdeckt Ermittelnde dürfen weder zur Gründung von Bestrebungen nach § 3 Absatz 1 noch zur steuernden Einflussnahme auf derartige Bestrebungen eingesetzt werden. Sie dürfen in Personenzusammenschlüssen oder für solche tätig werden, um diese Bestrebungen aufzuklären, auch wenn dadurch ein Straftatbestand verwirklicht wird. Im Übrigen ist im Einsatz eine Beteiligung an Bestrebungen zulässig, wenn sie</p>	
<p>1. nicht in Individualrechte eingreifen,</p>	
<p>2. von den an den Bestrebungen Beteiligten derart erwartet werden, dass sie zur Gewinnung und Sicherung der Informationszugänge unumgänglich ist, und</p>	
<p>3. nicht außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen.</p>	

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>Verdeckt Ermittelnde dürfen im Übrigen keine Straftaten begehen. Sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass eine Verdeckt Ermittelnde oder ein Verdeckt Ermittelnder einen Straftatbestand von erheblicher Bedeutung im Sinne von § 4 Absatz 4 verwirklicht hat, wird ihr oder sein Einsatz unverzüglich beendet und die Strafverfolgungsbehörde unterrichtet. Über Ausnahmen von Satz 5 entscheidet die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, bei Verhinderung die Vertretung. Bei den in § 138 Absatz 1 Strafgesetzbuch genannten Straftaten ist eine solche Ausnahme nicht zulässig. Über Ausnahmen ist die Innenrevision unbeschadet ihres Auftrags nach § 2 Absatz 2 zu informieren. Erhebt die Innenrevision Bedenken, ist die Angelegenheit der G 10-Kommission vorzulegen und die Parlamentarische Kontrollkommission neben der Unterrichtung nach § 25 Absatz 2 Nummer 4 zu informieren.</p>	
§ 6b	§ 6b
<u>Verdeckte Informationsgebende</u>	<u>Verdeckt Informationsgebende</u>
(1) Für den planmäßigen, dauerhaften Einsatz von <u>Verdeckten</u> Informationsgebenden gilt § 6a entsprechend, was auch die Begehung von Straftaten umfasst.	(1) Für den planmäßigen, dauerhaften Einsatz von <u>Verdeckt</u> Informationsgebenden gilt § 6a entsprechend, was auch die Begehung von Straftaten umfasst.

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>(2) Über die Verpflichtung von <u>Verdeckten</u> Informationsgebenden nach Absatz 1 entscheidet die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, bei Verhinderung die Vertretung. <u>Verdeckte</u> Informationsgebende müssen nach ihren persönlichen und charakterlichen Voraussetzungen für den Einsatz geeignet sein. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit darf nicht durch Täuschung, Drohung mit einem empfindlichen Übel, Versprechen ungesetzlicher Vorteile oder sonstigen die freie Willensausübung beschränkenden Maßnahmen erreicht werden. <u>Verdeckte</u> Informationsgebende sind vor ihrer Verpflichtung und sodann mindestens einmal jährlich hinsichtlich eventueller Absichten zum Ausstieg aus der extremistischen Szene zu befragen und auf entsprechende Beratungs- und Betreuungsangebote hinzuweisen. Über den Einsatz der <u>Verdeckten</u> Informationsgebenden ist ein jährlicher Evaluationsbericht zu fertigen, der der Innenrevision vorzulegen ist. Der Evaluationsbericht ist in die Unterrichtung nach § 25 Absatz 2 Nummer 2 einzubeziehen. Als <u>Verdeckte</u> Informationsgebende dürfen Personen nicht angeworben und eingesetzt werden, die</p>	<p>(2) Über die Verpflichtung von <u>Verdeckt</u> Informationsgebenden nach Absatz 1 entscheidet die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, bei Verhinderung die Vertretung. <u>Verdeckt</u> Informationsgebende müssen nach ihren persönlichen und charakterlichen Voraussetzungen für den Einsatz geeignet sein. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit darf nicht durch Täuschung, Drohung mit einem empfindlichen Übel, Versprechen ungesetzlicher Vorteile oder sonstigen die freie Willensausübung beschränkenden Maßnahmen erreicht werden. <u>Verdeckt</u> Informationsgebende sind vor ihrer Verpflichtung und sodann mindestens einmal jährlich hinsichtlich eventueller Absichten zum Ausstieg aus der extremistischen Szene zu befragen und auf entsprechende Beratungs- und Betreuungsangebote hinzuweisen. Über den Einsatz der <u>Verdeckt</u> Informationsgebenden ist ein jährlicher Evaluationsbericht zu fertigen, der der Innenrevision vorzulegen ist. Der Evaluationsbericht ist in die Unterrichtung nach § 25 Absatz 2 Nummer 2 einzubeziehen. Als <u>Verdeckt</u> Informationsgebende dürfen Personen nicht angeworben und eingesetzt werden, die</p>
<p>1. nicht voll geschäftsfähig, insbesondere minderjährig sind,</p>	<p>1. unverändert</p>
<p>2. von den Geld- oder Sachzuwendungen für die Tätigkeit auf Dauer als alleinige Lebensgrundlage abhängen würden,</p>	<p>2. unverändert</p>
<p>3. an einem Aussteigerprogramm teilnehmen,</p>	<p>3. unverändert</p>

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>4. Mitglied des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages oder eines Landesparlaments oder Mitarbeiterin oder Mitarbeiter eines solchen Mitglieds sind oder</p>	<p>4. Mitglied des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages oder eines Landesparlaments oder Mitarbeiterin oder Mitarbeiter eines solchen Mitglieds <u>oder einer in den genannten Parlamenten gebildeten Fraktion oder Gruppe</u> sind oder</p>
<p>5. im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen eines Verbrechens oder zu einer Freiheitsstrafe, deren Vollstreckung nicht zur Bewährung ausgesetzt worden ist, eingetragen sind.</p>	<p>5. unverändert</p>

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, bei Verhinderung die Vertretung kann eine Ausnahme von Satz 7 Nummer 5 zulassen, wenn die Verurteilung nicht als Täter eines Totschlags (§§ 212, 213 des Strafgesetzbuchs) oder einer allein mit lebenslanger Haft bedrohten Straftat erfolgt ist und der Einsatz zur Aufklärung von Bestrebungen unerlässlich ist, die auf die Begehung von in § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes oder § 100b Absatz 2 der Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), die zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639) geändert worden ist, bezeichneten Straftaten gerichtet sind. Im Falle einer Ausnahme nach Satz 8 ist der Einsatz nach höchstens sechs Monaten zu beenden, wenn er zur Erforschung der in Satz 8 genannten Bestrebungen nicht ausreichend gewichtig beigetragen hat. Auch im Weiteren ist die Qualität der gelieferten Informationen fortlaufend zu bewerten. Über Ausnahmen nach Satz 8 ist die Innenrevision unbeschadet ihres Auftrags nach § 2 Absatz 2 zu informieren. Erhebt die Innenrevision Bedenken, ist die Angelegenheit der G 10-Kommission vorzulegen und die Parlamentarische Kontrollkommission zu informieren.“</p>	<p>Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, bei Verhinderung die Vertretung kann eine Ausnahme von Satz 7 Nummer 5 zulassen, wenn die Verurteilung nicht als Täter eines Totschlags (§§ 212, 213 des Strafgesetzbuchs) oder einer allein mit lebenslanger Haft bedrohten Straftat erfolgt ist und der Einsatz zur Aufklärung von Bestrebungen unerlässlich ist, die auf die Begehung von in § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes oder § 100b Absatz 2 der Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), die zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639) geändert worden ist, bezeichneten Straftaten gerichtet sind. Im Falle einer Ausnahme nach Satz 8 ist der Einsatz nach höchstens sechs Monaten zu beenden, wenn er zur Erforschung der in Satz 8 genannten Bestrebungen nicht ausreichend gewichtig beigetragen hat. Auch im Weiteren ist die Qualität der gelieferten Informationen fortlaufend zu bewerten. Über Ausnahmen nach Satz 8 ist die Innenrevision unbeschadet ihres Auftrags nach § 2 Absatz 2 zu informieren. Erhebt die Innenrevision Bedenken, ist die Angelegenheit der G 10-Kommission vorzulegen und die Parlamentarische Kontrollkommission zu informieren.“</p>
7. § 7 wird wie folgt geändert:	7. § 7 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	a) u n v e r ä n d e r t

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>„(2) Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten, die sie für einen bestimmten Zweck erhoben hat, für andere in § 3 Absatz 1 und 2 genannte Zwecke weiterverarbeiten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Daten als konkreter Ansatz zur Erfüllung des geänderten Zwecks geeignet sind. Soweit die Erhebung der Daten nur zum Schutz bestimmter Rechtsgüter zulässig ist, dürfen die erhobenen Daten nur weiterverarbeitet werden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte erkennen lassen, dass die Zweckänderung dem Schutz eines mindestens vergleichbar bedeutsamen Rechtsguts dient. Personenbezogene Daten, die durch Maßnahmen nach § 14a Absatz 2 bis 4 erlangt wurden, dürfen nur unter entsprechender Anwendung des § 4 des Artikel 10-Gesetzes weiterverarbeitet werden.“</p>	
b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:	b) unverändert

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>„(3) Das Mithören oder Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel oder sonstige Maßnahmen nach § 6 Absatz 3, die in ihrer Art und Schwere einer Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses gleichkommen, sind zulässig, wenn dadurch Erkenntnisse über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht gewonnen werden können. Ein solcher Eingriff bedarf im Einzelfall der vorherigen Zustimmung des für Inneres zuständigen Mitglieds der Landesregierung, im Falle der Verhinderung der jeweiligen Vertretung. Die Parlamentarische Kontrollkommission ist in der jeweils nächsten Sitzung, bei Fortdauer der Maßnahmen jeweils in Abständen von drei Monaten, zu unterrichten. Die durch den Eingriff erhobenen Informationen dürfen nur nach Maßgabe des § 4 Absatz 2 des Artikel 10-Gesetzes, zur Erforschung oder Verfolgung einer Straftat nach § 129a und § 129b des Strafgesetzbuches verarbeitet werden.“</p>	
c) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:	c) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>„(4) Beim Einsatz von <u>Verdeckten</u> Informationsgebenden und <u>Verdeckt</u> Ermittelnden sowie bei Observationen findet Absatz 3 Satz 3 entsprechende Anwendung, ohne dass die Identität der <u>Verdeckten</u> Informationsgebenden oder <u>Verdeckt</u> Ermittelnden, auch nicht in mittelbarer Form, offenbart werden.“</p>	<p>„(4) Beim Einsatz von <u>Verdeckt</u> Informationsgebenden und <u>Verdeckt</u> Ermittelnden sowie bei Observationen findet Absatz 3 Satz 3 entsprechende Anwendung, ohne dass die Identität der <u>Verdeckt</u> Informationsgebenden oder <u>Verdeckt</u> Ermittelnden, auch nicht in mittelbarer Form, offenbart werden.“</p>
<p>d) Folgender Absatz 5 wird angefügt:</p>	<p>d) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>„(5) Die Verfassungsschutzbehörde darf technische Mittel zur Ermittlung des Standorts eines aktiv geschalteten Mobilfunkendgeräts oder zur Ermittlung der Geräte- oder Kartennummer einsetzen, soweit tatsächliche Anhaltspunkte für eine schwerwiegende Gefahr für die von § 3 umfassten Schutzgüter vorliegen. § 3 Absatz 2 sowie §§ 9 und 10 Absatz 1 bis 3 des Artikel 10-Gesetzes in Verbindung mit § 1 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 14. Dezember 1995 (GVBl. I S. 286), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 8. Mai 2018 (GVBl. I Nr. 8 S. 16) geändert worden ist, gelten entsprechend.“</p>	
<p>8. Nach § 7 wird folgender § 7a eingefügt:</p>	<p>8. u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
„§ 7a	
Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung	
<p>(1) Eine Datenerhebung darf nicht angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dadurch nicht nur zufällig Daten erhoben werden, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind.</p>	
<p>(2) Wenn sich während einer bereits laufenden Datenerhebung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben werden, ist die Datenerhebung unverzüglich und so lange wie erforderlich zu unterbrechen, soweit dies informationstechnisch möglich ist und dadurch die Datenerhebung den Betroffenen nicht bekannt wird. Bereits erhobene Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung dürfen nicht gespeichert, verändert, genutzt oder übermittelt werden; sie sind unverzüglich unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten, mit der Auswertung nicht befassten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. Die Tatsache, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben wurden, und deren Löschung sind zu dokumentieren. Die in der Dokumentation enthaltenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. § 3a Satz 4 bis 7 des Artikel 10-Gesetzes gilt entsprechend.</p>	

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
(3) Ergeben sich erst bei der Speicherung, Veränderung oder Nutzung von Daten tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass Daten dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, so gilt Absatz 2 Sätze 2 bis 5 entsprechend.	
(4) Daten aus dem durch das Berufsgeheimnis geschützten Vertrauensverhältnis nach den §§ 53 und 53a der Strafprozessordnung sind dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen.	
(5) Bestehen Zweifel, ob Daten dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, so sind diese der Leiterin oder dem Leiter der Verfassungsschutzabteilung zur Entscheidung über die Zurechnung vorzulegen.“	
9. § 8 Absatz 1 Satz 2 bis 4 werden aufgehoben.	9. unverändert
10. Nach § 8 wird folgender § 8a eingefügt:	10. Nach § 8 wird folgender § 8a eingefügt:
„§ 8a	„§ 8a
Verarbeitung personenbezogener Daten von Minderjährigen	Verarbeitung personenbezogener Daten von Minderjährigen
(1) Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten über eine minderjährige Person, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist unzulässig. Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten über eine minderjährige Person, die das 14. Lebensjahr, aber noch nicht das 16. Lebensjahr vollendet hat, ist nur zulässig, wenn	(1) unverändert

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
1. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass sie eine Straftat nach § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes plant, begeht oder begangen hat,	
2. nach den Umständen des Einzelfalls nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Erhebung zur Abwehr einer Gefahr für Leib oder Leben erforderlich ist, oder	
3. tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie eine Tätigkeit nach § 3 Absatz 1 Nummer 2 ausübt.	
(2) Die Verarbeitung von Daten über eine minderjährige Person, die das 16. Lebensjahr vollendet hat, ist nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie	(2) unverändert
1. an einer Bestrebung nach § 3 Absatz 1 beteiligt ist, die auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet ist, und sie diese Ausrichtung fördert,	
2. in herausgehobener Funktion in einem Personenzusammenschluss tätig ist oder	
3. eine Tätigkeit nach § 3 Absatz 1 Nummer 2 ausübt.	

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>(3) Die Datenverarbeitung darf kein Verhalten einer Person aus der Zeit vor Vollendung ihres 14. Lebensjahres erfassen. Das Verhalten einer Person aus der Zeit zwischen Vollendung ihres 14. und 16. Lebensjahres darf die Datenverarbeitung nur erfassen, wenn zum Zeitpunkt dieses Verhaltens die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 vorlagen. Das Verhalten einer Person aus der Zeit zwischen Vollendung ihres 16. und 18. Lebensjahres darf die Datenverarbeitung nur erfassen, wenn zum Zeitpunkt dieses Verhaltens die Voraussetzungen des Absatzes 2 vorlagen.</p>	<p>(3) <u>unverändert</u></p>
<p>(4) Die Absätze 1 bis 3 sind auf die Übermittlung von Daten entsprechend anzuwenden. Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht, soweit minderjährige Personen von der Datenverarbeitung unvermeidbar als Dritte betroffen werden.“</p>	<p>(4) Die Absätze 1 bis 3 sind auf die Übermittlung von Daten entsprechend anzuwenden. Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht, soweit minderjährige Personen von der Datenverarbeitung unvermeidbar als Dritte betroffen werden; <u>eine personenbezogene Speicherung darf in diesen Fällen nicht erfolgen.</u>“</p>
<p>11. Nach § 9 wird folgender § 10 eingefügt:</p>	<p>11. <u>unverändert</u></p>
<p>„§ 10</p>	
<p>Observation</p>	
<p>(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf außerhalb des Schutzbereichs von Artikel 13 des Grundgesetzes, Artikel 15 der Verfassung des Landes Brandenburg eine Person durchgehend länger als 48 Stunden oder an mehr als drei Tagen innerhalb einer Woche verdeckt auch mit technischen Mitteln planmäßig beobachten, insbesondere</p>	

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
1. das nicht öffentlich gesprochene Wort abhören und aufzeichnen sowie	
2. Lichtbilder und Bildaufzeichnungen herstellen,	
wenn dies zur Aufklärung von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne von § 3 Absatz 1 dieses Gesetzes von erheblicher Bedeutung erforderlich ist.	
(2) Die Maßnahme darf sich nur gegen eine Person richten, von der aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass	
1. sie an der Bestrebung oder Tätigkeit beteiligt ist,	
2. sie mit einer Person nach Nummer 1 in Kontakt steht und	
a) von der Bestrebung oder Tätigkeit Kenntnis hat oder	
b) die Person nach Nummer 1 sich ihrer zur Förderung der Bestrebung oder Tätigkeit bedient	
und eine Maßnahme gegen die Person nach Nummer 1 allein nicht zur Erforschung des Sachverhalts ausreicht.	
Die Maßnahme darf auch durchgeführt werden, wenn andere Personen unvermeidbar betroffen werden.	

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>(3) Über die Anordnung entscheidet die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, bei Verhinderung die Vertretung. Bei Gefahr im Verzug kann die zuständige Referatsleitung die Anordnung treffen, bei Verhinderung die Vertretung; die Entscheidung nach Satz 1 ist unverzüglich nachzuholen. § 10 Absatz 2, 3, 5 und 6 sowie § 17 Absatz 3 des Artikel 10-Gesetzes sind entsprechend anzuwenden. Dauert die Maßnahme durchgehend länger als eine Woche oder findet sie an mehr als 14 Tagen innerhalb eines Monats statt, gilt § 12 Absatz 1 und 3 des Artikel 10-Gesetzes entsprechend.“</p>	
12. § 14a wird wie folgt gefasst:	12. § 14a wird wie folgt gefasst:
„§ 14a	„§ 14a
Besondere Auskunftersuchen	Besondere Auskunftersuchen
<p>(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf im Einzelfall, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Absatz 1 erforderlich ist, bei denjenigen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen oder Telemedien anbieten oder daran mitwirken, Auskünfte über Daten, die für die Begründung, inhaltliche Ausgestaltung, Änderung oder Beendigung eines Vertragsverhältnisses über Postdienstleistungen oder Telemedien gespeichert worden sind, einholen.</p>	<p>(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf im Einzelfall, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Absatz 1 erforderlich ist <u>und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die in § 3 Absatz 1 genannten Schutzgüter vorliegen</u>, bei denjenigen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen oder Telemedien anbieten oder daran mitwirken, Auskünfte über Daten, die für die Begründung, inhaltliche Ausgestaltung, Änderung oder Beendigung eines Vertragsverhältnisses über Postdienstleistungen oder Telemedien gespeichert worden sind, einholen.</p>

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
(2) Die Verfassungsschutzbehörde darf im Einzelfall zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 vorliegen, bei	(2) unverändert
1. Verkehrsunternehmen sowie Betreibern von Computerreservierungssystemen und Globalen Distributionssystemen Auskünfte zu Namen und Anschriften von Kunden sowie zu Inanspruchnahme und Umständen von Transportleistungen, insbesondere zum Zeitpunkt von Abfertigung und Abflug und zum Buchungsweg,	
2. Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und über Geldbewegungen und Geldanlagen, insbesondere über Kontostand und Zahlungsein- und -ausgänge,	
einholen. Im Fall des § 3 Absatz 1 Nummer 1 gilt dies nur für Bestrebungen, die bezwecken oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind,	
1. zu Hass- oder Willkürmaßnahmen gegen Teile der Bevölkerung aufzustacheln oder deren Menschenwürde durch Beschimpfen, böswilliges Verächtlichmachen oder Verleumden anzugreifen und dadurch die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt zu fördern und den öffentlichen Frieden zu stören oder	

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>2. Gewalt anzuwenden oder vorzubereiten, einschließlich des Befürwortens, Hervorrufens oder Unterstützens von Gewaltanwendung, auch durch Unterstützen von Vereinigungen, die Anschläge gegen Personen oder Sachen veranlassen, befürworten oder androhen.</p>	
<p>(3) Die Verfassungsschutzbehörde darf, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Absatz 1 erforderlich ist, von denjenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringen oder daran mitwirken, Auskünfte über die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. November 2018 (BGBl. I S. 2230) geändert worden ist, erhobenen Daten verlangen (§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes). Dies gilt auch für Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird (§ 113 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes). Die Auskunft darf auch anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse verlangt werden (§ 113 Absatz 1 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes). Die Auskunft darf nur verlangt werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für das Nutzen der Daten vorliegen.</p>	<p>(3) Die Verfassungsschutzbehörde darf, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Absatz 1 <u>im Einzelfall</u> erforderlich ist, von denjenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringen oder daran mitwirken, Auskünfte über die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. November 2018 (BGBl. I S. 2230) geändert worden ist, erhobenen Daten verlangen (§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes). Dies gilt auch für Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird (§ 113 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes). Die Auskunft darf auch anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse verlangt werden (§ 113 Absatz 1 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes). Die Auskunft darf nur verlangt werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für das Nutzen der Daten vorliegen.</p>

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
(4) Die Verfassungsschutzbehörde darf im Einzelfall zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Absatz 1 unter den Voraussetzungen des § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig	(4) unverändert
1. Postdienstleistungen erbringen oder daran mitwirken, Auskünfte zu Namen, Anschriften und Postfächern und sonstigen Umständen des Postverkehrs,	
2. Telekommunikationsdienste erbringen oder daran mitwirken, Auskünfte zu Verkehrsdaten nach § 96 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 5 des Telekommunikationsgesetzes,	
3. Telemedien anbieten oder daran mitwirken, Auskünfte über	
a) Merkmale zur Identifikation des Nutzers von Telemedien,	
b) Beginn und Ende sowie über den Umfang der jeweiligen Nutzung und	
c) die vom Nutzer in Anspruch genommenen Telemedien	
einholen.	

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>(5) Auskünfte nach Absatz 3, soweit Daten nach § 113 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Telekommunikationsgesetzes betroffen sind, und Auskünfte nach Absatz 4 dürfen nur auf Anordnung des für Inneres zuständigen Mitglieds der Landesregierung, bei Verhinderung durch die Vertretung eingeholt werden. Die Anordnung ist durch die Leiterin oder den Leiter der Verfassungsschutzabteilung, bei Verhinderung durch die Vertretung schriftlich zu beantragen. Der Antrag ist zu begründen. Das für Inneres zuständige Ministerium unterrichtet unverzüglich die G 10-Kommission über die Anordnung vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzug kann die Ministerin oder der Minister, bei Verhinderung deren Vertretung, den Vollzug der Anordnung auch bereits vor Unterrichtung der G 10-Kommission anordnen. Die G 10-Kommission prüft von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Einholung von Auskünften. § 15 Absatz 5 des Artikel 10-Gesetzes ist entsprechend anzuwenden. Anordnungen, welche die G 10-Kommission für unzulässig erklärt, hat die Ministerin oder der Minister unverzüglich aufzuheben. Die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission erfolgt gemäß § 25 Absatz 2 Nummer 1.</p>	<p>(5) unverändert</p>

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>(6) Bei Maßnahmen nach Absatz 2 bis 4 ist § 4 des Artikel 10-Gesetzes mit der Maßgabe anzuwenden, dass kopierte Daten nach dem Stand der Technik gegen Veränderung, unbefugte Löschung und unbefugte Kenntnisnahme zu schützen sind. § 1 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes sowie § 11 Absatz 1 und 2, § 12 Absatz 1 und 3 sowie § 17 Absatz 3 des Artikel 10-Gesetzes sind entsprechend anzuwenden. <u>Abweichend von § 10 Absatz 3 des Artikel 10-Gesetzes genügt eine räumlich und zeitlich hinreichende Bezeichnung der Telekommunikation, sofern anderenfalls die Erreichung des Zwecks der Maßnahme aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.</u> Soweit dem Verpflichteten keine Entschädigung nach besonderen Bestimmungen zusteht, findet § 20 des Artikel 10-Gesetzes entsprechende Anwendung. Im Übrigen hat der Verpflichtete die Auskunft unentgeltlich zu erteilen.</p>	<p>(6) Bei Maßnahmen nach Absatz 2 bis 4 ist § 4 des Artikel 10-Gesetzes mit der Maßgabe anzuwenden, dass kopierte Daten nach dem Stand der Technik gegen Veränderung, unbefugte Löschung und unbefugte Kenntnisnahme zu schützen sind. § 1 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes sowie § 11 Absatz 1 und 2, § 12 Absatz 1 und 3 sowie § 17 Absatz 3 des Artikel 10-Gesetzes sind entsprechend anzuwenden. <u>§ 10 Absatz 3 des Artikel 10-Gesetzes ist entsprechend anwendbar; sofern die Bezeichnung der Person, gegen die sich die Beschränkungsmaßnahme richtet, in der Anordnung dem Verpflichteten gegenüber nicht möglich ist oder durch die Bezeichnung die Erreichung des Zwecks der Maßnahme aussichtslos oder wesentlich erschwert wird, genügt eine räumlich und zeitlich hinreichende Bezeichnung der Telekommunikation.</u> Soweit dem Verpflichteten keine Entschädigung nach besonderen Bestimmungen zusteht, findet § 20 des Artikel 10-Gesetzes entsprechende Anwendung. Im Übrigen hat der Verpflichtete die Auskunft unentgeltlich zu erteilen.</p>
<p>(7) Die zur Erteilung der Auskunft erforderlichen Daten müssen unverzüglich, vollständig und richtig übermittelt werden. Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten dürfen der betroffenen Person oder Dritten vom Verpflichteten nicht mitgeteilt werden.</p>	<p>(7) unverändert</p>

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>(8) Das für Inneres zuständige Ministerium unterrichtet das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes jährlich nach § 8b Absatz 10 Satz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2970), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2097) geändert worden ist, über die Durchführung von Maßnahmen nach Absatz 4 Nummer 2 und 3; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der durchgeführten Maßnahmen zu geben. Auf Auskünfte nach Absatz 4 Nummer 2 sind die Vorgaben des § 8b Absatz 8 Satz 4 und 5 des Bundesverfassungsschutzgesetzes anzuwenden. Für die Erteilung von Auskünften nach Absatz 1, 2 und 4 Nummer 3 gilt die Nachrichtendienste-Übermittlungsverordnung vom 11. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2117), die durch Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3346) geändert worden ist.</p>	<p>(8) unverändert</p>
<p>(9) Die Betreiber einer Videoüberwachung im Sinne des § 4 Absatz 1 des Bundesdatenschutzgesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2097) sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde Aufzeichnungen auszuleiten, wenn dies zur Aufklärung von Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne von § 3 Absatz 1 dieses Gesetzes mit erheblicher Bedeutung erforderlich ist.“</p>	<p>(9) Die Betreiber einer Videoüberwachung <u>zur Beobachtung öffentlich zugänglicher Räume</u> im Sinne des § 4 Absatz 1 des Bundesdatenschutzgesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2097) sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde Aufzeichnungen auszuleiten, wenn dies zur Aufklärung von Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne von § 3 Absatz 1 dieses Gesetzes mit erheblicher Bedeutung erforderlich ist.“</p>

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
13. In § 16 Absatz 1 Satz 1 werden die Angabe „§ 3 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 3 Absatz 1“ und die Angabe „(§ 4 Abs. 5)“ durch die Angabe „(§ 4 Absatz 4)“ ersetzt.	13. unverändert
14. § 18 wird aufgehoben.	14. unverändert
15. § 19 wird wie folgt geändert:	15. unverändert
a) Der Wortlaut wird Absatz 1 und in Nummer 1 und 2 wird jeweils das Wort „daß“ durch das Wort „dass“ ersetzt.	
b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:	
„(2) Ein Überwiegen im Sinne von Absatz 1 Nummer 2 und 3 liegt nicht vor, soweit die Übermittlung von Informationen erforderlich ist zur	
1. Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder für Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhaltung im besonderen öffentlichen Interesse geboten ist, oder	
2. Verfolgung einer besonders schweren Straftat im Sinne von § 100b Absatz 2 der Strafprozessordnung,	

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>es sei denn, dass durch die Übermittlung eine unmittelbare Gefährdung von Leib oder Leben einer Person zu besorgen ist und diese Gefährdung nicht abgewendet werden kann. Die Entscheidung, ob trotz des Vorliegens der Voraussetzungen nach Satz 1 Nummer 1 oder 2 ausnahmsweise von einer Übermittlung abgesehen wird, trifft die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, bei Verhinderung die Vertretung. Über Ausnahmen sind die Innenrevision unbeschadet ihres Auftrags nach § 2 Absatz 2 sowie die Parlamentarische Kontrollkommission neben der Unterrichtung nach § 25 Absatz 2 Nummer 6 zu informieren.“</p>	
16. § 20 wird aufgehoben.	16. unverändert
17. § 25 wird wie folgt geändert:	17. § 25 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 wird durch folgende Absätze 1 und 2 ersetzt:	a) Absatz 1 wird durch folgende Absätze 1 und 2 ersetzt:
<p>„(1) Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, das Lagebild und Vorgänge von besonderer Bedeutung und auf Verlangen der Kommission über Einzelfälle. Vorgänge von besonderer Bedeutung sind insbesondere</p>	<p>„(1) Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, das Lagebild und Vorgänge von besonderer Bedeutung und auf Verlangen der Kommission über Einzelfälle. Vorgänge von besonderer Bedeutung sind insbesondere</p>
1. wesentliche Änderungen im Lagebild der äußeren und inneren Sicherheit,	1. unverändert

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
2. behördeninterne Vorgänge mit erheblichen Auswirkungen auf die Aufgabenerfüllung,	2. unverändert
3. Einzelvorkommnisse, die Gegenstand bedeutender politischer Diskussionen oder öffentlicher Berichterstattung sind.	3. unverändert
<p>Auf Verlangen der Parlamentarischen Kontrollkommission hat das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung auch über sonstige Vorgänge zu berichten. Die Kommission hat Anspruch auf diese Unterrichtung. Sie kann von dem für Inneres zuständigen Mitglied der Landesregierung alle für ihre Kontrollaufgaben erforderlichen Auskünfte, Unterlagen, Akten- und Dateneinsicht, Stellungnahmen und den Zutritt zur Verfassungsschutzbehörde verlangen sowie bei besonderem Aufklärungsbedarf <u>mit Zustimmung des für Inneres zuständigen Mitglieds der Landesregierung</u> Bedienstete zum Sachverhalt befragen, sofern dem nicht überwiegende öffentliche oder private Belange entgegenstehen; <u>das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung hat dies vor der Parlamentarischen Kontrollkommission zu begründen.</u></p>	<p>Auf Verlangen der Parlamentarischen Kontrollkommission hat das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung auch über sonstige Vorgänge zu berichten. Die Kommission hat Anspruch auf diese Unterrichtung. Sie kann von dem für Inneres zuständigen Mitglied der Landesregierung alle für ihre Kontrollaufgaben erforderlichen Auskünfte, Unterlagen, Akten- und Dateneinsicht, Stellungnahmen und den Zutritt zur Verfassungsschutzbehörde verlangen sowie bei besonderem Aufklärungsbedarf <u>Bedienstete zum Sachverhalt befragen, sofern dem nicht überwiegende öffentliche oder private Belange entgegenstehen.</u> <u>Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung kann gegen die Befragung Einspruch erheben; der Einspruch ist zu begründen. Die Parlamentarische Kontrollkommission kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder beschließen, die Befragung trotz des Einspruchs durchzuführen.</u></p>
(2) Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission	(2) unverändert

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
1. im Abstand von höchstens sechs Monaten durch einen Überblick insbesondere zu Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten von Auskunftersuchen nach § 14a,	
2. in halbjährlichem Abstand durch einen Lagebericht zu Maßnahmen nach den §§ 6a und 6b,	
3. über das Ergebnis der Prüfungen der Innenrevision nach § 2 Absatz 2 sowie die zur Abstellung der Mängel veranlassten Maßnahmen spätestens sechs Monate nach Abschluss der jeweiligen Prüfung,	
4. über alle Verdachtsfälle der Begehung von Straftaten bei Maßnahmen nach §§ 6a und 6b,	
5. über die Ablehnungen von Anträgen auf Auskunftserteilung nach § 12 und	
6. über gemäß § 19 Absatz 2 Satz 2 unterbliebene Übermittlungen an Strafverfolgungsbehörden.“	
b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wie folgt gefasst:	b) unverändert

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>„(3) Die für Inneres zuständige Ministerin oder der Minister unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission auch über die Herstellung des Einvernehmens für das Tätigwerden von Verfassungsschutzbehörden anderer Länder im Land Brandenburg gemäß § 2 Absatz 4 sowie in allgemeiner Form über die Herstellung des Benehmens für das Tätigwerden des Bundesamtes für Verfassungsschutz gemäß § 5 Absatz 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.“</p>	
<p>c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.</p>	<p>c) unverändert</p>
<p>d) Nach dem neuen Absatz 4 wird folgender Absatz 5 eingefügt:</p>	<p>d) unverändert</p>

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>„(5) Angehörigen der Verfassungsschutzbehörde ist es gestattet, sich in dienstlichen Angelegenheiten sowie bei innerdienstlichen Missständen, jedoch nicht im eigenen oder Interesse anderer Angehöriger dieser Behörden, ohne Einhaltung des Dienstweges unmittelbar an die Parlamentarische Kontrollkommission zu wenden. Wegen der Tatsache der Eingabe dürfen sie nicht dienstlich gemäßregelt oder benachteiligt werden. Die Parlamentarische Kontrollkommission übermittelt die Eingaben dem für Inneres zuständigen Mitglied der Landesregierung zur Stellungnahme. Sie gibt den Namen der mitteilenden Person nur bekannt, soweit dies für eine Aufklärung des Sachverhalts erforderlich und die mitteilende Person damit einverstanden ist.“</p>	
e) Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden die Absätze 6 und 7.	e) unverändert
18. Nach § 25 werden die folgenden §§ 25a und 25b eingefügt:	18. Nach § 25 werden die folgenden §§ 25a und 25b eingefügt:
„§ 25a	„§ 25a
Die oder der Ständige Bevollmächtigte	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Parlamentarische Kontrollkommission wird durch regelmäßige und einzelfallbezogene Untersuchungen einer oder eines Ständigen Bevollmächtigten der Parlamentarischen Kontrollkommission (die oder der Ständige Bevollmächtigte) unterstützt.	

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>(2) Die oder der Ständige Bevollmächtigte wird auf Weisung der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Prüfung von Sachverhalten tätig. Sie oder er wird zur Erfüllung der Aufträge nach Satz 1 im Rahmen der Vorgaben der Parlamentarischen Kontrollkommission tätig. § 25 Absatz 1 gilt entsprechend.</p>	
<p>(3) Die oder der Ständige Bevollmächtigte bereitet die Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission und deren Berichte an das Plenum des Landtages vor. Sie oder er nimmt regelmäßig an den Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission und der G 10-Kommission teil.</p>	
<p>(4) Die oder der Ständige Bevollmächtigte soll der Parlamentarischen Kontrollkommission bei jeder Sitzung über die Ergebnisse ihrer oder seiner Untersuchungen und ihre oder seine sonstige Tätigkeit berichten.</p>	
<p>(5) Die Parlamentarische Kontrollkommission erlässt Richtlinien für die Tätigkeit der oder des Ständigen Bevollmächtigten.</p>	

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
§ 25b	§ 25b
Ernennung und Rechtsstellung der oder des Ständigen Bevollmächtigten	Ernennung und Rechtsstellung der oder des Ständigen Bevollmächtigten
(1) Die oder der Ständige Bevollmächtigte wird auf Vorschlag der Parlamentarischen Kontrollkommission von der Präsidentin oder dem Präsidenten des Landtages für die Dauer von fünf Jahren ernannt. Einmalig ist eine Wiederernennung zulässig. Der Vorschlag ist beschlossen, wenn die Mehrheit der Mitglieder der Kontrollkommission ihm zustimmt.	(1) unverändert
	<u>(2) Die oder der Ständige Bevollmächtigte untersteht der Rechtsaufsicht durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landtages und der Fachaufsicht durch die Parlamentarische Kontrollkommission.</u>
(2) Zur oder zum Ständigen Bevollmächtigten ernannt werden kann nur, wer mindestens das 35. Lebensjahr vollendet hat, die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren allgemeinen Verwaltungsdienst hat sowie zum Umgang mit Verschlussachen ermächtigt und förmlich zur Geheimhaltung verpflichtet wurde. Die oder der Ernannte darf neben ihrem oder seinem Amt kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung oder dem Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens noch einer Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes angehören. Sie oder er darf nicht gegen Entgelt außergerichtliche Gutachten abgeben.	(3) unverändert

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>(3) Die oder der Ständige Bevollmächtigte steht nach Maßgabe dieses Gesetzes in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis. Dieses beginnt mit der Aushändigung der Ernennungsurkunde durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landtages. Die oder der Ständige Bevollmächtigte leistet einen Amtseid; § 52 des Landesbeamtengesetzes vom 3. April 2009 (GVBl. I S. 26), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. I Nr. 35 S. 13) geändert worden ist, gilt entsprechend. Das Amtsverhältnis endet mit Ablauf der Amtszeit oder mit der Entbindung von ihren oder seinen Aufgaben jeweils durch Aushändigung der entsprechenden Urkunde durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landtages. § 4 des Brandenburgischen Ministergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 2014 (GVBl. I Nr. 17), das durch Gesetz vom 11. Januar 2016 (GVBl. I Nr. 1) geändert worden ist, gilt entsprechend.</p>	<p>(4) unverändert</p>
<p>(4) Die Präsidentin oder der Präsident des Landtages entbindet die oder den Ständigen Bevollmächtigten von ihren oder seinen Aufgaben, wenn diese oder dieser oder die Parlamentarische Kontrollkommission darum ersuchen; das Ersuchen der Parlamentarischen Kontrollkommission müssen wenigstens drei Viertel von deren Mitgliedern beschließen.</p>	<p>(5) unverändert</p>

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>(5) Die oder der Ständige Bevollmächtigte ist auch nach Beendigung ihres oder seines Amtsverhältnisses verpflichtet, über die ihr oder ihm amtlich bekanntgewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr, insbesondere hinsichtlich ihrer oder seiner Berichterstattung gegenüber der Parlamentarischen Kontrollkommission oder über Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen. Die oder der Ständige Bevollmächtigte darf, auch wenn sie oder er nicht mehr im Amt ist, über solche Angelegenheiten ohne Genehmigung weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. Unberührt bleibt die gesetzlich begründete Pflicht, Straftaten anzuzeigen und bei Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung für deren Erhaltung einzutreten.</p>	<p>(6) unverändert</p>

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>(6) Über die Erteilung einer Genehmigung, als Zeugin oder Zeuge auszusagen, entscheidet die Präsidentin oder der Präsident des Landtages im Einvernehmen mit der Parlamentarischen Kontrollkommission. Die Genehmigung soll nur versagt werden, wenn die Aussage dem Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten oder die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ernstlich gefährden oder erheblich erschweren würde. Die Genehmigung, ein Gutachten zu erstatten, kann versagt werden, wenn die Erstattung den dienstlichen Interessen Nachteile bereiten würde. § 28 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 1993 (BGBl. I S. 1473), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3546) geändert worden ist, und § 24 des Verfassungsgerichtsgesetzes Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. November 1996 (GVBl. I S. 343), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Juni 2018 (GVBl. I Nr. 13) geändert worden ist, bleiben unberührt.</p>	<p>(7) unverändert</p>

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>(7) Die oder der Ständige Bevollmächtigte erhält vom Beginn des Kalendermonats an, in dem das Amtsverhältnis beginnt, bis zum Schluss des Kalendermonats, in dem das Amtsverhältnis endet, Amtsbezüge in Höhe der einer Beamtin oder einem Beamten der Besoldungsgruppe B 2 bei einer obersten Landesbehörde zustehenden Besoldung. § 8 Absatz 2, 4 und 5 sowie die §§ 9 bis 17 des Brandenburgischen Ministergesetzes sind mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Besoldungsgruppe B 11 für Ministerinnen und Minister in § 8 Absatz 2 des Brandenburgischen Ministergesetzes die Besoldungsgruppe B 2 tritt.“</p>	<p>(8) <u>unverändert</u></p>
19. § 26 wird wie folgt geändert:	19. § 26 wird wie folgt geändert:
a) Nach Absatz 2 <u>werden die folgenden Absätze 3 und 4 eingefügt:</u>	a) Nach Absatz <u>1</u> wird folgender <u>Absatz 2</u> eingefügt:
	<p>„(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission tagt, wenn es die Geschäfte erfordern, jedoch mindestens einmal im Vierteljahr.“</p>
	b) Der bisherige Absatz 2 wird <u>Absatz 3.</u>
	c) Nach Absatz 3 werden die <u>folgenden Absätze 4 bis 6 eingefügt:</u>

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>„(3) Die Parlamentarische Kontrollkommission kann mit der Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder nach Anhörung der Landesregierung im Einzelfall eine oder einen Sachverständigen beauftragen, zur Wahrnehmung ihrer Kontrollaufgaben Untersuchungen durchzuführen. Die oder der Sachverständige hat der Parlamentarischen Kontrollkommission über das Ergebnis der Untersuchungen zu berichten. Absatz 2 Satz 3 und 4 sowie § 25 Absatz 1 gelten entsprechend.</p>	<p>„(4) Die Parlamentarische Kontrollkommission kann mit der Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder nach Anhörung der Landesregierung im Einzelfall eine oder einen Sachverständigen beauftragen, zur Wahrnehmung ihrer Kontrollaufgaben Untersuchungen durchzuführen. Die oder der Sachverständige hat der Parlamentarischen Kontrollkommission über das Ergebnis der Untersuchungen zu berichten. Absatz 3 Satz 3 und 4 sowie § 25 Absatz 1 gelten entsprechend.</p>
	<p><u>(5) Gerichte und Behörden sind zur Rechts- und Amtshilfe, insbesondere zur Vorlage von Akten und Übermittlung von Dateien, verpflichtet. Soweit personenbezogene Daten betroffen sind, dürfen diese nur für Zwecke der Parlamentarischen Kontrollkommission übermittelt und genutzt werden. § 18 Absatz 7 des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes vom 8. Mai 2018 (GVBl. I Nr. 7) gilt entsprechend.</u></p>

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales
<p>(4) Die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission haben das Recht, nach Anhörung der Landesregierung und mit Zustimmung der Kontrollkommission Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrer Fraktion zur Unterstützung ihrer Arbeit zu benennen. Voraussetzung für diese Tätigkeit ist die Ermächtigung zum Umgang mit Verschlussachen und die förmliche Verpflichtung zur Geheimhaltung. Die benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind befugt, die von der Parlamentarischen Kontrollkommission beigezogenen Akten und Daten einzusehen und die Beratungsgegenstände der Parlamentarischen Kontrollkommission mit den Mitgliedern der Kommission zu erörtern. Sie haben grundsätzlich keinen Zutritt zu den Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission. Die Kommission kann im Einzelfall mit einfacher Mehrheit der Mitglieder beschließen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen an bestimmten Sitzungen teilnehmen können. Absatz <u>2</u> Satz 3 bis 6 gilt entsprechend.“</p>	<p>(6) Die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission haben das Recht, nach Anhörung der Landesregierung und mit Zustimmung der Kontrollkommission Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrer Fraktion zur Unterstützung ihrer Arbeit zu benennen. Voraussetzung für diese Tätigkeit ist die Ermächtigung zum Umgang mit Verschlussachen und die förmliche Verpflichtung zur Geheimhaltung. Die benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind befugt, die von der Parlamentarischen Kontrollkommission beigezogenen Akten und Daten einzusehen und die Beratungsgegenstände der Parlamentarischen Kontrollkommission mit den Mitgliedern der Kommission zu erörtern. Sie haben grundsätzlich keinen Zutritt zu den Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission. Die Kommission kann im Einzelfall mit einfacher Mehrheit der Mitglieder beschließen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen an bestimmten Sitzungen teilnehmen können. Absatz <u>3</u> Satz 3 bis 6 gilt entsprechend.“</p>
<p><u>b)</u> Der bisherige Absatz 3 wird Absatz <u>5</u>.</p>	<p><u>d)</u> Der bisherige Absatz 3 wird Absatz <u>7</u>.</p>
	<p><u>Artikel 2</u></p>
	<p><u>Änderung des Petitionsgesetzes</u></p>

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE	Beschluss des Ausschusses für In- neres und Kommunales
	In § 4 Absatz 7 des Brandenburgischen Petitionsgesetzes vom 20. Dezember 2010 (GVBl. I Nr. 48) wird die Angabe „§ 25 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 25 Absatz 4“ ersetzt.
Artikel 2	Artikel 3
Inkrafttreten	u n v e r ä n d e r t
Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.	

Landtag Brandenburg

6. Wahlperiode

**Änderungsantrag**

der CDU-Fraktion

zum Gesetzentwurf der SPD Fraktion und der Fraktion DIE LINKE „Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes“ (Drucksache 6/10948)

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales möge beschließen:

Artikel 1 des Gesetzentwurfes wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt geändert:

a) In Buchstabe a werden die Wörter „Verdeckt Ermittelnde“ durch die Wörter „Verdeckte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ ersetzt.

b) Nach Buchstabe e wird folgender Buchstabe f eingefügt:

„f) Die Angabe zu § 17 wird wie folgt gefasst:

„§ 17 Übermittlung von Informationen durch die Verfassungsschutzbehörde an Staatsanwaltschaften und Polizei in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes sowie besonders schwerer Straftaten“.

c) Die bisherigen Buchstaben f und g werden die Buchstaben g und h.

d) Der bisherige Buchstabe h wird Buchstabe i und wie folgt gefasst:

„i) Nach der Angabe zu § 24 werden folgende Angaben eingefügt:

„§ 25 Pflicht der Landesregierung zur Unterrichtung

§ 25a Befugnisse der Parlamentarischen Kontrollkommission

§ 25b Eingaben

§ 25c Die oder der Ständige Bevollmächtigte

§ 25d Ernennung und Rechtsstellung der oder des Ständigen Bevollmächtigten“.

e) Folgender Buchstabe j wird angefügt:

„j) Nach der Angabe zu § 26 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 26a Gerichtliche Zuständigkeit“.

2. Nach Nummer 1 wird die folgende Nummer 2 eingefügt:

2. Dem § 1 Absatz 2 werden die folgenden Sätze angefügt:

„Die Verfassungsschutzbehörde ist nachrichtendienstlicher Dienstleister der Demokratie und hält insbesondere die analytischen und interdisziplinären Kompetenzen zur Beurteilung der Bedrohungen durch Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 vor. Sie tauscht sich mit Wissenschaft und Gesellschaft aus. Hierzu gehört auch der öffentliche Diskurs.“

3. Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 3 und wie folgt geändert:

a) In Buchstabe b werden in Absatz 2 Satz 1 die Wörter „Leiterin oder dem Leiter der Verfassungsschutzabteilung“ durch die Wörter „Hausleitung des für Inneren zuständigen Ministeriums“ sowie die Wörter „ihrer Leiterin oder ihrem Leiter“ durch die Wörter „ihrer Hausleitung“ ersetzt.

b) Buchstabe c wird wie folgt gefasst:

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und der folgende Satz vorangestellt:

„Die Verfassungsschutzbehörde, die Polizei- und Ordnungsbehörden sowie die Strafverfolgungsbehörden sind im Rahmen des rechtlich Zulässigen zur Zusammenarbeit verpflichtet.“

4. Nach der neuen Nummer 3 wird die folgende Nummer 4 eingefügt:

4. In § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 werden die Angaben „Abs.“ jeweils durch das Wort „Absatz“ und der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

5. Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 5 und wie folgt geändert:

a) In Buchstabe d wird der Absatz 4 wie folgt gefasst:

„(4) Straftaten von erheblicher Bedeutung sind alle Verbrechen und alle weiteren in § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. April 2019 (BGBl. I S. 466) geändert worden ist, aufgeführten Straftaten. Besonders schwere Straftaten sind alle in § 100b Absatz 2 der Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. April 2019 (BGBl. I S. 466) geändert worden ist, aufgeführten Straftaten.“

b) Buchstabe e wird wie folgt gefasst:

e) Die folgenden Absätze 5 bis 7 werden angefügt:

„(5) Verdeckte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Bedienstete der Verfassungsschutzbehörde unter einer ihnen verliehenen und auf Dauer angelegten Legende.

(6) Verdeckte Informationsgebende sind Privatpersonen, deren planmäßige, dauerhafte Zusammenarbeit mit der Verfassungsschutzbehörde Dritten nicht bekannt ist.

(7) Zugehörige Personen sind Personen, die an Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 beteiligt sind. Kontaktpersonen sind Personen, die in erheblicher Weise mit Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 in Verbindungen stehen und Kenntnis von der Bestrebung oder Tätigkeit haben oder diese fördern.“

6. Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 6.

7. Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 7 und wie folgt geändert:

a) Buchstabe a wird wie folgt geändert:

aa) In Doppelbuchstabe aa werden die Dreifachbuchstaben aaa bis ccc wie folgt gefasst:

,aaa) In Nummer 1 wird das Wort „Vertrauensleuten“ durch die Wörter „Verdeckten Informationsgebenden“ und die Wörter „verdeckten Ermittlern“ durch die Wörter „Verdeckten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“ ersetzt.

bbb) In Nummer 10 werden die Wörter „Artikel 10-Gesetzes.“ durch die Wörter „Artikel 10-Gesetzes vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298; 2007 I S. 154), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3202) geändert worden ist, einschließlich notwendiger Begleitmaßnahmen;“ ersetzt.

ccc) Folgende Nummern 11 bis 14 werden angefügt:

„11. technische Mittel zur Ermittlung des Standortes eines aktiv geschalteten Mobilfunkendgerätes oder zur Ermittlung der Geräte- oder Kartennummer;

12. Beobachtung des Internets einschließlich der Teilnahme an einer Kommunikationsbeziehung im Internet unter einer Legende nach Nummer 8 sowie als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter nach § 4 Absatz 5 und unter Ausnutzung eines schutzwürdigen Vertrauens der betroffenen Person oder einer oder eines Dritten, um ansonsten nicht zugängliche Daten zu erhalten;

13. technische Mittel zum Zugriff auf informationstechnische Systeme;

14. besondere Auskunftersuchen nach § 14a.“

bb) Folgender Doppelbuchstabe dd wird eingefügt:

,dd) Folgende Sätze werden angefügt:

„Maßnahmen nach Satz 1 können sich gegen zugehörige Personen und Kontaktpersonen nach § 4 Absatz 7 richten. Maßnahmen nach § 6a Absatz 1 Satz 3 auch in Verbindung mit § 6b Absatz 1 Satz 2, nach § 7 Absatz 3 oder 6, nach § 10 oder nach § 14a gegen Kontaktpersonen sind nur zulässig, wenn die Maßnahmen gegen zugehörige Person allein nicht zur Erforschung des Sachverhalts ausreichen. Maßnahmen nach Satz 1 dürfen auch dann durchgeführt werden, wenn Dritte unvermeidbar betroffen werden.“

b) Folgender Buchstabe c wird angefügt:

,c) Folgender Absatz 8 wird angefügt:

„(8) Bei der Erhebung von Daten nach Absatz 3 sind zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Datenerhebung und zur Gewährleistung der Integrität und Sicherheit der personenbezogenen Daten schriftlich zu dokumentieren

1. die eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und Personen zur Datenerhebung,
2. der Zeitpunkt des Einsatzes,
3. die Angaben, die die Feststellung der erhobenen Daten ermöglichen,
4. die betroffenen Personen sowie
5. die Angaben zur Identifizierung betroffener informationstechnischer Systeme und die daran vorgenommenen nicht nur flüchtigen Veränderungen.

Soweit die Dokumentation für Zwecke des Satzes 1 nicht mehr benötigt wird, ist sie zu löschen.“

8. Die bisherige Nummer 6 wird Nummer 8 und wie folgt gefasst:

„§ 6a

Verdeckte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf Verdeckte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Aufklärung von Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 unter den Voraussetzungen des § 7 Absatz 1 einsetzen. Ein dauerhafter Einsatz zur

gezielten und systematischen Aufklärung von Bestrebungen nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 und 4 ist nur zulässig, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass die Bestrebungen auch auf

1. die Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt,
2. ein sonstiges kämpferisches und aggressives Verhalten gegenüber den in § 4 Absatz 2 genannten Grundsätzen oder
3. die Begehung oder Unterstützung von Straftaten von erheblicher Bedeutung gerichtet sind.

Maßnahmen Verdeckter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach den Sätzen 1 und 2, die bei den betroffenen Personen besonders schwere Grundrechtseingriffe zur Folge haben, sind zulässig, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass

1. die Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 auch auf die
 - a) Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt oder
 - b) Begehung oder Unterstützung von Straftaten nach § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes oder von besonders schweren Straftaten gerichtet und
2. die betroffenen Personen nach § 4 Absatz 7 von wesentlicher Bedeutung für die Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt nach Nummer 1 Buchstabe a oder für die Begehung oder Unterstützung der Straftaten nach Nummer 1 Buchstabe b sind.

(2) Verdeckte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen weder zur Gründung von Bestrebungen nach § 3 Absatz 1 noch zur steuernden Einflussnahme auf derartige Bestrebungen eingesetzt werden. Sie dürfen in oder für Personenzusammenschlüsse, die Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 verfolgen einschließlich kriminelle und terroristische Vereinigungen sowie bewaffnete Gruppen gemäß §§ 127 bis 129b des Strafgesetzbuches, tätig werden, um diese Bestrebungen oder Tätigkeiten aufzuklären. Im Übrigen ist im Einsatz eine Beteiligung an Bestrebungen oder Tätigkeiten zulässig, wenn diese

1. nicht in Individualrechte eingreift,
2. von den an den Bestrebungen beteiligten Personen derart erwartet wird, dass sie zur Gewinnung und Sicherung der Informationszugänge unumgänglich ist, und
3. nicht außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts steht.

Verdeckte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen keine Straftaten begehen. Sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass Verdeckte Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter einen Straftatbestand von erheblicher Bedeu-

tung verwirklicht haben, wird ihr Einsatz unverzüglich beendet und die Strafverfolgungsbehörde unterrichtet. Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung und bei Verhinderung die Vertretung kann über eine Ausnahme von Satz 5 entscheiden, wenn das Aufklärungsinteresse das Strafverfolgungsinteresse erheblich überwiegt. Bei den Straftaten nach § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes oder den besonders schweren Straftaten ist eine solche Ausnahme nicht zulässig. Über Ausnahmen ist die Innenrevision unbeschadet ihres Auftrags nach § 2 Absatz 2 zu informieren. Erhebt die Innenrevision Bedenken, ist die Angelegenheit der G 10-Kommission zur Entscheidung vorzulegen und die Parlamentarische Kontrollkommission neben der Unterrichtung nach § 25 Absatz 2 Nummer 4 zu informieren.

§ 6b

Verdeckte Informationsgebende

(1) Der Einsatz Verdeckter Informationsgebenden ist nur zulässig, wenn andernfalls die Erfüllung der Aufgaben des Verfassungsschutzes gefährdet oder wesentlich erschwert würde. Für den Einsatz von Verdeckten Informationsgebenden gilt § 6a entsprechend.

(2) Über die Anwerbung und Verpflichtung von Verdeckten Informationsgebenden nach Absatz 1 entscheidet schriftlich die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung und bei Verhinderung die Vertretung. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit darf nicht durch Täuschung, Drohung mit einem empfindlichen Übel, Versprechen ungesetzlicher Vorteile oder sonstigen die freie Willensausübung beschränkenden Maßnahmen erreicht werden. Als Verdeckte Informationsgebende dürfen Personen nicht angeworben oder eingesetzt werden, die

1. nicht voll geschäftsfähig, insbesondere minderjährig sind,
2. von den Geld- oder Sachzuwendungen für die Tätigkeit
 - a) auf Dauer als überwiegende Lebensgrundlage abhängen würden oder
 - b) Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 unterstützen,
3. an einem Aussteigerprogramm teilnehmen,
4. Mitglied des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages, eines Landesparlaments oder Mitarbeiterin oder Mitarbeiter eines solchen Mitglieds oder einer Fraktion oder Gruppe in einem solchen Parlament oder sonstige zeugnisverweigerungsberechtigte Personen nach den §§ 53 und 53a der Strafprozessordnung sind oder
5. im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen eines Verbrechens oder zu einer Freiheitsstrafe, deren Vollstreckung nicht zur Bewährung ausgesetzt worden ist, eingetragen sind.

Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung und bei Verhinderung die Vertretung kann eine Ausnahme von Nummer 5 zulassen, wenn

1. die Verurteilung nicht als Täter eines Totschlags (§§ 212, 213 StGB) oder einer allein mit lebenslanger Haft bedrohten Straftat erfolgt,
2. aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass die Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 auch auf die Begehung oder Unterstützung von Straftaten nach § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes oder von besonders schweren Straftaten gerichtet sind, und
3. der Einsatz zur Aufklärung von diesen Bestrebungen oder Tätigkeiten unerlässlich ist.

Im Falle einer Ausnahme nach Satz 3 ist der Einsatz nach höchstens sechs Monaten zu beenden, wenn er zur Aufklärung der in Satz 3 genannten Bestrebungen nicht zureichend gewichtig beigetragen hat. Auch im Weiteren ist die Qualität der gelieferten Informationen fortlaufend zu bewerten. Über Ausnahmen nach Satz 3 ist die Innenrevision unbeschadet ihres Auftrags nach § 2 Absatz 2 zu informieren. Erhebt die Innenrevision Bedenken, ist die Angelegenheit der G 10-Kommission zur Entscheidung vorzulegen und die Parlamentarische Kontrollkommission zu informieren.

(3) Ein Verdeckt Informationsgebender ist fortlaufend auf seine oder ihre Zuverlässigkeit zu überprüfen. Die gewonnenen Informationen sind unverzüglich soweit es möglich ist auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Über den Einsatz der Verdeckt Informationsgebenden ist jährlich ein Evaluationsbericht zu fertigen. Er ist der Innenrevision vorzulegen und in die Unterrichtung nach § 25 Absatz 2 Nummer 2 einzubeziehen. Ergeben sich begründete Zweifel an der Zuverlässigkeit, ist unverzüglich ein Evaluationsbericht zu erstellen und der Einsatz bei einer negativen Zuverlässigkeitsprognose zu beenden. Verdeckte Informationsgebende sind frühzeitig im Rahmen ihrer Anwerbung, bei ihrer Verpflichtung und sodann mindestens einmal jährlich hinsichtlich eventueller Absichten zum Ausstieg aus der extremistischen Szene zu befragen und auf entsprechende Beratungs- und Betreuungsangebote hinzuweisen. Der Einsatz ist fortlaufend zu dokumentieren. Das Nähere zum Einsatz von Verdeckt Informationsgebenden ist in einer Dienstanweisung zu regeln, die nach Anhörung der Parlamentarischen Kontrollkommission erlassen wird. Vor jeder Änderung der Dienstanweisung ist die Parlamentarische Kontrollkommission zu hören.“

9. Die bisherige Nummer 7 wird Nummer 9 und wie folgt geändert:

- a) In Buchstabe a wird Absatz 2 wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die mit den Mitteln nach § 6 Absatz 3 gewonnenen personenbezogenen Daten dürfen durch die Verfassungsschutzbehörde im Rahmen des jeweiligen Erhebungszwecks weiterverarbeitet werden (Zweckbindung). Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten, die sie für einen bestimmten Zweck erhoben hat, für andere in § 3 Absatz 1 und 2 genannte Zwecke weiterverarbeiten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Weiterverarbeitung dieser Daten als konkreter Ansatz zur Erfüllung des

geänderten Zwecks geeignet und erforderlich ist (Zweckänderung).“

bb) Der folgende Satz wird angefügt:

„Für die Zweckbindung oder Zweckänderung bei der Weiterverarbeitung von personenbezogenen Daten aus einem Zugriff auf informationstechnische Systeme nach Satz 1 oder 2 müssen zusätzlich die für die Datenerhebung maßgeblichen Voraussetzungen nach Absatz 6 Satz 1 erfüllt sein.“

b) In Buchstabe b wird Absatz 3 wie folgt gefasst:

„(3) Das Mithören oder Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel oder sonstige Maßnahmen nach § 6 Absatz 3, die in ihrer Art und Schwere einer Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses gleichkommen, sind zulässig, wenn dadurch Erkenntnisse über

1. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder
2. Bestrebungen nach § 3 Absatz 1, die ihre Ziele auch durch
 - a) die Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt,
 - b) ein sonstiges kämpferisches und aggressives Verhalten gegenüber den in § 4 Absatz 2 genannten Grundsätzen oder
 - c) die Begehung oder Unterstützung von Straftaten von erheblicher Bedeutung verfolgen,

gewonnen werden können. Ein solcher Eingriff bedarf im Einzelfall der vorherigen Zustimmung des für Inneres zuständigen Mitglieds der Landesregierung und im Falle der Verhinderung der jeweiligen Vertretung. Die Parlamentarische Kontrollkommission ist in der jeweils nächsten Sitzung, bei Fortdauer der Maßnahmen jeweils in Abständen von drei Monaten, zu unterrichten. Die durch den Eingriff erhobenen Informationen dürfen nur nach Maßgabe des § 4 Absatz 2 des Artikel 10-Gesetzes zur Aufklärung von Bestrebungen und Tätigkeiten nach Satz 1 verarbeitet werden.“

c) Buchstabe d wird wie folgt geändert:

aa) Die Wörter „Folgender Absatz 5 wird“ werden durch die Wörter „Folgende Absätze 5 und 6 werden“ ersetzt.

bb) Nach Absatz 5 wird folgender Absatz 6 eingefügt:

„(6) Die Verfassungsschutzbehörde darf mit technischen Mitteln verdeckt auf informationstechnische Systeme zugreifen, um nach §

6 Absatz 3 Nummer 10 Begleitmaßnahmen durchzuführen oder nach § 6 Absatz 3 Nummer 13 Zugangsdaten und verarbeitete Daten zu erheben oder spezifische Kennungen und den Standort eines informationstechnischen Systems zu ermitteln, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass

1. die Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 auch auf die
 - a) Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt oder
 - b) Begehung oder Unterstützung von Straftaten nach § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes oder von besonders schweren Straftaten gerichtet und
2. die betroffenen Personen nach § 4 Absatz 7 von wesentlicher Bedeutung für die Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt nach Nummer 1 Buchstabe a oder für die Begehung oder Unterstützung der Straftaten nach Nummer 1 Buchstabe b sind.

Durch technische Maßnahmen ist sicherzustellen, dass an dem informationstechnischen System nur Veränderungen vorgenommen werden, die für die Datenerhebung unerlässlich sind. Die vorgenommenen Veränderungen müssen bei Beendigung der Maßnahme, soweit technisch möglich, automatisiert rückgängig gemacht werden. Das eingesetzte Mittel ist nach dem Stand der Technik gegen unbefugte Nutzung zu schützen. Kopierte Daten sind nach dem Stand der Technik gegen Veränderung, unbefugte Löschung und unbefugte Kenntnisnahme zu schützen. Die Überwachungssoftware darf über Schutzlücken in informationstechnische Systeme eindringen, die Herstellern von Systemprogrammen bereits bekannt sind oder diesen unverzüglich bekannt gegeben werden. Hersteller sind verpflichtet, entsprechende Schutzlücken auf Verlangen mitzuteilen, nicht aber solche zu schaffen oder aufrechtzuerhalten. Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung regelt durch Rechtsverordnung die technischen Vorgaben für den Zugriff auf informationstechnische Systeme. Eine besonders qualifizierte Mitarbeiterin oder ein besonders qualifizierter Mitarbeiter der Stabsstelle Innenrevision prüft die Einhaltung der technischen Vorgaben und informiert hierüber die G 10-Kommission. Hierzu sind ihr oder ihm unter Sicherstellung der Verschwiegenheitspflicht alle notwendigen Informationen einschließlich des Zugangs zum Quellcode zu gewähren. Über Maßnahmen des verdeckten Zugriffs auf informationstechnische Systeme ist die Innenrevision unbeschadet ihres Auftrags nach § 2 Absatz 2 zu informieren. Erhebt die Innenrevision Bedenken, ist die Angelegenheit der G 10-Kommission zur Entscheidung vorzulegen und die Parlamentarische Kontrollkommission neben der Unterrichtung nach § 25 Absatz 2 Nummer 4 zu informieren. Der Einsatz technischer Mittel für

den verdeckten Zugriff auf informationstechnische Systeme bedarf einer richterlichen Anordnung. Bei Gefahr im Verzug kann die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung und bei Verhinderung die Vertretung die Anordnung treffen; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. Die Anordnung ist auf höchstens einen Monat zu befristen. Verlängerungen um jeweils nicht mehr als einen weiteren Monat sind zulässig, soweit die Voraussetzungen der Anordnung fortbestehen. Zuständig für richterliche Entscheidungen ist das Amtsgericht am Sitz der Verfassungsschutzbehörde; über Beschwerden entscheidet das Oberlandesgericht. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend."

10. Die bisherige Nummer 8 wird Nummer 10 und § 7a wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „nicht nur zufällig“ gestrichen und nach den Wörtern „privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind“ ein Komma und die Wörter „und keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass diese Daten dazu dienen sollen, ein Datenerhebungsverbot herbeizuführen“ eingefügt.
- b) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „, mit der Auswertung nicht befassten Beschäftigten“ durch die Wörter „Bediensteten der Stabsstelle Innenrevision“ ersetzt.
- c) Dem Absatz 5 werden folgende Sätze angefügt:

„Über die Entscheidung nach Satz 1 ist die Innenrevision unbeschadet ihres Auftrags nach § 2 Absatz 2 zu informieren. Erhebt die Innenrevision Bedenken, ist die Angelegenheit der G 10-Kommission zur Entscheidung vorzulegen und die Parlamentarische Kontrollkommission zu informieren.“

11. Die bisherige Nummer 9 wird Nummer 11 und wie folgt gefasst:

„11. § 8 Absatz 1 Satz 2 bis 4 werden durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Die Verfassungsschutzbehörde kann gespeicherte personenbezogenen Daten mittels einer automatisierten Anwendung der Datenanalyse verarbeiten, wenn dies zur Aufklärung von

- 1. sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht oder
- 2. Bestrebungen nach § 3 Absatz 1, die ihre Ziele auch durch
 - a) die Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt,
 - b) ein sonstiges kämpferisches und aggressives Verhalten gegenüber den in § 4 Absatz 2 genannten Grundsätzen oder

- c) die Begehung oder Unterstützung von Straftaten von erheblicher Bedeutung verfolgen,

erforderlich ist. Im Rahmen der Verarbeitung nach Satz 2 können insbesondere Beziehungen oder Zusammenhänge zwischen Personen, Personen-gruppierungen, Institutionen, Organisationen, Objekten und Sachen hergestellt, unbedeutende Informationen und Erkenntnisse ausgeschlossen, die eingehenden Erkenntnisse zu bekannten Sachverhalten zugeordnet sowie gespeicherte Daten statistisch ausgewertet werden.“

12. Die bisherige Nummer 10 wird Nummer 12.

13. Die bisherige Nummer 11 wird Nummer 13 und § 10 wie folgt gefasst:

„§ 10 Observation

(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf außerhalb des Schutzbereichs von Artikel 13 des Grundgesetzes, Artikel 15 der Verfassung des Landes Brandenburg eine Person durchgehend länger als 48 Stunden oder an mehr als drei Tagen innerhalb einer Woche verdeckt auch mit technischen Mitteln planmäßig beobachten, insbesondere das nicht öffentlich gesprochene Wort abhören und aufzeichnen sowie Lichtbilder und Bildaufzeichnungen herstellen, wenn dies zur Aufklärung von

1. sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht oder
2. Bestrebungen nach § 3 Absatz 1, die ihre Ziele auch durch
 - a) die Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt,
 - b) ein sonstiges kämpferisches und aggressives Verhalten gegenüber den in § 4 Absatz 2 genannten Grundsätzen oder
 - c) die Begehung oder Unterstützung von Straftaten von erheblicher Bedeutung verfolgen,

erforderlich ist.

(2) Über die Anordnung entscheidet die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung und bei Verhinderung die Vertretung. Bei Gefahr im Verzug kann die zuständige Referatsleitung die Anordnung treffen und bei Verhinderung die Vertretung; die Entscheidung nach Satz 1 ist unverzüglich nachzuholen. § 10 Absatz 2, 3, 5 und 6, § 12 Absatz 1 und 3, § 17 Absatz 3 und § 18 des Artikel 10-Gesetzes sind entsprechend anzuwenden.“

14. Die bisherige Nummer 12 wird Nummer 14 und § 14a wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf im Einzelfall bei denjenigen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen oder Telemedien anbieten oder daran mitwirken, Auskünfte über Daten, die für die Begründung, inhaltliche Ausgestaltung, Änderung oder Beendigung eines Vertragsverhältnisses über Postdienstleistungen oder Telemedien gespeichert worden sind, einholen, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass

1. die Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 auch auf die
 - a) Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt oder
 - b) Begehung oder Unterstützung von Straftaten nach § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes oder von besonders schweren Straftaten gerichtet und
2. die betroffenen Personen nach § 4 Absatz 7 von wesentlicher Bedeutung für die Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt nach Nummer 1 Buchstabe a oder für die Begehung oder Unterstützung der Straftaten nach Nummer 1 Buchstabe b sind.“

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden die Wörter „zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 vorliegen,“ durch die Wörter „unter den Voraussetzungen des Absatzes 1“ ersetzt.
- bb) Satz 2 wird aufgehoben.
- c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Absatz 1 erforderlich ist,“ durch die Wörter „unter den Voraussetzungen des Absatzes 1“ ersetzt.
- d) In Absatz 4 im Satzteil vor der Nummer 1 werden die Wörter „zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Absatz 1 unter den Voraussetzungen des § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes“ durch die Wörter „unter den Voraussetzungen des Absatzes 1“ ersetzt.
- e) Absatz 9 wird wie folgt gefasst:

„(9) Zur Durchführung einer Maßnahme nach § 10 kann die Verfassungsschutzbehörde die Betreiberin oder den Betreiber einer Videoüberwachung nach § 4 Absatz 1 Satz 2 des Bundesdatenschutzgesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2097) verpflichten, die Überwachung auszuleiten und Aufzeichnungen zu übermitteln.“

15. Die bisherige Nummer 13 wird Nummer 15 und wie folgt gefasst:

,15. § 16 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Verfassungsschutzbehörde kann personenbezogene Daten, die mit den Mitteln nach § 6 Absatz 3 erhoben worden sind, an inländische öffentliche Stellen übermitteln, soweit dies

1. zur Erfüllung eigener Aufgaben der Informationsgewinnung,
2. zur Abwehr einer konkreten Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leib, Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für Sachen von erheblichem Wert, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse geboten ist,
3. zur Verfolgung einer Straftat von erheblicher Bedeutung oder
4. zum Schutz vor Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1

erforderlich ist oder wenn eine andere gesetzliche Vorschrift dies vorsieht. Im Übrigen kann sie an inländische öffentliche Stellen personenbezogene Daten übermitteln, wenn dies zur Erfüllung von deren Aufgaben erforderlich ist oder diese die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für erhebliche Zwecke der öffentlichen Sicherheit benötigen. Die Übermittlung ist festzuhalten. Die empfangende Stelle darf die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihr übermittelt wurden.“

16. Nach der neuen Nummer 15 wird folgende Nummer 16 eingefügt:

,16. § 17 wird wie folgt gefasst:

„§ 17

Übermittlung von Informationen durch die Verfassungsschutzbehörde an Staatsanwaltschaften und Polizei in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes sowie besonders schwerer Straftaten

(1) Die Verfassungsschutzbehörde übermittelt den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, der Polizei von sich aus die ihr bekanntgewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung zur Verhinderung oder Verfolgung von

1. Staatsschutzdelikten nach §§ 74a oder 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes oder nach § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes,
2. sonstigen Straftaten, bei denen aufgrund ihrer Zielsetzung, des Motivs des Täters oder dessen Verbindung zu einer Organisation tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die in Artikel 73 Nummer 10 Buchstabe b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind, oder

3. besonders schweren Straftaten

erforderlich ist.

(2) Die Polizei darf zur Verhinderung von Straftaten nach Absatz 1 die Verfassungsschutzbehörde um Übermittlung der erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen.

(3) Der Übermittlungsvorgang sowie die Erwägungen und Gründe für die Übermittlungsentscheidung nach Absatz 1 und 2 sind zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Datenübermittlung und zur Gewährleistung der Integrität und Sicherheit der personenbezogenen Daten schriftlich zu dokumentieren. Soweit die Dokumentation für Zwecke des Satzes 1 nicht mehr benötigt wird, ist sie zu löschen.“

17. Die bisherige Nummer 14 wird Nummer 17.

18. Die bisherige Nummer 15 wird Nummer 18 und in Buchstabe b der Absatz 2 wie folgt geändert:

a) In Satz 1 Nummer 2 werden die Wörter „im Sinne von § 100b Absatz 2 der Strafprozessordnung“ gestrichen.

b) Folgender Satz wird angefügt:

„Erhebt die Innenrevision Bedenken, ist die Angelegenheit der Hausleitung zur Entscheidung vorzulegen.“

19. Die bisherige Nummer 16 wird Nummer 19.

20. Die bisherige Nummer 17 wird Nummer 20 und wie folgt gefasst:

„19. § 25 wird wie folgt gefasst:

§ 25

Pflicht der Landesregierung zur Unterrichtung

(1) Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, das Lagebild und Vorgänge von besonderer Bedeutung sowie auf Verlangen der Kommission auch über Einzelfälle. Vorgänge von besonderer Bedeutung sind insbesondere

1. wesentliche Änderungen im Lagebild der äußeren und inneren Sicherheit,
2. behördeninterne Vorgänge mit erheblichen Auswirkungen auf die Aufgabenerfüllung,

3. Einzelvorkommnisse, die Gegenstand bedeutender politischer Diskussionen oder öffentlicher Berichterstattung sind oder werden können.

(2) Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission

1. im Abstand von höchstens sechs Monaten durch einen Überblick insbesondere zu Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten von Auskunftersuchen nach § 14a,
2. in halbjährlichem Abstand durch einen Lagebericht zu Maßnahmen nach den §§ 6a und 6b,
3. über das Ergebnis der Prüfungen der Innenrevision nach § 2 Absatz 2 sowie die zur Abstellung der Mängel veranlassten Maßnahmen spätestens sechs Monate nach Abschluss der jeweiligen Prüfung,
4. über alle Verdachtsfälle der Begehung von Straftaten bei Maßnahmen nach §§ 6a und 6b,
5. über die Ablehnungen von Anträgen auf Auskunftserteilung nach § 12,
6. über gemäß § 19 Absatz 2 Satz 2 unterbliebene Übermittlungen an Strafverfolgungsbehörden und
7. über die Dienstanweisung des Verfassungsschutzes für die Zusammenarbeit mit Verdeckten Informierenden nach § 6b Absatz 3 und
8. über den Vollzug des Wirtschaftsplans im Haushaltsjahr.

(3) Die für Inneres zuständige Ministerin oder der Minister unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission auch über die Herstellung des Einvernehmens für das Tätigwerden von Verfassungsschutzbehörden anderer Länder im Land Brandenburg gemäß § 2 Absatz 4 sowie in allgemeiner Form über die Herstellung des Benehmens für das Tätigwerden des Bundesamts für Verfassungsschutz gemäß § 5 Absatz 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.“

21. Die bisherige Nummer 18 wird Nummer 21 und wird wie folgt geändert:

- a) Der Eingangssatz wird wie folgt gefasst:

„Nach § 25 werden die folgenden §§ 25a bis 25c eingefügt.“

- b) Dem § 25a werden folgende §§ 25a und 25b vorangestellt:

„§ 25a

Befugnisse der Parlamentarischen Kontrollkommission

(1) Auf Antrag eines Drittels ihrer Mitglieder ist die Parlamentarische Kontrollkommission zu einer Sitzung einzuberufen und die Unterrichtung der

Parlamentarischen Kontrollkommission zu verlangen. Auf Verlangen der Kommission hat das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung auch über sonstige Vorgänge als die in § 25 Absatz 1 bezeichneten zu berichten.

(2) Ein Drittel der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission kann von dem für Inneres zuständigen Mitglied der Landesregierung alle für die Kontrollaufgaben der Kommission erforderlichen Auskünfte, Unterlagen, Akten- und Dateneinsicht, Stellungnahmen und den Zutritt zur Verfassungsschutzbehörde verlangen.

(3) Die Parlamentarische Kontrollkommission kann Angehörige des Verfassungsschutzes sowie Beschäftigte und Mitglieder der Landesregierung nach Unterrichtung der Landesregierung befragen. Die zu befragenden Personen sind verpflichtet, vollständige und wahrheitsgemäße Angaben zu machen. Soweit dies aus überwiegenden öffentlichen oder privaten Belangen erforderlich ist, kann das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung den Bediensteten die Erteilung der Auskunft untersagen. Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung hat dies der Parlamentarischen Kontrollkommission schriftlich zu begründen.

(4) Die Landesregierung hat den Verlangen der Parlamentarischen Kontrollkommission unverzüglich zu entsprechen.

(5) Für die Parlamentarische Kontrollkommission gilt § 18 Absatz 7 des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes entsprechend.

(6) Die Kontrolle der Durchführung des Artikel 10-Gesetzes bleibt aufgrund von Artikel 10 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz von der Volksvertretung bestellten Organen und Hilfsorganen vorbehalten.

(7) Die Parlamentarische Kontrollkommission kann mit der Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder nach Anhörung der Landesregierung im Einzelfall eine oder einen Sachverständigen beauftragen, zur Wahrnehmung ihrer Kontrollaufgaben Untersuchungen durchzuführen. Die oder der Sachverständige hat der Parlamentarischen Kontrollkommission über das Ergebnis der Untersuchungen zu berichten. § 25a Absatz 2 bis 4 und § 26 Absatz 2 Satz 3 und 4 gelten entsprechend.

§ 25b Eingaben

(1) Eingaben einzelner Bürger (Petenten) über ein sie betreffendes Verhalten der Verfassungsschutzbehörde sind nach Zustimmung des Petenten der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Kenntnis zu geben, wenn sie nicht an sie selbst gerichtet sind. Sie hat auf Antrag eines Mitgliedes Petenten zu hören.

(2) Angehörigen der Verfassungsschutzbehörde ist es gestattet, sich in dienstlichen Angelegenheiten sowie bei innerdienstlichen Missständen,

jedoch nicht im eigenen oder Interesse anderer Angehöriger dieser Behörden, ohne Einhaltung des Dienstweges unmittelbar an die Parlamentarische Kontrollkommission zu wenden. Wegen der Tatsache der Eingabe dürfen sie nicht dienstlich gemaßregelt oder benachteiligt werden. Die Parlamentarische Kontrollkommission übermittelt die Eingaben dem für Inneres zuständigen Mitglied der Landesregierung zur Stellungnahme. Sie gibt den Namen der mitteilenden Person nur bekannt, soweit dies für eine Aufklärung des Sachverhalts erforderlich und die mitteilende Person damit einverstanden ist."

c) Der bisherige § 25a wird § 25c und Absatz 2 Satz 3 wie folgt gefasst:

„§ 25a Absatz 2 bis 4 gelten entsprechend.“

d) Der bisherige § 25b wird § 25d und in Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „die Mehrheit“ durch die Wörter „zwei Drittel“ ersetzt.

22. Die bisherige Nummer 19 wird Nummer 22 und wie folgt gefasst:

22. § 26 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 2 wird der folgende Absatz 3 eingefügt:

„(3) Den in der Parlamentarischen Kontrollkommission vertretenen Fraktionen und Gruppen wird jeweils ein in der Verwaltung des Landtags Brandenburg beschäftigter Referent oder eine Referentin zur Unterstützung ihrer Arbeit nach Benehmensherstellung mit der jeweiligen Fraktion oder Gruppe zugewiesen. Voraussetzung für diese Tätigkeit ist die Ermächtigung zum Umgang mit Verschlusssachen und die förmliche Verpflichtung zur Geheimhaltung. Die Referentinnen und Referenten sollen die jeweiligen Mitglieder auf die Sitzungen umfassend vorbereiten. Sie sind befugt, die von der Parlamentarischen Kontrollkommission beigezogenen Akten und Daten einzusehen und die Beratungsgegenstände der Parlamentarischen Kontrollkommission mit den Mitgliedern der Kommission zu erörtern. Sie haben Zutritt zu den Sitzungen der Kontrollkommission. Sie bereiten die Berichte nach Absatz 4 vor. Absatz 2 Satz 3 bis 6 gilt für sie entsprechend.“

b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und folgender Satz 2 angefügt:

„Jedes Mitglied hat das Recht seine abweichende Meinung darzulegen; dieser Bericht ist der Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission anzuschließen.“

23. Folgende Nummern 23 und 24 werden angefügt:

23. Nach § 26 wird folgender § 26a eingefügt:

„§ 26a
Gerichtliche Zuständigkeit

Das Landesverfassungsgericht entscheidet über Streitigkeiten zwischen der Parlamentarischen Kontrollkommission oder einem Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission und der Landesregierung."

24. § 29 wird wie folgt gefasst:

„§ 29
Einschränkung von Grundrechten

Durch dieses Gesetz werden das Grundrecht des Briefgeheimnisses sowie des Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes, Artikel 16 der Verfassung des Landes Brandenburg) und das Recht auf Datenschutz (Artikel 11 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) eingeschränkt."

Begründung

Zu Nummer 1:

Es erfolgen redaktionelle Anpassungen.

Zu Nummer 2:

Der Auftrag der Verfassungsschutzbehörde wird stärker ausdifferenziert und explizit ihre Aufgabe als nachrichtendienstlicher Dienstleister der Demokratie erwähnt. Insbesondere wird das Vorhalten notwendiger analytischer und interdisziplinärer Kompetenzen zur Beurteilung extremistischer und geheimdienstlicher Bestrebungen festgelegt. Dies hat sowohl einen Einfluss auf die personelle als auch auf die sachliche Ausstattung des Verfassungsschutzes. Der Austausch mit Wissenschaft und Gesellschaft und insbesondere der öffentliche Diskurs werden ausdrücklich als Teil des Auftrags benannt.

Zu Nummer 3:

Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 3.

Zu Buchstabe a:

Während der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und DIE LINKE in § 2 Absatz 2 die Stabsstelle Innenrevision bei der Leiterin oder dem Leiter der Abteilung für Verfassungsschutz ansiedelt, unterstellt der Änderungsantrag die Stabsstelle unmittelbar der Hausleitung des für Inneres zuständigen Ministeriums. Hausleitung sind nach der gegenwärtigen Organisation die Ministerin oder der Minister und die Staatssekretärin oder der Staatssekretär. Das „Wie“ der Anbindung an die Hausleitung obliegt der Organisationshoheit der Ministerin oder des Ministers. In der Regel wird die Stabsstelle Innenrevision wohl bei der Staatssekretärin oder dem Staatssekretär angesiedelt sein. Dies stellt die Unabhängigkeit der Stabsstelle Innenrevision nach Absatz 3 auch organisatorisch sicher.

Zu Buchstabe b:

Der neue Satz 1 in § 2 Absatz 4 bringt die besondere Bedeutung zum Ausdruck, welche das Grundgesetz der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz beimisst. Eine – auch fachübergreifende – Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz wird in Artikel 73 Absatz 1 Nummer 10 Buchstabe a bis c des Grundgesetzes vorausgesetzt (vgl. BVerfGE 133, 277 Rn. 97 ff.). Dieser stellt klar, dass die Pflicht des Verfassungsschutzes zur Zusammenarbeit nicht auf die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder beschränkt ist, sondern auch gegenüber den Polizei- und sonstigen Sicherheitsbehörden sowie den Strafverfolgungsbehörden gilt, die ihrerseits ebenfalls mit dem Landesamt zusammenzuarbeiten haben. Zusammenarbeit ist eine auf Dauer angelegte Form der Kooperation, die die laufende gegenseitige Unterrichtung und Auskunftserteilung, die wechselseitige Beratung sowie gegenseitige Unterstützung und Hilfeleistung in den Grenzen der je eigenen Befugnisse umfasst und funktionelle und organisatorische Verbindungen, gemeinschaftliche Einrichtungen und gemeinsame Informationssysteme erlaubt. Begrenzt wird die Zusammenarbeit durch das informationelle Trennungsgebot, das bestimmt, dass ein unbegrenzter Datenaustausch zwischen Verfassungsschutz und Polizei unzulässig ist.

Zu Nummer 4:

In der neuen Nummer 4 des Gesetzentwurfes werden die Interpunktion angepasst und redaktionelle Anpassung vorgenommen.

Zu Nummer 5:

Die bisherige Nummer 3 des Gesetzentwurfes wird Nummer 5.

Zu Buchstaben a:

In der neuen Nummer 5 Buchstabe d des Gesetzentwurfes wird der § 4 Absatz 4 neu gefasst. Danach sind Straftaten von erheblicher Bedeutung alle Verbrechen und alle weiteren in § 100a Absatz 2 der Strafprozessordnung aufgeführten Straftaten. Zusätzlich werden besonders schwere Straftaten definiert. Besonders schwere Straftaten sind alle in § 100b Absatz 2 der Strafprozessordnung aufgeführten Straftaten.

Zu Buchstabe b:

Nummer 5 Buchstabe e des Gesetzentwurfes wird neu gefasst. Es werden die Begriffe „Verdeckte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ in § 4 Absatz 5 und „Verdeckte Informationsgebende“ in § 4 Absatz 6 definiert. Verdeckte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Bedienstete der Verfassungsschutzbehörde unter einer ihnen verliehenen und auf Dauer angelegten Legende. Verdeckte Informationsgebende sind Privatpersonen, deren planmäßige, dauerhafte Zusammenarbeit mit der Verfassungsschutzbehörde Dritten nicht bekannt ist.

Darüber hinaus werden in § 4 Absatz 7 Personengruppen definiert, gegen die sich die Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde nach § 6 Absatz 3 richten dürfen. Zugehörige Personen sind Personen, die an Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 beteiligt sind. Kontaktpersonen sind Personen, die in erheblicher Weise mit Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 in Verbindungen stehen und Kenntnis von der Tätigkeit oder der Bestrebung haben oder diese fördern.

Zu Nummer 6:

Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 6.

Zu Nummer 7:

Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 7

Zu Buchstaben a:

Durch Doppelbuchstabe aa werden die Dreifachbuchstaben aaa bis ccc zu § 6 Absatz 3 abgeändert. Der Begriff „verdeckten Ermittlern“ wird durch „Verdeckten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“ ersetzt. Es wird klargestellt, dass im Rahmen der Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Artikel 10-Gesetzes auch notwendige Begleitmaßnahmen wie beispielsweise die Quellen-Telekommunikationsüberwachung möglich sind. Die abschließende Aufzählung der nachrichtendienstlichen Mittel wird um die Beobachtung des Internets (Nummer 12), um den Einsatz technischer Mittel zum Zugriff auf informationstechnische Systeme insbesondere zur Online-Durchsuchung (Nummer 13) und um besondere Auskunftersuchen nach § 14a (Nummer 14) ergänzt. Die Ergänzungen sind erforderlich, da es sich um eine abschließende Aufzählung der erlaubten nachrichtendienstlichen Mittel handelt.

Durch Doppelbuchstabe bb wird ein neuer Doppelbuchstabe dd eingefügt. Dem § 6 Absatz 3 werden Sätze angefügt, in denen der Adressatenkreis der Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde nach Satz 1 geregelt wird. Diese Maßnahmen können sich gegen zugehörige Personen und Kontaktpersonen nach § 4 Absatz 7 richten. Maßnahmen nach § 6a Absatz 1 Satz 3 auch in Verbindung mit § 6b Absatz 1 Satz 2, nach § 7 Absatz 3 oder 6, nach § 10 oder nach § 14a gegen Kontaktpersonen sind nur zulässig, wenn die Maßnahmen gegen zugehörige Person allein nicht zur Erforschung des Sachverhalts ausreichen, denn diese Maßnahmen führen gegenüber Einzelpersonen in der Regel zu erheblichen Grundrechtseingriffen. Die Maßnahmen nach Satz 1 dürfen auch dann durchgeführt werden, wenn Dritte unvermeidbar betroffen werden. Im Umkehrschluss folgt daraus ebenfalls, dass Maßnahmen unzulässig sind, wenn diese zu einer vermeidbaren Beeinträchtigung führen. Diese Regelung ist erforderlich, weil sich viele der nachrichtendienstlichen Mittel nicht ganz zielgenau auf die zugehörigen Personen oder Kontaktpersonen ausrichten lassen. Dritte sind alle diejenigen Personen, die nicht Zielperson der Maßnahme sind. Die Anforderungen, die an die Unvermeidbarkeit der Betroffenheit Dritter zu stellen sind, hängen maßgeblich von den tatsächlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten des Ausschlusses Dritter im Einzelfall ab.

Zu Buchstabe b:

Um eine bessere Kontrolle zu ermöglichen, wird in Absatz 8 eine Dokumentationspflicht für die Datenerhebung durch nachrichtendienstliche Mittel eingeführt, die den Einsatz und Umfang nachrichtendienstlicher Mittel nach Absatz 3 nachvollziehbar macht. Die Dokumentation kann je nach nachrichtendienstlicher Maßnahme automatisiert oder nicht-automatisiert erfolgen. Zweck der Dokumentation ist die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Datenerhebung und die Gewährleistung der Integrität und Sicherheit der personenbezogenen Daten. Soweit die Dokumentation für diese Zwecke nicht mehr benötigt wird, ist sie zu löschen.

Zu Nummer 8:

Die bisherige Nummer 6 wird Nummer 8 und die Vorschriften zu §§ 6a und 6b neu gefasst.

In § 6a werden die Verdeckt Ermittelnden nunmehr als Verdeckte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezeichnet. Bisher hat in § 6a ein anleitender Tatbestand gefehlt. Mit dem neuen Absatz 1 werden nun differenzierende Tatbestandsvoraussetzungen geschaffen, durch die die Anleitungs- und Begrenzungsfunktion sichergestellt wird.

Absatz 1 Satz 1 hat einen sehr offen gefassten Eingriffsanlass, der sich zum einen auf Eingriffe von geringerer Eingriffsintensität, mit denen der Verfassungsschutz in noch weitgehend diffusen Lagen Anhaltspunkte gewinnen soll, auf deren Grundlage dann gezieltere Maßnahmen eingesetzt werden können, und zum anderen auf Eingriffe zur Aufklärung von Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 Nummern 2 und 3 bezieht. Der Einsatz verdeckter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat geringe Eingriffsintensität in einer Frühphase der Einsatztätigkeit, in der eher ungezielt erste Erkenntnisse über eine Bestrebung oder Tätigkeit beschafft werden sollen. Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 Nummer 2 werden durch eine fremde Macht gestützt, so dass bereits nach Satz 1 gezielte und systematische Aufklärungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Dies gilt auch für Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland nach § 3 Absatz 1 Nummern 3, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Absatz 1 Satz 2 regelt den dauerhaften Einsatz zur gezielten und systematischen Aufklärung von Bestrebungen nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 und 4. Dieser ist nur zulässig, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass die Bestrebungen auch auf die Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt, ein sonstiges kämpferisches und aggressives Verhalten gegenüber den in § 4 Absatz 2 genannten Grundsätzen oder die Begehung oder Unterstützung von Straftaten von erheblicher Bedeutung gerichtet sind.

Die Eingriffsintensität kann zu einem besonders schwerwiegenden Grundrechtseingriff werden, wenn verdeckte Mitarbeiter gezielt an einzelne zugehörige Personen oder Kontaktpersonen herangeführt werden sollen, um deren Rolle und Vernetzungen innerhalb der Bestrebung aufzuklären. Ein derartiger gezielter Einsatz kann sich auf einen erheblichen Anteil der Lebensgestaltung der betroffenen Person erstrecken und sensible Informationen zum Gegenstand haben. Hierfür bedarf es eines qualifizierten gesetzlichen Eingriffstatbestands. Dieser Eingriffstatbestand muss einen hinreichend gewichtigen Eingriffsanlass vorgeben und die möglichen Zielpersonen beschreiben. Deshalb wird in Absatz 1 Satz 3 geregelt, dass Maßnahmen Verdeckter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach den Sätzen 1 und 2, die einen besonders schweren Grundrechtseingriff bei betroffenen Personen nach § 4 Absatz 7 (zugehörige Personen und Kontaktpersonen) zur Folge haben, zulässig sind, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass die Bestrebungen oder Tätigkeiten auch auf die Begehung oder Unterstützung von Straftaten nach § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes oder von besonders schweren Straftaten gerichtet (gewichtiger Eingriffsanlass) und die betroffenen Personen nach § 4 Absatz 7 bei den Tätigkeiten oder Bestrebungen von wesentlicher Bedeutung für die Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung

von Gewalt nach Nummer 1 Buchstabe a oder für die Begehung oder Unterstützung der Straftaten nach Nummer 1 Buchstabe b sind (Zielpersonenbeschränkung).

Absatz 2 Satz 2 erlaubt Verdeckten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in oder für Personenzusammenschlüsse, die Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 verfolgen einschließlich kriminelle und terroristische Vereinigungen sowie bewaffnete Gruppen gemäß §§ 127 bis 129b des Strafgesetzbuches, tätig zu werden, um diese Bestrebungen oder Tätigkeiten aufzuklären. In Satz 3 wird der Begriff der Tätigkeiten hinzugefügt und redaktionelle Änderungen vorgenommen. In Satz 6 wird die Ausnahmeregelung zu Satz 5 um einen Abwägungsmaßstab erweitert, bei dem das Strafverfolgungsinteresse einen Abwägungsvorsprung genießt, der durch das Aufklärungsinteresse überwunden werden muss. In Satz 7 wird die Unzulässigkeit einer Ausnahme auf Straftaten nach § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes und besonders schwere Straftaten bezogen. In Satz 9 wird klargestellt, dass die Angelegenheit durch die Stabsstelle Innenrevision der G 10-Kommission „zur Entscheidung“ vorzulegen ist.

§ 6b Absatz 1 Satz 1 verankert gesetzlich, dass vor dem Einsatz eines Verdeckt Informationsgebenden eine Verhältnismäßigkeitsprüfung stattfinden muss. Der Einsatz von Verdeckt Informationsgebenden ist weiterhin in bestimmten Bereichen unverzichtbar. Insbesondere bei höchst konspirativ organisierten Bestrebungen kann eine Aufklärung ohne den Einsatz von Verdeckt Informationsgebenden unmöglich werden. Andererseits hat gerade auch der NSU-Untersuchungsausschuss des Landtages Brandenburg die Unzulänglichkeiten dieses nachrichtendienstlichen Mittels deutlich vor Augen geführt: Es besteht die realistische Gefahr, dass die Quelle nachrichtenumehrlich ist, weil sie eigene Ziele verfolgt oder die eigene Ideologie nicht vollständig verraten will. Dem Einsatz von Verdeckt Informationsgebenden ist zudem die Gefahr inhärent, dass das Beobachtungsobjekt weiter unterstützt wird. Insofern ist der Einsatz von Verdeckt Informationsgebenden auf das fachlich gebotene Mindestmaß zu beschränken. Nach Satz 2 gilt für den Einsatz von Verdeckten Informationsgebenden § 6a entsprechend.

Absatz 2 wird insoweit geändert, als dass die Anwerbungs- und Verpflichtungsentcheidung schriftlich getroffen werden muss. Dies soll eine auch im Rahmen der Kontrolle durch die Innenrevision oder durch das Parlament langfristige Nachvollziehbarkeit der Entscheidung gewährleisten. Weiterhin werden Fragen der Anwerbung geregelt. Im Hinblick auf die Anwerbungsverbote wird in Absatz 2 Satz 3 Nummer 2 festgelegt, dass die Geld- oder Sachzuwendungen des Verfassungsschutzes nicht die überwiegende Lebensgrundlage des oder der Verdeckt Informationsgebenden darstellen und mit diesen nicht die Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 unterstützt werden dürfen. In diesen Fällen ist von der Anwerbung abzusehen oder der Einsatz zu beenden. Die Nummer 4 wird um Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Parlamentsfraktionen oder -gruppen sowie um die übrigen zeugnisverweigerungsberechtigten Personen nach den §§ 53 und 53a der Strafprozessordnung erweitert. Die Ausnahmeregelung in Satz 4 wird um die Tatbestandsvoraussetzung erweitert, dass aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass die Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 auch auf die Begehung oder Unterstützung von Straftaten nach § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes oder von besonders schweren Straftaten gerichtet sind. Ausnahmen sind also nur bei Bestrebungen oder Tätigkeiten erlaubt, die für gewichtige Rechtsgüter eine Bedrohung darstellen. In Satz 8 wird klargestellt, dass die Angelegenheit durch die Stabsstelle Innenrevision der G 10-Kommission „zur Entscheidung“ vorzulegen ist.

Absatz 3 trifft Bestimmungen zur Quellenführung und Evaluation der Verdeckt Informationsgebenden. Sie sollen fortlaufend auf ihre Zuverlässigkeit und Nachrichtenehrlichkeit geprüft werden. Einmal im Jahr muss ein Evaluationsbericht erstellt werden, der auch der Innenrevision und der Parlamentarischen Kontrollkommission vorzulegen ist. Ergeben sich begründete Zweifel an der Zuverlässigkeit, ist unverzüglich ein Evaluationsbericht zu erstellen und der Einsatz bei einer negativen Zuverlässigkeitsprognose zu beenden. Denn der Einsatz eines Verdeckt Informationsgebenden ist nur dann gerechtfertigt, wenn dieser weitestgehend verlässliche Informationen liefert, die zum Erkenntnisgewinn beitragen. Verdeckte Informationsgebende sind frühzeitig im Rahmen ihrer Anwerbung, bei ihrer Verpflichtung und sodann mindestens einmal jährlich hinsichtlich eventueller Absichten zum Ausstieg aus der extremistischen Szene zu befragen und auf entsprechende Beratungs- und Betreuungsangebote hinzuweisen. Um eine effektive Evaluation, aber auch Kontrolle zu ermöglichen, ist der Einsatz der Verdeckten Informationsgebenden fortlaufend zu dokumentieren. Diese Dokumentationspflicht geht über die bloße Protokollierung der Einsatzdaten in § 6 Absatz 8 hinaus und umfasst auch Besonderheiten und Entscheidungen bei der Quellenführung. Die Dienstanweisung, die die Quellenführung näher regelt, wird nach Anhörung der Parlamentarischen Kontrollkommission erlassen.

Zu Nummer 9:

Die bisherige Nummer 7 wird Nummer 9.

Zu Buchstabe a:

In § 7 Absatz 2 Satz 1 wird die Weiterverarbeitung von mit den Mitteln nach § 6 Absatz 3 gewonnenen personenbezogenen Daten im Rahmen des jeweiligen Erhebungszwecks, also die Zweckbindung nunmehr ausdrücklich geregelt. In der Regelung des Satzes 2 zur Zweckänderung wird klargestellt, dass die Weiterverarbeitung der personenbezogenen Daten als konkreter Ansatz zur Erfüllung des geänderten Zwecks sowohl geeignet als auch erforderlich sein muss.

Der neue Satz 5 regelt die Zweckbindung und Zweckänderung bei der Weiterverarbeitung von personenbezogenen Daten aus einem Zugriff auf informationstechnische Systeme nach Satz 1 und 2 in der Weise, dass zusätzlich die für die Datenerhebung maßgeblichen Voraussetzungen nach Absatz 6 Satz 1 erfüllt sein müssen. Diese erhöhten Anforderungen an die Zweckbindung und Zweckänderung resultieren aus der besonderen Schwere der zu erwartenden Grundrechtseingriffe.

Zu Buchstabe b:

In § 7 Absatz 3 Satz 1 wurde durch den Gesetzentwurf eine sogenannte „redaktionelle Streichung“ vorgenommen, die der Verfassungsschutzbehörde jedoch den Einsatz vieler eingriffsintensiver nachrichtendienstlichen Mittel genommen hätte, denn diese wären dann nur noch gegen Tätigkeiten für eine fremde Macht und nicht mehr gegen schwerwiegende extremistische Bestrebungen anwendbar.

Durch die Änderung werden das Mithören oder Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel oder sonstige Maßnahmen nach § 6 Absatz 3, die in ihrer Art und Schwere einer Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses gleichkommen, zulässig, wenn dadurch Erkenntnisse über

Bestrebungen nach § 3 Absatz 1, die ihre Ziele auch durch die Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt, durch ein sonstiges kämpferisches und aggressives Verhalten gegenüber den in § 4 Absatz 2 genannten Grundsätzen oder durch die Begehung oder Unterstützung von Straftaten von erheblicher Bedeutung verfolgen, gewonnen werden können.

Die durch den Eingriff erhobenen Informationen dürfen nur nach Maßgabe des § 4 Absatz 2 des Artikel 10-Gesetzes zur Aufklärung der Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 7 Absatz 3 Satz 1 verarbeitet werden.

Zu Buchstabe c:

Absatz 6 ermächtigt den Verfassungsschutz zur sogenannten verdeckten Online-Datenerhebung und Quellen-Telekommunikationsüberwachung. In Anbetracht der modernen Kommunikationswege einer weltweit vernetzten Informationsgesellschaft können entsprechende Eingriffe im Einzelfall notwendig werden, um durch verdeckten Zugriff auf informationstechnische Systeme schwerwiegende Bedrohungen für Rechtsgüter von Verfassungsrang abzuwehren. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem zu dieser Thematik ergangenen Urteil vom 27. Februar 2008 (BVerfGE 120, 274ff.) aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes) ein Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme entwickelt. Demnach ist die verdeckte Überwachung der Nutzung eines informationstechnischen Systems verfassungsrechtlich nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte einer konkreten Gefahr für ein überragend wichtiges Rechtsgut bestehen (BVerfGE 120, 274, 328ff.). Das Bundesverfassungsgericht hat im BKAG-Urteil auch die weitestgehend inhaltsgleiche Aufzählung der Rechtsgüter in § 20k Abs. 1 Satz 1 BKAG als Rechtfertigung für Eingriffe in das Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme für ausreichend erachtet und die gesetzliche Ausweitung des Gefahrenbegriffs als angemessen befunden (BVerfG, Ur. v. 20. April 2016, 1 BvR 966/09 u.a.). Es hat die verdeckte Überwachung informationstechnischer Systeme bereits bei einer vorgelagerten drohenden Gefahr unter den vorliegenden Voraussetzungen für zulässig erachtet.

Die Befugnis zum Einsatz technischer Mittel zur Identifikation und Lokalisation von informationstechnischen Systemen ist angesichts der technischen Entwicklungen erforderlich, da insbesondere von Angehörigen gewaltbereiter extremistischer Gruppen zunehmend informationstechnische Systeme eingesetzt werden, deren spezifische Kennungen und Standorte den Sicherheitsbehörden nicht bekannt sind. Die Spezifizierung der informationstechnischen Systeme ist aber im Regelfall Voraussetzung für die Durchführung weitergehender Maßnahmen wie der Online-Durchsuchung.

Der Eingriff in informationstechnische Systeme zur Durchführung einer Telekommunikationsüberwachung ist notwendig, weil viele Kommunikationsprogramme ihre Kommunikationsdaten und -inhalte verschlüsseln. Durch Eingriffe in informationstechnische Systeme kann die Kommunikation erfasst werden, bevor diese verschlüsselt wird oder nachdem sie entschlüsselt wurde. Es werden keine Informationen erlangt, die nicht auch durch eine „konventionelle“ Telekommunikationsüberwachung erlangt würden.

Diese Maßnahmen sind nur zulässig, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass die Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 auch auf die

Begehung oder Unterstützung von Straftaten nach § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes oder von besonders schweren Straftaten gerichtet die betroffenen Personen nach § 4 Absatz 7 bei den Tätigkeiten oder Bestrebungen von wesentlicher Bedeutung für die Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt nach Nummer 1 Buchstabe a oder für die Begehung oder Unterstützung der Straftaten nach Nummer 1 Buchstabe b sind. Die Eingriffsbefugnisse werden durch Regelungen flankiert, die durch technische Maßnahmen und Kontrollmaßnahmen den Grundrechts- und Datenschutz sicherstellen.

Zu Nummer 10:

Die bisherige Nummer 8 wird Nummer 10.

In § 7a Absatz 1 werden die Wörter „nicht nur zufällig“ gestrichen und nach den Wörtern „privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind“ ein Komma und die Wörter „und keine Anhaltspunkte dafür bestehen, dass diese Daten dazu dienen sollen, ein Datenerhebungsverbot herbeizuführen“ eingefügt. Dies stellt klar, dass eine Datenerhebung zulässig ist, wenn Anhaltspunkte vorliegen, dass der Kernbereichsschutz als Deckmantel für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 genutzt wird, um ein Datenerhebungsverbot herbeizuführen.

In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „, mit der Auswertung nicht befassten Beschäftigten“ durch die Wörter „Bediensteten der Stabsstelle Innenrevision“ ersetzt. Kernbereichsdaten sind also unverzüglich unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten Bediensteten der Stabsstelle Innenrevision, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen.

Bestehen Zweifel, ob Daten dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, so sind diese gemäß Absatz 5 Satz 1 der Leiterin oder dem Leiter der Verfassungsschutzabteilung zur Entscheidung über die Zurechnung vorzulegen. Über die Entscheidung nach Satz 1 ist die Innenrevision unbeschadet ihres Auftrags nach § 2 Absatz 2 zu informieren. Erhebt die Innenrevision Bedenken, ist die Angelegenheit der G 10-Kommission zur Entscheidung vorzulegen und die Parlamentarische Kontrollkommission zu informieren.

Zu Nummer 11:

Die bisherige Nummer 9 wird Nummer 11.

§ 8 Absatz 1 Satz 2 bis 4 werden nunmehr durch eine Regelung zur automatisierten Anwendung der Datenanalyse ersetzt. Eine automatisierte Analyse personenbezogener Daten führt zu einem weitergehenden Grundrechtseingriff, weil unterschiedliche Daten miteinander verknüpft werden. Daher bedarf es einer eigenständigen Rechtsgrundlage. Durch die Änderung wird eine solche Rechtsgrundlage in den Gesetzentwurf eingefügt. Danach kann eine automatisierte Analyse personenbezogener Daten erfolgen, wenn dies zur Aufklärung von sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen nach § 3 Absatz 1, die ihre Ziele auch durch die Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt, durch ein sonstiges kämpferisches und aggressives Verhalten gegenüber den in § 4 Absatz 2 genannten Grundsätzen oder durch die Begehung oder Unterstützung von Straftaten von erheblicher Bedeutung verfolgen, erforderlich ist. Im Rahmen der Verarbeitung

nach Satz 2 können insbesondere Beziehungen oder Zusammenhänge zwischen Personen, Personengruppierungen, Institutionen, Organisationen, Objekten und Sachen hergestellt, unbedeutende Informationen und Erkenntnisse ausgeschlossen, die eingehenden Erkenntnisse zu bekannten Sachverhalten zugeordnet sowie gespeicherte Daten statistisch ausgewertet werden.

Zu Nummer 12:

Die bisherige Nummer 10 wird Nummer 12.

Zu Nummer 13:

Die bisherige Nummer 11 wird Nummer 13.

Durch die Neufassung des § 10 wird die unbestimmte Formulierung „Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne von § 3 Absatz 1 dieses Gesetzes von erheblicher Bedeutung“ durch einen klareren Tatbestand ersetzt. Danach ist eine Observation zulässig, wenn dies zur Aufklärung von sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht oder von Bestrebungen nach § 3 Absatz 1, die ihre Ziele auch durch die Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt, durch ein sonstiges kämpferisches und aggressives Verhalten gegenüber den in § 4 Absatz 2 genannten Grundsätzen oder durch die Begehung oder Unterstützung von Straftaten von erheblicher Bedeutung verfolgen, erforderlich ist.

Der bisherige Absatz 2 ist in § 6 Absatz 3 in Verbindung mit § 4 Absatz 7 allgemein verankert worden.

§ 10 Absatz 2, 3, 5 und 6, § 12 Absatz 1 und 3, § 17 Absatz 3 und § 18 des Artikel 10-Gesetzes sind entsprechend anzuwenden. Da Observationen nach § 10 zu erheblichen Grundrechtseingriffen führen, findet nunmehr § 12 Absatz 1 und 3 zur Mitteilungspflicht auf alle Maßnahmen nach Absatz 1 Anwendung. Maßnahmen auszuspähen, die eine Woche oder weniger oder an 14 Tagen oder weniger innerhalb eines Monats stattfinden, ist hier nicht gerechtfertigt. Die Begründung, dass die Verfassungsschutzbehörde aus Ressourcengründen nicht der Benachrichtigungspflicht nachkommen könnte, trägt nicht, denn der Verfassungsschutz kann personell besser ausgestattet werden. Außerdem können die Informationspflichten im Übrigen auch standardisiert vorbereitet werden.

Zu Nummer 14:

Die bisherige Nummer 12 wird Nummer 14.

Die besonderen Auskunftsbeglehen nach § 14a können erhebliche Grundrechtseingriffe zur Folge haben. Der Gesetzentwurf erlaubt diese Eingriffe, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde nach § 3 Absatz 1 erforderlich ist. Im Vergleich zu anderen Verfassungsschutzgesetzen einschließlich des Bundes und des Freistaates Bayern ist dieser Tatbestand sehr weitreichend und wird seiner Anleitungs- und Begrenzungsfunktion für solch tiefgehende Grundrechtseingriffe nicht gerecht.

Die Informationen nach den Absätzen 1 bis 4 können nunmehr durch die Verfassungsschutzbehörde von den Verpflichteten eingeholt werden, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass die Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 auch auf die Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt oder die Begehung oder Unterstützung von Straftaten nach § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes oder von besonders schweren Straftaten gerichtet und die betroffenen Personen nach § 4 Absatz 7 bei den Tätigkeiten oder Bestrebungen von wesentlicher Bedeutung für die Anwendung oder Vorbereitung der Anwendung von Gewalt nach Nummer 1 Buchstabe a oder für die Begehung oder Unterstützung der Straftaten nach Nummer 1 Buchstabe b sind. In Absatz 2 wird Satz 2 aufgehoben, da dessen Begrenzungswirkung durch den neu formulierten Tatbestand bereits erfasst wird. In Absatz 4 Nummer 2 werden nunmehr ausdrücklich die Verkehrsdaten nach § 113b des Telekommunikationsgesetzes unter den Voraussetzungen des 113c Absatz 1 Nummer 2 des Telekommunikationsgesetzes erfasst.

Absatz 9 über die Ausleitung und Übermittlung von Videoaufzeichnungen macht nur Sinn, wenn sich dieser auf die Observation nach § 10 bezieht und lediglich die Videoüberwachung nach § 4 Absatz 1 Satz 2 des Bundesdatenschutzgesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2097) erfasst wird.

Zu Nummer 15:

Die bisherige Nummer 13 wird Nummer 15.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zum Antiterrordateigesetz aus dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein informationelles Trennungsprinzip für das Verhältnis von Nachrichtendiensten und Polizei- und Strafverfolgungsbehörden abgeleitet. Der Grund hierfür liegt in den unterschiedlichen Aufgaben dieser Behörden mit eigenen Datenerhebungs- bzw. Zwangsbefugnissen. Datenübermittlungen von Nachrichtendiensten an operativ tätige Polizei- und Strafverfolgungsbehörden begründen deshalb besonders schwere Grundrechtseingriffe. Diese Eingriffe genügen nur dann dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, wenn sie einem herausragenden öffentlichen Interesse dienen. Dies muss durch eine hinreichend konkrete und qualifizierte Eingriffsschwelle gesichert sein. Aus diesem Grund ist es notwendig, den § 16 Absatz 1 mit der Maßgabe neu zu fassen, dass zwischen personenbezogenen Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln erhoben wurden, und sonstigen insbesondere aus öffentlichen Quellen gewonnenen Daten der Verfassungsschutzbehörde hinsichtlich der Eingriffsschwelle differenziert wird. Dies stellt die Änderung des Absatzes 1 nun sicher. Für die sensibleren Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln erhoben wurden, errichtet Satz 1 Nummer 1 bis 4 mehrere Übermittlungstatbestände mit unterschiedlichen Übermittlungszwecken, die den verfassungsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Im Übrigen kann die Verfassungsschutzbehörde nach Satz 2 an inländische öffentliche Stellen personenbezogene Daten übermitteln, wenn dies zur Erfüllung von deren Aufgaben erforderlich ist oder diese die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für erhebliche Zwecke der öffentlichen Sicherheit benötigen.

Zu Nummer 16:

Nach der neuen Nummer 15 wird eine neue Nummer 16 eingefügt, durch die § 17 neu gefasst wird.

Die Vorschrift bezieht sich nicht mehr nur auf Staatsschutzdelikte. Dies kommt bereits in der Überschrift „Übermittlung von Informationen durch die Verfassungsschutzbehörde an Staatsanwaltschaften und Polizei“ zum Ausdruck. Für die Übermittlung der Informationen ist eine Erforderlichkeitsprüfung notwendig. Kommt diese Prüfung anhand der Anhaltspunkte zu dem Ergebnis, dass die Übermittlung der Informationen zur Verhinderung oder Verfolgung von Staatsschutzdelikten im Sinne der Nummer 1, von sonstigen Straftaten gegen die in Artikel 73 Nummer 10 Buchstabe b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter im Sinne der Nummer 2 oder von besonders schweren Straftaten im Sinne der Nummer 3 erforderlich ist, so müssen diese an die Staatsanwaltschaft oder Polizei übermittelt werden, soweit kein Übermittlungsverbot nach § 19 vorliegt.

Der bisherige Absatz 3 wird insoweit konkretisiert, dass die Erwägungen und Gründe einer Übermittlungsentscheidung schriftlich dokumentiert werden müssen. Dies gilt unabhängig davon, ob die Erkenntnisse im Ergebnis übermittelt wurden oder nicht. Zweck der Dokumentation ist die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Datenübermittlung und die Gewährleistung der Integrität und Sicherheit der personenbezogenen Daten. Soweit die Dokumentation für diese Zwecke nicht mehr benötigt wird, ist sie zu löschen.

Zu Nummer 17:

Die bisherige Nummer 14 wird Nummer 17.

Zu Nummer 18:

Die bisherige Nummer 15 wird Nummer 18 und in Buchstabe b der Absatz 2 geändert. In Satz 1 Nummer 2 werden die Wörter „im Sinne von § 100b Absatz 2 der Strafprozessordnung“ gestrichen, weil der Begriff der besonders schweren Straftaten bereits in § 4 Absatz 4 Satz 2 definiert wird. Über die Ausnahmeentscheidung nach Absatz 2 Satz 2 durch die Leiterin oder den Leiter der Verfassungsschutzabteilung wird unter anderem die Innenrevision nach Satz 3 informiert. Nach dem neuen Satz 4 ist bei Bedenken der Innenrevision die Angelegenheit der Hausleitung zur Entscheidung vorzulegen. Dadurch wird sichergestellt, dass den Belangen der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung hinreichend Rechnung getragen wird.

Zu Nummer 19:

Die bisherige Nummer 16 wird Nummer 19.

Zu Nummer 20:

Die bisherige Nummer 17 wird Nummer 20. Die Nummern 20 und 21 strukturieren die Vorschriften zur parlamentarischen Kontrolle neu.

§ 25 regelt nunmehr nur noch die Pflichten der Landesregierung im Hinblick auf die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission. Sie entsprechen weitestgehend dem Gesetzentwurf. Die Befugnisse werden nunmehr in einer eigenständigen Norm zusammengefasst. Aufgrund der Regelung in § 6b Absatz 3 kommt eine Unter-

richtungs- und Anhörungspflicht im Hinblick auf die Dienstanweisung des Verfassungsschutzes für die Zusammenarbeit Verdeckt Informationsgebenden hinzu. Weiterhin soll die parlamentarische Kontrollkommission über den Vollzug des Haushaltsplans unterrichtet werden. Hierdurch wird die parlamentarische Kontrolle vervollständigt.

Zu Nummer 21:

Die bisherige Nummer 18 wird Nummer 21.

Buchstabe a:

Es erfolgt eine redaktionelle Anpassung.

Buchstabe b:

Es werden die neuen §§ 25a und 25b eingeführt.

§ 25a enthält die Befugnisse der Parlamentarischen Kontrollkommission.

Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 regeln nunmehr, dass bereits ein Drittel der Mitglieder der Kontrollkommission die Einberufung und Unterrichtung verlangen kann. Ebenso steht bereits einem Drittel der Mitglieder auf gemeinsamen Antrag hin Akteneinsichts- und Betretungsrecht zu. Hierdurch wird eine effektive parlamentarische Kontrolle garantiert. Weiter regelt Absatz 1 Satz 2, dass die Kontrollkommission fordern kann, über weitere Vorgänge unterrichtet zu werden, als zu denen gemäß § 25 Absatz 1 eine Unterrichtungspflicht besteht. Die Befugnisse der Mitglieder und der Kontrollkommission reichen so weit wie das Recht der Parlamentarischen Kontrollkommission auf Kontrolle. Die Selbstinformationsrechte dürfen nicht weitergehen als die Unterrichtungspflicht der Landesregierung.

Absatz 3 regelt das Befragungsrecht von Bediensteten des Verfassungsschutzes durch die Parlamentarische Kontrollkommission. Mit Blick auf die Verantwortlichkeit der Landesregierung ist diese vor der Anhörung einer bestimmten Person zu unterrichten. Das im Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und DIE LINKE vorgesehene Zustimmungserfordernis entfällt, weil hierdurch der Kontrollauftrag der Kommission unterkariert werden könnte. Durch die Unterrichtung hat die Landesregierung die Möglichkeit, den Sachverhalt näher zu prüfen. Die Möglichkeit der Versagung bzw. Einschränkung von Aussagegenehmigungen für Bedienstete ist somit nicht grundsätzlich ausgeschlossen, soweit überwiegende öffentliche oder private Belange betroffen sind. Dies ist dann der Fall, wenn überwiegende Gründe des Nachrichtenzugangs oder überwiegende schutzwürdige Persönlichkeitsrechte Dritter dies erfordern oder der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung betroffen wäre. Eine derartige Entscheidung muss schriftlich begründet werden.

Absatz 4 regelt, dass die Landesregierung den Verlangen der Parlamentarischen Kontrollkommission unverzüglich entsprechend muss. Dies entspricht der bisherigen Praxis. Die der Landesregierung bzw. dem Verfassungsschutz insoweit zuzugestehende Bearbeitungszeit wird sich im Einzelfall nach Art und Umfang des Verlangens des Parlamentarischen Kontrollgremiums bemessen.

In den Absätzen 5 und 6 werden die bisherigen Absätze 6 und 7 des § 25 übernommen.

Mit Absatz 7 wird die Regelung zur Einsetzung eines Sachverständigen aus Nummer 19 Buchstabe a des Gesetzentwurfs übernommen und die Verweise angepasst.

§ 25b fasst die Vorschriften zusammen, die zuvor in Nummer 17 Buchstabe c und Buchstabe d des Gesetzentwurfs geregelt waren. Somit wird der Umgang der Parlamentarischen Kontrollkommission mit Hinweisen, die sie durch Dritte erhält, in einer Vorschrift geregelt.

Buchstabe c:

Es erfolgt eine redaktionelle Anpassung.

Buchstabe d:

Der bisherige § 25b wird zu § 25d. Er wird dahingehend geändert dass der Vorschlag zur Ernennung des Ständigen Bevollmächtigten oder der Ständigen Bevollmächtigten wird mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission beschlossen werden muss. Hierdurch werden die Mehrheitserfordernisse denen der Wahl einer Sachverständigen oder eines Sachverständigen gem. § 25a Absatz 7 angeglichen. Die oder der Ständig Bevollmächtigte übernehmen für die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission die Vorbereitung der Ausschusssitzung und auf ihre Weisung hin auch die Ermittlung zu einzelnen Sachverhalten. Sie oder er nehmen damit eine große Bedeutung für die Ausübung der parlamentarischen Kontrolle ein. Zudem wird sie oder er – im Gegensatz zum nur punktuell eingesetzten Sachverständigen – für die Dauer von fünf Jahren benannt. Dies erfordert, dass die Ständig Bevollmächtigte oder der Ständig Bevollmächtigte von einer breiten Mehrheit der Parlamentarischen Kontrollkommission getragen wird. Zudem rechtfertigt sich eine Angleichung an die Mehrheitserfordernisse zur Einsetzung einer Sachverständigen oder eines Sachverständigen insofern, als sie im Hinblick auf die Ermittlung einzelner Sachverhalte dieselbe Funktion ausüben.

Zu Nummer 22:

Die bisherige Nummer 19 wird Nummer 22.

Zu Buchstabe a:

Der Gesetzentwurf wird dahingehend geändert, dass die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission durch jeweils einen ihnen zugewiesenen Referenten oder Referentin in ihrer Arbeit unterstützt werden. Diese sind nach dem üblichen Verfahren der Bestenauslese bei der Landtagsverwaltung angestellt. Es soll über die Zuweisung der Referentin oder des Referenten das Benehmen mit der jeweiligen Fraktion oder Gruppe, denen die Mitglieder der Kontrollkommission angehören, hergestellt werden.

Die Referentin oder der Referent unterstützen die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission der jeweiligen Fraktion in der Kontrolle des Verfassungsschutzes. Hierzu gehört die umfassende Vorbereitung der Sitzungen durch das Studium der

durch die Kommission beigezogenen Akten und Dateien, der Bewertung dieser Informationen und der Vorbereitung etwaiger Nachfragen. Eine Delegation der Kontrollrechte der Kommission ist damit nicht verbunden. Die Referentinnen und Referenten sind berechtigt, an den Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission teilzunehmen. Dies dient der effektiveren und kontinuierlichen parlamentarischen Kontrolle.

Die Unterstützung der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission durch Referentinnen und Referenten der Landtagsverwaltung dient dem Ausgleich der Interessen an einer effektiven Unterstützung der Mitglieder bei der Wahrnehmung ihrer verfassungsrechtlich gestützten Kontrollaufgaben einerseits und den gesteigerten Anforderungen an die Geheimnisschutz aufgrund der mit der Tätigkeit der Parlamentarischen Kontrollkommission verbundenen Kenntnisnahme besonders geheimhaltungsbedürftiger Informationen. Die Referentinnen und Referenten müssen für diese Tätigkeit zum Umgang mit Verschlussachen ermächtigt und förmlich zur Geheimhaltung verpflichtet sein.

Zu Buchstabe b:

Durch diese neue Vorschrift wird jedem Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission ermöglicht, seine abweichende Meinung im jährlichen Bericht an den Landtag darzulegen. Auch die Äußerung abweichender Meinungen ist für eine effektive parlamentarische Kontrolle erforderlich, da so dem Landtag die Möglichkeit eröffnet wird, parlamentarisch zu reagieren.

Zu Nummern 23 und 24:

Der unter Nummer 23 neu eingeführte § 26a eröffnet den Rechtsweg für Streitigkeiten zwischen der Landesregierung und der Parlamentarischen Kontrollkommission. Diese betreffen die Reichweite der Zuständigkeit, Rechte und Pflichten der in der Verfassung verankerten parlamentarischen Kontrolle über den Verfassungsschutz. Daher ist das Landesverfassungsgericht zuständig. Da nicht nur die Kommission, sondern auch Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission gem. § 25a Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 eigenständige Rechte und Ansprüche haben, müssen auch sie diese Rechte eigenständig geltend machen können.

Nummer 24 wurde angefügt, um dem Zitiergebot nach Artikel 19 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes gerecht zu werden, denn der Gesetzentwurf benennt weder die Einschränkung des Grundrechts des Briefgeheimnisses sowie des Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes, Artikel 16 der Verfassung des Landes Brandenburg) noch des Rechts auf Datenschutz (Artikel 11 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg). Das Zitiergebot ist nicht bei allen Grundrechten zu beachten. Es gilt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nur bei Grundrechten, die auf Grund einer ausdrücklichen Ermächtigung vom Gesetzgeber eingeschränkt werden dürfen, so bei Artikel 10 Absatz 2 des Grundgesetzes (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis).



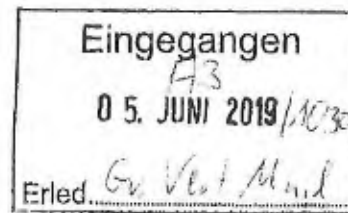
Björn Lakenmacher



Barbara Richstein

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE



**zur 59. Sitzung des Ausschusses
für Inneres und Kommunales
am 06.06.2019**

**zu TOP 7: Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen
Verfassungsschutzgesetzes Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion
DIE LINKE, DS 6/10948**

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales möge beschließen:

Artikel 1 des Gesetzentwurfs wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 Buchstabe a wird in der Angabe zu § 6b das Wort „Verdeckte“ durch das Wort „Verdeckt“ ersetzt.
2. In Nummer 5 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe aaa wird das Wort „Verdeckten“ durch das Wort „Verdeckt“ ersetzt.
3. In Nummer 6 wird § 6b wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift und in Absatz 2 Satz 2, 4 und 6 wird jeweils das Wort „Verdeckte“ durch das Wort „Verdeckt“ ersetzt.
 - b) In Absatz 1 und Absatz 2 Satz 1 und 5 wird jeweils das Wort „Verdeckten“ durch das Wort „Verdeckt“ ersetzt.
 - c) In Absatz 2 Satz 6 Nummer 4 werden nach dem Wort „Mitglieds“ die Wörter „oder einer in den genannten Parlamenten gebildeten Fraktion oder Gruppe“ eingefügt.
4. In Nummer 7 Buchstabe c wird jeweils das Wort „Verdeckten“ durch das Wort „Verdeckt“ ersetzt.

5. In Nummer 10 werden in Absatz 4 Satz 2 nach dem Wort „werden“ die Wörter „; eine personenbezogene Speicherung darf in diesen Fällen nicht erfolgen“ eingefügt.

6. Nummer 12 wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden nach dem Wort „ist“ die Wörter „und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die in § 3 Absatz 1 genannten Schutzgüter vorliegen“ eingefügt.

b) In Absatz 3 Satz 1 werden nach der Angabe „§ 3 Absatz 1“ die Wörter „im Einzelfall“ eingefügt.

c) Absatz 6 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„§ 10 Absatz 3 des Artikel 10-Gesetzes ist entsprechend anwendbar; sofern die Bezeichnung der Person, gegen die sich die Beschränkungsmaßnahme richtet, in der Anordnung dem Verpflichteten gegenüber nicht möglich ist oder durch die Bezeichnung die Erreichung des Zwecks der Maßnahme aussichtslos oder wesentlich erschwert wird, genügt eine räumlich und zeitlich hinreichende Bezeichnung der Telekommunikation.“

d) In Absatz 9 werden nach dem Wort „Videoüberwachung“ die Wörter „zur Beobachtung öffentlich zugänglicher Räume“ eingefügt.

7. Nummer 17 Buchstabe a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 5 wird wie folgt gefasst:

„Sie kann von dem für Inneres zuständigen Mitglied der Landesregierung alle für ihre Kontrollaufgaben erforderlichen Auskünfte, Unterlagen, Akten- und Dateneinsicht, Stellungnahmen und den Zutritt zur Verfassungsschutzbehörde verlangen sowie bei besonderem Aufklärungsbedarf Bedienstete zum Sachverhalt befragen, sofern dem nicht überwiegende öffentliche oder private Belange entgegenstehen.“

b) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung kann gegen die Befragung Einspruch erheben; der Einspruch ist zu begründen. Die

Parlamentarische Kontrollkommission kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder beschließen, die Befragung trotz des Einspruchs durchzuführen.“

8. In Nummer 18 wird § 25b wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Die oder der Ständige Bevollmächtigte untersteht der Rechtsaufsicht durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landtages und der Fachaufsicht durch die Parlamentarische Kontrollkommission.“

b) Die bisherigen Absätze 2 bis 7 werden die Absätze 3 bis 8.

9. Nummer 19 wird wie folgt gefasst:

§ 26 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Die Parlamentarische Kontrollkommission tagt, wenn es die Geschäfte erfordern, jedoch mindestens einmal im Vierteljahr.“

b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

c) Nach Absatz 3 werden die folgenden Absätze 4 bis 6 eingefügt:

„(4) Die Parlamentarische Kontrollkommission kann mit der Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder nach Anhörung der Landesregierung im Einzelfall eine oder einen Sachverständigen beauftragen, zur Wahrnehmung ihrer Kontrollaufgaben Untersuchungen durchzuführen. Die oder der Sachverständige hat der Parlamentarischen Kontrollkommission über das Ergebnis der Untersuchungen zu berichten. Absatz 2 Satz 3 und 4 sowie § 25 Absatz 1 gelten entsprechend.

(5) Gerichte und Behörden sind zur Rechts- und Amtshilfe, insbesondere zur Vorlage von Akten und Übermittlung von Dateien, verpflichtet. Soweit personenbezogene Daten betroffen sind, dürfen diese nur für Zwecke der Parlamentarischen Kontrollkommission übermittelt und genutzt werden. § 18 Absatz 7 des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes vom 8. Mai 2018 (GVBl. I Nr. 7) gilt entsprechend.

(6) Die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission haben das Recht, nach Anhörung der Landesregierung und mit Zustimmung der Kontrollkommission Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrer Fraktion zur Unterstützung ihrer Arbeit zu benennen. Voraussetzung für diese Tätigkeit ist die Ermächtigung zum Umgang mit Verschlusssachen und die förmliche Verpflichtung zur Geheimhaltung. Die benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind befugt, die von der Parlamentarischen Kontrollkommission beigezogenen Akten und Daten einzusehen und die Beratungsgegenstände der Parlamentarischen Kontrollkommission mit den Mitgliedern der Kommission zu erörtern. Sie haben grundsätzlich keinen Zutritt zu den Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission. Die Kommission kann im Einzelfall mit einfacher Mehrheit der Mitglieder beschließen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen an bestimmten Sitzungen teilnehmen können. Absatz 2 Satz 3 bis 6 gilt entsprechend."

d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 7.'

Begründung:

Zu Nummer 1:

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 3 Buchstaben a und b.

Zu Nummer 2:

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 3 Buchstaben a und b.

Zu Nummer 3:

Zu Buchstaben a und b:

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen.

Zu Buchstabe c:

Die Änderung stellt klar, dass sich der Schutz auch auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und parlamentarischen Gruppen erstreckt.

Zu Nummer 4:

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 3 Buchstaben a und b.

Zu Nummer 5:

Klarstellend wird ergänzt, dass auch bei einer unvermeidbaren Betroffenheit von minderjährigen Personen als Dritte keine personenbezogenen Daten von diesen gespeichert werden dürfen.

Zu Nummer 6:

Zu Buchstabe a:

Durch die Einfügung wird festgelegt, dass die Verfassungsschutzbehörde besondere Auskünfte nach § 14a nur einholen darf, wenn es zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Absatz 1 erforderlich ist und darüber hinaus tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die in § 3 Absatz 1 genannten Schutzgüter vorliegen.

Zu Buchstabe b:

Die Änderung regelt, dass die Verfassungsschutzbehörde eine Bestandsdatenauskunft nach § 14 a Absatz 3 nur im Einzelfall einholen darf.

Buchstabe c:

Mit der Änderung des Satzes 3 wird die Anwendbarkeit von § 10 Absatz 3 des G 10-Gesetzes geregelt. Nach § 10 Absatz 3 des G 10-Gesetzes muss die Anordnung die Person bezeichnen, gegen die sich eine Beschränkungsmaßnahme richtet. Dieser Grundsatz gilt auch für das besondere Auskunftersuchen nach § 14 a. In den Fällen, in denen die Identität der betroffenen Person unbekannt ist, die Maßnahme jedoch, unter anderem zur Feststellung ihrer Identität, erforderlich ist, genügt eine räumlich und zeitlich hinreichende Bezeichnung der Kommunikation. Dies gilt ebenso für Fälle,

bei denen durch die Bezeichnung der betroffenen Person die Erreichung des Zwecks der Maßnahme aussichtslos oder wesentlich erschwert wird.

Buchstabe d:

Durch die Einfügung wird klarstellend die Definition von Videoüberwachung aus § 4 Absatz 1 des Bundesdatenschutzgesetzes wörtlich übernommen.

Zu Nummer 7:

Zu Buchstabe a:

Durch die Änderung wird in § 25 Absatz 1 bei der Befragung von Bediensteten der Verfassungsschutzbehörde durch die Parlamentarische Kontrollkommission die bislang vorgesehene Zustimmungspflicht des für Inneres zuständigen Mitglieds der Landesregierung gestrichen.

Zu Buchstabe b:

Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Zustimmungslösung wird durch die dem für Inneres zuständigen Mitglied der Landesregierung eingeräumte Möglichkeit eines begründeten Einspruchs ersetzt. Die Parlamentarische Kontrollkommission soll die Möglichkeit erhalten, sich über diesen Einspruch hinwegzusetzen und die Befragung durchzuführen, wenn sie dies mit einer Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder beschließt.

Zu Nummer 8:

Zu Buchstabe a:

Die Rechts- und die Fachaufsicht des oder der Ständigen Bevollmächtigten werden gesetzlich normiert und der Präsidentin oder dem Präsidenten des Landtags und der Parlamentarischen Kontrollkommission zugewiesen.

Zu Buchstabe b:

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen zu Buchstabe a.

Zu Nummer 9:

Mit der Regelung werden die Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission weiter gestärkt und ausgebaut.

Zu Buchstabe a:

In Buchstabe a wird ein neuer § 26 Absatz 2 eingeführt, der gesetzlich festlegt, dass die Parlamentarische Kontrollkommission tagt, wenn es die Geschäfte erfordern, dass Sitzungen jedoch mindestens vierteljährlich stattfinden müssen.

Zu Buchstabe b:

In Buchstabe b wird die Nummerierung des bisherigen Absatz 2 als redaktionelle Folgeänderung angepasst.

Zu Buchstabe c:

In Buchstabe c soll durch den neuen § 26 Absatz 5 die Verpflichtung der Gerichte und Behörden zur Amtshilfe geregelt werden. Zum Schutz personenbezogener Daten dürfen diese nur für die Zwecke der Parlamentarischen Kontrollkommission übermittelt und genutzt werden. Die Regelung ist § 5 Absatz 4 des Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes nachempfunden. Klarstellend wird zudem ein Verweis auf § 18 Absatz 7 des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes aufgenommen, nach dem die Parlamentarische Kontrollkommission die oder den Landesbeauftragte oder Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht ersuchen kann, Hinweisen auf Angelegenheiten und Vorgänge, die ihren oder seinen Aufgabenbereich unmittelbar betreffen, nachzugehen. Der Änderungsbefehl umfasst ferner aus rechtsförmlichen Gründen die neuen Absätze 4 und 6, die ohne Änderungen aus dem Gesetzentwurf beibehalten werden.

Zu Buchstabe d:

Bei Buchstabe d handelt es sich um redaktionelle Folgeänderung zu Buchstabe c.

Für die SPD-Fraktion

Inka Gossmann-Reetz

Für die Fraktion DIE LINKE

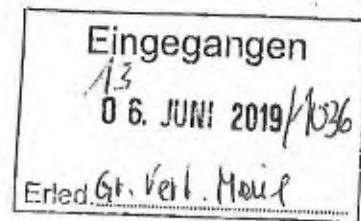
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Landtag Brandenburg

0. Wahlperiode

Drucksache 0/00000**Änderungsantrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**an den Ausschuss für Inneres und Kommunales****zum Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE „Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes“ (Drucksache 6/10948)**

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales möge beschließen:

Artikel 1 des Gesetzentwurfes wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Buchstabe a wird folgende Angabe gestrichen:
„§ 6b Verdeckte Informationsgebende“
- b) Buchstabe h wird wie folgt gefasst:
„h) Nach der Angabe zu § 24 werden folgende Angaben eingefügt:
„§ 25 Pflicht der Landesregierung zur Unterrichtung
§ 25a Sanktionen
§ 25b Befugnisse der Parlamentarischen Kontrollkommission
§ 25c Eingaben
§ 25d Die oder der Ständige Bevollmächtigte
§ 25e Ernennung und Rechtsstellung der oder des Ständigen Bevollmächtigten“.“
- c) Nach Buchstabe h werden folgende Buchstaben i und j angefügt:
„i) Nach der Angabe zu § 26 wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 26a Parlamentarische Verfassungsschutzkontrolle des Bundes und anderer Länder
Sechster Abschnitt
Datenschutzkontrolle
§ 26b Unabhängige Datenschutzkontrolle“
j) Die Angabe „Sechster Abschnitt“ wird zur Angabe:
„Siebter Abschnitt“.“

2. Nummer 5 wird wie folgt geändert:

- a) Buchstabe a Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe aaa wird wie folgt neu gefasst:

„In Nummer 1 wird die Angabe „Vertrauensleuten,“ gestrichen und die Wörter „verdeckten Ermittlern“ durch die Wörter „Verdeckten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“ ersetzt.“

- b) Buchstabe b wird wie folgt neu gefasst:

„Absatz 7 Satz 2 wird gestrichen.“

3. Nummer 6 wird wie folgt neu gefasst:

„6. Nach § 6 wird folgender Paragraf 6a eingefügt:

„§ 6a
Verdeckte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

- (1) Die Verfassungsschutzbehörde darf Verdeckte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Aufklärung von Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 unter den Voraussetzungen des § 7 Absatz 1 einsetzen. Ein dauerhafter Einsatz zur gezielten und systematischen Aufklärung von Bestrebungen nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 und 4 ist nur zulässig, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass die Bestrebungen auch auf ein kämpferisches und aggressives Verhalten gegenüber den in § 4 Absatz 2 genannten Grundsätzen gerichtet sind.
- (2) Die Eigenschaft als Verdeckte Mitarbeiterin oder Verdeckter Mitarbeiter ermächtigt nicht zur Begehung von Straftaten. Sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass Verdeckte Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter einen Straftatbestand verwirklicht haben, wird ihr Einsatz unverzüglich beendet und die Strafverfolgungsbehörde unterrichtet.“

4. Nach der Nummer 11 wird die folgende Nummer 12 eingefügt:

„12. In § 12 Absatz 5 Satz 2 wird die Angabe „drei Jahre“ durch die Angabe „sechs Monate“ ersetzt.“

5. Die bisherige Nummer 12 wird Nummer 13 und wird wie folgt neu gefasst:

„13. § 14a wird wie folgt gefasst:

„§ 14 a
Besondere Auskunftersuchen

- (1) Die Verfassungsschutzbehörde darf im Einzelfall, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Absatz 1 erforderlich ist, bei denjenigen, die geschäftsmäßig

Postdienstleistungen erbringen oder Telemedien anbieten oder daran mitwirken, Auskünfte über Daten, die für die Begründung, inhaltliche Ausgestaltung oder Beendigung eines Vertragsverhältnisses über Postdienstleistungen oder Telemedien gespeichert worden sind, einholen.

(2) Die Verfassungsschutzbehörde darf im Einzelfall zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 vorliegen, bei

1. Luftfahrtunternehmen sowie Betreibern von Computerreservierungssystemen und globalen Distributionssystemen für Flüge zu Namen und Anschriften des Kunden sowie zur Inanspruchnahme und den Umständen von Transportleistungen, insbesondere zum Zeitpunkt von Abfertigung und Abflug und zum Buchungsweg,
2. Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und über Geldbewegungen und Geldanlagen, insbesondere über Kontostand und Zahlungsein- und -ausgänge,

einholen. Im Fall des § 3 Absatz 1 Nummer 1 gilt dies nur für Bestrebungen, die bezwecken oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, zu Hass- oder Willkürmaßnahmen gegen Teile der Bevölkerung aufzustacheln oder deren Menschenwürde durch Beschimpfen, böswilliges Verächtlichmachen oder Verleumdungen anzugreifen und dadurch die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt zu fördern und den öffentlichen Frieden zu stören.

(3) Die Verfassungsschutzbehörde darf, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Absatz 1 erforderlich ist, von denjenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringen oder daran mitwirken, Auskünfte über die nach den §§ 95 und 111 des Telekommunikationsgesetzes vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. November 2018 (BGBl. I S. 2230) geändert worden ist, erhobenen Daten verlangen (§ 113 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes). Dies gilt nicht für Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird (§ 113 Absatz 1 Satz 2 des Telekommunikationsgesetzes). Die Auskunft darf auch anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse verlangt werden (§ 113 Absatz 1 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes). Die Auskunft darf nur verlangt werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für das Nutzen der Daten vorliegen.

(4) Die Verfassungsschutzbehörde darf im Einzelfall zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Absatz 1 unter den Voraussetzungen des § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig

1. Postdienstleistungen erbringen oder daran mitwirken, Auskünfte zu Namen, Anschriften und Postfächern und sonstigen Umständen des Postverkehrs,
 2. Telekommunikationsdienste erbringen oder daran mitwirken, Auskünfte zu Verkehrsdaten nach § 96 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 5 des Telekommunikationsgesetzes,
 3. Telemedien anbieten oder daran mitwirken, Auskünfte über
 - a) Merkmale zur Identifikation des Nutzers von Telemedien,
 - b) Beginn und Ende sowie über den Umfang der jeweiligen Nutzung und
 - c) die vom Nutzer in Anspruch genommenen Telemedieneinholen.
- (5) Auskünfte nach Absatz 3, soweit Daten nach § 113 Absatz 1 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes betroffen sind, und Auskünfte nach Absatz 4 dürfen nur auf Anordnung des für Inneres zuständigen Mitglieds der Landesregierung, bei Verhinderung durch die Vertretung eingeholt werden. Die Anordnung ist durch die Leiterin oder den Leiter der Verfassungsschutzabteilung, bei Verhinderung durch die Vertretung schriftlich zu beantragen. Der Antrag ist zu begründen. Das für Inneres zuständige Ministerium unterrichtet unverzüglich die G 10-Kommission über die Anordnung vor deren Vollzug. Die G 10-Kommission prüft von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Einholung von Auskünften. § 15 Absatz 5 des Artikel 10-Gesetzes ist entsprechend anzuwenden. Anordnungen, welche die G 10-Kommission für unzulässig erklärt, hat die Ministerin oder der Minister unverzüglich aufzuheben. Die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission erfolgt gemäß § 25 Absatz 2 Nummer 1.
- (6) Bei Maßnahmen nach Absatz 2 bis 4 ist § 4 des Artikel 10-Gesetzes mit der Maßgabe anzuwenden, dass kopierte Daten nach dem Stand der Technik gegen Veränderung, unbefugte Löschung und unbefugte Kenntnisnahme zu schützen sind. § 1 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes sowie § 11 Absatz 1 und 2, § 12 Absatz 1 und 3 sowie § 17 Absatz 3 des Artikel 10-Gesetzes sind entsprechend anzuwenden. Soweit dem Verpflichteten keine Entschädigung nach besonderen Bestimmungen zusteht, findet § 20 des Artikel 10-Gesetzes entsprechende Anwendung. Im Übrigen hat der Verpflichtete die Auskunft unentgeltlich zu erteilen.
- (7) Die zur Erteilung der Auskunft erforderlichen Daten müssen unverzüglich, vollständig und richtig übermittelt werden. Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten dürfen der betroffenen Person oder Dritten vom Verpflichteten nicht mitgeteilt werden.

- (8) Das für Inneres zuständige Ministerium unterrichtet das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes jährlich nach § 8b Absatz 10 Satz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2970), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2097) geändert worden ist, über die Durchführung von Maßnahmen nach Absatz 4 Nummer 2 und 3; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der durchgeführten Maßnahmen zu geben. Auf Auskünfte nach Absatz 4 Nummer 2 sind die Vorgaben des § 8b Absatz 8 Satz 4 und 5 des Bundesverfassungsschutzgesetzes anzuwenden. Für die Erteilung von Auskünften nach Absatz 1, 2 und 4 Nummer 3 gilt die Nachrichtendienste-Übermittlungsverordnung vom 11. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2117), die durch Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3346) geändert worden ist.“
6. Die bisherigen Nummern 13 bis 16 werden die Nummern 14 bis 17.
7. Nach der neuen Nummer 17 wird die folgende Nummer 18 eingefügt:
- „18. Dem § 23 wird folgender Satz 2 angefügt:
- „Die Kontrollzuständigkeit der Parlamentarischen Kontrollkommission erstreckt sich auf die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörde mit anderen Behörden sowie auf die ministerielle Dienst- und Fachaufsicht über die Verfassungsschutzabteilung.“
8. Nach der neuen Nummer 18 wird folgende Nummer 19 eingefügt:
- „19. § 24 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Absatz 1 wird folgender neue Absatz 2 eingefügt:
- „(2) Für jedes Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission ist ein Vertreter oder eine Vertreterin zu wählen oder eine andere Vertretungsregelung zu schaffen, damit auch bei Krankheit eine Präsenz der betreffenden Fraktion in Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission gewährleistet ist.“
- b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.
- c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.“
9. Die bisherige Nummer 17 wird Nummer 20 und wird wie folgt neu gefasst:
- „20. § 25 wird wie folgt gefasst:

„§ 25

Pflicht der Landesregierung zur Unterrichtung

(1) Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, das Lagebild und Vorgänge von besonderer Bedeutung sowie auf Verlangen von einem Fünftel der Mitglieder der Kommission auch über Einzelfälle. Vorgänge von besonderer Bedeutung sind insbesondere

1. wesentliche Änderungen im Lagebild der äußeren und inneren Sicherheit,
2. behördeninterne Vorgänge mit erheblichen Auswirkungen auf die Aufgabenerfüllung,
3. Einzelvorkommnisse, die Gegenstand bedeutender politischer Diskussionen oder öffentlicher Berichterstattung sind oder werden können,
4. solche, mit denen ein Mitglied der Landesregierung befasst war,
5. die Einführung neuer technischer Verfahrensweisen, Dateien und Datenverarbeitungsmethoden,
6. die Genehmigung neuer Dienstvorschriften,
7. gemeinsame und verbundene Maßnahmen mit Behörden anderer Länder oder des Bundes, wobei die Informationen jeweils vollständig zu geben sind.

Dies gilt auch, wenn die Operation oder der fragliche Vorgang noch nicht abgeschlossen ist.

(2) Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission

1. im Abstand von höchstens sechs Monaten durch einen Überblick insbesondere zu Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten von Auskunftersuchen nach § 14a,
2. in halbjährlichem Abstand über Art, Anzahl und Dauer von Maßnahmen nach den §§ 6 und 6a,
3. über die Festlegung der zu beobachtenden Personenzusammenschlüsse,
4. über das Ergebnis der Prüfungen der Innenrevision nach § 2 Absatz 2 sowie die zur Abstellung der Mängel veranlassten Maßnahmen spätestens sechs Monate nach Abschluss der jeweiligen Prüfung,
5. über alle Verdachtsfälle der Begehung von Straftaten bei Maßnahmen nach § 6a,
6. über die Ablehnungen von Anträgen auf Auskunftserteilung nach § 12,
7. über gemäß § 19 Absatz 2 Satz 2 unterbliebene Übermittlungen an Strafverfolgungsbehörden und
8. über den Vollzug des Wirtschaftsplans im Haushaltsjahr und
9. über Fortbildungsmaßnahmen und den Ausbildungsstand der Bediensteten sowie
10. über bedeutsame Personalveränderungen.

(3) Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission auch über die Herstellung des Einvernehmens für das Tätigwerden von Verfassungsschutzbehörden anderer Länder im Land Brandenburg gemäß § 2 Absatz 4 sowie in allgemeiner Form über die Herstellung des Benehmens für das Tätigwerden des Bundesamts für Verfassungsschutz gemäß § 5 Absatz 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

(4) Beabsichtigt die Verfassungsschutzbehörde, nachrichtendienstliche Mittel gegen ein Mitglied des Landtags einzusetzen, unterrichtet das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung den Präsidenten oder die Präsidentin des Landtags und den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Parlamentarischen Kontrollkommission unverzüglich. Gleiches gilt, soweit beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel Personen betroffen sind, deren Mitarbeit Abgeordnete in Ausübung ihres Mandats in Anspruch nehmen.“

10. Die bisherige Nummer 18 wird Nummer 21 und wird wie folgt geändert:

a) Der Eingangssatz wird wie folgt gefasst:

„Nach § 25 werden die folgenden §§ 25a bis 25c eingefügt.“

b) Dem § 25a werden folgende §§ 25a bis 25c vorangestellt:

„§ 25a Sanktionen

Unterrichtet die Landesregierung die Parlamentarische Kontrollkommission schuldhaft nicht, nicht vollständig, nicht zeitnah, nicht rechtzeitig oder nicht wahrheitsgemäß, kann die Kommission mit den Stimmen eines Fünftels ihrer Mitglieder den Fall öffentlich mitteilen. Die Mitteilung kann auch mit substantieller Inhaltsangabe erfolgen. Sie kann auch einzelnen Mitgliedern ermöglicht werden. Ein Fehlverhalten nach Satz 1 soll als förmliches Dienstvergehen mit disziplinarer Folge behandelt werden. Bei anstehenden Finanz- und Personalzuweisungen für den Verfassungsschutz ist das Fehlverhalten zu berücksichtigen.

§ 25b Befugnisse der Parlamentarischen Kontrollkommission

(1) Auf Antrag eines ihrer Mitglieder ist die Parlamentarische Kontrollkommission zu einer Sitzung einzuberufen und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission zu verlangen. Auf Verlangen eines Fünftels ihrer Mitglieder hat das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung auch über sonstige Vorgänge als die in § 25 Absatz 1 bezeichneten zu berichten.

(2) Ein Fünftel der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission kann von dem für Inneres zuständigen Mitglied der Landesregierung alle für die Kontrollaufgaben der Kommission erforderlichen Auskünfte, Unterlagen, Akten- und Dateneinsicht, Stellungnahmen und den Zutritt zur Verfassungsschutzbehörde verlangen. Den Mitgliedern der Kommission soll mittels EDV-Technik erleichterter Einblick in elektronische Unterlagen der Verfassungsschutzbehörde ermöglicht werden.

(3) Die Parlamentarische Kontrollkommission kann auf Antrag eines Fünftels ihrer Mitglieder Angehörige des Verfassungsschutzes sowie Bedienstete und Mitglieder der Landesregierung nach Unterrichtung der Landesregierung befragen, soweit dem nicht überwiegende öffentliche oder private Belange entgegenstehen. Die zu befragenden Personen sind verpflichtet, vollständige und wahrheitsgemäße Angaben zu machen. Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung kann gegen die Befragung Einspruch erheben; der Einspruch ist schriftlich zu begründen.

Die Parlamentarische Kontrollkommission kann beschließen, die Befragung trotz des Einspruchs durchzuführen.

(4) Die Landesregierung hat den Verlangen der Parlamentarischen Kontrollkommission unverzüglich zu entsprechen.

(5) Für die Parlamentarische Kontrollkommission gilt § 18 Absatz 7 des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes entsprechend. Auf Antrag eines Mitglieds der Kommission ist dem oder der Landesbeauftragten für den Datenschutz Gelegenheit zur Stellungnahme in Fragen des Datenschutzes zu geben.

(6) Die Kontrolle der Durchführung des Artikel 10-Gesetzes bleibt aufgrund von Artikel 10 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz von der Volksvertretung bestellten Organen und Hilfsorganen vorbehalten.

(7) Die Parlamentarische Kontrollkommission kann nach Anhörung der Landesregierung im Einzelfall eine oder einen Sachverständigen beauftragen, zur Wahrnehmung ihrer Kontrollaufgaben Untersuchungen durchzuführen. Die oder der Sachverständige hat der Parlamentarischen Kontrollkommission über das Ergebnis der Untersuchungen zu berichten. § 25b Absatz 2 bis 4 und § 26 Absatz 2 Satz 3 und 4 gelten entsprechend.

(8) Der Haushalt der Verfassungsschutzbehörde wird von der Parlamentarischen Kontrollkommission beraten.

(9) Auch Bedienstete von Behörden anderer Länder und des Bundes können im Einzelfall von der PKK zu gemeinsamen Maßnahmen und/oder zum Datenaustausch mit dem Brandenburger Verfassungsschutz befragt werden, soweit dies die gesetzlichen Regelungen dieser Länder und des Bundes zulassen.

(10) Die Parlamentarische Kontrollkommission kann sich mit anderen Parlamentarischen Kontrollgremien über gemeinsame Maßnahmen und/oder den Datenaustausch von Behörden der entsprechenden Länder und/oder des Bundes ihrem Auftrag entsprechend austauschen. Analog dazu können sich einzelne Mitglieder der Kommission mit einzelnen Mitgliedern anderer Kontrollgremien entsprechend austauschen.

§ 25c

Eingaben

(1) Eingaben einzelner Bürger (Petenten) über ein sie betreffendes Verhalten der Verfassungsschutzbehörde sind nach Zustimmung des Petenten der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Kenntnis zu geben, wenn sie nicht an sie selbst gerichtet sind. Sie hat auf Antrag eines Mitgliedes Petenten zu hören.

(2) Angehörigen der Verfassungsschutzbehörde ist es gestattet, sich in dienstlichen Angelegenheiten sowie bei innerdienstlichen Missständen, jedoch nicht im eigenen oder Interesse anderer Angehöriger dieser Behörden, ohne Einhaltung des Dienstweges unmittelbar an die Parlamentarische Kontrollkommission oder an ein Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission ihrer Wahl zu wenden. Ein Mitglied der Kommission, das eine entsprechende Eingabe erhalten hat, darf den Namen des oder der Angehörigen der Verfassungsschutzbehörde nur mit dessen oder deren Einverständnis an andere Mitglieder der Kommission weitergeben. Wegen der Tatsache der Eingabe dürfen Angehörige der Verfassungsschutzbehörde nicht dienstlich gemäßregelt oder benachteiligt werden.

Die Parlamentarische Kontrollkommission übermittelt die Eingaben dem für Inneres zuständigen Mitglied der Landesregierung zur Stellungnahme.

Sie gibt den Namen der mitteilenden Person nur bekannt, soweit dies für eine Aufklärung des Sachverhalts erforderlich und die mitteilende Person damit einverstanden ist."

c) Der bisherige § 25a wird § 25d und Absatz 2 Satz 3 wie folgt gefasst:

„§ 25b Absatz 2 bis 4 gelten entsprechend."

d) Der bisherige § 25b wird § 25e und in Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „die Mehrheit" durch die Angabe „zwei Drittel" ersetzt.

11. Die bisherige Nummer 19 wird Nummer 22 und wird wie folgt gefasst:

„22. § 26 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Parlamentarische Kontrollkommission tagt, soweit es Belange des Geheimschutzes oder des Datenschutzes zwingend erfordern, nicht öffentlich."

bb) Nach Absatz 2 Satz 6 werden folgende Sätze angefügt:

„Die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission dürfen die Vorstände ihrer Landtagsfraktionen über wichtige Angelegenheiten aus den jeweiligen Beratungen vertraulich unterrichten.

Die Mitglieder der Kommission dürfen Beratungen derselben in der Öffentlichkeit nicht nur bewerten, sondern auch inhaltlich darüber berichten, sofern die Parlamentarische Kontrollkommission dies mit einem Fünftel ihrer Mitglieder beschließt, sofern hierdurch nicht die Sicherheit oder das Wohl von Personen, der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährdet ist. Jedes Mitglied der Kommission hat dabei das Recht auf ein abweichendes Votum (Sondervotum).

Die Parlamentarische Kontrollkommission kann ohne absolute Geheimhaltung tagen, etwa öffentliche Anhörungen des Leiters oder der Leiterin der Verfassungsschutzabteilung durchführen, sofern hierdurch nicht die Sicherheit oder das Wohl von Personen, der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährdet ist."

b) Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:

„(3) Die Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind grundsätzlich auf Tonträger aufzunehmen. Über die einzelnen Punkte des Verlaufs der Sitzungen und – jenseits dessen – von Kontrollen der Kommission etwa bei der Verfassungsschutzbehörde hat das Sekretariat der Kommission ein

Protokoll zu führen, damit auch nach längerer Zeit noch der Gang und Inhalt der Beratungen und Kontrollen nachvollzogen werden können.

(4) Die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission haben das Recht, nach Anhörung der Landesregierung und mit Zustimmung der Kontrollkommission Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrer Fraktion zur Unterstützung ihrer Arbeit zu benennen. Voraussetzung für diese Tätigkeit ist die Ermächtigung zum Umgang mit Verschlusssachen und die förmliche Verpflichtung zur Geheimhaltung. Die benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind befugt, die von der Parlamentarischen Kontrollkommission beigezogenen Akten und Daten einzusehen und die Beratungsgegenstände der Parlamentarischen Kontrollkommission mit den Mitgliedern der Kommission zu erörtern. Sie haben Zutritt zu den Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission. Absatz 2 Satz 3 bis 6 gilt entsprechend."

- c) Der bisherige Absatz 3 wird zu Absatz 5 und es wird folgender Satz 2 angefügt:

„Jedes Mitglied hat das Recht seine abweichende Meinung darzulegen; dieser Bericht ist der Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission anzuschließen."

12. Folgende Nummern 23 bis 25 werden angefügt:

23. Nach § 26 wird folgender § 26a eingefügt:

§ 26a

Parlamentarische Verfassungsschutzkontrolle des Bundes und der Länder

Bedienstete der Brandenburger Verfassungsschutzbehörde sind verpflichtet, auch parlamentarischen Kontrollgremien anderer Länder und des Bundes mündlich und schriftlich Auskünfte zu erteilen, soweit diese Gremien im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags gemeinsame Maßnahmen und/oder den Datenaustausch von Behörden verschiedener Länder und/oder des Bundes kontrollieren, an denen die Brandenburger Verfassungsschutzbehörde beteiligt war.

24. Nach § 26 a wird folgender Abschnitt eingefügt:

„Sechster Abschnitt Unabhängige Datenschutzkontrolle

§ 26b

Kontrolle durch die Dienststelle des oder der Landesbeauftragten für den Datenschutz

- (1) Die Dienststelle der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz

kontrolliert unbeschadet weitergehender Kontrollbefugnisse auf der Grundlage sonstiger Rechtsvorschriften bei der Verfassungsschutzbehörde die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz mindestens alle 12 Monate.

(2) Die Pflicht zur Unterstützung nach § 21 Absatz 1 und 3 des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes (BbgDSG) besteht nur gegenüber Beamtinnen und Beamten der Dienststelle des oder der Landesbeauftragten für den Datenschutz, die zum Umgang mit Verschlusssachen ermächtigt und förmlich zur Geheimhaltung verpflichtet sind. Diesen Personen hat die Verfassungsschutzbehörde uneingeschränkten Zugang ohne Behinderungen zu gewähren.“

25. Der bisherige Abschnitt „Sechster Abschnitt“ wird zum Abschnitt „Siebter Abschnitt“.

Begründung:

Zu Nummer 1:

Es erfolgen redaktionelle Anpassungen.

Zu Nummer 2:

Nummer 5 wird geändert.

Zu Buchstabe a:

Buchstabe a Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe aaa wird neu gefasst. Danach ist der Einsatz von Vertrauensleuten (oder „Verdeckt Informationsgebenden“) nicht mehr erlaubt. Denn dieses nachrichtendienstliche Mittel ist hochgradig risikobehaftet, im Vorfeld der polizeilichen Gefahrenabwehr nicht zielführend und unter Aspekten des Verfassungsschutzes (im wörtlichen Sinne) oft kontraproduktiv. Dieser Schluss lässt sich aus den Erkenntnissen des NSU-Untersuchungsausschusses ziehen.

Verdeckt arbeitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden künftig nicht mehr als „Verdeckte Ermittler“ bezeichnet, sondern als „Verdeckte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, da Ermittlungen nicht zum Aufgabenspektrum des Verfassungsschutzes gehören.

Zu Buchstabe b:

Buchstabe b wird neu gefasst. Dadurch ist es nicht mehr vorgesehen, dass eine Dienstvorschrift erlassen wird, die Straftatbestände aufzählt, die beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel verwirklicht werden dürfen. Der bisher bestehende Widerspruch zu der Vorschrift, dass beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel keine Straftaten begangen werden dürfen, wird damit beseitigt.

Zu Nummer 3:

Die Nummer 6 wird neu gefasst und in diesem Zusammenhang auch § 6a neu gefasst. Außerdem wird § 6b gestrichen, der den Einsatz von „Verdeckt Informationsgebenden“ an Stelle von Vertrauensleuten regeln sollte. Der Einsatz von „Verdeckt Informationsgebenden“ ist nicht erlaubt (vgl. Nummer 2 Buchstabe a).

In § 6a werden die „Verdeckt Ermittelnden“ nunmehr als „Verdeckte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ bezeichnet. Bisher hat in § 6a ein anleitender Tatbestand gefehlt. Mit dem neuen Absatz 1 werden nun Tatbestandsvoraussetzungen geschaffen, durch die die Anleitungs- und Begrenzungsfunktion sichergestellt wird.

Absatz 1 Satz 1 hat einen sehr offen gefassten Eingriffsanlass, der sich auf Eingriffe von geringerer Eingriffsintensität bezieht, mit denen der Verfassungsschutz in noch weitgehend diffusen Lagen Anhaltspunkte gewinnen soll, auf deren Grundlage dann gezieltere Maßnahmen eingesetzt werden können. Der Einsatz Verdeckter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat geringe Eingriffsintensität in einer Frühphase der Einsatztätigkeit, in der eher ungezielt erste Erkenntnisse über eine Bestrebung oder Tätigkeit beschafft werden sollen.

Absatz 1 Satz 2 regelt den dauerhaften Einsatz zur gezielten und systematischen Aufklärung von Bestrebungen nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 und 4. Dieser ist nur zulässig, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass die Bestrebungen auch auf kämpferisches und aggressives Verhalten im Sinne des § 4 Absatz 2 beinhalten.

Absatz 2 Satz 1 stellt klar, dass verdeckte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Straftaten begehen dürfen. Satz 2 regelt die unverzügliche Beendigung des Einsatzes und die Pflicht zur Unterrichtung der Strafverfolgungsbehörde, wenn zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass Verdeckte Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter einen Straftatbestand verwirklicht haben. Durch den Verzicht auf Ausnahmeregelungen wird ausgeschlossen, dass Grauzonen entstehen, die Raum für Fehlentwicklungen bieten.

Zu Nummer 4:

Die neue Nummer 12 regelt, dass die Parlamentarische Kontrollkommission deutlich frühzeitiger informiert werden muss, wenn der Verfassungsschutz betroffene Personen noch nicht benachrichtigt hat, nachdem mit nachrichtendienstlichen Mitteln bei ihnen Informationen, insbesondere personenbezogene Daten erhoben worden sind. Demnach ist die Kommission sechs Monate statt erst drei Jahre nach Beendigung des Eingriffes zu unterrichten, sofern noch keine Mitteilung an die betroffene Person erfolgt ist. Auf diese Weise hat die Kommission früher die Möglichkeit, im Falle einer Fehlentscheidung des Verfassungsschutzes zu intervenieren.

Zu Nummer 5:

Die neue Nummer 13 wurde neu gefasst, so dass die „Besonderen Auskunftersuchen“ im Vergleich zum Gesetzentwurf reduziert und eingeschränkt werden, damit Grundrechte von Betroffenen weitergehend geschützt sind.

So kann der Verfassungsschutz nach § 14a Absatz 2 Nummer 1 nicht bei allen Verkehrsunternehmen, sondern stattdessen nur bei Luftfahrtunternehmen Kundendaten abrufen, sofern tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1 vorliegen.

Nach Absatz 3 können bei Telekommunikationsdienste-Anbietern keine Daten verlangt werden, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird.

In Absatz 5 wurde die Regelung gestrichen, wonach das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung oder seine Vertretung die Möglichkeit gehabt hätte, „bei Gefahr in Verzug“ den Vollzug bestimmter Auskunftersuchen bereits anzuordnen, bevor die G 10-Kommission unterrichtet wird. „Bei Gefahr in Verzug“ muss jedoch die Polizei handeln, die für Gefahrenabwehr und Strafverfolgung zuständig ist – nicht der Verfassungsschutz.

Der Absatz 9, der Betreiber von Videoüberwachungsanlagen verpflichtet hätte, der Verfassungsschutzbehörde Aufzeichnungen auszuleiten, wenn dies zur Aufklärung von Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne von § 2 Absatz 1 dieses Gesetzes mit erheblicher Bedeutung erforderlich wäre, wurde gestrichen.

Zu Nummer 6:

Die bisherige Nummer 13 bis 16 werden die Nummern 14 bis 17.

Zu Nummer 7:

Nach der neuen Nummer 17 wird eine Nummer 18 eingefügt.

Demnach wird in § 23 ein Satz angefügt, der regelt, dass sich die Kontrollzuständigkeit der Parlamentarischen Kontrollkommission auch auf die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörde mit anderen Behörden erstreckt sowie auf die ministerielle Dienst- und Fachaufsicht über die Verfassungsschutzabteilung. Dies dient der Klarstellung, um auszuschließen, dass die entsprechenden Arbeitsbereiche unkontrolliert bleiben.

Zu Nummer 8:

Nach der neuen Nummer 18 wird eine Nummer 19 eingefügt.

Zu Buchstabe a:

Nach § 24 Absatz 1 wird ein Absatz 2 eingefügt, der regelt, dass für jedes Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission ein Vertreter oder eine Vertreterin zu wählen ist. Dadurch soll sichergestellt werden, dass bei Krankheit eines Mitglieds die jeweiligen Fraktionen trotzdem in Sitzungen der Kommission vertreten ist.

Zu Buchstabe b:

Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

Zu Buchstabe c:

Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

Zu Nummer 9:

Die bisherige Nummer 17 wird Nummer 20. Die Nummern 20 und 21 strukturieren die Vorschriften zur parlamentarischen Kontrolle neu.

§ 25 regelt nunmehr nur noch die Pflichten der Landesregierung im Hinblick auf die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission.

Die Unterrichtungspflichten gemäß Absatz 1 wurden im Vergleich zum Gesetzentwurf ergänzt beziehungsweise präzisierend ergänzt. So soll die Kommission nach Ziffer 4 generell über Vorgänge unterrichtet werden, mit denen ein Mitglied der Landesregierung befasst war, weil diese Vorgänge als solche von besonderer Bedeutung anzusehen sind. Außerdem wird mit den Ziffern 5 und 6 sichergestellt, dass die Kommission über die Einführung neuer technischer Verfahrensweisen, Dateien und Datenverarbeitungsmethoden sowie über die Genehmigung neuer Dienstvorschriften informiert wird.

Darüber hinaus soll die Kommission nach Ziffer 7 über gemeinsame und verbundene Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde mit Verfassungsschutzbehörden anderer Länder oder des Bundes unterrichtet werden. Denn Maßnahmen, die mit Behörden anderer Länder oder des Bundes realisiert werden, sind als solche von besonderer Bedeutung zu bewerten.

Die Unterrichtungspflichten gemäß Absatz 2 wurden ebenfalls ergänzt beziehungsweise präzisierend ergänzt. Danach ist die Parlamentarische Kontrollkommission nach Ziffer 4 über die Festlegung der zu beobachtenden Personenzusammenschlüsse zu unterrichten, nach Ziffer 9 über den Vollzug des Wirtschaftsplans im Haushaltsjahr, nach Ziffer 10 über Fortbildungsmaßnahmen und den Ausbildungsstand der Bediensteten sowie nach Ziffer 11 über bedeutsame Personalveränderungen.

Der hinzugefügte Absatz 4 sieht zudem eine Pflicht zur Unterrichtung des oder der Vorsitzenden der Parlamentarischen Kontrollkommission sowie des Präsidenten oder der Präsidentin des Landtags vor, sofern der Verfassungsschutz beabsichtigt, nachrichtendienstliche Mittel gegen ein Mitglied des Landtags oder gegen Personen einzusetzen, deren Mitarbeit Abgeordnete in Ausübung ihres Mandats in Anspruch nehmen.

Zu Nummer 10:

Die bisherige Nummer 18 wird Nummer 21.

Zu Buchstabe a:

Es erfolgt eine redaktionelle Änderung.

Zu Buchstabe b:

Es werden die neuen §§ 25a bis 25 c eingefügt.

§ 25a führt Sanktionen ein, für den Fall, dass die Landesregierung die Parlamentarische Kontrollkommission schuldhaft nicht, nicht vollständig, nicht zeitnah, nicht rechtzeitig oder nicht wahrheitsgemäß unterrichtet. Die Kommission kann dann mit Zustimmung von einem Fünftel der Mitglieder den Fall öffentlich mitteilen, und zwar mit substantieller Inhaltsangabe, oder dies auch einzelnen Mitgliedern ermöglichen. Ein entsprechendes Fehlverhalten soll als förmliches Dienstvergehen mit disziplinarer Folge behandelt werden. Die Regelung von Sanktionen soll dazu beitragen, dass die Unterrichtungspflichten befolgt werden.

§ 25b regelt die Befugnisse der Parlamentarischen Kontrollkommission und garantiert im Unterschied zum Gesetzentwurf Minderheitenrechte.

Absatz 1 regelt, dass jedes Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission die Einberufung einer Sitzung beantragen und damit eine Unterrichtung verlangen kann. Satz 2 regelt, dass der Innenminister oder die Innenministerin auf Verlangen eines Fünftels der Mitglieder auch über sonstige Vorgänge berichten muss, die nicht in § 25 bezeichnet sind. Dadurch wird eine umfassende Unterrichtung sichergestellt.

Absatz 2 regelt, dass ein Fünftel der Mitglieder alle für die Kontrollaufgaben der Kommission erforderlichen Auskünfte, Unterlagen, Akten- und Dateneinsicht, Stellungnahmen und den Zutritt zur Verfassungsschutzbehörde verlangen kann und dass mittels EDV-Technik ein erleichterter Einblick in elektronische Unterlagen der Verfassungsschutzbehörde ermöglicht werden soll. Hierdurch wird eine effektive parlamentarische Kontrolle garantiert.

Absatz 3 regelt, dass ein Fünftel der Mitglieder der Kommission Angehörige des Verfassungsschutzes sowie Bedienstete und Mitglieder der Landesregierung nach Unterrichtung der Landesregierung befragen kann, soweit überwiegende öffentliche oder private Belange nicht entgegenstehen. Der Innenminister oder die Innenministerin kann Einspruch erheben, wobei dieser schriftlich begründet werden muss. Die Entscheidung, ob der Einspruch angenommen wird oder nicht, liegt bei der Parlamentarischen Kontrollkommission. Dadurch werden die Befragungsrechte so weitgehend wie möglich sichergestellt.

In Absatz 5 Satz 1 und Absatz 6 werden die bisherigen Absätze 6 und 7 des § 25 übernommen. Gemäß Absatz 5 Satz 2 ist auf Antrag eines Mitglieds der Parlamentarischen Kontrollkommission dem oder der Landesbeauftragten für den Datenschutz Gelegenheit zur Stellungnahme in Fragen des Datenschutzes zu geben, so dass auch die Überwachung des Datenschutzes im Rahmen der parlamentarischen Kontrolle sichergestellt ist.

In Absatz 7 wird die Regelung zur Einsetzung eines Sachverständigen aus Nummer 19 Buchstabe a des Gesetzentwurfs übernommen, wobei seine Einsetzung mit einfacher Mehrheit statt mit Zwei-Drittel-Mehrheit möglich sein soll. Die Arbeit eines Sachverständigen kann von großer Bedeutung sein, weshalb eine Zwei-Drittel-Mehrheit eine zu hohe Hürde darstellt. Außerdem werden in Absatz 6 redaktionelle Anpassungen vorgenommen.

Absatz 8 regelt, dass die Parlamentarische Kontrollkommission den Haushalt der Verfassungsschutzbehörde berät. Damit wird die parlamentarische Kontrolle erweitert.

Absatz 9 soll die Parlamentarische Kontrollkommission in die Lage versetzen, die Beteiligung des Brandenburger Verfassungsschutzes an gemeinsamen Maßnahmen mit Verfassungsschutzbehörden anderer Länder und/oder des Bundes besser zu kontrollieren, indem auch Bedienstete der anderen beteiligten Behörden befragt werden können, sofern das die gesetzlichen Regelungen der jeweiligen Länder und/oder des Bundes zulassen.

Absatz 10 schafft die Möglichkeit für die Parlamentarische Kontrollkommission, sich mit Parlamentarischen Kontrollgremien anderer Länder und des Bundes über gemeinsame Maßnahmen und/oder den Datenaustausch von Behörden der entsprechenden Länder und/oder des Bundes ihrem Auftrag entsprechend auszutauschen. Analog dazu wird es einzelnen Mitgliedern der Kommission ermöglicht, sich mit Mitgliedern anderer Kontrollgremien auszutauschen. Damit soll von Brandenburger Seite die Voraussetzung dafür geschaffen werden, das Kontrolldefizit zu beheben, das bezüglich gemeinsamen und verbundenen Tätigkeiten der Verfassungsschutzbehörden besteht. Im Unterschied zu den Behörden arbeiten die Kontrollgremien bisher noch nicht zusammen, weshalb sie sich bis dato bei der Kontrolle auf die Teilarbeit der dem jeweiligen Land oder dem Bund zugeordneten Behörde beschränken müssen.

§ 25 c fasst die Vorschriften zusammen, die zuvor in Nummer 17 Buchstabe c und Buchstabe d des Gesetzentwurfs geregelt waren. Somit wird der Umgang der Parlamentarischen Kontrollkommission mit Hinweisen, die sie durch Dritte erhält, in einer Vorschrift geregelt. Im Vergleich zum Gesetzentwurf wird die Whistleblower-Regelung für Bedienstete des Verfassungsschutzes erweitert, indem sie die Möglichkeit erhalten, sich auch an einzelne Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission zu wenden, so dass ihr Name weiteren Mitgliedern der Kommission nicht bekannt wird.

Zu Buchstabe c:

Der bisherige § 25a wird § 25d. Außerdem erfolgt eine redaktionelle Anpassung.

Zu Buchstabe d:

Der bisherige § 25b wird zu § 25d. Er wird dahingehend geändert, dass der Vorschlag zur Ernennung des Ständigen Bevollmächtigten oder der Ständigen Bevollmächtigten mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission beschlossen werden muss. Die oder der Ständige Bevollmächtigte übernimmt für die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission die Vorbereitung der Ausschusssitzungen und auf ihre Weisung hin auch die Ermittlungen zu einzelnen Sachverhalten. Sie oder er nimmt damit eine große Bedeutung für die Ausübung der parlamentarischen Kontrolle ein. Zudem wird sie oder er für die Dauer von fünf Jahren benannt. Dies erfordert, dass die Ständige Bevollmächtigte oder der Ständige Bevollmächtigte von einer breiten Mehrheit der Parlamentarischen Kontrollkommission getragen wird.

Zu Nummer 11:

Die bisherige Nummer 19 wird Nummer 22.

Zu Buchstabe a:**Zu Doppelbuchstabe aa:**

Es wird klargestellt, dass die Parlamentarische Kontrollkommission nur dann nicht öffentlich tagt, soweit es Belange des Geheimschutzes oder des Datenschutzes zwingend erfordern. Diese Klarstellung ist wichtig, weil öffentliche Sitzungen der Kontrollkommission die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes transparent machen und daher anzustreben sind.

Zu Doppelbuchstabe bb:

Trotz Geheimhaltungserfordernissen und folglich unter Wahrung der Geheimhaltung bekommen Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission die Möglichkeit, die Vorstände ihrer Landtagsfraktionen über wichtige Angelegenheiten aus den Beratungen der Kommission zu unterrichten. Dadurch wird die parlamentarische Kontrolle gestärkt.

Soweit nach nicht-öffentlichen Beratungen der Kommission festgestellt wird, dass die Inhalte der Beratungen nicht oder nur teilweise einer Geheimhaltung bedürfen, können ein Fünftel der Mitglieder beschließen, dass die Öffentlichkeit über die Beratungen informiert wird und die Beratungen auch bewertet werden. Dabei hat jedes Mitglied das Recht auf ein abweichendes Votum (Sondervotum). Dies dient der Transparenz der parlamentarischen Nachrichtendienst-Kontrolle. Aus diesem Grund soll die Kommission auch öffentliche Anhörungen des Leiters oder der Leiterin der Verfassungsschutzabteilung durchführen, soweit keine Geheimhaltungserfordernisse entgegenstehen. Neben der Transparenz dient dies der Information der Öffentlichkeit – etwa durch Lagebilder des Verfassungsschutzes.

Zu Buchstabe b:

Nach Absatz 3 sind die Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission auf Tonträger aufzunehmen. Die Sitzungen und Kontrollen der Kommission sind zu protokollieren, damit später überprüfbar ist, ob die Kommission von der Landesregierung korrekt und ausreichend informiert worden ist und zu welchen Ergebnissen die Kommission gekommen ist. Der NSU-Untersuchungsausschuss konnte nämlich auf der vorhandenen Aktenbasis nicht überprüfen, ob die Kontrollkommission einst bezüglich seiner Untersuchungsgegenstände zutreffend und umfassend informiert worden ist, weil in den Protokollen nur der Sitzungsverlauf in groben Zügen aber praktisch keine Inhalte dokumentiert waren.

Absatz 4 regelt, dass die Mitglieder der Kommission Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen der Fraktion zur Unterstützung ihrer Arbeit benennen können, die zum Umgang mit Verschlussachen ermächtigt und förmlich zur Geheimhaltung verpflichtet sind. Im Unterschied zum Gesetzentwurf sollen die Mitarbeitenden regelmäßig an den Sitzungen der Kommission teilnehmen können, wie das auch in Untersuchungsausschüssen mit geheimhaltungsbedürftigen Untersuchungsgegenständen üblich ist. Dies dient der effektiveren und kontinuierlicheren parlamentarischen Kontrolle.

Zu Buchstabe c:

Der bisherige Absatz 3 wird zu Absatz 5.

Dieser Absatz wird dahingehend ergänzt, dass jedes Mitglied das Recht hat, Berichte der Parlamentarischen Kontrollkommission um ein Sondervotum zu ergänzen, um abweichende Meinungen darlegen zu können.

Zu Nummer 12:

Es werden die Nummern 23 bis 25 angefügt.

Unter Nummer 23 wird im neu eingeführten § 26a die Brandenburger Verfassungsschutzbehörde dazu verpflichtet, auch Parlamentarischen Kontrollgremien anderer Länder und des Bundes im Rahmen von deren gesetzlichem Auftrag Auskünfte zu erteilen, soweit der Brandenburger Verfassungsschutz an gemeinsamen Maßnahmen und/oder dem Datenaustausch mit den Verfassungsschutzbehörden der jeweiligen Länder und/oder des Bundes beteiligt war. Damit schafft Brandenburg seinerseits die Voraussetzung für eine perspektivisch möglichst lückenlose parlamentarische Nachrichtendienst-Kontrolle in Deutschland. Dadurch wird es anderen Parlamentarischen Kontrollgremien ermöglicht, sich im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags ein umfassendes Bild von gemeinsamen Maßnahmen und/oder vom Datenaustausch der Verfassungsschutzbehörden zu machen.

Unter Nummer 24 wird ein neuer „Sechster Abschnitt“ eingefügt, in dem die „Unabhängige Datenschutzkontrolle“ des Verfassungsschutzes geregelt wird. § 26b regelt die Kontrolle des Verfassungsschutzes durch die Dienststelle des oder der Landesbeauftragten für den Datenschutz. Durch sie ist gemäß Absatz 1 mindestens alle 12 Monate die Einhaltung der Datenschutzvorschriften bei der Verfassungsschutzbehörde zu kontrollieren. Damit wird eine regelmäßige unabhängige Datenschutzkontrolle beim Verfassungsschutz sichergestellt.

Absatz 2 regelt, dass Bedienstete der Landedatenschutzbeauftragten oder des Landesdatenschutzbeauftragten, die zum Umgang mit Verschlusssachen ermächtigt und förmlich zur Geheimhaltung verpflichtet sind, uneingeschränkten Zugang zur Verfassungsschutzbehörde erhalten. Das dient der Sicherstellung einer umfassenden Datenschutzkontrolle.

Nummer 25 enthält eine redaktionelle Anpassung.

Gesetzentwurf

der Präsidentin

Fünftes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf

der Präsidentin

Fünftes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften

A. Problem

Die jährliche Anpassung der Entschädigung der Abgeordneten an die Einkommensentwicklung und den Verbraucherpreisindex (§ 5 Absatz 6 des Abgeordnetengesetzes) läuft zum 25. März 2020 aus.

Für die Parlamentarische Kontrollkommission ist mit Blick auf die Einsetzungs- und Verfahrensbestimmungen die Mitwirkung möglichst aller Fraktionen noch nicht optimal sichergestellt.

Trotz der engen Verflechtung der Aufgabenbereiche und Tätigkeiten sowohl der Parlamentarischen Kontrollkommission als auch der G 10-Kommission als zur Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden berufenen Gremien und der damit verbundenen Aufgaben der oder des Ständigen Bevollmächtigten der Parlamentarischen Kontrollkommission (§ 25b BbgVerfSchG) fehlt es bisher an einer ausdrücklichen gesetzlichen Grundlage für diejenigen unterstützenden Tätigkeiten, die die oder der Bevollmächtigte für die G 10-Kommission übernehmen darf. Es fehlt überdies noch an Regelungen, die das Zusammenwirken der oder des Ständigen Bevollmächtigten im Organisationsgefüge der Landtagsverwaltung regeln.

B. Lösung

Die jährliche Anpassung der Entschädigung an die Einkommensentwicklung und den Verbraucherpreisindex (Indexierungsverfahren) wird auf die gesamte siebte Wahlperiode erstreckt.

Die Einsetzungs- und Verfahrensbestimmungen der Parlamentarischen Kontrollkommission werden unter dem Gesichtspunkt angepasst, möglichst allen im Landtag vertretenen Fraktionen die Mitwirkung zu ermöglichen. Zudem wird die Tätigkeit der oder des Ständigen Bevollmächtigten und die Tätigkeit des der Parlamentarischen Kontrollkommission zugeordneten Personals in Bezug auf die Unterstützungsleistungen in inhaltlicher und organisatorischer Art präzisiert.

Es wird darüber hinaus eine gesetzliche Grundlage für die Unterstützungstätigkeit der oder des Ständigen Bevollmächtigten gemäß § 25a BbgVerfSchG auch für die G 10-Kommission geschaffen.

Zudem werden die Regelungen zu der oder dem Ständigen Bevollmächtigten um Bestimmungen ergänzt, die ihr oder ihm ermöglichen, mithilfe des ihr oder ihm zur Verfügung gestellten Personals der Landtagsverwaltung (siehe Drs. 6/11538-B unter Nummer 1 Buchstabe b) neben der fachlichen auch die organisatorische Unterstützung der Parlamentarischen Kontrollkommission und der G 10-Kommission zu gewährleisten.

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Wird das Indexierungsverfahren nicht fortgesetzt, muss für die Anpassung der Entschädigung der Abgeordneten zur gesetzlichen Anpassung im Einzelfall zurückgekehrt werden.

Ohne eine Anpassung der Einsetzungs- und Verfahrensbestimmungen ist eine – auch den Geheimschutz angemessen berücksichtigende – Mitwirkung aller Fraktionen in der Parlamentarischen Kontrollkommission nur erschwert zu erreichen.

Wird auf eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage für die Unterstützungstätigkeit der oder des Ständigen Bevollmächtigten gemäß § 25a BbgVerfSchG verzichtet, fehlt es an einer eindeutigen Regelung dazu, ob und in welcher Weise die oder der Ständige Bevollmächtigte auch die G 10-Kommission konkret fachlich unterstützen kann.

II. Zweckmäßigkeit

Die benannten gesetzlichen Regelungen sind zweckmäßig.

III. Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Eine Erhöhung der finanziellen Aufwendungen im Vergleich zu dem bisherigen Verfahren für die Entschädigung der Abgeordneten ist mit der vorgeschlagenen Regelung zu § 5 Absatz 6 AbgG nicht verbunden.

Die konkrete Regelung der Unterstützungstätigkeit der oder des Ständigen Bevollmächtigten verursacht keine höheren Ausgaben für Personal- oder Sachmittel.

D. Zuständigkeiten

Die Federführung für diese Gesetzesinitiative liegt bei der Präsidentin des Landtages Brandenburg, da alle betroffenen Gesetzgebungsgegenstände dem Parlamentsrecht zuzuordnen beziehungsweise entsprechende Vorschriften von der Präsidentin des Landtages zu vollziehen sind.

Gesetzentwurf für ein

Fünftes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Abgeordnetengesetzes

In § 5 Absatz 6 des Abgeordnetengesetzes vom 19. Juni 2013 (GVBl. I Nr. 13), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. November 2019 (GVBl. I Nr. 52, S. 8) geändert worden ist, wird das Wort „siebten“ durch das Wort „achten“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes

Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 78), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 29) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 24 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Der Landtag beschließt über ihre Größe, die neun Mitglieder nicht übersteigen soll, sowie über ihre Zusammensetzung und wählt das vorsitzende Mitglied, das stellvertretend vorsitzende Mitglied sowie die übrigen Mitglieder.“

2. § 25a wird wie folgt geändert:

- a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Vor der Entscheidung gemäß § 3 Absatz 1 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes in der jeweils geltenden Fassung über eine Beschränkungsmaßnahme kann die G 10-Kommission die Ständige Bevollmächtigte oder den Ständigen Bevollmächtigten um eine Stellungnahme hierzu ersuchen.“

- b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die oder der Ständige Bevollmächtigte bereitet die Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sowie deren Berichte an das Plenum des Landtags fachlich vor und betreut die Sitzungen inhaltlich und organisatorisch.“

3. § 25b wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die oder der Ständige Bevollmächtigte untersteht der Dienstaufsicht durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landtages.“

b) Folgender Absatz 9 wird angefügt:

„(9) Der Parlamentarischen Kontrollkommission werden nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes und der dazu gefassten Beschlüsse des Landtages zur Unterstützung Personal der Landtagsverwaltung zugeordnet und Sachmittel zur Verfügung gestellt. Die oder der Ständige Bevollmächtigte ist gegenüber dem der Kommission zugeordneten Personal der Landtagsverwaltung fachlich weisungsbefugt.“

4. § 26 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Parlamentarische Kontrollkommission gibt sich eine Geschäftsordnung; für Abstimmungen gilt, dass im Falle der Stimmengleichheit die Stimme des vorsitzenden Mitglieds den Ausschlag gibt. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Landtages.“

Artikel 3

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes

Das Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 14. Dezember 1995 (GVBl. I S. 286), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 8. Mai 2018 (GVBl. I Nr. 8 S. 16) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2 Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

„(7) Die Sitzungen der Kommission werden inhaltlich und organisatorisch von der oder dem für die Parlamentarische Kontrollkommission ernannten Ständigen Bevollmächtigten und dem gemäß § 25b Absatz 9 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes der Parlamentarischen Kontrollkommission zugeordneten Personal der Landtagsverwaltung betreut. Der G 10-Kommission wird die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Sachausstattung zur Verfügung gestellt.“

2. Dem § 3 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die Kommission kann den oder die für die Parlamentarische Kontrollkommission gemäß § 25b des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes ernannten Ständigen Bevollmächtigten ersuchen, eine fachliche Stellungnahme zu einer Beschränkungsmaßnahme abzugeben.“

Artikel 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin des Landtages Brandenburg

Dr. Ulrike Liedtke

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Das mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 20. April 2017 (GVBl. I Nr. 7) für den sechsten Landtag eingeführte Verfahren zur indexierten jährlichen Anpassung der Entschädigung hat sich bewährt und soll für den siebten Landtag übernommen werden.

Für die Parlamentarische Kontrollkommission zur Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden des Landes soll mit geeigneten Einsetzungs- und Verfahrensvorschriften verbesserte Möglichkeiten geschaffen werden, die angemessene Vertretung der parlamentarischen Opposition in einem Parlament zu gewährleisten, in dem sowohl die Regierung als auch die Opposition durch mehrere Fraktionen repräsentiert werden, und dennoch zugleich eine Abbildung der politischen Kräfteverhältnisse im Landtag ermöglicht werden. Denn nicht zuletzt erhalten seit der siebten Wahlperiode alle Fraktionen gleichermaßen zusätzliche Mittel zur Unterstützung des von ihnen jeweils entsandten Mitglieds. Zu diesem Zweck soll unmittelbar der Landtag über das vorsitzende Mitglied und das stellvertretend vorsitzende Mitglied entscheiden. Damit wird die Stellung des vorsitzenden Mitglieds innerhalb der Kommission gestärkt. Dies bildet wiederum die Rechtfertigung für eine Regelung, der zufolge die Stimme des vorsitzenden Mitglieds bei Stimmengleichheit bei einer Abstimmung den Ausschlag gibt.

Der oder dem Ständigen Bevollmächtigten der Parlamentarischen Kontrollkommission (§ 25a BbgVerfSchG) soll ausdrücklich die Möglichkeit gegeben werden, die G 10-Kommission fachlich durch Stellungnahmen zu Einzelmaßnahmen zu unterstützen.

Zudem werden die Regelungen zu der oder dem Ständigen Bevollmächtigten um Bestimmungen ergänzt, die ihr oder ihm ermöglichen, im Zusammenwirken mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung neben der fachlichen auch die inhaltliche und organisatorische Unterstützung der Parlamentarischen Kontrollkommission und der G 10-Kommission zu gewährleisten.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Abgeordnetengesetzes):

Das Anpassungsverfahren für die Höhe der Entschädigung ist mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 20. April 2017 (GVBl. I Nr. 7) für den sechsten Landtag als sogenanntes Indexierungsverfahren gestaltet worden. Das bedeutet, die Höhe der Entschädigung wurde ab diesem Zeitpunkt jährlich ohne einen erneuten Gesetzesbeschluss auf der Grundlage der Feststellungen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg an Veränderungen bei der Einkommensentwicklung (§ 5 Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 4 AbgG) beziehungsweise an die Veränderungen beim Verbraucherpreisindex des Landes Brandenburg (§ 5 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 6 AbgG) angepasst. Das Anpassungsverfahren wird nach der geltenden Bestimmung zum letzten Mal für die Anpassung der Entschädigung für das Jahr 2020

angewandt und endet dann. Mit der Geltungszeitbegrenzung für den sechsten Landtag wurde – entsprechend den verfassungsgerichtlichen Vorgaben zur Gestaltung des Indexierungsverfahrens – dem siebten Landtag die eigenständige gesetzgeberische Entscheidung über die Fortführung dieses Verfahrens übertragen. Das Verfahren der Indexierung hat sich bewährt: Es hat seit seiner Anwendung zu einer jeweils der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes angemessenen Anpassung der Abgeordnetenentschädigung geführt. Es soll deshalb auch für die gesamte Legislaturperiode des siebten Landtages fortgeführt werden.

Zu Artikel 2 (Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes):

Bei der Einrichtung der Kontrollkommission ist sicherzustellen, dass eine angemessene Beteiligung sowohl der Regierungsfraktionen als auch der durch verschiedene Fraktionen repräsentierten Opposition gewährleistet wird. Aus Gründen des Geheimschutzes ist dabei eine weitere Anhebung der maximalen Mitgliederzahl der Kommission kein geeignetes Mittel, um dieser Forderung gerecht zu werden. Vielmehr soll zu diesem Zweck die Stellung des vom Landtag unmittelbar gewählten vorsitzenden Mitglieds und des stellvertretend vorsitzenden Mitglieds der Kommission gestärkt werden, indem ihm der Stichentscheid im Falle einer Stimmgleichheit zugewiesen wird.

Bereits im bestehenden Regelwerk sind die Tätigkeiten der Parlamentarischen Kontrollkommission und der G 10-Kommission als Kontrollgremien eng miteinander verknüpft. Dies gilt auch für die unterstützende Tätigkeit der oder des Ständigen Bevollmächtigten, die oder der gemäß § 25a Absatz 3 Satz 2 regelmäßig an den Sitzungen der G 10-Kommission teilnimmt. Während die Art und Weise der unterstützenden Tätigkeit der oder des Ständigen Bevollmächtigten für die Parlamentarische Kontrollkommission jedoch bereits gesetzlich genau beschrieben ist (regelmäßige und einzelfallbezogene Untersuchungen auf Weisung und im Rahmen der Erfüllung der Vorgaben der Parlamentarischen Kontrollkommission gemäß § 25a Absatz 1 und 2, Vorbereitung der Sitzungen der parlamentarischen Kontrollkommission und Vorbereitung von deren Berichten an das Plenum, § 25a Absatz 3) fehlte bisher noch eine gesetzliche Beschreibung der möglichen Unterstützungstätigkeit für die G 10-Kommission.

Zu Nummer 1:

Mit der Wahl des vorsitzenden Mitglieds sowie des stellvertretend vorsitzenden Mitglieds der Parlamentarischen Kontrollkommission unmittelbar durch den Landtag anstatt wie bisher durch die Kommission selbst, wird dessen Legitimation gestärkt, sodass seiner Stimme in der Folge im Falle der Stimmgleichheit ein erhöhtes Stimmgewicht in Form des Stichentscheids zugewiesen werden kann. Damit können wiederum die im Landtag herrschenden Mehrheitsverhältnissen gegebenenfalls die auch bei einer aus weniger als neun Personen zusammengesetzten Kommission angemessen abgebildet werden.

Zu Nummer 2:

Zu Buchstabe a:

Anders als die Parlamentarische Kontrollkommission, die „umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde“ und nur auf Verlangen über Einzelfälle unterrichtet wird (§ 25 Absatz 1 Satz 1), entscheidet die G 10-

Kommission anstelle eines Gerichts über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Einzelmaßnahmen (§ 3 Absatz Satz 3 G10AGBbg). Die nunmehr ausdrücklich formulierte Art der Unterstützungstätigkeit der oder des Ständigen Bevollmächtigten für die G 10-Kommission orientiert sich an dieser Aufgabenstellung: Die G 10-Kommission kann für die Vorbereitung ihrer Entscheidung über eine Einzelmaßnahme eine Stellungnahme der oder des Ständigen Bevollmächtigten einholen.

Zu Buchstabe b:

Indem sowohl die fachliche Vorbereitung der Sitzung und des Berichts an das Plenum als auch inhaltliche und organisatorische Betreuung der Sitzung als Aufgaben der oder des Ständigen Bevollmächtigten ausdrücklich benannt werden, ist klagestellt, dass die Betreuung der Kommission nicht ineffektiv zwischen dem Ausschussdienst und der oder dem Ständigen Bevollmächtigten aufgeteilt wird, sondern „aus einer Hand“ erfolgen soll.

Zu Nummer 3:

Zu Buchstabe a:

Der Begriff der Dienstaufsicht beschreibt die allgemeine Aufsichts- und Weisungsbefugnis der oder des Vorgesetzten gegenüber den ihr oder ihm unterstellten Beamten und sonstigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Gegenüber dem Personal des Landtages übt die Landtagspräsidentin oder der Landtagspräsident gemäß § 106 Absatz 3 Landesbeamtengesetz die Dienstaufsicht aus. Da der oder die ständige Bevollmächtigte in einem an das Beamtenverhältnis angelehnten, öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis steht, ist auch für sie oder ihn eine allgemeine Dienstaufsicht vorzusehen, die innerhalb der Landtagsverwaltung sinnvollerweise nur bei der Landtagspräsidentin oder dem Landtagspräsidenten angesiedelt sein kann.

Demgegenüber hat die Parlamentarische Kontrollkommission bereits bisher das Recht, der oder dem Ständigen Bevollmächtigten bestimmte Prüfungsaufgaben zuzuweisen (§ 25 a Absatz 2 Satz 1). Die oder der ständige Bevollmächtigte hat zudem nun die gesetzlich allgemein definierte Aufgabe, die Parlamentarische Kontrollkommission und ihre Mitglieder zu unterstützen (allgemeine Unterstützungspflicht: § 25a Absatz 1, fachliche Vorbereitung sowie inhaltliche und organisatorische Betreuung der Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission und Vorbereitung der Berichte an das Plenum des Landtags: § 25a Absatz 3 Satz 1). Zudem erlässt die Kommission Richtlinien für die Tätigkeit der oder des Ständigen Bevollmächtigten (§ 25a Absatz 5). Die genannten Bestimmungen stellen sicher, dass die Kommission jederzeit die Steuerung und Kontrolle über die fachlich unterstützende Tätigkeit der oder des Ständigen Bevollmächtigten ausübt.

Zu Buchstabe b:

Mit dieser Bestimmung werden die notwendigen Regelungen getroffen, um die Tätigkeit der oder des Ständigen Bevollmächtigten in Person in die Organisationsstruktur der Landtagsverwaltung als Dienstleisterin für den Landtag effektiv einzubinden.

Zu Nummer 4:

Der Stichentscheid durch das vorsitzende Mitglied der Kommission im Falle der Stimmengleichheit wird als Verfahrensregel unmittelbar gesetzlich geregelt. Im Übrigen bleibt es bei der langjährig bewährten Vorgabe, dass sich die Kommission eine Geschäftsordnung gibt. Soweit diese spezielleren Rechtsgrundlagen für die Tätigkeit der Kommission keine Regelungen enthalten, gelten die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Landtages (GOLT).

Zu Artikel 3 (Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes):

Wegen des engen thematischen Zusammenhangs und der engen Verknüpfung der Aufgaben und Tätigkeiten der Parlamentarischen Kontrollkommission mit denjenigen der G 10-Kommission wird die Verantwortlichkeit für die inhaltliche und organisatorische Betreuung der G 10-Kommission ausdrücklich mit der gleichgear-teten Verantwortlichkeit der oder des Ständigen Bevollmächtigten für die Parla-mentarischen Kontrollkommission gemäß § 25a Absatz 3 BbgVerfSchG zusam-mengefasst. Die Möglichkeit der G 10-Kommission, die Ständige Bevollmächtigte oder den Ständigen Bevollmächtigten der Parlamentarischen Kontrollkommission um eine Stellungnahme in Bezug auf die Entscheidung über eine Einzelmaßnah-me zu ersuchen, wird als Befugnis der G 10-Kommission in der für dieses Gremi-um einschlägigen Rechtsgrundlage verankert.

Zu Artikel 4 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten):

Das Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Hauptausschusses

ZU:

Gesetzentwurf der Präsidentin - Fünftes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften - Drucksache 7/247 vom 29.11.2019

und

Änderungsantrag der AfD-Fraktion - Drucksache 7/524 vom 21.01.2020

und

Änderungsantrag der AfD-Fraktion - Drucksache 7/525 vom 21.01.2020

Berichterstatter:

Abgeordneter Erik Stohn (SPD)

Beschlussempfehlung:

1. Der Landtag möge den Änderungsantrag der AfD-Fraktion - Drucksache 7/524 - ablehnen.
2. Der Landtag möge den Änderungsantrag der AfD-Fraktion - Drucksache 7/525 - ablehnen.
3. Der Landtag möge den Gesetzentwurf in der vom Hauptausschuss beschlossenen Fassung (Anlage 1) annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag überwies den Gesetzentwurf der Präsidentin in seiner 4. Sitzung am 11. Dezember 2019 zur Beratung an den Hauptausschuss. Der zuvor gestellte Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/305, gilt gemäß § 48 Absatz 2 Vorläufige Geschäftsordnung als mitüberwiesen.

Noch vor der Schlussabstimmung überwies der Landtag in seiner 7. Sitzung am 22. Januar 2020 den Gesetzentwurf zur erneuten Beratung gemäß § 45 Absatz 2 Vorläufige Geschäftsordnung an den Hauptausschuss. Die in dieser Sitzung des Landtages gestellten Änderungsanträge der AfD-Fraktion, Drucksachen 7/524 und 7/525, gelten ebenfalls nach § 48 Absatz 2 Vorläufige Geschäftsordnung als mitüberwiesen.

Der Gesetzentwurf sieht durch eine Änderung des Abgeordnetengesetzes vor, die jährliche Anpassung der Entschädigung der Abgeordneten an die Einkommensentwicklung und den Verbraucherpreisindex auf die 7. Wahlperiode zu erstrecken. Das Verfassungsschutzgesetz sowie das Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes sollen durch den Gesetzentwurf im Hinblick auf die Einsetzungs- und Verfahrensbestimmungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sowie die Unterstützung der G 10-Kommission durch den Ständigen Bevollmächtigten der Parlamentarischen Kontrollkommission geändert werden. So soll unter anderem der Landtag über die Größe, die Zusammensetzung sowie den Vorsitz der Parlamentarischen Kontrollkommission entscheiden.

Mit dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/305, sollen zeitgleiche Mandate im Landtag und im Deutschen Bundestag bzw. im Europäischen Parlament verhindert werden.

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 7/524, sieht vor, dass eine jährliche Anpassung der Entschädigung der Abgeordneten nicht erfolgen soll.

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 7/525, zielt darauf ab, die Vorschrift im Hinblick auf die Zusammensetzung und die Bestimmung des Vorsitzes der Parlamentarischen Kontrollkommission zu ändern, indem unter anderem keine Wahl des Vorsitzes und der Mitglieder durch den Landtag, sondern eine Bestimmung durch die Fraktionen erfolgen soll. Der größten Oppositionsfraktion soll das Bestimmungsrecht des Ausschussvorsitzes zustehen.

Der Hauptausschuss befasste sich in seiner 2. Sitzung, seiner 3. Sitzung, im Rahmen einer öffentlichen Anhörung in seiner 4. Sitzung und abschließend in seiner 5. Sitzung mit dem Gesetzentwurf und den dazugehörigen Änderungsanträgen.

B. Beratung

Der Hauptausschuss beriet den Gesetzentwurf erstmals in seiner 2. Sitzung am 15. Januar 2020. Zu dieser Beratung lagen neben dem mitüberwiesenen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/305, ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14. Januar 2020 (Anlage 2), ein Änderungsantrag des Vorsitzenden des Hauptausschusses, Neudruck (Anlage 3) sowie rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der Landtagsverwaltung vor.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14. Januar 2020 zielt darauf ab, die G 10-Kommission, für die der Ständige Bevollmächtigte der Parlamentarischen Kontrollkommission auch tätig werden soll, u. a. bei der Ernennung des Ständigen Bevollmächtigten mit einzubeziehen. Eine Fristanpassung im Volksabstimmungsgesetz sieht der Änderungsantrag des Vorsitzenden des Hauptausschusses vor.

In der Beratung am 15. Januar 2020 wurde ausführlich über den mit dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/305, eingebrachten Vorschlag, Doppelmandate zu untersagen, beraten.

Der Hauptausschuss votierte in seiner 2. Sitzung mehrheitlich für die Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/305. Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage 2) wurde mehrheitlich angenommen. Weiter nahm der Hauptausschuss den Änderungsantrag des Vorsitzenden (Neudruck) einstimmig ohne Enthaltung sowie die rechtsförmlichen Änderungsempfehlungen der Landtagsverwaltung an. Im Ergebnis empfahl der Hauptausschuss dem Landtag mehrheitlich, das Fünfte Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften, Drucksache 7/247, in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung anzunehmen.

Nach der erneuten Überweisung durch den Landtag in dessen 7. Sitzung am 22. Januar 2020 befasste sich der Hauptausschuss in seiner 3. Sitzung am 19. Februar 2020 erneut mit dem Gesetzentwurf sowie den erstmals mitüberwiesenen Änderungsanträgen der AfD-Fraktion, Drucksachen 7/524 und 7/525. Zudem lag den Ausschussmitgliedern ein weiterer Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13. Februar 2020 (Anlage 4) sowie ein Neudruck der rechtsförmlichen Änderungsempfehlungen der Landtagsverwaltung (Anlage 5) vor. Mit letzterem wurden, im Gegensatz zu den vorherigen Änderungsempfehlungen, lediglich in Artikel 3 eine zusätzliche rechtsförmliche Änderungsempfehlung aufgenommen. Der neue Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ändert wiederum das Verfassungsschutzgesetz und betrifft die Verarbeitung personenbezogener Daten von Minderjährigen, genauer der Gruppe der 16- bis 18-Jährigen.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/305, wurde im Laufe des Verfahrens von den Einbringern am 19. Februar 2020 zurückgenommen. Ein weiterer im Ausschuss eingebrachter Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 18. Februar 2020 wurde von der einbringenden Fraktion mit Schreiben vom 20. Februar 2020 ebenfalls wieder zurückgezogen.

In der 3. Sitzung des Hauptausschusses beantragte die AfD-Fraktion eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen.

Die öffentliche Anhörung fand in der 4. Sitzung des Hauptausschusses am 24. Februar 2020 statt. Ein Anzuhörender nahm daran teil und ging dabei auf die Entschädigungsregelung in Artikel 1 des Gesetzentwurfes sowie die in Artikel 2 normierte Änderungen des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes ein. Aus Sicht des Anzuhörenden habe eine Indexierung aus verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten keinen Bestand, da die Mitglieder des Landtages über ihre Entschädigungen entscheiden müssten. Bei der Besetzung des Parlamentarischen Kontrollkommission müsse die Spiegelbildlichkeit gewahrt werden, was mit der Änderung in dem Gesetzentwurf nicht gewährleistet sei. Zudem sprach er sich aus verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten für eine Benennung der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission durch die Fraktionen und nicht für eine Wahl durch den Landtag aus.

Die abschließende Beratung führte der Hauptausschuss in seiner 5. Sitzung am 25. Februar 2020 durch. Die Beschlussempfehlung und der Bericht des Hauptausschusses vom 17.01.2020, Drucksache 7/490, wurde für erledigt erklärt.

Die Fraktion DIE LINKE beantragte in Bezug auf Artikel 1 des Gesetzentwurfes die Teilung des Abstimmungsgegenstandes nach § 64 Absatz 2 Satz 1 Vorläufige Geschäftsordnung des Landtages.

Sodann lehnte der Hauptausschuss den Änderungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 7/524, betreffend Artikel 1 des Gesetzentwurfes mehrheitlich (3 : 7 : 1) ab.

Weiter nahm der Hauptausschuss die rechtsförmlichen Änderungsempfehlungen der Landtagsverwaltung (Neudruck) (Anlage 5) zu Artikel 1 einstimmig bei drei Enthaltungen (8 : 0 : 3) an.

Im Anschluss wurde der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14. Januar 2020 (Anlage 2) einstimmig bei drei Enthaltungen (8 : 0 : 3) angenommen.

Weiter nahm der Hauptausschuss den Änderungsantrag des Vorsitzenden (Neudruck) (Anlage 3) einstimmig ohne Enthaltung (11 : 0 : 0) an.

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 7/525, wurde mehrheitlich (3 : 8 : 0) abgelehnt.

Den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13. Februar 2020 (Anlage 4) nahm der Hauptausschuss einstimmig bei drei Enthaltungen (8 : 0 : 3) an.

Mit dem gleichen Stimmresultat votierte der Hauptausschuss für die Annahme der übrigen rechtsförmlichen Änderungsempfehlungen der Landtagsverwaltung (Neudruck) (Anlage 5).

Anschließend stimmte der Hauptausschuss mehrheitlich (6 : 4 : 1) dafür, dem Landtag zu empfehlen, Artikel 1 des Fünften Gesetzes zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften, Drucksache 7/247, in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung anzunehmen.

Weiter empfahl der Hauptausschuss dem Landtag mehrheitlich (8 : 3 : 0), die weiteren Artikel des Fünften Gesetzes zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften, Drucksache 7/247, in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung anzunehmen.

Anlagen

- Anlage 1: Synopse
- Anlage 2: Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14. Januar 2020
- Anlage 3: Änderungsantrag des Vorsitzenden des Hauptausschusses (Neudruck)
- Anlage 4: Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13. Februar 2020
- Anlage 5: Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der Landtagsverwaltung (Neudruck)

Gesetzentwurf der Präsidentin

Beschluss des Hauptausschusses

Gesetzentwurf für ein

Gesetzentwurf für ein

Fünftes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften

Fünftes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften

Vom ...

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Artikel 1

Änderung des Abgeordnetengesetzes

Änderung des Abgeordnetengesetzes

In § 5 Absatz 6 des Abgeordnetengesetzes vom 19. Juni 2013 (GVBl. I Nr. 13), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. November 2019 (GVBl. I Nr. 52, S. 8) geändert worden ist, wird das Wort „siebten“ durch das Wort „achten“ ersetzt.

In § 5 Absatz 6 des Abgeordnetengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Dezember 2019 (GVBl. I Nr. 55), wird das Wort „siebten“ durch das Wort „achten“ ersetzt.

Artikel 2

Artikel 2

Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes

Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes

Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 78), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 29) geändert worden ist, wird wie folgt ändert:

Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 78), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 29) geändert worden ist, wird wie folgt ändert:

1. In § 8a Absatz 2 werden nach den Wörtern „die das 16. Lebensjahr vollendet hat, ist“ die Wörter „darüber hinaus“ eingefügt.

1. § 24 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
2. **u n v e r ä n d e r t**

Gesetzentwurf der Präsidentin**Beschluss des Hauptausschusses**

„Der Landtag beschließt über ihre Größe, die neun Mitglieder nicht übersteigen soll, sowie über ihre Zusammensetzung und wählt das vorsitzende Mitglied, das stellvertretend vorsitzende Mitglied sowie die übrigen Mitglieder.“

2. § 25a wird wie folgt geändert:

3. **u n v e r ä n d e r t**

a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Vor der Entscheidung gemäß § 3 Absatz 1 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes in der jeweils geltenden Fassung über eine Beschränkungsmaßnahme kann die G 10-Kommission die Ständige Bevollmächtigte oder den Ständigen Bevollmächtigten um eine Stellungnahme hierzu ersuchen.“

b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die oder der Ständige Bevollmächtigte bereitet die Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sowie deren Berichte an das Plenum des Landtags fachlich vor und betreut die Sitzungen inhaltlich und organisatorisch.“

3. § 25b wird wie folgt geändert:

4. § 25b wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern „auf Vorschlag der Parlamentarischen Kontrollkommission“ die Wörter „und der G 10-Kommission“ eingefügt.

Gesetzentwurf der Präsidentin**Beschluss des Hauptausschusses**

bb) In Satz 3 werden nach den Wörtern „Mitglieder der Kontrollkommission“ die Wörter „und der G 10-Kommission“ eingefügt.

a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

b) u n v e r ä n d e r t

„(2) Die oder der Ständige Bevollmächtigte untersteht der Dienstaufsicht durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landtages.“

b) Folgender Absatz 9 wird angefügt:

c) u n v e r ä n d e r t

„(9) Der Parlamentarischen Kontrollkommission werden nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes und der dazu gefassten Beschlüsse des Landtages zur Unterstützung Personal der Landtagsverwaltung zugeordnet und Sachmittel zur Verfügung gestellt. Die oder der Ständige Bevollmächtigte ist gegenüber dem der Kommission zugeordneten Personal der Landtagsverwaltung fachlich weisungsbefugt.“

4. § 26 Absatz 1 wird folgt gefasst:

5. u n v e r ä n d e r t

„(1) Die Parlamentarische Kontrollkommission gibt sich eine Geschäftsordnung; für Abstimmungen gilt, dass im Falle der Stimmengleichheit die Stimme des vorsitzenden Mitglieds den Ausschlag gibt. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Landtages.“

Gesetzentwurf der Präsidentin**Beschluss des Hauptausschusses****Artikel 3****Artikel 3****Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes****Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes**

Das Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 14. Dezember 1995 (GVBl. I S. 286), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 8. Mai 2018 (GVBl. I Nr. 8 S. 16) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Das Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 14. Dezember 1995 (GVBl. I S. 286), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 8. Mai 2018 (GVBl. I Nr. 8 S. 16) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2 Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

1. § 2 Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

„(7) Die Sitzungen die Kommission werden inhaltlich und organisatorisch von der oder dem für die Parlamentarische Kontrollkommission ernannten Ständigen Bevollmächtigten und dem gemäß § 25b Absatz 9 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes der Parlamentarischen Kontrollkommission zugeordneten Personal der Landtagsverwaltung betreut. Der G 10-Kommission wird die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Sachausstattung zur Verfügung gestellt.“

„(7) Die Sitzungen die Kommission werden inhaltlich und organisatorisch von der oder dem gemäß § 25b Absatz 1 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes ernannten Ständigen Bevollmächtigten und dem gemäß § 25b Absatz 9 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes der Parlamentarischen Kontrollkommission zugeordneten Personal der Landtagsverwaltung betreut. Der G 10-Kommission wird die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Sachausstattung zur Verfügung gestellt.“

2. Dem § 3 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

2. Dem § 3 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die Kommission kann den oder die für die Parlamentarische Kontrollkommission gemäß § 25b des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes ernannten Ständigen Bevollmächtigten ersuchen, eine fachliche Stellungnahme zu einer Beschränkungsmaßnahme abzugeben.“

„Die Kommission kann den gemäß § 25b des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes ernannten Ständigen Bevollmächtigten oder die gemäß § 25b des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes ernannte Ständige Bevollmächtigte ersuchen, eine fachliche Stellungnahme zu einer Beschränkungsmaßnahme abzugeben.“

Artikel 4

Gesetzentwurf der Präsidentin**Beschluss des Hauptausschusses****Änderung des Volksabstimmungs-
gesetzes**

In § 24 Absatz 1 und 2 des Volksabstimmungs-
gesetzes vom 14. April 1993
(GVBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel
3 des Gesetzes vom 19. Juni 2019
(GVBl. I Nr. 40 S. 10) geändert worden
ist, wird jeweils das Wort „zwei“ durch
das Wort „drei“ ersetzt.

Artikel 4**Artikel 5****Inkrafttreten****u n v e r ä n d e r t**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Ver-
kündung in Kraft.

Landtag Brandenburg

7. Wahlperiode

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion,
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zum Gesetzentwurf der Präsidentin

„Fünftes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften“ Drs. 7/247

Der Gesetzentwurf wird dahingehend geändert:

1. Artikel 2 Nummer 3 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Buchstabe a) vorangestellt:

„a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern „auf Vorschlag der Parlamentarischen Kontrollkommission“ die Wörter „und der G 10-Kommission“ eingefügt.

bb) In Satz 3 werden nach den Wörtern „Mitglieder der Kontrollkommission“ die Wörter „und der G 10-Kommission“ eingefügt.“

b) Die bisherigen Buchstaben a) und b) werden zu den neuen Buchstaben b) und c).

2. Artikel 3 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 werden die Wörter „für die Parlamentarische Kontrollkommission“ durch die Wörter „gemäß § 25b Absatz 1 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes“ ersetzt.

b) In Nummer 2 werden die Wörter „für die Parlamentarische Kontrollkommission“ gestrichen.

Begründung:Zu Nummer 1 a)

Der oder die Ständige Bevollmächtigte soll nach dem vorliegenden Gesetzentwurf sowohl für die Parlamentarische Kontrollkommission, als auch für die G 10-Kommission unterstützend tätig werden. Vor diesem Hintergrund erscheint es sachgerecht, dass sich beide Kommissionen auf einen Vorschlag für die Besetzung dieses Amtes einigen.

Zu Nummer 1 b)

redaktionelle Änderung

zu Nummer 2 a) und b)

Der oder die Ständige Bevollmächtigte soll nach dem Gesetzentwurf nicht mehr allein für die Parlamentarische Kontrollkommission tätig werden. Daher erfolgt eine sprachliche Anpassung, die diese Funktionserweiterung verdeutlicht.

Erik Stohn
für die SPD-Fraktion

Dr. Jan Redmann
für die CDU-Fraktion

Petra Budke
für die Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen

Landtag Brandenburg

7. Wahlperiode

Änderungsantrag (Neudruck)

des Vorsitzenden des Hauptausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Präsidentin des Landtages „Fünftes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften“ (Drucksache 7/247) in der Fassung der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses (Drucksache 7/...)

Der Landtag möge beschließen:

1. Nach Artikel 3 wird folgender Artikel 4 eingefügt:

Artikel 4 **Änderung des Volksabstimmungsgesetzes**

In § 24 Absatz 1 und 2 des Volksabstimmungsgesetzes vom 14. April 1993 (GVBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 40 S. 10) geändert worden ist, wird jeweils das Wort „zwei“ durch das Wort „drei“ ersetzt.

2. Der bisherige Artikel 4 wird Artikel 5.

Begründung:

Die bislang im § 24 des Volksabstimmungsgesetzes festgesetzte Frist von zwei Monaten weicht von der in § 26 Absatz 1 Volksabstimmungsgesetz und Artikel 78 Absatz 1 der Landesverfassung vorgesehenen Frist von drei Monaten ab. Durch die nunmehr vorgeschlagene Änderung wird die Abweichung bereinigt.

Änderungsantrag

der Abgeordneten Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Jan Redmann (CDU-Fraktion) und Erik Stohn (SPD-Fraktion)

zu:

Gesetzentwurf der Präsidentin - Fünftes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften - Drucksache 7/247 vom 29.11.2019

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Artikel 2 des Gesetzentwurfes wird wie folgt geändert:

1. Es wird folgende Nummer 1 vorangestellt:

„1. In § 8a Absatz 2 werden nach den Wörtern „die das 16. Lebensjahr vollendet hat, ist“ die Wörter „darüber hinaus“ eingefügt.“

2. Die bisherigen Nummern 1 bis 4 werden zu den Nummern 2 bis 5.

Begründung

Zu Nummer 1:

Mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes wurden in § 8a die gesetzlichen Voraussetzungen für die Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten von Minderjährigen konkretisiert und die bestehenden Speichermöglichkeiten auf das für die Aufgabenerfüllung erforderliche Maß eingeschränkt. Damit wurde insbesondere ein besserer Schutz der Minderjährigen durch eine Staffelung der Speichervoraussetzungen bezweckt, die die Eingriffsschwelle für die Datenverarbeitung deutlich erhöht.

Durch die Änderung wird erreicht, dass erhobene personenbezogene Daten der Gruppe der 16- bis 18-Jährigen auch unter den Voraussetzungen gespeichert werden dürfen, die für die Gruppe der 14- bis 16-Jährigen gelten. Dies entspricht dem Willen des Gesetzgebers des Dritten Gesetzes zur Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes, der durch eine Staffelung der Speichervoraussetzungen nach dem jeweiligen Alter der Betroffenen der besonderen Schutzbedürftigkeit Minderjähriger Rechnung tragen wollte. Während bei den 14- bis 16-Jährigen nur aus bestimmten, eng begrenzten Gründen

personenbezogene Daten verarbeitet werden können, kommen für die 16- bis 18-Jährigen weitere, wiederum eng begrenzte Verarbeitungsgründe hinzu.

Zu Nummer 2:

Redaktionelle Änderung

Erik Stohn
für die SPD-Fraktion

Dr. Jan Redmann
für die CDU-Fraktion

Benjamin Raschke
für die Fraktion
B 90/Die Grünen

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV (Neudruck)
Gesetzentwurf für ein	Gesetzentwurf für ein
Fünftes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften	Fünftes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften
Vom ...	Vom ...
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1	Artikel 1
Änderung des Abgeordnetengesetzes	Änderung des Abgeordnetengesetzes
In § 5 Absatz 6 des Abgeordnetengesetzes vom 19. Juni 2013 (GVBl. I Nr. 13), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. November 2019 (GVBl. I Nr. 52, S. 8) geändert worden ist, wird das Wort „siebten“ durch das Wort „achten“ ersetzt.	In § 5 Absatz 6 des Abgeordnetengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Dezember 2019 (GVBl. I Nr. 55), wird das Wort „siebten“ durch das Wort „achten“ ersetzt.
Artikel 2	Artikel 2
Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes	unverändert
Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 78), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 29) geändert worden ist, wird wie folgt ändert:	
1. § 24 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV (Neudruck)
„Der Landtag beschließt über ihre Größe, die neun Mitglieder nicht übersteigen soll, sowie über ihre Zusammensetzung und wählt das vorsitzende Mitglied, das stellvertretend vorsitzende Mitglied sowie die übrigen Mitglieder.“	
2. § 25a wird wie folgt geändert:	
a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:	
„Vor der Entscheidung gemäß § 3 Absatz 1 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes in der jeweils geltenden Fassung über eine Beschränkungsmaßnahme kann die G 10-Kommission die Ständige Bevollmächtigte oder den Ständigen Bevollmächtigten um eine Stellungnahme hierzu ersuchen.“	
b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:	
„Die oder der Ständige Bevollmächtigte bereitet die Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sowie deren Berichte an das Plenum des Landtags fachlich vor und betreut die Sitzungen inhaltlich und organisatorisch.“	
3. § 25b wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	
„(2) Die oder der Ständige Bevollmächtigte untersteht der Dienstaufsicht durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landtages.“	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV (Neudruck)
b) Folgender Absatz 9 wird angefügt:	
„(9) Der Parlamentarischen Kontrollkommission werden nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes und der dazu gefassten Beschlüsse des Landtages zur Unterstützung Personal der Landtagsverwaltung zugeordnet und Sachmittel zur Verfügung gestellt. Die oder der Ständige Bevollmächtigte ist gegenüber dem der Kommission zugeordneten Personal der Landtagsverwaltung fachlich weisungsbefugt.“	
4. § 26 Absatz 1 wird folgt gefasst:	
„(1) Die Parlamentarische Kontrollkommission gibt sich eine Geschäftsordnung; für Abstimmungen gilt, dass im Falle der Stimmengleichheit die Stimme des vorsitzenden Mitglieds den Ausschlag gibt. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Landtages.“	
Artikel 3	Artikel 3
Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes	Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes
Das Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 14. Dezember 1995 (GVBl. I S. 286), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 8. Mai 2018 (GVBl. I Nr. 8 S. 16) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 14. Dezember 1995 (GVBl. I S. 286), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 8. Mai 2018 (GVBl. I Nr. 8 S. 16) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 2 Absatz 7 wird wie folgt gefasst:	1. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV (Neudruck)
<p>„(7) Die Sitzungen die Kommission werden inhaltlich und organisatorisch von der oder dem für die Parlamentarische Kontrollkommission ernannten Ständigen Bevollmächtigten und dem gemäß § 25b Absatz 9 des Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetzes der Parlamentarischen Kontrollkommission zugeordneten Personal der Landtagsverwaltung betreut. Der G 10-Kommission wird die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Sachausstattung zur Verfügung gestellt.“</p>	
<p>2. Dem § 3 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:</p>	<p>2. Dem § 3 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:</p>
<p>„Die Kommission kann den oder die für die Parlamentarische Kontrollkommission gemäß § 25b des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes <u>ernannten Ständigen Bevollmächtigten</u> ersuchen, eine fachliche Stellungnahme zu einer Beschränkungsmaßnahme abzugeben.“</p>	<p>„Die Kommission kann den <u>gemäß § 25b des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes ernannten Ständigen Bevollmächtigten</u> oder die gemäß § 25b des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes <u>ernannte Ständige Bevollmächtigte</u> ersuchen, eine fachliche Stellungnahme zu einer Beschränkungsmaßnahme abzugeben.“</p>
<p>Artikel 4</p>	<p>Artikel 4</p>
<p>Inkrafttreten</p>	<p>u n v e r ä n d e r t</p>
<p>Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.</p>	

Gesetzentwurf

der Präsidentin

Siebentes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Präsidentin

Siebentes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften

A. Problem

Die Effektivierung der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörde Brandenburgs bildet parallel zur Schärfung der Kompetenzen der Verfassungsschutzbehörde vor dem Hintergrund einer sich stetig verändernden Bedrohungslage durch das Auftreten neuer extremistischer Bestrebungen seit mehreren Jahren ein herausragendes gesetzgeberisches Anliegen des Landtages Brandenburg (siehe insbesondere das Dritte Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes vom 19. Juni 2019, GVBl. I Nr. 29).

Dem Landtag und der mit der Kontrolle des Verfassungsschutzes beauftragten Parlamentarischen Kontrollkommission wurde ein wirksames Kontrollinstrumentarium an die Hand gegeben, welches zugleich die erforderliche Geheimhaltung in der Sphäre des Parlaments gewährleisten soll.

Zu den vom Gesetzgeber mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes geschaffenen Instrumenten einer effektiven Kontrolle gehört die Unterstützung der Parlamentarischen Kontrollkommission durch den Ständigen Bevollmächtigten, das Recht, Sachverständige zu beauftragen sowie die den Mitgliedern der Parlamentarischen Kontrollkommission eröffnete Möglichkeit, zur Unterstützung ihrer Arbeit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen zu benennen. Indes muss das zur Verfügung gestellte Instrumentarium, wenn erforderlich, an den gewonnenen Erfahrungen in der praktischen Arbeit der Parlamentarischen Kontrollkommission, insbesondere an den Anforderungen eines effektiven Geheimschutzes, ausgerichtet und neu austariert werden, um die mittlerweile erreichte Kontrollintensität gegenüber der Verfassungsschutzbehörde aufrechterhalten zu können.

B. Lösung

Die Parlamentarische Kontrollkommission kann inzwischen auf profunde praktische Erfahrungen im Umgang mit den dargestellten Instrumenten zur Unterstützung der Arbeit der Mitglieder der Kommission zurückgreifen. Hierbei hat sich gezeigt, dass die Organisation der Einsichtnahme in Akten und Unterlagen der Verfassungsschutzbehörde sowie deren Prüfung schwerpunktmäßig durch den Ständigen Bevollmächtigten geleistet wird. Die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes ist ureigene Aufgabe des Parlaments, die von diesem gerade auch zur Gewährleistung des erforderlichen Geheimschutzes an ein spezielles Gremium, die Parlamentarische Kontrollkommission, delegiert wird. Insofern erscheint es zweckmäßig, den Kreis der benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen aus Gründen des Geheimschutzes zu begrenzen und das Recht zur Einsicht in Akten des Verfassungsschutzes den Mitgliedern der Kommission sowie dem Ständigen Bevollmächtigten vorzubehalten.

Auf der anderen Seite ist eine strenge Zweckbindung der besonderen, den Fraktionen für die Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Unterstützung der

Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Verfügung gestellten Mittel, wie sie derzeit noch im Fraktionsgesetz festgelegt ist (§ 6 Absatz 1 Satz 3), nicht zwingend erforderlich. Vielmehr soll den Fraktionen in Bezug auf diese Mittel eine freiere und flexiblere Verwendung ermöglicht werden, indem die strenge Zweckbindung dieser Mittel aufgehoben und ein weniger strikt auf die Parlamentarische Kontrollkommission bezogener Einsatz dieser Mittel, mithin auch ein flexiblerer Einsatz der mithilfe dieser Mittel beschäftigten Personen, ermöglicht wird.

Zudem enthält dieses Gesetz einige Anpassungsregelungen, die einen besseren „Gleichlauf“ der gesetzlichen Regelungen für die Parlamentarische Kontrollkommission einerseits und die G-10-Kommission andererseits herstellen.

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Mit Blick auf die sich ständig wandelnden Herausforderungen für den Schutz des demokratischen Rechtsstaates vor Gefährdungen durch einen politischen Extremismus verschiedener Ausrichtungen ist es erforderlich, das geschaffene Kontrollinstrumentarium den praktischen Erfordernissen der Kontrolltätigkeit der Parlamentarischen Kontrollkommission anzupassen.

II. Zweckmäßigkeit

Es gibt keine Alternative zu einer gesetzlichen Regelung.

III. Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Keine

D. Verfahrensbeteiligte im Sinne des Kapitels I Nummer 1 der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung des Landtages nach Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg

Entfällt

E. Zuständigkeiten

Die Zuständigkeit für den Fünften Abschnitt des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes (§§ 23 bis 26 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes) liegt beim Landtag als Auftraggeber der Parlamentarischen Kontrollkommission und deren Ständigem Bevollmächtigten.

Die Zuständigkeit für das Fraktionsgesetz liegt bei der Präsidentin des Landtages.

Gesetzentwurf für ein

Siebentes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes

Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 73), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27 Februar 2020 (GVBl. I Nr. 4) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 25 Absatz 6 wird folgender Satz angefügt:
„Die Parlamentarische Kontrollkommission wird gemäß § 4 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes unterrichtet.“
2. In § 25a Absatz 2 Satz 4 wird vor dem Wort „Stellungnahme“ das Wort „fachliche“ eingefügt.
3. § 26 Absatz 6 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Wörter „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ durch die Wörter „eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter“ ersetzt.
 - b) Satz 3 wird folgt gefasst:
„Ein Mitglied der Kommission ist befugt, mit der oder dem von ihm benannten Mitarbeiterin oder Mitarbeiter die Beratungsgegenstände der Parlamentarischen Kontrollkommission zu erörtern, soweit die Kommission für einen Beratungsgegenstand nichts anderes beschließt.“
 - c) In Satz 4 wird das Wort „Sie“ durch die Wörter „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung des Fraktionsgesetzes

Das Fraktionsgesetz vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 40), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 (GVBl. I Nr. 39 S. 2) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 5 folgende Angabe eingefügt:
„§ 5a Geheimhaltungspflicht der Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter“.
2. Nach § 5 wird folgender § 5a eingefügt:

„§ 5a

Geheimhaltungspflicht der Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter

- (1) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen sind, auch nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses, verpflichtet, über die ihnen bei ihrer

Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zur bewahren. Dies gilt nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.

(2) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen dürfen, auch nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses, ohne Genehmigung über solche Angelegenheiten weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. Die Genehmigung erteilt die oder der jeweilige Fraktionsvorsitzende.

(3) Für Honorarkräfte bei den Fraktionen, die für die Fraktion den Aufgaben der Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeiter vergleichbare Aufgaben wahrnehmen, gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.“

3. § 6 Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Zur Eröffnung der Möglichkeit der Mitwirkung an der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörde erhöht sich der Grundbetrag je Fraktion pauschal um 13,33 Prozent.“

4. § 13 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a wird wie folgt geändert:

- a) In Doppelbuchstabe aa wird die Angabe „Satz 2“ durch die Wörter „Satz 2 und 3“ ersetzt.
- b) Der Doppelbuchstabe dd wird aufgehoben.
- c) Der Doppelbuchstabe ee wird Doppelbuchstabe dd.

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft. Artikel 2 Nummer 3 und 4 tritt am 1. Juli 2021 in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin des Landtages Brandenburg

Dr. Ulrike Liedtke

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Mit diesem Gesetz wird auf der Grundlage der Erfahrungen der Parlamentarischen Kontrollkommission in der siebenten Wahlperiode der Mitteleinsatz für die Unterstützung des jeweiligen, von der Fraktion vorgeschlagenen Mitglieds der Parlamentarischen Kontrollkommission durch Fraktionsmitarbeiterinnen oder -mitarbeiter neu justiert. Hierfür sind punktuelle Änderungen im Fraktionsgesetz sowie im Verfassungsschutzgesetz erforderlich.

Mit der Lösung der zweckgebundenen Fraktionsmittel gem. § 6 Absatz 1 Satz 3 Fraktionsgesetz aus der bisherigen strengen Zweckbindung der Beschäftigung von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern zur Unterstützung des Fraktionsmitgliedes in der Parlamentarischen Kontrollkommission besteht die Möglichkeit eines flexibleren Einsatzes der Mittel und Personalressourcen seitens der Fraktionen. Diese Flexibilisierung wird flankiert von einer nach dem Vorbild einer auch in anderen Landtagen und im Deutschen Bundestag (siehe dort § 49 AbgG [Bund]) im Fraktionsgesetz verankerten Regelung zur allgemeinen Verschwiegenheitspflicht der Fraktionsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Da im Landtag Brandenburg verschiedentlich auch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, Honorarkräfte für solche Unterstützungstätigkeiten heranzuziehen, wird eine entsprechende Anwendung dieser Verschwiegenheitspflichten für Honorarkräfte einer Fraktion bestimmt.

Mit der Flexibilisierung des Mitteleinsatzes für die Fraktionen geht einher, dass die Aufgaben und Befugnisse der „benannten“ Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter etwas weniger umfassend, mithin weniger auf die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission bezogen, definiert werden (§ 26 Absatz 6 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz). Die etwas enger gefassten Befugnisse der „unterstützenden Mitarbeiter/innen“ verbessert zugleich den Geheimschutz und die Vertraulichkeit mit Blick auf von der Parlamentarischen Kontrollkommission beigezogene vertrauliche Unterlagen. Dem gleichen Zweck dient die Begrenzung der Benennungsmöglichkeit auf jeweils eine unterstützende Mitarbeiterin oder einen unterstützenden Mitarbeiter pro Kommissionsmitglied.

Hierzu treten begleitend einige Regelungen, die der Verdeutlichung der thematisch eng zusammenhängenden Arbeit von Parlamentarischer Kontrollkommission und G-10-Kommission dienen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes):

Zu Nummer 1:

Mit dieser Ergänzung sind alle Berichtspflichten gegenüber der Parlamentarischen Kontrollkommission in § 25 zusammengefasst.

Zu Nummer 2:

§ 25 a Absatz 2 Satz 2 wird in Bezug auf die Stellungnahme des oder der Ständigen Bevollmächtigten begrifflich dem § 3 Absatz 1 Satz 7 G10AGBbg angeglichen.

Zu Nummer 3:**Zu Buchstabe a:**

Die Begrenzung des Kreises der Teilnehmenden an Sitzungen und Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission stellt einen wesentlichen Aspekt des organisatorischen Geheimschutzes dar. In der Arbeitspraxis der Kommission hat sich gezeigt, dass die Möglichkeit der Erörterung von Kommissionsangelegenheiten mit einer oder einem vertieft und schwerpunktmäßig mit Fragen der Kommission befassten Mitarbeiterin/Mitarbeiter am sinnvollsten ist.

Zu Buchstabe b:

Das Recht des Kommissionsmitgliedes, zu seiner fachlichen Unterstützung Beratungsgegenstände der Kommission mit einer benannten Mitarbeiterin oder einem benannten Mitarbeiter zu erörtern, ist nunmehr als Recht des Kommissionsmitgliedes formuliert. Das Erörterungsrecht stellt einen Sonderfall zur allgemeinen strengen Verschwiegenheitspflicht gemäß § 26 Absatz 3 Satz 3 und 4 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz dar. Die bisher für eine benannte Mitarbeiterin oder einen benannten Mitarbeiter bestimmte Möglichkeit, von der Kommission beigezogene Akten und Daten einzusehen, entfällt. In diesem Zusammenhang hat sich in der praktischen Arbeit der Parlamentarischen Kontrollkommission gezeigt, dass die Organisation der Einsichtnahme in Unterlagen und Daten und deren Prüfung und inhaltliche Aufbereitung in umfassender Weise durch den Ständigen Bevollmächtigten und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geleistet wird.

Zu Buchstabe c:

Redaktionelle Folgeänderung.

Zu Artikel 2 (Änderung des Fraktionsgesetzes):**Zu Nummer 1:**

Die Inhaltsübersicht wird entsprechend des neu eingefügten § 5a geändert.

Zu Nummer 2:

§ 5a FraktG dient dazu, die Verschwiegenheitspflicht der Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter rechtlich zweifelsfrei abzusichern und so alle Informationen, von welchen die Fraktionsmitarbeiter im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit bei der Fraktion erfahren, der erforderlichen Vertraulichkeit zu unterwerfen. Soweit die Fraktion für bestimmte unterstützende Tätigkeiten für die Abgeordneten es vorzieht, Honorarkräfte zu beschäftigen, ist für diese Personen eine entsprechende Geltung angeordnet (Absatz 3). Eine ausschließlich arbeitsvertraglich oder vertraglich vereinbarte Verschwiegenheitspflicht kann die Vertraulichkeit nicht in gleicher Weise gewährleisten. Die Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter erhalten im Rahmen ihrer Unterstützungstätigkeit für die Abgeordneten Kenntnis von vertraulichen Vorgängen, insbesondere im Zusammenhang mit der Kontrolltätigkeit des Parlaments gegenüber der Landesregierung. Zudem sind auch Interna der Fraktion schützenswert. Die Vorschrift differenziert daher absichtlich nicht zwischen verschiedenen Urheberschaften von schutzbedürftigen Informationen. Die Verschwiegenheitspflicht verbietet zum einen die mündliche oder schriftliche Preisgabe von vertraulichen Sachverhalten. Sie verpflichtet die Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter darüber hinaus, vertrauliche Schriftstücke vor dem Zugriff durch Unbefugte zu schützen. Daraus folgt, dass Akten sicher zu verwahren und folglich auch im elektronischen Schriftverkehr vorhandene Informationen zu schützen sind. Insbesondere organisatorische Vorkehrungen zum Schutz dieser Informationen (Umgang mit der

Hardware, Schutz von Passwörtern) sind zu beachten. Mit Absatz 2 Satz 1 wird die Verschwiegenheitspflicht auch auf die Zeit nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses erstreckt. Mit Absatz 2 Satz 2 und 3 werden die erforderliche Zuständigkeit für die Erteilung der Aussagegenehmigung und die tatbestandlichen Voraussetzungen für ihre Erteilung geregelt.

Zu Nummer 3:

Mit dem Wegfall des Tatbestandes der „Einstellung von Fraktionsbeschäftigten und Honorarkräften sowie der Finanzierung ihrer Tätigkeit“ wird die Zweckbindung dieses Zuschlags auf den Grundbetrag beseitigt. Mit der „Eröffnung der Möglichkeit der Mitwirkung an der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden“ wird nur noch allgemein die gesetzgeberische Motivation für den Zuschlag beschrieben. Die Fraktionen sind nicht mehr verpflichtet, diese Mittel ausschließlich für die Einstellung von Mitarbeitern oder Honorarkräften einzusetzen, die (arbeits-)vertraglich mit der Unterstützung des jeweiligen von der Fraktion vorgeschlagenen Kommissionsmitgliedes betraut sind.

Zu Nummer 4:

Zu Buchstabe a:

Mit dem Wegfall der Zweckbindung des Zuschlags gemäß § 6 Absatz 1 Satz 3 FraktG dürfen im Rahmen der Rechnungslegung nunmehr die Personalausgaben aus Mitteln nach § 6 Absatz 1 Satz 1 und aus Mitteln nach § 6 Absatz 1 Satz 3 ohne Differenzierung zusammengefasst werden.

Zu Buchstabe b:

Folgeänderung.

Zu Buchstabe c:

Folgeänderung.

Zu Artikel 3 (Inkrafttreten):

Für die Regelungen, die den Wegfall der bisherigen Zweckbindung bewirken (§ 6 Absatz 1 Satz 3 und als Annex § 13 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa) ist zur Erleichterung der Auszahlungs-, Abrechnungs- und Rechnungslegungsmodalitäten ein Inkrafttreten für den Beginn des dritten Quartals festzulegen. Die Fraktionen können demzufolge ab Juli 2021 die auf der Grundlage von § 6 Absatz 1 Satz 3 (neu) ausgezahlten Mittel ohne den Vorbehalt einer späteren Abrechnung (getrennt nach Personalausgaben und Sachausgaben) zum bisher erforderlichen Nachweis der zweckgebundenen Verausgabung vereinnahmen. Für die Rechnungslegung für das Jahr 2021 ist demzufolge der Zuschlag gemäß § 6 Absatz 1 Satz 3 (neu) FraktG bei den Einnahmen (§ 13 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe b FraktG) weiterhin gesondert auszuweisen. Die bis Juni 2021 auf der Grundlage des § 6 Absatz 1 Satz 3 (alt) FraktG vereinnahmten Mittel sind auf der Ausgabenseite wie bisher in der Rechnungslegung gesondert auszuweisen.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Hauptausschusses

ZU:

Gesetzentwurf der Präsidentin - Siebentes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften - Drucksache 7/3510 vom 07.05.2021

Berichtersteller:

Abgeordneter Erik Stohn (SPD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Gesetzentwurf, Siebentes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften, Drucksache 7/3510, in der vom Hauptausschuss beschlossenen Fassung (Anlage 1) annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag überwies den oben genannten Gesetzentwurf in seiner 44. Sitzung am 20. Mai 2010 an den Hauptausschuss.

Der Hauptausschuss befasste sich in seiner 23. Sitzung, seiner 24. Sitzung - einer öffentlichen Anhörung - und abschließend in seiner 25. Sitzung mit dem vorbenannten Gesetzentwurf.

Mit dem Gesetzentwurf wird zum einen das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz geändert, um den Kreis der Teilnehmer im Rahmen der Akteneinsicht und der Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission aus Gründen des Geheimschutzes zu begrenzen. Zum anderen soll das Fraktionsgesetz geändert werden, um den Fraktionen eine freiere und flexiblere Verwendung der Mittel zur Unterstützung ihrer Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission zu ermöglichen. Zudem soll mit der Änderung die Verschwiegenheitspflicht der Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter rechtlich zweifelsfrei abgesichert werden.

B. Beratung

Der Hauptausschuss beschloss in seiner 23. Sitzung am 12. Mai 2021, vorbehaltlich der Überweisung durch den Landtag, eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen.

Die Anhörung, an der Herr Prof. Dr. Aden von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin als Anzuhörender teilnahm, fand in der 24. Sitzung des Hauptausschusses am 9. Juni 2021 statt. Hinsichtlich des Ergebnisses der Anhörung wird auf das in der Parlamentsdokumentation einsehbare Anhörungsprotokoll verwiesen (P-HA 7/24).

In seiner 25. Sitzung am 10. Juni 2021 beriet der Hauptausschuss abschließend über den Gesetzentwurf. Zu dieser Beratung lagen den Ausschussmitgliedern ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage 2) sowie rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der Landtagsverwaltung vor (Anlage 3).

Der Änderungsantrag sieht Änderungen im Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetz hinsichtlich der Unterstützung der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission durch einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor. Auch soll die oder der Ständige Bevollmächtigte auf Verlangen von einem Drittel der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Prüfung von Sachverhalten tätig werden. Zudem wird die Möglichkeit der Durchführung von gemeinsamen Sitzungen zwischen den Parlamentarischen Kontrollgremien der Länder und des Bundes gesetzlich verankert.

Ohne Debatte wurde der Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich bei zwei Enthaltungen (6 : 3 : 2) angenommen. Den rechtsförmlichen Änderungsempfehlungen wurde einstimmig bei drei Enthaltungen (8 : 0 : 3) zugestimmt.

Sodann stimmte der Hauptausschuss mehrheitlich bei einer Enthaltung (7 : 3 : 1) dafür, dem Landtag zu empfehlen, das Siebente Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften, Drucksache 7/3510, in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung anzunehmen.

Anlagen

- Anlage 1: Synopse
- Anlage 2: Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 9. Juni 2021
- Anlage 3: Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der Landtagsverwaltung vom 9. Juni 2021

Gesetzentwurf der Präsidentin

Beschlüsse des Hauptausschusses

Gesetzentwurf für ein

Gesetzentwurf für ein

Siebentes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften

Siebentes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften

Vom ...

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Artikel 1

Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes

Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes

Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 73), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27 Februar 2020 (GVBl. I Nr. 4) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 78), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27. Februar 2020 (GVBl. I Nr. 4) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 25 Absatz 6 wird folgender Satz angefügt:

„Die Parlamentarische Kontrollkommission wird gemäß § 4 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes unterrichtet.“

2. In § 25a Absatz 2 Satz 4 wird vor dem Wort „Stellungnahme“ das Wort „fachliche“ eingefügt.

1. u n v e r ä n d e r t

2. § 25a Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

Gesetzentwurf der Präsidentin**Beschlüsse des Hauptausschusses**

„(2) Die oder der Ständige Bevollmächtigte wird auf Verlangen von einem Drittel der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Prüfung von Sachverhalten tätig. Sie oder er wird zur Erfüllung der Aufträge nach Satz 1 im Rahmen der Vorgaben der Parlamentarischen Kontrollkommission tätig. § 25 Absatz 1 gilt entsprechend. Vor der Entscheidung gemäß § 3 Absatz 1 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes in der jeweils geltenden Fassung über eine Beschränkungsmaßnahme kann die G 10-Kommission die Ständige Bevollmächtigte oder den Ständigen Bevollmächtigten um eine fachliche Stellungnahme hierzu ersuchen.“

3. § 26 Absatz 6 wird wie folgt geändert: 3. § 26 Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

Gesetzentwurf der Präsidentin**Beschlüsse des Hauptausschusses**

- a) In Satz 1 werden die Wörter „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ durch die Wörter „eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter“ ersetzt.

„(6) Die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission haben das Recht, nach Anhörung der Landesregierung und mit Zustimmung der Kontrollkommission jeweils eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter ihrer Fraktion zur Unterstützung ihrer Arbeit zu benennen. Voraussetzung für diese Tätigkeit ist die Ermächtigung zum Umgang mit Verschlussachen und die förmliche Verpflichtung zur Geheimhaltung. Ein Mitglied der Kommission ist befugt, mit der von ihm benannten Mitarbeiterin oder dem von ihm benannten Mitarbeiter die Beratungsgegenstände der Parlamentarischen Kontrollkommission zu erörtern, soweit die Kommission für einen Beratungsgegenstand nichts Anderes beschließt. Ein Drittel der Mitglieder der Kommission kann verlangen, den benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen die Einsicht in die von der Kommission zu einem bestimmten Beratungsgegenstand beigezogenen Akten und Daten zu gestatten. Die Kommission kann den benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen die Teilnahme an ihrer Beratung zu einem bestimmten Gegenstand zum Zweck der Unterstützung der Mitglieder der Kommission gestatten. Absatz 3 Satz 3 bis 6 gelten für die benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen entsprechend.“

- b) Satz 3 wird folgt gefasst:

entfällt

Gesetzentwurf der Präsidentin**Beschlüsse des Hauptausschusses**

„Ein Mitglied der Kommission ist befugt, mit der oder dem von ihm benannten Mitarbeiterin oder Mitarbeiter die Beratungsgegenstände der Parlamentarischen Kontrollkommission zu erörtern, soweit die Kommission für einen Beratungsgegenstand nichts anderes beschließt.“

- c) In Satz 4 wird das Wort „Sie“ durch die Wörter „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen“ ersetzt.

entfällt

4. Dem § 26 wird folgender Absatz 8 angefügt:

„(8) Die Parlamentarische Kontrollkommission kann mit Parlamentarischen Kontrollgremien des Bundes und der Länder gemeinsame Sitzungen zu länderübergreifenden oder grundsätzlichen Angelegenheiten abhalten. Die Vorschriften über die Geheimhaltung nach Absatz 3 Satz 3 bis 6 gelten entsprechend. Für die Übermittlung personenbezogener Daten sind die Vorschriften des Vierten Abschnittes entsprechend anzuwenden.“

Artikel 2**Artikel 2****Änderung des Fraktionsgesetzes****Änderung des Fraktionsgesetzes**

Das Fraktionsgesetz vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 40), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 (GVBl. I Nr. 39 S. 2) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Das Fraktionsgesetz vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 40), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 (GVBl. I Nr. 39 S. 2) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 5 folgende Angabe eingefügt:

1. u n v e r ä n d e r t

Gesetzentwurf der Präsidentin**Beschlüsse des Hauptausschusses**

„§ 5a Geheimhaltungspflicht der Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter“.

2. Nach § 5 wird folgender § 5a eingefügt:

„§ 5a

Geheimhaltungspflicht der Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter

(1) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen sind, auch nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses, verpflichtet, über die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zur bewahren. Dies gilt nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.

(2) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen dürfen, auch nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses, ohne Genehmigung über solche Angelegenheiten weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. Die Genehmigung erteilt die oder der jeweilige Fraktionsvorsitzende.

(3) Für Honorarkräfte bei den Fraktionen, die für die Fraktion den Aufgaben der Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeiter vergleichbare Aufgaben wahrnehmen, gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.“

3. § 6 Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

2. Nach § 5 wird folgender § 5a eingefügt:

„§ 5a

Geheimhaltungspflicht der Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter

(1) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen sind, auch nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses, verpflichtet, über die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.

(2) **u n v e r ä n d e r t**

(3) **u n v e r ä n d e r t**

3. **u n v e r ä n d e r t**

Gesetzentwurf der Präsidentin**Beschlüsse des Hauptausschusses**

„Zur Eröffnung der Möglichkeit der Mitwirkung an der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörde erhöht sich der Grundbetrag je Fraktion pauschal um 13,33 Prozent.“

4. § 13 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe 4. **u n v e r ä n d e r t**
a wird wie folgt geändert:
- a) In Doppelbuchstabe aa wird die Angabe „Satz 2“ durch die Wörter „Satz 2 und 3“ ersetzt.
 - b) Der Doppelbuchstabe dd wird aufgehoben.
 - c) Der Doppelbuchstabe ee wird Doppelbuchstabe dd.

Artikel 3**Artikel 3****Inkrafttreten****u n v e r ä n d e r t**

Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft. Artikel 2 Nummer 3 und 4 tritt am 1. Juli 2021 in Kraft.

Landtag Brandenburg

Hauptausschuss

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Gesetzentwurf der der Präsidentin „Siebentes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften“ – Drucksache 7/3510

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Der Gesetzentwurf wird wie folgt geändert:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. § 25a Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die oder der Ständige Bevollmächtigte wird auf Verlangen von einem Drittel der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Prüfung von Sachverhalten tätig. Sie oder er wird zur Erfüllung der Aufträge nach Satz 1 im Rahmen der Vorgaben der Parlamentarischen Kontrollkommission tätig. § 25 Absatz 1 gilt entsprechend. Vor der Entscheidung gemäß § 3 Absatz 1 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes in der jeweils geltenden Fassung über eine Beschränkungsmaßnahme kann die G 10-Kommission die Ständige Bevollmächtigte oder den Ständigen Bevollmächtigten um eine fachliche Stellungnahme hierzu ersuchen.“

2. Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. § 26 Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission haben das Recht, nach Anhörung der Landesregierung und mit Zustimmung der Kontrollkommission jeweils eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter ihrer Fraktion zur Unterstützung ihrer Arbeit zu benennen. Voraussetzung für diese Tätigkeit ist die Ermächtigung zum Umgang mit Verschlussachen und die

förmliche Verpflichtung zur Geheimhaltung. Ein Mitglied der Kommission ist befugt, mit der von ihm benannten Mitarbeiterin oder dem von ihm benannten Mitarbeiter die Beratungsgegenstände der Parlamentarischen Kontrollkommission zu erörtern, soweit die Kommission für einen Beratungsgegenstand nichts Anderes beschließt. Ein Drittel der Mitglieder der Kommission kann verlangen, den benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen die Einsicht in die von der Kommission zu einem bestimmten Beratungsgegenstand beigezogenen Akten und Daten zu gestatten. Die Kommission kann den benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen die Teilnahme an ihrer Beratung zu einem bestimmten Gegenstand zum Zweck der Unterstützung der Mitglieder der Kommission gestatten. Absatz 3 Satz 3 bis 6 gelten für die benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen entsprechend.“

3. Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 angefügt:

„4. Dem § 26 wird folgender Absatz 8 angefügt:

„(8) Die Parlamentarische Kontrollkommission kann mit Parlamentarischen Kontrollgremien des Bundes und der Länder gemeinsame Sitzungen zu länderübergreifenden oder grundsätzlichen Angelegenheiten abhalten. Die Vorschriften über die Geheimhaltung nach Absatz 3 Satz 3 bis 6 gelten entsprechend. Für die Übermittlung personenbezogener Daten sind die Vorschriften des Vierten Abschnittes entsprechend anzuwenden.“

Begründung:

Zu 1.)

Zusätzlich zum Gesetzentwurf wird vorgesehen, dass die oder der Ständige Bevollmächtigte auf Verlangen von einem Drittel der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Prüfung von Sachverhalten tätig wird. Dadurch soll sichergestellt werden, dass ein Auftrag an den oder die Ständige Bevollmächtigte auch von einer qualifizierten Minderheit der Mitglieder ausgelöst werden kann.

Zu 2.)

Die Begrenzung des Kreises der Teilnehmenden / Mitwirkenden der PKK stellt einen wesentlichen Aspekt des organisatorischen Geheimschutzes dar. In der Arbeitspraxis der PKK hat sich zudem gezeigt, dass die Möglichkeit der Erörterung von PKK-Angelegenheiten mit einer/einem vertieft und schwerpunktmäßig mit Fragen der PKK befassten Mitarbeiterin/Mitarbeiter am sinnvollsten ist.

Zur Unterstützung der Arbeit der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission soll auf Verlangen einer qualifizierten Minderheit von einem Drittel der Mitglieder der PKK im jeweiligen Einzelfall die Möglichkeit gegeben sein, die benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Kontrolltätigkeit der Kommission miteinzubeziehen.

Ergänzend zum Recht des Mitglieds der Fraktion, mit dem von ihm benannten Mitarbeitern Angelegenheiten der PKK zu erörtern, wird im Fraktionsgesetz eine gesetzliche Verpflichtung zur Geheimhaltung eingeführt.

Zu 3.)

Aufgrund der engen Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden, sind gemeinsame Sitzungen zwischen den Kontrollgremien von Bund und Ländern ein wichtiges Austauschformat.

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
Gesetzentwurf für ein	Gesetzentwurf für ein
Siebentes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften	Siebentes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften
Vom ...	Vom ...
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1	Artikel 1
Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes	Änderung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes
Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 73), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27 Februar 2020 (GVBl. I Nr. 4) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 78), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27. Februar 2020 (GVBl. I Nr. 4) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Dem § 25 Absatz 6 wird folgender Satz angefügt:	1. u n v e r ä n d e r t
„Die Parlamentarische Kontrollkommission wird gemäß § 4 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes unterrichtet.“	
2. In § 25a Absatz 2 Satz 4 wird vor dem Wort „Stellungnahme“ das Wort „fachliche“ eingefügt.	2. u n v e r ä n d e r t
3. § 26 Absatz 6 wird wie folgt geändert:	3. u n v e r ä n d e r t
a) In Satz 1 werden die Wörter „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ durch die Wörter „eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter“ ersetzt.	
b) Satz 3 wird folgt gefasst:	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
„Ein Mitglied der Kommission ist befugt, mit der oder dem von ihm benannten Mitarbeiterin oder Mitarbeiter die Beratungsgegenstände der Parlamentarischen Kontrollkommission zu erörtern, soweit die Kommission für einen Beratungsgegenstand nichts anderes beschließt.“	
c) In Satz 4 wird das Wort „Sie“ durch die Wörter „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen“ ersetzt.	
Artikel 2	Artikel 2
Änderung des Fraktionsgesetzes	Änderung des Fraktionsgesetzes
Das Fraktionsgesetz vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 40), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 (GVBl. I Nr. 39 S. 2) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Fraktionsgesetz vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 40), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2020 (GVBl. I Nr. 39 S. 2) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 5 folgende Angabe eingefügt:	1. u n v e r ä n d e r t
„§ 5a Geheimhaltungspflicht der Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter“.	
2. Nach § 5 wird folgender § 5a eingefügt:	2. Nach § 5 wird folgender § 5a eingefügt:

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
„§ 5a	„§ 5a
Geheimhaltungspflicht der Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter	Geheimhaltungspflicht der Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter
<p>(1) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen sind, auch nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses, verpflichtet, über die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit <u>zur</u> bewahren. Dies gilt nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.</p>	<p>(1) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen sind, auch nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses, verpflichtet, über die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit <u>zu</u> bewahren. Dies gilt nicht für Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.</p>
<p>(2) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen dürfen, auch nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses, ohne Genehmigung über solche Angelegenheiten weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. Die Genehmigung erteilt die oder der jeweilige Fraktionsvorsitzende.</p>	(2) u n v e r ä n d e r t
<p>(3) Für Honorarkräfte bei den Fraktionen, die für die Fraktion den Aufgaben der Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeiter vergleichbare Aufgaben wahrnehmen, gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.“</p>	(3) u n v e r ä n d e r t
<p>3. § 6 Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:</p>	3. u n v e r ä n d e r t
<p>„Zur Eröffnung der Möglichkeit der Mitwirkung an der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörde erhöht sich der Grundbetrag je Fraktion pauschal um 13,33 Prozent.“</p>	

Entwurf	Rechtsförmliche Änderungsempfehlungen der LTV
4. § 13 Absatz 3 Nummer 2 Buchstabe a wird wie folgt geändert:	4. u n v e r ä n d e r t
a) In Doppelbuchstabe aa wird die Angabe „Satz 2“ durch die Wörter „Satz 2 und 3“ ersetzt.	
b) Der Doppelbuchstabe dd wird aufgehoben.	
c) Der Doppelbuchstabe ee wird Doppelbuchstabe dd.	
Artikel 3	Artikel 3
Inkrafttreten	u n v e r ä n d e r t
Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft. Artikel 2 Nummer 3 und 4 tritt am 1. Juli 2021 in Kraft.	